ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 3 (91) MÄRZ 2022 / Adar – Nissan 5782 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,90 €

Außenministerin Annalena Baerbock auf Nahost-Tour

Missverständnisse, Weghören und beredtes Schweigen

SEITE 4

Hans-Georg Maaßen im Visier der Meinungspolizei

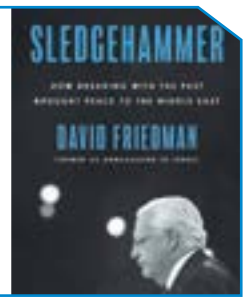
Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz im JR-Interview

SEITE 20–21

David Friedmans „Sledgehammer“:

Wie die Trump-Diplomatie Frieden schuf

SEITE 37



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Es ist nicht einfach in diesem Monat die richtigen Worte für meine gewohnte Kolumne zu finden.

Zu sehr kreisen die aufgewühlten Gedanken und Gefühle um die schrecklichen Eindrücke und Bilder, die in den letzten Tagen auf uns eingeströmt sind.

Es bricht einem das Herz und ist kaum auszuhalten, dass Menschen von einem Tag auf den anderen aus ihren Wohnungen und aus ihrem Leben gebombt werden.

Nicht anzusehen ist es, dass sich Frauen und Kinder aus Angst um ihr Leben und das ihrer Jüngsten unter Zurücklassung des größten Teils ihres Hab und Guts in endlosen Trecks auf die Flucht in eine ungewisse Zukunft außerhalb ihres eigenen Landes begeben müssen, ausgeliefert einem ungewissen Schicksal und angewiesen auf das Wohlwollen und die Hilfe Fremder. Ganz und gar nicht zu ertragen sind die Bilder weinender Väter und Ehemänner, die ihre Familien allein lassen müssen, um in einen Kampf zu ziehen, von dem viele leider vielleicht nicht mehr zu ihren verwaisten Familien zurückkehren werden.

Es entsetzt und es lähmt uns – aber im Europa des 21. Jahrhunderts hat wieder der Krieg Einzug gehalten. Überkommen altmodisch und brutal, auch wenn ihn unsere westliche und vor allem die deutsche Politik in Verkennung der tatsächlichen Gegebenheiten für anachronistisch und undenkbar gehalten hat.

Und genau hier liegt ein wesentlicher Teil des Problems. Nichts kann und soll den Einmarsch, das blutige Kriegsgeschehen, die Zerstörung und die vielen Opfer in der Ukraine rechtfertigen. Darüber kann es keine zwei Meinungen geben.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €

Deutschland, die zahnlose Garantiemacht

Der Gratismut deutscher Schreibtisch-Politiker mag bei der Weltmeisterschaft im „Haltung zeigen“ Punkte einbringen, einen entschlossenen Ex-KGB Agenten mit Finger am Atomknopf beeindruckt man damit aber nicht. Das Erwachen aus dem apathischen Dämmerschlaf kommt reichlich spät. Die plötzliche Kehrtwende und die 100-Millarden-Booster-Finanzierung für die marode und vernachlässigte deutsche Bundeswehr hält die russischen Panzer nicht auf und rettet kein einziges Kinderleben. Deutschland ist mit Frankreich zusammen ein Garant für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und des Waffenstillstands – Deutschlands bisherige politische Irrfahrt kostet aber stündlich unschuldige Leben.

Attila KISBENEDEK / AFP

Von Peter Grimm

Verbal ist die deutsche Politik in diesem Krieg jetzt ganz entschlossen auf der Seite der Verteidiger der Ukraine gegen die russischen Aggressoren. Manch deutscher Verantwortungsträger ist so voll der starken Worte, dass sich bei sensibleren Naturen unter den Zuhörern nahezu zwangsläufig die Zuschreibung „Maulheld“ als Gedanke aufdrängt. Aber im Krieg ist es nicht üblich, auf sensiblere Naturen Rücksicht zu nehmen.

Und es sind nicht nur Worte, mit denen das offizielle Deutschland Partei in diesem Krieg ergreift. Mag das Land militärisch kaum noch etwas Wesentliches zu den Weltläufen beizutragen haben – große Opferbereitschaft können unsere Regierenden immerhin noch anbieten. Die Bürger werden darauf eingestimmt, künftig für die Freiheit der Ukraine gegebenenfalls auf Energie verzichten zu müssen oder diese noch teurer als gedacht zu bezahlen.

Sanktionen werden ersonnen und beschlossen und jeder Verband beeilt sich, seine Kontakte zum Lande Putins, des Aggressors, demonstrativ abzubrechen, ohne darüber nachzudenken, wer damit wirklich getroffen wird. Der Herrscher im Kreml wird in manchen Fällen kaum traurig sein, wenn seinen Bürgern die bislang gepflegten Kontakte in den Westen von dort abgebrochen werden. Es war beispielsweise am Montagmorgen schon eine eigentümliche Nachricht, dass der Deutsche Behindertensportverband für einen Ausschluss der russischen Mannschaft von den anstehenden Paralympischen Spielen wirbt. Im Deutschlandfunk konnte man zum Morgenkaffee hören:

„Verbandspräsident Beucher sagte der Zeitung „Die Welt“, es sei zwar korrekt, dass russische Athletinnen und Athleten nichts für die russische Invasion in der Ukraine könnten. Es gehe aber um ein Zeichen gegen den völkerrechtswidrigen Angriff. Eine vollständige Absage der Paralympics in China lehnt Beucher ab. Das würde den russischen Präsidenten Putin nicht beeindrucken. Ein Verbot der Teilnahme russischer Sportlerinnen und Sportler hingegen könnte seiner Einschätzung nach das nationalistische Bewusstsein Putins berühren, so Beucher.“

Optionen, an die niemand denken will

So gewinnt man vielleicht die Deutschen Meisterschaften im Zeichensetzen, doch Putins „nationalistisches Bewusstsein“ wird der Behindertensport mit diesem Ausschluss bestimmt nicht „berühren“. In ganz anderer Weise werden wohl die Behindertensportler „berührt“ sein. Aber es geht ja ums Zeichen setzen, und da fühlt das offizielle und das Verbände-Deutschland in Bezug auf die Ukraine vielleicht auch etwas Nachholbedarf, denn sonderlich entschieden war der deutsche Auftritt bis zum aktuellen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine nicht.

Nun sind „Zeichen setzen“, große Worte und ein gezücktes Scheckbuch, gepaart mit eher minderer praktischer Tatkraft, kein neues Phänomen in der deutschen Politik. Neu ist, dass der Krieg uns plötzlich so nahe gerückt ist, dass die Kampfgebiete nur noch zwei Staatsgrenzen entfernt sind. Und eigene praktische Tatkraft in einem Krieg ist für heutige Deutsche kaum noch denkbar. Deshalb sind viele Bürger sicher auch dankbar, dass ihre Regierung an solche Optionen nicht denkt.

Dagegen ist grundsätzlich nichts zu sagen, nur an irgendeinem Punkt ist dennoch militärische Abschreckung vonnöten, um nicht militärisch erpressbar zu sein. Über diese Punkte hat bekanntlich niemand diskutiert.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Deutschland, die zahnlose Garantiemacht

Wir sahen uns von Freunden umzingelt und konnten die Bundeswehr Ministerinnen überlassen, die beim Militär ihre Art der Zeichensetzung pflegten und es nicht so wichtig fanden, dass die Truppe genug funktionierendes Material hat, um fahren, fliegen und, wenn nötig, schießen zu können. Das erweist sich nun aber als fatal.

Und dann hatte Deutschland vor einigen Jahren noch eine Verantwortung übernommen, der seine letzten Regierungen nicht gerecht wurden.

In diesen Tagen fallen die Worte „Normandie-Format“ und „Minsker Abkommen“ häufig in der Rückblicke auf den Weg in den aktuellen Krieg. Ja, man erinnert sich vielleicht daran, dass sich Deutschlands damaliger Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Februar 2014 gemeinsam mit seinem polnischen Kollegen Sikorski auf den Weg nach Kiew machte, um nach den Maidan-Protesten einen möglichst friedlichen Machtwechsel vom russlandfreundlichen Präsidenten Wiktor Janukowitsch zu einer Übergangsregierung zu begleiten. Im gleichen Jahr eskalierte der russisch-ukrainische Konflikt, Putin organisierte die Besetzung und Annexion der Krim und förderte die aufständischen „Volksrepubliken“ in Lugansk und Donezk. In der Ostukraine wurde gekämpft, Deutschland und Frankreich sahen sich bemüßigt, sich um einen Frieden zu kümmern. Im Sommer wurden in der Normandie am Rande der Feierlichkeiten des 70. Jahrestages der Landung der Alliierten zwischen den Regierungschefs Russlands, Frankreichs, Deutschlands und der Ukraine Gespräche vereinbart, um zu einem Waffenstillstand und später einem Frieden in der Ostukraine zu kommen.

Hätte es Respekt für die Garantiemacht gegeben?

Die Gespräche mündeten in das Minsker Abkommen, dem etliche ähnliche Vereinbarungen folgten. Inhalt war immer, dass an der festgelegten Waffenstillstandslinie die Waffen schweigen sollten. Die Waffenstillstände waren brüchig, wurden aber immer wieder erneuert, und die Welt gewöhnte sich an diese neue de-facto-Grenze.

Soweit, so bekannt. Aber ein Umstand dieser Verträge bleibt unbeachtet. Denn Deutschland und Frankreich sind durch ihre Mitzeichnung zu Garantiemächten ebendieser Vereinbarungen geworden. Eine Verantwortung, die doch eigentlich schon in den letzten Monaten eine Rolle hätte spielen müssen. Gerade bei der Frage, ob Wladimir Putin von dem Einmarsch in die Ukraine hätte abgeschreckt werden können. Mit einem Preisschild wegen teurer Sanktionen ist das bekanntlich nicht gelungen. In Putins Welt ist bei Fragen von Krieg und Frieden militärische Stärke und die Entschlossenheit, von selbiger im Ernstfall auch Gebrauch zu machen, entscheidend. Da bekam er von den NATO-Staaten, geführt von den USA, eine klare Botschaft: Auf NATO-Soldaten werde man in der Ukraine nicht treffen. Der ganz große Krieg würde nur bei Überschreiten einer NATO-Grenze drohen. Das Risiko des Kriegseinsatzes wurde für den russischen Präsidenten auf diese Weise kalkulierbar.

Aber war das nicht alternativlos? Mit welchem Grund hätte die NATO Truppen in die Ukraine entsenden können, ohne nicht Putin gleich auch noch eine Legitimation für seinen Krieg zu liefern?

An dieser Stelle hätten die Garantiemächte des Minsker Abkommens ins Spiel kommen können. Interessanterweise hat Wladimir Putin nach der an die „Volksrepubliken“ Lugansk und Donezk adressierten Anerkennung und Hilfszusage einen Tag gewartet, bevor er auch offen jenseits der Waffenstillstandslinie in der Ukraine operierte. Wäre das ein Moment gewesen, in dem Kiew hätte die Garantiemächte Deutschland und Frankreich zu Hilfe rufen können? Hätte eine solche Hilfe Putin im Weitermarschieren zögern und zunächst nur die „Volksrepubliken“ eingliedern lassen?

Das ist reine Spekulation, und auch ohne einen Hilferuf wussten die Ukrainer längst, dass sie von den Garantiemächten keine entsprechende Hilfe zu erwarten hätten. Eine Garantiemacht, die für ihre Garantie nicht einsteht, ist allerdings nicht viel wert. Das wird auch den Wert mitbestimmen, den ihre Stimme hat, wenn es auszuhandeln gilt, wie die Nachkriegszukunft der Ukraine aussieht.

Hier hat Deutschland ganz klar versagt

Es mag sein, dass der Begriff Garantiemacht im Falle der Minsker Verträge juristisch vielleicht nicht ganz zutreffend ist bzw. zu keinem konkreten Handeln verpflichtet. Es ist eine Art Versprechen und eine – wie es die Prediger der Hochmoral sonst doch auch gern sagen – „moralische Verpflichtung“. Und hier hat Deutschland ganz klar versagt.

Das wurde allerdings auch schon vor dem aktuellen Krieg beklagt und nicht nur von den Ukrainern. In Russlands Propaganda-Kanal RT hieß es vor elf Monaten:

„Deutschland und Frankreich sind besorgt über die Eskalation in der Ostukraine. Die „Außenministerin" der Donezker Volksrepublik, Natalia Nikonorowa, kritisierte im RT DE-Gespräch, dass Berlin und Paris als Garantiemächte der Ukraine nicht genug zur Umsetzung des Minsker Abkommens täten.“

Die Reaktion der Garantiemächte laut RT:

Eine Sprecherin des französischen Außenministeriums und ein Sprecher des Auswärtigen Amtes brachten in einer gemeinsamen Erklärung vom 3. April ihre Besorgnis über die Lage in der Ostukraine zum Ausdruck.

„Deutschland und Frankreich sind besorgt über die steigende Zahl der Waffenstillstandsverletzungen, nachdem sich die Situation in der Ostukraine seit Juli 2020 stabilisiert hatte. Wir beobachten die Situation, insbesondere die Bewegungen russischer Truppen, sehr aufmerksam und rufen die Parteien zur Zurückhaltung und sofortigen Deeskalation auf."

Die Regierungen in Berlin und Paris unterstrichen erneut ihre Unterstützung für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine in ihren international anerkannten Grenzen. Gleichzeitig wiesen sie auf die Notwendigkeit der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen hin, für die sie als vertragliche Garantiemächte der Ukraine auch eine gewisse Verantwortung tragen.

Die Worte klingen heutzutage immerhin kräftiger.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Aber es ist unsere Schwäche und unsere westliche und vor allem seit Jahren fehlgeleitete deutsche Politik, die Putin den Angriff auf die Ukraine überhaupt erst ermöglicht haben.

„Si vis pacem para bellum – Wenn Du den Frieden willst dann rüste für den Krieg“ wussten schon die Römer. Mit anderen Worten nur die eigene militärische Stärke ist ein zuverlässiger Garant für die eigene Sicherheit. Oder besser noch statt aggressiver militärischer Gewalt sollten Verhandlungen zur Lösung von Konflikten führen. Aber der friedfertigere und verhandlungsbereite Teil sollte so unmissverständlich stark sein, dass die Ablehnung von Verhandlungen keinen Erfolg für seinen Gegner verspricht.

Genau das Gegenteil aber war bis vor zwei Tagen die Maxime vor allem unserer deutschen auch in vielerlei anderer Hinsicht von allen guten Geistern verlassenen Politik.

Der Westen, vor allem aber Deutschland hat jahrelang seine eigene Verteidigung demontiert. Die vermeintlich friedensbewegte Abrüstung sowie die besonders von links und grün betriebene geradezu feindselige Misshandlung der eigenen Bundeswehr, dazu die absolute politische Themenverfehlung durch dümmliche Atomkraftwerks-Abschaltung und die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen durch das irrwitzige linke Klima-Gaga, haben diese Kriegsoption für Putin überhaupt erst attraktiv gemacht.

Natürlich haben auch das grotesk hilflose Biden’sche und westeuropäische Afghanistan-Desaster und der schlimme lebensgefährliche Verrat an den sich auf den Westen verlassenden Lokalkräften und anderen Demokratie-orientierten, säkularen Afghanen das ihrige zu der Verachtung des Westens durch Putin beigetragen. Dazu kommt auch das jahrelange, besonders von links und grün sowie der Merkel-Regierung geförderte, Appeasement gegenüber einer Islamisierung und kulturellen Wesensveränderung Westeuropas, das nicht nur bei Putin sondern weltweit Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit des Westens aufkommen ließ und im Wesentlichen nichts anderes als eine Einladung zu jeder Art von Übergriffen darstellt.

> „Es entsetzt und es lähmt uns – aber im Europa des 21. Jahrhunderts hat wieder der Krieg Einzug gehalten. Überkommen altmodisch und brutal, auch wenn ihn unsere westliche und vor allem die deutsche Politik in Verkennung der tatsächlichen Gegebenheiten für anachronistisch und undenkbar gehalten hat.“

Im Ernstfall ist auf westliche Demokratien eben kein wirklicher Verlass.

Diese leidvolle Erfahrung musste gerade auch Israel machen, dessen existentielle Verteidigung eine deutsche SPD-Regierung beispielsweise auch 1973 unter Kanzler Willy Brandt sabotiert und verweigert hat, als sie während des unprovozierten und völkerrechtswidrigen Yom Kippur Überfalls durch Israels arabische Nachbarn die Logistik für die US-Waffenhilfe auf deutschen Flughafen verbot.

Kaum erforderlich zu sagen, dass es damals wie heute keine umfassende Solidarisierung mit dem vor knapp 50 Jahren überfallenen und heute nahezu täglich von Hamas-Terrorraketen bombardierten jüdischen Volk gab. Noch jetzt beschimpft und diffamiert die deutsche Politik, besonders im Falle Israels, militärische Stärke vermeintlich friedensbewegt als aggressives Übel. Dabei ist gerade diese persönliche und staatliche Stärke Lebensversicherung für Millionen von kriegerischen Angriffen bedrohten Menschen. Dies dürfte im Übrigen auch im privaten Bereich des Waffenrechts gelten, wo gerade der friedliebende daran gehindert wird sich wirkungsvoll zu verteidigen, während der Angreifer stets, wenn auch illegale Wege findet, sich zu bewaffnen.

Aber jetzt, nachdem eine geeignete Prävention des Angriffs auf die Ukraine durch die Unfähigkeit des Westens gescheitert ist, geben sich die gleichen Linken und Grünen plötzlich kriegerisch und mutig.

Dabei tun sie das genau auf dem Rücken und auf Kosten der Leben ukrainischer Frauen, Kinder und Männer, statt jetzt, wo es tatsächlich geboten ist, wirklich zu deeskalieren, um weiteres sinnlose Blutvergießen zu verhindern. Jetzt heizt ausgerechnet die für dieses schreckliche Unglück der Menschen in der Ukraine erheblich mitverantwortliche linksdurchseuchte vermeintliche Friedensbewegung, statt nach einer Menschenleben schonenden Lösung zu suchen.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 13

Nur die eigene militärische Stärke ist Garant für Sicherheit

Die Ukraine ist gerade dabei, eine bittere Lektion zu lernen, die Israel bereits mehrfach erfahren musste: Im Ernstfall ist auf westliche Demokratien kein wirklicher Verlass. Und das trotz hilfloser Friedensdemos und nunmehr in Deutschland zur Schau getragenen Hyperaktivität im militärischen Bereich, die geradezu grotesk anmutet. Nach Jahren massiver Demontage und fahrlässiger Vernachlässigung der eigenen Verteidigungsbereitschaft beschimpft und diffamiert die deutsche Politik, besonders im Falle Israels, militärische Stärke. Dabei ist diese die Lebensversicherung für Millionen Menschen in bedrohten Staaten. (JR)

Von Dan Schueftan/ JNS

Die Ukrainer lernen heute, was die Tschechen 1938 gelernt haben und was die Juden niemals zu vergessen geschworen haben: Auf die westlichen Demokratien ist angesichts einer militärischen Bedrohung durch ein autoritäres Regime kein Verlass. Ein Land, das sich nicht selbst verteidigen kann, wird sich selbst überlassen, wenn es am meisten Unterstützung braucht.

Beginnend mit den 1930er Jahren baute der Yishuv, die jüdische Gemeinschaft im britischen Mandatsgebiet Palästina, eine seiner politischen Führung unterworfene Verteidigungsmacht auf und stärkte sie mit einer Widerstandsbewegung, selbst als Großbritannien eine antizionistische Politik verfolgte.

Mit dieser Ausgangsposition stand der Yishuv seit Ende 1947 im Konflikt mit den Arabern und konnte sowohl auf die von ihm entwickelte militärische Struktur als auch auf die Waffen und Taktiken zurückgreifen. Der Sieg im Unabhängigkeitskrieg wurde nur Dank der Mobilisierung des gesamten menschlichen Potenzials des aufstrebenden Staates und des massiven Waffenschmuggels erreicht, der trotz des US-Embargos stattfand.

Inmitten der panarabischen Bedrohung Israels – geformt unter der Führung des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser – wurde Israel fast 20 Jahre lang seinem Schicksal überlassen. Zuerst von den Vereinigten Staaten, dann von Frankreich und schließlich von ganz Europa.

In den 1950er Jahren sah sich Israel einer kritischen Bedrohung gegenüber, als die UdSSR Ägypten (und später andere arabische Länder) mit riesigen Mengen an Waffen versorgte. Washington weigerte sich, den dramatischen Bruch im Kräftegleichgewicht zu stabilisieren und Jerusalem mit Verteidigungswaffen zu versorgen.

Als Israel 1956 in den Krieg zog, überwand es den Druck der USA und verschaffte Nasser und den Sowjets einen durchschlagenden politischen Sieg. Es festigte Nassers Position in der Region für ein weiteres Jahrzehnt, was 1967 in der Mobilisierung der gesamten arabischen Welt gegen Israel gipfelte.

Frankreich, das Israel in jenem Jahrzehnt dabei half, mit diesen Gefahren fertig zu werden, verriet Jerusalem nach dem Sechs-Tage-Krieg und unterstützte seine Feinde.

Als die arabischen Länder Israel 1973 erneut den Krieg erklärten, kehrte der Rest Europas Jerusalem den Rücken, indem es sich weigerte, amerikanischen Flugzeugen, die Vorräte für die israelischen Streitkräfte transportierten, das Auftanken in seinen Territorien zu gestatten.

In einem nicht so kritischen, aber ebenso verabscheuungswürdigen und gefährlichen Bereich unterstützt Europa weiterhin Bemühungen, den jüdischen Staat in internationalen Organisationen zu delegitimieren, und finanziert großzügig Gruppen, die ihn untergraben.

Israel wurde nicht nur wegen seiner Freiheit und Innovationskraft zu einer Erfolgsgeschichte, sondern auch, weil es sich entschied, seine nationale Sicherheit auf Selbstverteidigung zu stützen. Sein Überleben, sein Fortschritt und sein Wohlstand wurden durch sein starkes Militär und seine Entschlossenheit, sich selbst zu verteidigen, ermöglicht, obwohl es auf seinem Weg von verschiedenen Verbündeten im Stich gelassen wurde.

GIL COHEN MAGEN / AFP

Israels Stärke ist die Lebensversicherung für Millionen Menschen

Israel erhält Unterstützung aufgrund seiner Entschlossenheit, ohne diese zu überleben. Es verhindert Krieg durch Abschreckung, denn es hat gelernt, dass der Auslöser für die Aggression autoritärer Regime das Zögern der Demokratien ist, ihre Macht einzusetzen, selbst wenn die Wege der Diplomatie und der wirtschaftlichen Mittel erschöpft sind.

Von Anfang an hat Europa Israel vorgeworfen, sich zu sehr auf sein Militär zu verlassen, und es gedrängt, seine nationale Sicherheit auf die von ihm erfundene Vorstellung einer „internationalen Gemeinschaft" zu stützen. Sie und die Biden-Regierung veranschaulichen jetzt genau, warum ihr Rat nicht befolgt werden sollte.

Die Ukraine muss sich mit der Sympathie der Welt begnügen und sich mit einer schweren Verletzung ihrer Souveränität abfinden. Hätte Israels Schicksal von der Mobilisierung und Entschlossenheit westlicher Demokratien abhängen müssen, wäre sein Schicksal bereits besiegelt gewesen.

Über den Autor: Dan Schueftan ist Direktor des International Graduate Program in National Security Studies am National Security Studies Center der Universität Haifa.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Israel bereitet sich auf eine große Einwanderungswelle aus der Ukraine vor

Zahlreiche Juden aus der Ukraine wollen angesichts des schrecklichen Krieges nach Israel auswandern. Die Zionistische Weltorganisation „Jewish Agency" bereitet sich in Israel bereits auf konkrete Maßnahmen zur Aufnahme der Schutzsuchenden vor. Gemäß des Rückkehrgesetzes haben auch deren Familienangehörige das Recht auf die israelische Staatsbürgerschaft. Damit könnte Israel insgesamt 200.000 Menschen dauerhaft aus ihrer gegenwärtigen Not in der Ukraine helfen. (JR)

Von Israelnetz

Die Invasion der russischen Armee in die Ukraine wird dem Anschein nach zu einer verstärkten Einwanderung nach Israel führen. Ende Februar teilte die dafür hauptsächlich zuständige „Jewish Agency" mit, dass auf der eingerichteten Notrufnummer bereits mehr als 5.000 Anrufe eingingen. Bei mehr als der Hälfte ging es demnach um die Frage der sofortigen Einwanderung. Die Notrufnummer betreibt die „Jewish Agency" zusammen mit der christlich-jüdischen Organisation „International Fellowship of Christians and Jews" (IFCJ).

Schätzungen zufolge leben 43.000 Juden in der Ukraine. Gemäß des Rückkehrgesetzes haben jedoch auch deren Familienangehörige das Recht auf die israelische Staatsbürgerschaft. Damit beläuft sich die Zahl der in der Ukraine zur Einwanderung nach Israel berechtigten Personen auf etwa 200.000. Die „Jewish Agency" betreibt derzeit nach eigenen Angaben insgesamt sechs Stationen in Moldawien, Rumänien, Polen und Ungarn. Dort werden die Einwanderungsanträge bearbeitet.

Die Zionistische Weltorganisation bereitet sich in Israel bereits auf konkrete Maßnahmen zur Aufnahme der Einwanderung aus der Ukraine vor. Laut der Zeitung „Ma'ariv" leiten Helfer entsprechende Schritte ein. Demnach sollen rund 1.000 mobile Wohneinheiten in Randgebieten aufgestellt werden, etwa in den Golanhöhen, im Jordantal oder im Negev. Diese provisorischen Unterkünfte haben eine Größe von 50 bis 90 Quadratmeter. Für eine Umsetzung des Planes bedarf es noch eines Regierungsbeschlusses.

Ausreisehilfe für Libanesen und Syrer

Vertreter israelischer Behörden stehen indes an der polnisch-ukrainischen Grenze bereit. Sie sollen Staatsbürger in Empfang nehmen, die aus der Ukraine fliehen. Doch sie helfen auch Arabern aus Staaten, zu denen Israel keine diplomatischen Beziehungen hat. Das bestätigte das israelische Außenministerium laut einem Bericht der „Jerusalem Post" am Sonntag. Demnach baten israelisch-arabische Studenten aus Charkiw darum, ihre Freunde mitbringen zu dürfen, darunter Syrer und Libanesen.

Für Ukrainer in Israel hat Innenministerin Ajelet Schaked (Jamina) die Aufenthaltserlaubnis um 60 Tage verlängert. Die Betroffenen müssen dazu keinen Antrag stellen. Wie Regierungschef Naftali Bennett (ebenfalls Jamina) verkündete, wird Israel ein humanitäres Hilfspaket im Umfang von 100 Tonnen in die Ukraine schicken. Zu der Ausstattung gehören Vorrichtungen zur Wasseraufbereitung, Medikamente, Zelte und Decken.

Bericht: Abramowitsch bei Verhandlungen dabei

Unterdessen wurde bekannt, dass der israelisch-russische Milliardär Roman Abramowitsch bei den Verhandlungen zwischen der ukrainischen und russischen Delegation mithilft. Wie die „Jerusalem Post" berichtet, geschehe dies auf Bitten der Ukraine. Ein Sprecher Abramowitschs teilte lediglich mit, dass es eine Anfrage der Ukraine gegeben habe; er nannte aber keine weiteren Details.

Abramowitsch hatte am 26. Februar in Erwartung von Sanktionen seine Führungsrolle bei dem Londoner Fußballklub Chelsea abgegeben. Dem 55-Jährigen werden enge Beziehungen zum russischen Präsidenten Wladimir Putin nachgesagt. Die Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem hatte den amerikanischen Botschafter in Israel, Thomas Nides, bereits am 6. Februar, also vor Beginn der russischen Invasion, in einem Brief gebeten, Abramowitsch von möglichen Sanktionen zu befreien. Abramowitsch engagiere sich etwa im Kampf gegen Antisemitismus. An dem Aufruf beteiligte sich auch der aschkenasische Oberrabbiner David Lau.

Am 22. Februar hatte Yad Vashem dann eine „strategische Partnerschaft" mit Abramowitsch verkündet. Damit verbunden sei auch die zweitgrößte Einzelspende einer Privatperson, wie die Gedenkstätte damals mitteilte. Sie bewege sich im achtstelligen Schekel-Bereich. Der 55-jährige Abramowitsch setzt sich in Verbindung mit seinem Londoner Fußballklub auch für den Kampf gegen Antisemitismus im Sport ein. Im Jahr 2018 hat er die israelische Staatsbürgerschaft angenommen und gilt seither nach Miriam Adelson als zweitreichster Israeli. Das Wirtschaftsmagazin „Forbes" schätzt sein Vermögen auf umgerechnet 13,8 Milliarden Euro.

Außenministerin Annalena Baerbock auf Nahost-Tour: Peinliche Missverständnisse, gewolltes Weghören und beredtes Schweigen

Während die Fatah-Partei unverdrossen gegen Israel und die Juden hetzt, spricht die Grünen-Außenministerin Annalena Baerbock lieber über das Klima und versichert dem Holocaust-Verharmloser Abbas an seiner Seite zu bleiben. Ihren Besuch in Yad Vashem kommentiert sie später auf Instagram mit „aber nun kommt endlich wieder die Sonne raus", als müsse sie sich von den Bildern der ermordeten Juden entspannen. (JR)

Von Jürgen Th. Müller, Jerusalem

Menahem KAHANA / AFP

Annalena Baerbock in der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

Bei ihrem ersten Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem hat Annalena Baerbock die Erwartungen erfüllt. Die Betroffenheit war der Grünen-Politikerin ins Gesicht geschrieben, als sie nach der obligatorischen Kranzniederlegung vor die Presse trat. „Als Mutter zweier Töchter stockt mir der Atem, wenn ich an die Millionen jüdischer Kinder denke, die ermordet wurden, ihren Eltern entrissen, allein gelassen, voll Schmerz und Angst vor dem Ungewissen. … Der Gedanke an den Schmerz jedes einzelnen Kindes, jeder einzelnen Mutter, jedes einzelnen Vaters ist kaum zu ertragen." Ein emotionales Statement, mit dem sie in die Fußstapfen ihres Vorgängers Heiko Mass (SPD) trat, der ja bekanntermaßen, „wegen Auschwitz" in die Politik gegangen sei.

Der Pflichtbesuch in Yad Vashem hätte ein gelungener Auftakt ihrer Antrittsreise im Nahen Osten sein können – wenn sie ihn durch einen unsensiblen Post auf Instagram nicht gleich wieder zunichte gemacht hätte. „Ich bin noch tief berührt von meinem Besuch in Yad Vashem", schrieb sie da, „aber nun kommt endlich wieder die Sonne raus." Zwei Fotos: Strand und Meer. Sonne, Wellen und Palmen als Entspannung vom Judenmord? Kopfschütteln und Sprachlosigkeit, das Auswärtige Amt entschuldigte sich, dieser Teil der missratenen Instagram-Story wurde rasch gelöscht.

Die Jung-Ministerin hatte große Ansprüche im Gepäck. Auf allen Stationen ihrer Reise wolle sie nach Möglichkeiten zur stärkeren Zusammenarbeit in der Klima- und Energiepolitik suchen, hieß es in einer vorab veröffentlichten Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes. Nun ist die Klimapolitik aber kein Thema, das die Israelis nachts um den Schlaf bringt. Selbst wenn der jüdische Staat mit seinen gerade einmal 9,2 Millionen Einwohnern sämtliche Emissionen sofort auf null herunterfahren würde, hätte das keine spürbaren Auswirkungen auf das Weltklima. In den vergangenen Jahren hat es in Israel mehr geregnet als zuvor, somit kein Grund zur Besorgnis. Aber es geht Baerbock wohl vor allem um Symbolpolitik. Ein sinnvolles Symbol wäre gewesen, die Gaza-Araber dazu zu bewegen, auf das regelmäßige Verbrennen von Tausenden Autoreifen an der Grenze zu verzichten. Der Rauch stinkt den Bewohnern in Südisrael, die dazu noch regelmäßig mit Raketen beschossen werden, ganz gewaltig. Aber die deutsche Außenpolitik hat bekanntlich andere Prioritäten.

Fahrlässiges Appeasement

Die israelischen Siedlungen sind völkerrechtswidrig, die Zwei-Staaten-Lösung ist die einzige Lösung für den Nahost-Konflikt. Deutschlands Haltung zum „völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungsbau" ist klar. Diese Mantras der deutschen Politik trug Baerbock bei ihrem Treffen mit Außenminister Yair Lapid vor. Deutschland weiß eben, wie Nahost-Frieden geht. Lapid ist als ehemaliger Fernsehmoderator den Umgang mit schwierigen Persönlichkeiten gewohnt – und ließ Baerbock freundlich, aber bestimmt abblitzen: Israel baue keine Siedlungen, die eine Zwei-Staaten-Lösung beeinträchtigten, und in den Siedlungen gebe es eben ein natürliches Bevölkerungswachstum, basta! Lapid sprach ebenso wie später Regierungschef Naftali Bennett viel lieber über das drängende Thema seiner Regierung, die Bedrohung durch das Mullah-Regime in Teheran. Und so wurde viel geredet und wenig zugehört, jeder hatte sein eigenes Publikum vor Augen. Kaum überraschend, dass Baerbock vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland für ihre „Kritik unter Freunden" gelobt wurde.

„Die neue Bundesregierung lässt in ihrem Einsatz für Frieden und Sicherheit für die Menschen in der Region nicht nach. Dazu gehört nach unserer Überzeugung untrennbar der Schutz der Menschenrechte, denn Stabilität gibt es auf Dauer nur dort, wo Menschen Sicherheit und die Chance zur friedlichen Partizipation haben", so die offizielle Mitteilung von Baerbocks Ministerium. Wer unter diesen Vorzeichen zur „Palästinensischen" Autonomiebehörde nach Ramallah reist, muss eine lange Liste von Themen im Gepäck haben. Die Fatah-Partei hetzt unverdrossen gegen Israel, legitimiert Gewalt gegen Juden. Schulbücher (zu wesentlichen Teilen von der EU finanziert) strotzen nur so vor Antisemitismus und Judenhass. Schulen und Sporthallen werden nach „Märtyrern" benannt - je mehr tote Juden ein Terrorist auf dem Konto hat, umso höher die Anerkennung. Familienangehörige von inhaftierten Terroristen bekommen von der Autonomiebehörde ein hohes monatliches Gehalt: „Sozialhilfe" als Terror-Anreiz.

An der Spitze der Bewegung steht Mahmoud Abbas (86), ein Holocaust-Verharmloser, der die Existenz von Gaskammern ebenso in Frage stellt wie die Zahl von sechs Millionen ermordeten Juden. Die Amtszeit von Abbas ist 2009 abgelaufen, seither hat er keine Wahlen zugelassen. Angehörige der rivalisierenden Hamas-Partei bekommen schon mal einen Schuss ins Knie (die Hamas ist ihrerseits nicht weniger zimperlich), Pressefreiheit gibt es nicht, Homosexuelle werden verfolgt, potenzielle Gegenkandidaten von Abbas verschwinden plötzlich im Gefängnis oder ganz von der Bildfläche. Welche Herausforderungen für eine deutsche Außenministerin, die nach eigener Aussage für Frieden, Sicherheit und Menschenrechte kämpft!

Zu Besuch bei Freunden

Doch Baerbock twitterte nach ihrem Besuch (im Original in englischer Sprache): „Vielen Dank, Präsident Abbas, für Ihren herzlichen Empfang in #Ramallah. Bei meinem ersten Besuch im Nahen Osten ist es mir wichtig, dass wir uns persönlich begegnen. Sie können sicher sein: Die Situation des palästinensischen Volkes steht ganz oben auf unserer Tagesordnung. Wir bleiben als zuverlässiger Partner an Ihrer Seite." So sieht die „wertegeleitete Außenpolitik" der deutschen Regierung also in der Praxis aus. Immerhin, so wurde gemeldet, habe Baerbock darauf hingewiesen, dass auch Wahlen notwendig seien.

Deutschland werde alles dafür tun, dass „die israelischen und palästinensischen Vertreter wieder an den Dialogtisch kommen", unterstrich Baerbock bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ihrem „palästinensischen" Kollegen Rijad al-Maliki. Sie warb einmal mehr für die Zwei-Staaten-Lösung als „einzige Option" für Frieden und Sicherheit in der Region. Al-Maliki, ein 66-jähriger Politik-Haudegen, nutzte die Gunst der Stunde, um sich lautstark darüber zu beschweren, „dass Ministerpräsident Bennett nicht über eine Zwei-Staaten-Lösung" verhandeln will. Dass die „Palästinenser" sich seit Jahren weigern, mit den Israelis an einen Tisch zu sitzen – Bennetts Vorgänger Netanjahu hatte dies immer wieder angeboten – war kein Thema. Widerspruch der deutschen Außenministerin? Wurde nicht bekannt.

Und so brach Annalena Baerbock dann auf nach Jordanien. Auf dem Programm: Besuch einer „Flüchtlingssiedlung" in Talbieh. Diese wird vom Hilfswerk für „Palästina-Flüchtlinge" im Nahen Osten (UNRWA) betrieben. Bekanntlich sind die „Palästinenser" das einzige Volk der Erde, das den Flüchtlingsstatus an Kinder, Enkel und Urenkel vererbt und das von einem eigenen Flüchtlingshilfswerk betreut wird. In Jordanien versorgt das Hilfswerk nun Kriegsflüchtlinge aus Syrien, denen es unbestritten schlecht geht. Entsprechend enthusiastisch fiel die Begeisterung von Annalena Baerbock aus: Jordanien leiste für die Versorgung dieser Menschen „einen nahezu unvergleichlichen Beitrag."

Letzte Station ihrer Reise war Kairo. Ägypten richtet im November die diesjährige Weltklima-Konferenz aus. Gespräche über erneuerbare Energien, Wasserreserven und Umweltschutz – endlich war Annalena Baerbock in ihrem Element.

Die Antrittsreise der neuen deutschen Außenministerin hat letztendlich keine großen Schlagzeilen gemacht.In Israel wurde ihr Besuch überwiegend mit Schulterzucken als Routine-Politikbetrieb abgehakt. Beim näheren Hinsehen fällt aber auf, dass sie in Jerusalem ein bisschen zu belehrend auftrat, während sie in Ramallah unangenehmen Wahrheiten ausgewichen ist und ein bisschen zu wenig gesagt hat. In der Summe waren das einige Ungereimtheiten zu viel. Auf Jiddisch sagt man: „A bisl un a bisl vert a fule shisl" - „Ein Bisschen und ein Bisschen ergibt eine volle Schüssel."

Wahlkampfkrimi in Frankreich: Éric Zemmour und Marine Le Pen fehlen Unterschriften für die Kandidatur

Für die rechtsgültige Anmeldung zur Präsidentschaftswahl in Frankreich im April müssen die Bewerber 500 Unterschriften gewählter Mandatsträger vorlegen. Weder Le Pen, noch Zemmour können derzeit dieses Kriterium erfüllen. Der Grund dafür: Viele Mandatsträger haben Angst davor, sich öffentlich gegen die Brüssel-hörige Politik Macrons zu positionieren. (JR)

Von Filip Gašpar

Sion Ninyo / Fokus Jerusalem

Marine Le Pen und Eric Zemmour

Im April finden in Frankreich die Präsidentschaftswahlen statt. Die erste Runde der Wahl ist am 10. April. Seit 1958, als die fünfte Französische Republik verkündet wurde, ist es die zwölfte Wahl eines französischen Staatsoberhaupts. Nicht nur das Mehrheitssystem macht den Ausgang der Wahlen in Frankreich spannend, sondern auch die Kandidaten selbst. Es gilt als sicher, dass das derzeitige Staatsoberhaupt Emmanuel Macron wieder antreten wird, auch wenn er dies bis zum Redaktionsschluss Ende Februar immer noch nicht angekündigt hatte. Doch auch für seine Herausforderer bleibt einiges noch offen.

In diesem Jahr fällt die Wahl mit der französischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 zusammen. Der Vorsitz im Rat der EU rotiert alle sechs Monate und ist unter anderem dafür verantwortlich, die Arbeit des Rates zu betreuen und voranzubringen. Für Macron könnte die Aufgabe aber auch eine positive Bühne sein. Doch zeitlich wird es allmählich knapp.

Die diesjährige Wahl findet nicht nur von dem Hintergrund der französischen EU-Ratspräsidentschaft statt, sondern neben den üblichen Wahlkampfthemen wie die wirtschaftliche Situation, kommen dieses Mal noch der Umgang mit der Corona-Krise und der aktuelle Krieg zwischen der Ukraine und Russland hinzu.

In wenigen Tagen, also am 4. März, läuft die Frist zur Anmeldung der eigenen Kandidatur ab. Danach ist es den Kandidaten nicht mehr möglich, sich in eine Wahlliste einzutragen. Auch wenn die meisten Parteien schon bekannt gegeben haben, wen sie ins Rennen schicken, werden die Kandidaturen dem französischen Verfassungsrat (Conseil Constitutionnel (CC)) offiziell erst am 8. März bestätigt. Bis dahin müssen die potenziellen Kandidaten Unterstützung in Form von 500 Patenschaften von Bürgermeistern oder Parlamentariern vorweisen können. Der Nachweis dieser Unterschriften aus den ca. 48.000 Volksvertretern muss bis dahin erbracht werden. Dann werden die Unterlagen geprüft und anschließend müssen die Kandidaten ihre Vermögenssituation klären, um sich dann zur Wahl zu stellen.

Weder Macron, Zemmour noch Le Pen haben dies bisher getan. Anders als in Deutschland können in Frankreich Staatsoberhäupter höchstens an zwei aufeinanderfolgenden Amtszeiten regieren. François Hollande, der Vorgänger von Emmanuel Macron, war der erste Präsident in der Geschichte der Fünften Französischen Republik, der keine zweite Amtszeit anstrebte. Macron mimt bis zum Schluss noch den Unentschlossen, wohl auch aus taktischen Gründen.

Wahlkonditionen in Frankreich

Die aktuelle fünf Jahre andauernde Amtszeit endet mit dem ersten Wahlgang am 10. April. Drei Tage darauf am 13. April wird der Verfassungsrat die Ergebnisse bekannt geben. Sollte keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erringen können, wird es zu einem zweiten Wahlgang kommen und in diesem zu einer Stichwahl zwischen den Kandidaten mit den meisten Stimmen. Dies ist bisher bei allen Wahlen seit 1965 passiert und es sieht nicht danach aus, dass es dieses Mal anders sein sollte. Vor der Stichwahl haben die Kandidaten eine Woche lang Zeit ihre Wähler in einem zweiten Wahlkampf von sich zu überzeugen. Wer bei der Stichwahl am 24. April mehr Stimmen hat, ist auch der Sieger der Wahl.

Wahlberechtigt ist jede Person mit einer französischen Staatsbürgerschaft, am Wahltag 18 Jahre alt ist und sich in die Wahllisten eingetragen hat. In manchen der ehemaligen Kolonien wird aufgrund der Zeitverschiebung zuerst gewählt. In Frankreich selbst wird traditionellerweise erst am Sonntag gewählt. Um Wahlbetrug vorzubeugen ist eine Briefwahl in Frankreich nicht erlaubt, sondern der Wähler muss bei der Präsidentschaftswahl seine Stimme persönlich an der Wahlurne abgeben, oder er hat die Möglichkeit eine Vertrauensperson für sich zu bestimmen. Zum Beispiel, wenn man nicht die Möglichkeit hat ins Wahlbüro zu kommen.

Spätestens am 27. April gibt der Verfassungsrat das Ergebnis der Wahl bekannt, also nach Ablauf des Wahlgangs. Ob Macron seine Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger übergeben muss, seine fünfjährige Amtszeit damit endet, oder vielleicht auch nicht, wird sich zeigen. Doch wer sind seine Gegenkandidaten? Die wichtigsten sind bereits bekannt und sie sind bekannte Persönlichkeiten aus der Politik.

Da den Kandidaten noch bis zum 4. März Zeit bleibt, kommt es auch zu einiger Fluktuation.

Es folgt eine kleine Auswahl über einige Kandidaten aus dem linken Lager, bevor wir uns den Kandidaten aus dem rechten Lager widmen.

Die Kandidaten

Die Sprecherin der trotzkistischen Partei Lutte Ouvrière (zu Deutsch: „Kampf der Arbeiter"), Nathalie Arthaud versucht es ebenfalls wie Marine Le Pen zum dritten Mal als Kandidatin bei den Präsidentschaftswahlen. Auch wenn sie eine der ersten Kandidaten war, die die erforderlichen 500 Unterstützungsunterschriften vorweisen konnten, rechnet man weder ihr noch ihrer Partei große Chancen zu.

Oder Jean-Luc Mélenchon (La France insoumise), der bereits für mehrere Parteien bei der Präsidentschaftswahl angetreten ist. Er ist Gründer der linken Partei Parti de gauche und der EU-kritischen Bewegung La France insoumise (zu Deutsch: „Unbeugsames Frankreich"). Darüber hinaus ist er Abgeordneter der französischen Nationalversammlung. Mélenchon gilt als der Top-Kandidat des linken Spektrums. Kritiker werfen ihm vor, dass sein Auftreten für die große Bühne zu populistisch sei. Mit Eric Zemmour lieferte er sich im September letzten Jahres ein Aufsehen erregendes Fernsehduell.

Auf der konservativen Seite ist Valérie Pécresse (Les Républicains) zu nennen, die als ehemalige Ministerin unter Sarkozy mit ihrer Partei nicht nur ein großes politisches Lager hinter sich versammelt, sondern auch Regierungserfahrung mitbringt. Aktuell arbeitet sie als Regionalpräsidentin der Île de France und ist Leiterin der politischen Region um Paris. In den letzten Umfragen kam sie auf 14 Prozent.

Herausforderer aus dem rechten Lager

Auch Marine Le Pen vom Rassemblement National (ehemals Front National) versucht zum mittlerweile dritten Male das Amt des französischen Staatsoberhauptes zu gewinnen. Lange Zeit galt sie als die größte Konkurrentin von Macron, doch dies änderte sich alles, als Eric Zemmour seinen Hut in den Ring warf. Doch nicht nur Zemmour bereitet ihr Probleme, sondern Le Pen hat vor wenigen Tagen bekannt gegeben, dass sie ihre Kandidatur aussetzt, weil sie die benötigten 500 Unterschriften noch nicht beisammenhat. In den aktuellen Umfragen liegt sie entweder mit Eric Zemmour bei 14 Prozent gleichauf oder sogar vor ihm mit 17 Prozent. Das wird ihr aber nichts nutzen, wenn sie bis zum 4. März um 18 Uhr die 500 Unterschriften nicht vorweisen kann.

Doch das enfant terrible Éric Zemmour und seine Partei Reconquête könnte dasselbe Schicksal ereilen. Bis zum Redaktionsschluss der Jüdischen Rundschau fehlten ihm auch noch fast 150 der benötigten 500 Stimmen, um seine Kandidatur anzumelden. Laut Zemmour sagen ihm viele der 48.000 Volksvertreter, dass sie ihn und seine Forderungen insgeheim unterstützen, sich aber nicht trauen, dies öffentlich zu bekunden. Man kann nur hoffen, dass Zemmour die benötigten Unterschriften zusammen bekommt, denn er spricht viele wichtige und kontroverse Themen offen an. Dazu gehört die These vom „großen Austausch", die besagt, dass die Europäer von muslimischen Einwanderern verdrängt werden sollen. Er verweigert eine Unterscheidung zwischen „Islam" und „Islamismus" und fordert eine Rückbesinnung auf die französischen Werte und wird Le Pen nicht nur damit gefährlich, sondern sogar ihr eigener Vater, den sie aus der Partei geworfen hat, hat offen seine Unterstützung für Zemmour bekundet. Somit ist neben der Frage im schon auf Hochtouren laufenden Wahlkampf, ob Zemmour die benötigten 500 Unterschriften zusammen bekommen wird, die noch spannendere Frage, nicht, ob Macron antritt oder nicht, sondern, wie viele Stimmen Éric Zemmour bekommt und ob er es in die zweite Runde gegen Macron schafft. Wahrscheinlich würde nicht nur die gesamte Grande Nation gebannt ein Fernsehduell der beiden am Bildschirm verfolgen, sondern ganz Europa.

Entgegen allen Fakten attackiert Amnesty International Israel mit substanzlosen Apartheidvorwürfen

Amnesty International entlarvt sich in seinem jüngsten Bericht über Israel als eindeutig antisemitisch. In der Rhetorik unterscheidet sich AI nicht von judenfeindlichen BDS-Gruppen. Amnesty sieht die Staatsgründung Israels als den Ursprung der Apartheid gegenüber den dortigen Arabern – die Terrororganisationen PLO und Hamas applaudieren. (JR)

Von Vincent Steinkohl

Die Fahne von Amnesty International bei einem Protestzug

Die einst geschätzte und respektierte Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat sich einen Fehltritt erlaubt. In einem am 1. Februar 2022 veröffentlichten Bericht attestiert sie dem Staat Israel „Apartheid". Bevor der geneigte Leser mit der Lektüre beginnt, wird er bereits durch das ausgewählte Titelfoto dahingehend manipuliert, eine Beschränkung der Meinungsfreiheit „palästinensischer" Abgeordneter zu vermuten: Das Bild zeigt arabische Parlamentarier, die im Januar 2018 eine Rede des damaligen amerikanischen Vizepräsidenten Mike Pence störten, indem sie Plakate mit Parolen hochhielten. Sie wurden daraufhin von den Saaldienern hinausgeleitet, worin Amnesty International offenbar eine Beschneidung der Redefreiheit sieht. Erwähnt wird nicht, dass dies den gängigen Regeln eines Parlaments entspricht. Im Bundestag kam es 2002 zu einem ähnlichen Vorfall: Mehrere Abgeordnete der PDS (heute „Die Linke") entrollten während einer Rede von US-Präsident George W. Bush ein Transparent mit den Worten „Mr. Bush + Mr. Schröder: Stop your wars!" Auch jene Aktion wurde von den Saaldienern des Bundestages umgehend beendet; der PDS-Fraktionsvorsitzende Roland Claus entschuldigte sich später bei Präsident Bush. Von „Apartheid gegenüber Ostdeutschen" sprach AI damals nicht. Derart tendenziös geht es weiter: Schon der Titel des Berichts offenbart, wo die Reise hingeht: „Gewählt, doch eingeschränkt. Schrumpfender Raum für palästinensische Parlamentarier in Israels Knesset." Aufmerksamen Zeitgenossen stellen sich beim Lesen dieser Worte zugleich zwei Fragen. Erstens: Wie viele jüdische Abgeordnete und Parteien sitzen in arabischen Parlamenten? Zweitens: Wieso spricht man bei gewählten israelischen Staatsbürgern im israelischen Parlament von „Palästinensern"? Wenn Amnesty es schon für nötig hält, von „Palästinensern" in der Knesset zu sprechen, sollten sie zumindest auf den Umstand verweisen, dass Israel neben Jordanien das einzige Land des Nahen Ostens ist, in dem Palästinenser gewählt werden können. In den Palästinensischen Autonomiegebieten fanden seit 2006 keine Wahlen mehr statt, im Libanon und in Syrien haben die „palästinensischen Flüchtlinge", selbst wenn sie bereits dort geboren sind, keinerlei staatsbürgerlichen Rechte. Die Wahrheit ist, dass es arabischen Israelis besser geht als den meisten Arabern in ihren Heimatländern. Auch die bloße Ankündigung des Berichts sorgte bei Israelfreunden für Irritation, so gab Amnesty im Vorfeld die Veröffentlichung für „Dienstag, 11 Uhr Beirut-Zeit" an, obwohl sich die libanesische Hauptstadt in derselben Zeitzone wie Israel befindet.

Dämonisierung durch Wortwahl

Wie anhand eines reißerisch gewählten Titels, eines irreführenden Symbolbilds auf der Website von AI und der Orientierung an der libanesischen Uhrzeit anzunehmen war, haut das Pamphlet bereits in den ersten Sätzen auf den Putz: „Das System der Apartheid hat seinen Ursprung in der Staatsgründung Israels im Mai 1948." Um diesen Satz nicht als Delegitimierung des Staates Israel per se, sondern als legitime Kritik einer neutralen Institution zu deuten, fehlt es mir leider an Fantasie.

> Amnesty International: Das System der Apartheid hat seinen Ursprung in der Staatsgründung Israels im Mai 1948.

Denn „Apartheid" ist als Begriff recht eindeutig definiert:

Amnesty bezieht sich in ihrer Veröffentlichung auf verschiedene Definitionen und Rechtsgrundlagen, unter anderem auf die Anti-Apartheidkonvention, welche im Jahr 1973 „unmenschliche Handlungen" bezeichnete, „die zu dem Zweck begangen werden, die Herrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere rassische Gruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und diese systematisch zu unterdrücken". Dazu zähle eine „Politik und Praxis der Rassentrennung und -diskriminierung, wie sie im südlichen Afrika betrieben wird". Nach dem Ende des Apartheidregimes in Südafrika wurde jene Definition fast wortgleich ins Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs aufgenommen. Amnesty, wohl wissend um die Schwere dieses Begriffs, schreibt, „Unterdrückungs- und Herrschaftssysteme" seien „niemals identisch", weshalb man auch nicht versuche, zu argumentieren, „dass im heutigen Israel genau das Gleiche geschehe wie in Südafrika zwischen 1948 und 1994."

Wieso man, um die instinktive Assoziation mit Südafrika vor 1990 wissend, dennoch den Apartheidbegriff für angemessen hielt, weiß nur der liebe Gott. Der italienische Autor Giulio Meotti schrieb bereits vor mehr als einer Dekade:

„Israel kennt kein ›Population Registration Act‹ (Bevölkerungs-Registrierungsgesetz), kein ‵Group Areas Act′ (getrennte Wohngebiete für die ethnischen Gruppen), keinen ′Mixed Marriages and Immorality Act′ (Verbot von ›Mischehen‹ und Unsittlichkeitsgesetz), keinen ′Separate Representation of Voters Act′ (Gesetz zur getrennten Vertretung von Wählern), keinen ′Reservation of Separate Amenities Act′ (Verfügung über die getrennte Nutzung von öffentlichen Einrichtungen). […] Im jüdischen Staat […] genießen alle Minderheiten – Christen, Bahais, Drusen und Muslime – sämtliche religiösen und zivilrechtlichen Freiheiten." In den mehr als zehn Jahren, die seit Meottis Analyse verstrichen sind, hat sich die Situation arabischer Israelis und „Palästinenser" nicht verschlechtert, im Gegenteil: 14 von 120 Abgeordneten der Knesset sind arabischstämmig, die Vereinigte Arabische Liste ist sogar an der gegenwärtigen israelischen Regierung beteiligt. Ihr Chef Mansour Abbas fungiert als stellvertretender Minister für arabische Angelegenheiten im Kabinett von Premierminister Naftali Bennett. Bibras Natcho ist seit 2018 Kapitän der israelischen Fußballnationalmannschaft und bekennender Muslim. Der einzige relevante rechtliche Unterschied zwischen jüdischen und muslimischen Israelis besteht in der Wehrpflicht. Arabische Israelis sind, im Gegensatz zu ihren jüdischen Landsleuten, von der Wehrpflicht entbunden. Damit sind sie von wirtschaftlichen und beruflichen Privilegien, die der Dienst an der Waffe mit sich bringt, ausgeschlossen. Mit Apartheid hat das trotzdem nichts zu tun: Zum einen sind neben Arabern auch ultraorthodoxe Juden vom Wehrdienst befreit, zum anderen wird Muslimen der Zugang zum Militär nicht verboten, sie dürfen der Armee beitreten, wenn sie dies wünschen. Die „Palästinenser" im Westjordanland und in Gaza sind jedoch keine israelischen Staatsbürger, ihre Situation unterscheidet sich demnach von jener der arabischstämmigen

Israelis im Kernland. Amnesty International wirft sie jedoch alle in einen Topf, um das gewünschte Narrativ zu bedienen. Dass Ausländer beispielsweise nicht wählen dürfen, ist in jedem Land der Welt gängige Praxis, andernfalls wäre eine Staatsbürgerschaft wertlos.

Skandalöse Einseitigkeit, Lügen durch Weglassen

Eine seit Jahrzehnten global agierende Menschenrechtsorganisation sollte es gut begründen können, wenn sie einem ganzen Staat gegenüber, derart schwerwiegende Vorwürfe erhebt, sollte man meinen. Doch der gesamte Bericht ist ein Sammelsurium aus Halbwahrheiten und selektiver Darstellung. Selbst vor dreisten Lügen wurde nicht zurückgeschreckt. Ein Zitat des damaligen israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu, soll den weltweit wohl bekanntesten israelischen Politiker der Gegenwart diskreditieren: Im März 2019 habe Netanjahu in einem Posting via Instagram verlautbaren lassen: „Israel ist nicht der Staat aller seiner Bürger… ‚[sondern] der Nationalstaat des jüdischen Volkes, und nur von ihm." Dieses Zitat liest sich in der von Amnesty veröffentlichen Fassung tatsächlich etwas befremdlich. Es soll suggerieren, Netanjahu würde stellvertretend für alle israelischen Regierungspolitiker, die in seinem Land praktizierte Apartheid offen einräumen und lobpreisen. Um die Selbstentlarvung Netanjahus als rassistischen Schurken zu belegen, musste Amnesty sich eines höchst unmoralischen Manövers bedienen: So wurde kurzerhand ein entscheidender Teil des Satzes weggelassen und somit das von Netanjahu eigentlich Gesagte ins exakte Gegenteil verkehrt. Denn tatsächlich ist in dem Post, welcher im Zuge des israelischen Wahlkampfes als Antwort auf ein zuvor gemachtes Statement der israelischen Schauspielerin Rotem Sela erschienen war, folgendes zu lesen: „Liebe Rotem, eine wichtige Korrektur: Israel ist nicht ein Staat aller seiner Bürger. Nach dem Nationalstaatsgesetz, das wir verabschiedet haben, ist Israel der Nationalstaat des jüdischen Volkes – und nur von ihm. Wie Sie geschrieben haben, gibt es kein Problem mit den arabischen Bürgern Israels – sie haben die gleichen Rechte wie wir alle, und die Likud-Regierung hat mehr in den arabischen Sektor investiert als jede andere Regierung."

Es ist offensichtlich, was Amnesty zu bezwecken versucht: Um Netanjahu als Bösewicht an der Spitze eines Apartheidregimes portraitieren zu können, hat die Organisation das Zitat bewusst gekürzt, damit der entscheidende Satz wegfällt – Der Satz, in dem die gleichen Rechte aller israelischen Bürger betont werden und der dem Vorwurf der Apartheid klar widerspricht. Auch im weiteren Verlauf des Berichts praktiziert AI eine Einseitigkeit, die wohl bei keinem anderen Konflikt der Welt toleriert worden wäre. Formulierungen wie „Nach der Militärbesetzung von 1967" lassen erahnen, dass es den Verantwortlichen mitnichten um eine ausgewogene Darstellung historischer Tatsachen ging. Denn was der „Militärbesatzung" vorausgegangen war, wer zuerst wen angegriffen hat, wird mit keinem Wort erwähnt. Dass der von „Israelkritikern" gerne als „Freiluftgefängnis" bezeichnete Gazastreifen seit 2005 vollständig von der Hamas verwaltet wird und dortige Eliten sich finanziert durch zumeist westliche Spenden Villen bauen und beständig Raketen auf Israel feuern, während sie ihr eigenes Volk hungern lassen? Irrelevant. Dass Israel am Tag seiner Staatsgründung Kriegserklärungen von mehreren arabischen Staaten bekommen hat, während arabische Juden zu hunderttausenden aus Algerien, Marokko, dem Irak und anderen arabischen Ländern vertrieben wurden? Unwichtig. Dass die in westlichen Medien oft als „moderat" bezeichnete PLO Regierung von Mahmud Abbas nach wie vor Hinterbliebenenrenten an Angehörige von Selbstmordattentätern auszahlt? Egal. Dass die eifrig kritisierten Checkpoints zwischen der Westbank und dem israelischen Staatsgebiet nicht immer existierten, sondern vor dem Hintergrund wiederholter verheerender Terroranschläge errichtet wurden, interessiert Amnesty ebenfalls nicht.

Immerhin wird in der deutschsprachigen Version des Berichts der Begriff „Palästinenser" korrekt gegendert zu „Palästinenser:Innen", die Hamas wird es freuen. Ein weiterer bei Antisemiten aller Couleur beliebter Taschenspielertrick zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Bericht: Völlig unrealistische Forderungen, wie beispielsweise die eines „Rückkehrrechts": Dass Israel Juden auf der ganzen Welt die Einwanderung nach Israel ermöglicht, den „Palästinensern" jedoch nicht, ist in den Augen von AI skandalös, ungeachtet mathematischer Realitäten. Explizit fordert Amnesty, allen „Palästinensern", die das Land im Zuge der israelischen Staatsgründung verlassen haben oder vertrieben wurden, sowie deren Nachkommen ein Einwanderungsrecht zu gewähren. Laut Zahlen der Vereinten Nationen handelt es sich hierbei um rund fünf Millionen Menschen, davon fast alle Nachfahren, die Israel zum ersten Mal betreten würden. Dass eine derartige Praxis die demografische Mehrheit der Juden in ihrem Heimatland unwiederbringlich beenden würde, wird ignoriert. Abgesehen davon, dass das Gebiet des heutigen Israels seit den Tagen des ersten Tempels die Heimat des jüdischen Volkes ist: Man stelle sich vor, eine international angesehene Organisation vom Format Amnesty Internationals würde von der heutigen Türkei ein Rückkehrrecht für alle Nachfahren vertriebener Armenier, Kurden und Griechen einfordern. Die Reaktion wäre wohl schallendes Gelächter der Weltgemeinschaft. Weitere Forderungen und Empfehlungen, die einen jeden BDS-Aktivisten verzücken würden, finden sich ebenfalls zur Genüge, darunter:

Ein Stopp ausländischer Waffenlieferungen; UN-Sanktionen, die Öffnung der Grenze zum Gazastreifen; die Überprüfung der Zusammenarbeit mit Israel auf allen politischen Ebenen sowie ein Boykott von Produkten aus israelischen Siedlungen, um nur einige zu nennen. Der „Palästinensischen" Autonomiebehörde rät man zudem, die Kooperation vor allem im Bereich der Sicherheit auf den Prüfstand zu stellen. Mitten in die sich langsam normalisierenden Beziehungen zu wenigstens einigen arabischen Ländern kommt dieser Bericht als Brandbeschleuniger daher.

Auf wen beruft sich Amnesty International?

Der Großteil des Berichts bezieht sich auf die Arbeit von „Adalah". Bei diesem Verein handelt es sich mitnichten um eine Menschenrechtsorganisation, sondern um ein Institut, dass bereits in der Vergangenheit negativ aufgefallen ist. Während bei Adalah jede militärische Selbstverteidigung Israels als Kriegsverbrechen gebrandmarkt wird, hüllt sich dieser Verein in Bezug auf wiederholte „palästinensische" Attentate in Schweigen. Da die Jüdische Rundschau im Gegensatz zu den Köpfen hinter dem Amnesty Bericht Wert auf Ehrlichkeit legt, zeigen wir, was der Chef von Adalah, Hassan Dschabarin, persönlich in einem Interview über seine Organisation gesagt hat: „Adalah glaubt, dass der akademische und politische Diskurs sich ändern muss. Wir müssen vor der internationalen Gemeinschaft sagen, dass das israelische Regime innerhalb und außerhalb der Grünen Linie [der Waffenstillstandslinie von 1949; S.F.] ein koloniales System ist, welches so offensichtlich in Widerspruch zu internationalem Recht steht, dass ein ernsthaftes Fragezeichen über seiner Legitimität hängt. Ein demokratisches Regime mit Defiziten ist immer noch ein legitimes Regime, während ein Kolonialregime, nach internationalem Recht, keine Legitimität hat." Geht es noch deutlicher? Adalah verfolgt das Ziel, Israel international als „Kolonialregime" zu ächten, welches keine Daseinsberechtigung habe und abgeschafft gehöre, weil es per definitionem nicht verbessert oder reformiert werden könne. Diese Diagnose bezieht sich explizit auf die Gebiete beiderseits der Waffenstillstandslinie von 1949. Israel, so der Vorsitzende von Adalah, war demnach von Anfang an illegitim, weil „kolonialistisch". Konkrete Beispiele für die Grausamkeit dieses „Regimes" kommen gewohnt schwach und vage daher. Ein Gesetz, das staatliche Behörden verpflichtet, bei Datumsangaben zusätzlich das Datum des jüdischen Kalenders anzugeben, bezeichnet Adalah als „diskriminierend" – weil der islamische Kalender nicht berücksichtigt werde. Auch die übrigen von Adalah als diskriminierend bezeichneten Gesetze betreffen zum Großteil Themenbereiche wie Staatsbürgerschaft, die in jedem Land der Erde unter gewöhnliches Ausländerrecht fallen würden.

> „Würde Amnesty dieselben Standards anwenden, an denen sie den jüdischen Staat misst, wäre jedes islamische Land der Erde ein Apartheidstaat."

Gemischte Reaktionen

Neben der Medienabteilung der Hamas äußerte auch der arabisch- israelische Journalist Khaled Abu Toameh in der Jerusalem Post seine Zustimmung, was die Frage aufwirft, wie viele pro-israelische Juden eigentlich für Al Jazeera, Al Arabiya und Konsorten arbeiten. Eine wahrlich grausame Apartheid, welche eine lokale Zeitung unbehelligt anprangern kann! Unterstützung für Amnesty kam auch von Georg Restle, der für die Tagesschau arbeitet und nach eigener Aussage journalistische Objektivität für unmöglich hält. Dafür zahlt man gerne „Demokratieabgaben". Doch selbst ein blindes Huhn findet beizeiten ein Korn. So schrieb der offen mit Linksradikalen sympathisierende ARD-Angestellte Patrick Gensing auf Twitter: „Zu keinem anderen Thema finden sich auf der Kampagnenseite annähernd so viele Beiträge. Lager für Uiguren? Putsch in Myanmar? Menschenrechte in Russland und vielen anderen Staaten? Kriegsverbrechen in Syrien? Who cares? Amnesty offenbar kaum." Wenn man als Menschenrechtsorganisation selbst aus dieser Ecke Gegenwind bekommt, sollte man tunlichst das eigene Handeln auf den Prüfstand stellen.

Positiv erwähnt sei auch Bayerns FDP-Chef Martin Hagen, der unmittelbar nach Veröffentlichung des Berichts aus Protest seinen Austritt bekannt gab. Schön, dass es noch Liberale mit Rückgrat gibt! Auch der Zentralrat der Juden benannte den Bericht als das, was er ist: antisemitisch.

Woke Doppelmoral

Würde Amnesty dieselben Standards anwenden, an denen sie den jüdischen Staat misst, wäre jedes islamische Land der Erde ein Apartheidstaat. Der Unterschied ist, dass man dann wohl mit einem deutlich lauteren internationalen Aufschrei rechnen müsste und zudem seine Büros von Jakarta bis Rabat eher gestern als heute schließen könnte. Neben latentem Antisemitismus, der in linken Kreisen genauso verbreitet ist wie in rechtsextremen und islamistischen, ist es auch ein Rassismus niedriger Erwartungen gegenüber Arabern, der solche Entgleisungen erklären dürfte. Ein „Recht des Schwächeren" definiert in woken Kreisen, wer Täter und wer Opfer ist. Weil Israel in kürzester Zeit als einziges Land im Nahen Osten eine demokratische Industrienation errichtet hat, kann es nicht mit Sympathien ausländischer NGO´s rechnen. Die gute Nachricht ist, dass das jüdische Volk seit jeher sehr wehrhaft ist. An der Existenz Israels wird sich so schnell nichts ändern, weder durch die Raketen der Hamas noch durch die Schreibfedern ausländischer Aktivisten.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

„Regenbogenkoalition aus Faschisten und Kommunisten“: EU hofiert antisemitische Anti-Orbán Opposition

Am 3. April wird in Ungarn gewählt. Dabei legen sich Berlin und Brüssel mächtig ins Zeug, sich in die Innenpolitik Ungarns einzumischen und die pro-Israel Regierung von Viktor Orbán zu stürzen. Leider scheut die EU nicht davor zurück, Antisemiten und sogar Rechtsextreme zu hofieren sowie Corona-Hilfsgelder zu instrumentalisieren, um den unbequemen konservativen Premierminister endlich loszuwerden. (JR)

Von Collin McMahon

JANEK SKARZYNSKI / AFP

Ein Demonstrant zeigt den „Hitler-Gruß“, im Hintergrund ein Banner mit der Aufschrift „Europa erwache“, gefolgt von einem Protestzug der rechtsnationalen Jobbik-Partei in Ungarn.

Lange Zeit sah es nicht gut aus für die Orbán-Regierung, die seit 2010 mit einer komfortablen Mehrheit regiert. Denn die bisher zerstrittene Opposition hatte sich – ähnlich wie in Israel 2021 – zu einem breiten links-rechts Bündnis vereint, mit dem alleinigen Ziel, den in Berlin und Brüssel so unbeliebten Premier Viktor Orbán abzulösen.

Im November 2020 sank Orbáns Fidesz-Partei in den Umfragen zum ersten Mal seit Jahren unter 50%. Die „Vereinte Opposition“ hielt im November 2021 mit viel Trara Vorwahlen ab, um den Spitzenkandidaten zu küren, der Orbán im April aus dem Amt fegen soll – doch seitdem geht es bergab.

Denn Spitzenkandidat der Vereinten Opposition wurde der parteilose Péter Márki-Zay, Bürgermeister von Hódmezővásárhely, einer Kleinstadt mit 44 000 Einwohnern im Südosten Ungarns, Mitbegründer der „Bewegung Aller Ungarn”. Seitdem springt der glücklose Politamateur von einem Fettnäpfchen zum nächsten, inklusive Wählerbeschimpfung und antisemitischer Ausfälle.

Am 9. Januar 2022 ließ sich Márki-Zay zu einem bizarren Facebook-Ausbruch gegen Orbáns Fidesz hinreißen, mit der Bemerkung, dass es “übrigens Juden in der Fidesz gibt. Nicht viele, aber immerhin…“ Bei einer Wahlkampfveranstaltung am 12. Februar sagte Márki-Zay, er strebe eine „Regenbogenkoalition aus Liberalen, Kommunisten, Konservativen und Faschisten“ an.

Um mit der Vereinten Opposition auch nur in der Nähe einer möglichen Mehrheit zu kommen, muss sich Márki-Zay auf die Unterstützung der nationalsozialistischen Jobbik-Partei verlassen, die seit Jahren mit antisemitischen Ausfällen von sich reden macht.

Im Oktober 2020 traf sich Márki-Zay mit dem berüchtigten Jobbik-Politiker László Bíró, der Budapest „Judapest“ nennt und sich 2019 auf Facebook über „polnische, russische und israelische chassidische jüdische Touristen“ beklagte: „Mein Hund flippt aus, wenn diese Lauslocken an meinem Haus vorbeigehen”.

Bürgermeister wurde Márki-Zay 2018 nur mit der Unterstützung der rechtsextremen Jobbik. Im September 2018 postete Márki-Zay ein Bild seines Treffens mit dem damaligen Jobbik-Vorsitzenden Tamás Sneider, einem ehemaligen Skinhead, dessen Frau auf ihren Hochzeitsfotos den Hitlergruß zeigte. Sneider hat vor Gericht gestanden, 1992 einen Roma verprügelt zu haben, und wurde deshalb zu acht Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Márki-Zay unterstützt auch den Jobbik-Abgeordneten Lajos Rig, der die Roma-Minderheit als „Biowaffe der Juden“ bezeichnet hat.

Doch während die EU und die deutschen Medien keine Gelegenheit auslassen, um die pro-Israel Regierung von Viktor Orbán als latent antisemitisch und grenzfaschistisch zu diffamieren, herrscht bei der Wunschkoalition der Anti-Orbán-Jünger Schweigen im Blätterwald.

Nach seiner Kür zum Spitzenkandidaten der Vereinten Opposition wurde Péter Márki-Zay in Brüssel der rote Teppich ausgerollt: Er traf sich dort mit Kommissions-Vizepräsidentin und „Kommissarin für Werte und Transparenz“ Vera Jourova, Orbáns Erzfeindin im EU-Apparat; mit der Fraktionsvorsitzenden der Grünen Ska Keller; der Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten Iratxe García Pérez; sowie dem Vorsitzenden und dem Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Donald Tusk und Manfred Weber.

Bei seinem Besuch bei der EU in Brüssel im November 2021 ließ Márki-Zay sich außerdem mit dem EU-Abgeordneten der Jobbik, Márton Gyöngyösi, fotografieren, der bei einer Rede im ungarischen Parlament 2012 gesagt hat, es sei „höchste Zeit, eine Bestandsaufnahme zu machen, wie viele Juden in Ungarn ein Sicherheitsrisiko darstellen, vor allem im ungarischen Parlament und der Regierung.”

Die EU, die aktuell die „Rechtsstaatlichkeit“ Polens und Ungarns in Frage stellt, scheut nicht davor zurück, mit Steuergeldern der europäischen Bürger in die demokratischen Wahlen in Ungarn einzugreifen. So werden aktuell 7,2 Milliarden Euro aus dem Corona-Wiederaufbaufonds für Ungarn aufgrund angeblich fehlender Rechtsstaatlichkeit zurückgehalten, um der Orbán-Regierung im Wahlkampf zu schaden.

EU-Politiker machen keinen Hehl aus ihrem dringenden Wunsch nach einem “Regime Change” in Ungarn. „Deutsche Abgeordnete des Europäischen Parlaments erklären ganz offen, dass sie einen Regierungswechsel in Ungarn erhoffen“, schreibt Dr. Gerhard Papke der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Budapester Zeitung. „Unvergessen ist die Ansage des niederländischen Regierungschefs Mark Rutte aus dem vergangenen Sommer: „Wir wollen Ungarn in die Knie zwingen.“ Wie arrogant, wie unhistorisch, wie antieuropäisch muss man sein, um ein befreundetes europäisches Kulturvolk so zu behandeln?“

Die EU finanziert seit Jahren „zivilgesellschaftliche NGOs“ wie das Hungarian Helsinki Committee, die enge personelle Verflechtungen mit der Vereinten Opposition und den Orbán-feindlichen Open Society Foundations aufweisen. Am 31. März 2020 bedankte sich der Grüne Bürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony, damals noch Hoffnungsträger der Opposition, öffentlich

Péter Márki-Zay, Spitzenkandidat der vereinigten Opposition

bei George Soros für eine Spende von einer Million Euro. Die sozialistische Nachfolgepartei „Momentum Movement“ werde von George Soros finanziert, und ihre Anführer „sind alle im Soros-Netzwerk ausgebildet worden,“ so Fidesz-Abgeordneter János Halász.

Momentum-Rechtsanwalt im Wahlkampf 2018 Dániel G. Szabó ist ehemaliger Mitarbeiter des Ungarischen Helsinki Komitees, das eng im sogenannten „Rechtsstaatlichkeitsverfahren“ der EU gegen Ungarn involviert ist. Das Hungarian Helsinki Committe erhielt laut EU Finanztransparenzportal 910.000 Euro im Jahr 2020, 30.359 Euro im Jahr 2019, 283.643 im Jahr 2018 und 313.280 im Jahr 2017 von der Europäischen Union. Von Open Society waren es 850.000 US-Dollar im Jahr 2019, 50.000 im Jahr 2018 und 610.000 im Jahr 2016.

Die EU, die deutsche Bundesregierung und ihre Stichwortnehmer in den Mainstream-Medien verbünden sich also mit einer Koalition aus Open-Society-nahen Parteien und der national-sozialistischen Jobbik-Partei, um die gewählte ungarische Regierung zu stürzen - all das im Namen der „Rechtsstaatlichkeit“! Es ist ein unfassbarer Skandal, der von den sonst immer mit Feuer und Flamme „gegen Rechts“ engagierten deutschen Haltungs-Medien völlig totgeschwiegen wird. Man kann sich nur allzu lebhaft vorstellen, was dieselben Medien damit machen würden, wenn Orbán sich der Macht willen mit der Jobbik verbünden würde – was er immer kategorisch ausgeschlossen hat.

Gottlob geht die perfide Rechnung nach den neusten Umfragen nicht auf. Bei einer Umfrage im Februar bezweifelten 70% der Ungarn, dass Márki-Zay Orbán ablösen kann. Wenig hilfreich dürfte dabei die Tatsache gewesen sein, dass Márki-Zay alle Wähler, die für sichere Grenzen, Kinderschutz, Elternrechte und niedrige Energiepreise sind – oder einfach nur auf dem Land wohnen – „unwissend und dumm” nennt.

„Diese Oppositionskoalition existiert nur, um die Macht zu ergreifen,“ so die ungarische Justizministerin Judit Varga zur Jüdischen Rundschau. „Sie geben offen zu, Faschisten und Kommunisten in ihren Reihen zu haben. Selbst wenn sie nicht die Mehrheit erreichen, sagen sie, wollen sie die Verfassung ändern, um an die Macht zu kommen. Das ist eine dringende Warnung an Europa, mit wem sie sich im Namen der europäischen Werte hier einlassen.“

Putins Argumente und die Politikwende in Berlin

Angesichts des Ukrainekrieges wirft Berlin so manche seiner ohne Unterlass propagierten linken und grünen Irrlehren über Bord. Doch wie aufrichtig und machbar sind die großartigen Ankündigungen von Olaf Scholz und den Seinen? Jetzt kommen die Mühen der Ebene – und die haben es in sich.

Von Annette Heinisch

Wladimir Putin und Olaf Scholz im Kreml am 15. Februar 2022

Als Reaktion auf die Invasion Russlands in die Ukraine kündigt Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) den Bau von zwei Flüssiggasterminals in Deutschland an. Außerdem solle die Bundeswehr ein einmaliges Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben erhalten. Zukünftig werde Deutschland sogar mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Verteidigung investieren.

Bereits beim NATO-Gipfel 2002 in Prag wurde das Ziel von Investitionen in die Verteidigung in Höhe von zwei Prozent des BIP vereinbart, beim NATO-Gipfel 2014 in Wales in Anwesenheit des damaligen Bundesaußenministers Steinmeier (SPD) bestätigt. Diese Zusage wurde jedoch von Deutschland nicht eingehalten, denn die SPD lehnte dies kategorisch ab. "Wir haben in Deutschland andere Sorgen als sinnlose Aufrüstung", so Ralf Stegner. Auch der damalige Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, hatte sich im Wahlkampf gegen eine „Aufrüstungsspirale“ ausgesprochen, wie sie Donald Trump propagierte.

Die Ankündigungen des Kanzlers laufen jedoch ins Leere. Ob Flüssiggasterminals jemals gebaut und wann sie fertiggestellt sein werden, kann letztlich dahingestellt bleiben, denn weder verweigern uns etwa die Niederlande das Anlanden und den Weitertransport von Flüssiggas, noch wäre mit dem Bau von Terminals eine strategische Unabhängigkeit Deutschlands gesichert. Die richtige Reaktion wäre der sofortige und beschleunigte Bau von Kernkraftwerken. Speziell der in Deutschland entwickelte Dual Fluid Reaktor, der aus Atommüll sauberen Strom produziert und völlig ungefährlich ist, wäre eine Lösung. Scholz hingegen geht unter dem Beifall der Abgeordneten des Bundestages den Weg des Traumtänzertums weiter. Wobei auch Zwischentöne interessant sind. Robert Habeck wollte eine Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke zumindest nicht ausschließen.

Putin will mehr

Die Lage ist ernst. Sie ist wesentlich ernster, als der deutschen Öffentlichkeit bewusst ist. Aufgrund ihrer geostrategischen Lage war die Ukraine in ihrer Geschichte immer ein Spielball fremder Mächte, die auf deren Boden ihre Einflusssphären absteckten.

Putin geht es nicht nur um die Ukraine, sondern um die Wiederherstellung früherer glanzvoller Zarenzeiten. Dies ist nicht nur für weite Teile der Ukraine gefährlich, sondern auch für die früheren Ostseegouvernements Estland, Livland und Kurland, Kongresspolen, Litauen, Belarus, Moldau und Finnland (als Großfürstentum Finnland). Ob Jever sich Sorgen machen muss, weil es zwischen 1791 und 1818 zu Russland gehörte, kann ich nicht beurteilen, aber vielleicht war die Schließung des dortigen Fliegerhorstes verfrüht. Auch die Amerikaner sollten bedenken, dass Alaska einst als russische Kolonie angesehen wurde.

Es handelt sich dabei nicht um trunkene Träume eines Wahnsinnigen, sondern konkrete Pläne eines atomar bewaffneten Machthabers, der die Umsetzung seiner Pläne wie überhaupt eine Ausweitung seiner Macht – und Einflusssphäre seit Jahren äußerst gezielt betrieben hat.

Russlands Pläne gehen weit über die Ukraine hinaus

Westliche Experten haben die Verantwortlichen davor gewarnt. Wahrheiten jedoch, die man nicht hören will, werden (bestenfalls) ignoriert. Bereits 2002 wurde als Gegenstück zur NATO die „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“ (OVKS) gegründet. Mitglieder des von Russland dominierten Bündnisses sind Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Weißrussland. Zwischen dem 06. und dem 10.01. 2022 sind erstmals Kräfte der OVKS in Kasachstan eingesetzt worden. Nach offizieller Lesart sollten Objekte zur Wiederherstellung der Ordnung gesichert werden, die durch eine angebliche ausländische Einmischung bedroht seien. Nur bei einer ausländischen Bedrohung darf die OVKS eingreifen. Der kasachische Präsident Tokajew konstruierte eine solche Einmischung, um Demonstrationen niederzuschlagen und die Strukturen seines Vorgängers und strikten Gegner Russlands, Nursultan Nasarbajew, mit russischer Hilfe zu zerschlagen. Bis zum 11. Januar wurden insgesamt fast 10.000 Menschen im Rahmen der Proteste festgenommen.

Schon vor, spätestens aber mit dem Georgien-Krieg 2008 wurde deutlich, dass Russland durchaus expansive Pläne hatte. Es wurden aber auch Schwächen des russischen Militärs sichtbar, die Putin umgehend beseitigte. Das Handelsblatt berichtete bereits 2014: „Wir haben eine bemerkenswerte Veränderung in der Herangehensweise und den Kapazitäten der russischen Streitkräfte seit dem Georgien-Krieg gesehen“, erklärte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen vor wenigen Tagen gegenüber Journalisten. Russland sei inzwischen in der Lage, blitzartig aus einem Manöver heraus einen Angriff zu starten.“

Hyperschallrakete nach Königsberg verlegt

Tatsächlich hat Russland für sein weiteres Vorgehen bereits Königsberg (Kaliningrad) mit Iskander-Raketen bewaffnet. Diese auch atomar bestückbaren Raketen haben eine Reichweite von 500 km, nicht nur Berlin ist mühelos erreichbar.

Anfang Februar dieses Jahres verlegte Russland MiG-31K mit der Hyperschallrakete Kinschal unter dem Rumpf nach Königsberg. Diese würden ihr Ziel innerhalb von Minuten erreichen. Da diese Rakete auf einer semiballistischen Flugbahn unterwegs und manövrierfähig ist, bliebe einer Luftabwehr (selbst wenn eine gut funktionierende vorhanden wäre, was in Deutschland nicht der Fall ist) kaum Reaktionszeit. Der schwedische Politiker Carl Bildt, Vizechef der Berliner Denkfabrik European Council of Foreign Relations, geht in einem Twitter-Beitrag davon aus, "die Hälfte" aller verfügbaren Kinschal-Träger sei in die russische Exklave verlegt worden. Diese Rakete kann problemlos London, Paris, Rom oder sogar Ankara erreichen.

Königsberg ist aber nicht nur als Ausgangspunkt der Bedrohung aus der Luft für die NATO-Länder gefährlich, von dort aus kann nämlich die Lufthoheit über die angrenzenden Staaten sowie die Ostsee gesichert werden. Ein Nadelöhr für NATO-Truppenverlegungen ins Baltikum ist der Suwalki-Korridor, der die baltischen Staaten mit Polen verbindet. Dieser kann von Königsberg aus kontrolliert werden, so dass die wenigen im Baltikum anwesenden Truppen (auch deutsche), die bestenfalls die Verzögerung eines Angriffs erreichen können, von jeder Verstärkung abgeschnitten wären.

Dem Machthunger Putins mit Flüssiggasterminals begegnen?

Die polnischen Streitkräfte wollten dem unmittelbaren Schlag nicht in der Tiefe des Landes ausweichen und stellten sich in Ostpolen zum Kampf. Offenbar nicht die richtige Wahl. Bei ihrem hartnäckigen Widerstand wurden die Truppen in der Masse aufgerieben. Das Portal "Interia" schreibt: "Die rücksichtslose Verteidigung Ostpolens führte zur Niederlage der dortigen Einheiten und zu enormen Verlusten. Am fünften Tag des virtuellen Konflikts erreichte der Feind die Weichsel. Am vierten Tag war Warschau umzingelt. Strategische Häfen wurden blockiert oder besetzt. Luftfahrt und Marine hörten trotz der Unterstützung der NATO auf zu existieren. Polnische Einheiten östlich der Weichsel wurden vollständig besiegt." Die Situation sei "noch schlimmer als 1939".

Dem Machthunger Putins mit Flüssiggasterminals begegnen zu wollen, die irgendwann einmal fertig werden (oder auch nicht) und dann entsprechend der herrschenden dekadenten Bullerbü-Mentalität klimaneutralen Wasserstoff aufnehmen könnten, ist eine Luft- und Lachnummer.

Die verhängten Sanktionen ruinieren Russland nicht, wie unsere Außenministerin meint. Sie stören nicht einmal. Auf den Ausschluss aus SWIFT hat sich Russland längst vorbereitet und ein eigenes System SPFS aufgebaut. Zusammen mit dem chinesischen CIP kann Russland den Ausfall von SWIFT verkraften. Auch ansonsten hat Putin seine Pläne von langer Hand vorbereitet:

„Russland hat Devisenreserven in Höhe von 635 Milliarden Dollar, die fünfthöchsten der Welt. Das Land hat vor allem die Goldreserven deutlich ausgebaut und den US-Dollar-Anteil reduziert. Es hat eine Staatsverschuldung von 18 Prozent des BIP, der sechstniedrigste Stand der Welt. Bis zuletzt hatte das Land einen Haushaltsüberschuss, weshalb es nicht von ausländischen Kapitalgebern abhängt. Monatlich fließen rund zehn Milliarden Dollar in den Staatsfonds, dessen Vermögen sich am 1. Mai 2021 auf 185,9 Milliarden US-Dollar belief – gut 12 Prozent des russischen BIP. Kein Wunder, dass der russische Botschafter in Schweden es so zusammenfasste: „Entschuldigen Sie meine Ausdrucksweise, aber westliche Sanktionen wären uns scheißegal.“

Putin fürchtet keine wirtschaftlichen Sanktionen, für ihn wurde mit der Weigerung, die Ukraine militärisch zu unterstützen, seitens des Westens grünes Licht für einen Angriffskrieg gegeben. Nur aktive militärische Unterstützung der Ukraine ist für ihn ein Hindernis, nur diese könnte die Aggression eindämmen. Doch kritische Stimmen im Westen, die rechtzeitig vor Gefahren warnten, wurden ignoriert oder gezielt mundtot gemacht.

Nun fährt Putin die nukleare Abschreckung auf, in der Gewissheit, dass sich der Westen vor Angst in die Hose macht. Es fehlt die Generation von Politikern wie Helmut Schmidt, die wissen, dass nur Stärke – und zwar militärische Stärke – zählt.

„Si vis pacem para bellum”. Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor. Diese alte Weisheit, heute durch die Spieltheorie bestätigt, wurde vergessen. Die Dividende des Friedens und des Pazifismus ist Krieg. Die Dividende der Stärke, auch und gerade militärischer, mit dem Willen, diese zu nutzen, führt hingegen zu Frieden und zum Schutz der Schwachen. Klingt paradox, ist aber logisch.

Offener Brief des Rabbiners von Budapest an Bundeskanzler Olaf Scholz

Die jüdische Gemeinde in Ungarn blickt mit Sorge auf die bevorstehen Parlamentswahlen am 3. April. Ein Wahlerfolg der von Brüssel hofierten vereinten Opposition birgt Gefahren für die Juden in Ungarn.

EMIH
EGYSÉGES MAGYARORSZÁGI IZRAELITA HITKÖZSÉG

קהל עדת שומרי תורה בהונגריה
Alapítva: 1877, Újjáalapítva: 2004

1037 Budapest Bokor utca 1-5.
email: titkarsag@zsido.com
tel.: +36 1 267 57 46

בס״ד

An den Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Olaf Scholz

Budapest, den 18. Februar 2022

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Wäre es vorstellbar, dass in Deutschland der Vertreter einer Partei, die mit 16 Prozent der Wählerstimmen ins Parlament gelangt ist, während der Plenarsitzung dieses Parlaments folgendes erklärt: „Es wäre Zeit daran nachzusehen, wie viele Personen jüdischer Abstammung, die für Ungarn eine gewisse Gefährdung der nationalen Sicherheit bedeuten könnten, im Lande leben, im Parlament und in der Regierung sitzen.“ Wäre es in Ihrem Vaterland möglich, dass dieser Mann neun Jahre später stellvertretender Vorsitzender seiner Partei sein und sich anschicken würde, in einem Wahlbündnis von oppositionellen linken und liberalen Parteien eine bedeutende Rolle zu spielen?

Und weiter: Wäre es in Deutschland vorstellbar, dass der Spitzenkandidat dieses Bündnisses und Kandidat für die Position des Ministerpräsidenten bei den anstehenden Wahlen im April dieses Jahres öffentlich über die Zahl der Mitglieder jüdischer Abstammung in der zur Zeit regierenden Partei nachdenkt, und den vor einigen Jahren verstorbenen Berater dieser Partei als „homophoben Juden, der in einer Schwulenehe lebt“ bezeichnet?

Was würde in Deutschland passieren, wenn – wie vor einigen Tagen in Ungarn geschehen – ebendieser Mann auf einer Wahlveranstaltung erklären würde, dass das von ihm repräsentierte Oppositionsbündnis „eine Regenbogenkoalition“ sei, „in der Liberale, Kommunisten, Konservative und Faschisten jeweils vertreten“ seien, und so könne „jeder aufrechte Mensch seine eigene Weltanschauung behalten...“ Als man ihn um eine Erklärung bat, rechtfertigte er sich damit, dass er eigentlich seinen politischen Gegner, die Regierungspartei gemeint habe.

Für mich ist es offensichtlich, dass so etwas in Ihrem Land nicht möglich wäre. In Ungarn jedoch sind solche und ähnliche Fälle keine Ausgeburten einer wilden Phantasie, sondern die ernüchternde Realität selbst. Die erste Äußerung stammt aus dem Jahre 2012 von Márton Gyöngyösi, er ist heute stellvertretender Vorsitzender der Partei *Jobbik Magyarországért*, Teil des oben genannten oppositionellen Bündnisses. Die beiden letzten Aussagen fielen voriges Jahr sowie vor wenigen Tagen und kommen von Péter Márki-Zay, dem Spitzenkandidaten des Wahlbündnisses *Egységben Magyarországért*.

Ungarn und Deutschland sind natürlich in vielerlei Hinsicht verschieden, auch in dieser. Der von mir gegründete Verein, die europäische *Handeln und Verteidigen Liga* (Action and Protection League), hatte unlängst eine beispiellos breit angelegte Untersuchung über den europäischen Antisemitismus (www.apleu.org) bestellt, deren Ergebnisse wir im letzten Oktober in Brüssel vorgestellt haben. Sie zeigte auf, wie viele Gesichter der europäische Antisemitismus hat, und wie aktuell das Thema immer noch ist.

Die repräsentative Umfrage wurde in 16 Ländern vom Meinungsforschungsinstitut Ipsos durchgeführt, insgesamt wurden 16.000 Bürgern jeweils 70 Fragen gestellt. In jedem Land befragte man jeweils tausend Personen in persönlichen Interviews, um zu ergründen, in welchem Maße sie sich mit den Jahrhunderte alten antisemitischen Ansichten identifizieren, was sie über das Gedenken an den Holocaust und über den jüdischen Staat denken. Noch niemals vorher ist eine ähnlich umfassende Untersuchung durchgeführt worden, sie ist – wie schon viele andere davor – mit der Unterstützung der ungarischen Regierung entstanden.

Unsere Ergebnisse waren wahrhaft erschütternd. Ich will hier nur einige Beispiele aus Deutschland und Ungarn nennen: In Deutschland sind 28 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass „die Juden zu viel über den Holocaust reden“, 23 Prozent sind mit der Aussage einverstanden, „die Juden würden den Opferstatus für eigene Interessen nutzen“. 30 Prozent sind davon überzeugt, dass „das deutsche Volk

EMIH
EGYSÉGES MAGYARORSZÁGI IZRAELITA HITKÖZSÉG

קהל עדת שומרי תורה בהונגריה
Alapítva: 1877, Újjáalapítva: 2004

1037 Budapest Bokor utca 1-5.
email: titkarsag@zsido.com
tel.: +36 1 267 57 46

בס״ד

während des Zweiten Weltkrieges ebenso viel gelitten hat wie die Juden“. 20 Prozent glauben, dass „die Israelis die Palästinenser genau so behandeln, wie die Nazis die Juden behandelt haben“.

In Ungarn waren 24 Prozent der Befragten der Meinung, das Israel boykottiert werden sollte, 22 Prozent haben negative Gefühle Juden gegenüber, 26 Prozent meinen, dass die Kreuzigung Jesu „eine unverzeihliche Sünde der Juden“ sei, und schließlich fanden 38 Prozent, dass die Juden „einen zu großen Einfluss“ hätten.

Zugleich mussten wir jedoch auch feststellen, dass man die Lage nicht nur anhand der Forschungsergebnisse beurteilen kann, sie müssen im jeweiligen eigenen Kontext gesehen werden. So ist zwar die Zahl jener, die in Ungarn insgesamt antisemitische Ansichten vertreten, um zwanzig Prozent höher als in Deutschland, doch hat es in Ungarn 2020 insgesamt nur 34 antisemitische Straftaten gegeben, in Deutschland dagegen 2275.

Das weist auf die Komplexität des Problems hin. Offensichtlich kann der Antisemitismus in Ungarn unter bestimmten Parteien Teil des öffentlichen Diskurses sein, andernorts zeigt er sich – unter anderem – als sicherheitspolitisches Problem, obwohl der messbare Grad des Antisemitismus niedriger ist, und antisemitische Äußerungen in der Öffentlichkeit undenkbar sind.

Ich wende mich an Sie, Herr Bundeskanzler, und über Sie an die deutsche Öffentlichkeit und an die jüdischen Mitbürger in Deutschland, weil sich Deutschland auch international immer wieder gegen Antisemitismus eingesetzt und wo es nötig war, rote Linien gezogen hat. Unvergesslich bleibt mir der Besuch ihrer Vorgängerin, Kanzlerin Angela Merkel, 2014 in der großen Synagoge von Budapest. Als Vertreter meiner Gemeinde hatte ich Gelegenheit, sie bei einem Treffen in engstem Kreis kennenzulernen. Das Treffen war besonders erschütternd, da es in eben jenem historischen Raum der Gemeinde stattgefunden hat, wo vor 78 Jahren, am 20. März 1944, der SS Führer Hermann A. Krumey, Stellvertreter von Adolf Eichmann, und der SS Hauptsturmführer Dieter Wisliceny die Führer der ungarischen Juden zur Gründung eines Judenrates angewiesen hatte.

Kanzlerin Merkel erinnerte bei dieser Gelegenheit an die historische Verantwortung Deutschlands, die von politischen Gesichtspunkten unabhängig sein müsse. Ich bin mir sicher, dass Sie in dieser Frage einig mit Ihrer Vorgängerin sind, dass das Auftreten gegen offen antisemitische Äußerungen und der Schutz der Sicherheit der jüdischen Gemeinden nicht davon abhängen darf, aus welcher politischen Richtung die Angriffe kommen. Auch wenn die deutsche Regierungskoalition die gegenwärtige ungarische Regierung mitunter kritisch sieht, darf das kein Freibrief für Antisemitismus in den Reihen eines Bündnisses sein, das nach den Wahlen die nächste ungarische Regierung stellen möchte.

Schon seit bald drei Jahren führen wir einen manchmal vergeblich erscheinenden Kampf gegen die Covid Pandemie. Wir sind des Kampfes müde, und immer öfters heißt es: Wir müssen lernen, mit dem Virus zu leben. Doch es gibt einen viel älteren Krankheitserreger in Europa, der immer häufiger hervorbricht, nämlich den Antisemitismus. Als Enkel von ungarischen Holocaust-Überlebenden möchte ich nicht erleben, dass es heißt: Auch mit diesem Virus müssen wir lernen zusammenzuleben.

Vor einigen Wochen, am 20. Januar, waren es genau 80 Jahre her, dass an einem idyllischen Ort am Wannsee 15 nationalsozialistische Beamte über das grauenvolle Schicksal von elf Millionen Juden entschieden hatten, unter ihnen waren auch meine Großeltern. Das deutsche Volk hat mehrfach gezeigt, dass es bereit ist, mit dieser schrecklichen Periode seiner Geschichte zu brechen. Eben diese Entschiedenheit wäre nun im Kampf gegen den Antisemitismus vonnöten. Dabei möchte ich um Ihre Unterstützung bitten.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

Slomó Köves
Leitender Rabbiner - EMIH Ungarische Jüdische Vereinigung

Egységes Magyarországi Izraelita Hitközség
קהל עדת שומרי תורה בהונגריה

JR-Interview mit dem Budapester Rabbiner Slomó Köves

Gerade im von der EU verschmähten und angefeindeten Ungarn entfaltet sich jüdisches Leben sicher und angstfreier als in Teilen Westeuropas. Den Import von Antisemitismus durch muslimische Masseneinwanderung wusste Victor Orban erfolgreich zu verhindern. (JR)

Von Filip Gašpar

Rabbi Slomó Köves (links) mit Gastautor Filip Gašpar

Die ungarischen Parlamentswahlen stehen im April an. Diese sind nicht nur für Ungarn und Europa von großer Bedeutung, sondern natürlich auch für die Juden in Ungarn. Es ist Montagmorgen, als ich mich mit Slomó zu einem Gespräch in seinem Büro in Budapest treffe.

Slomó Köves ist Rabbiner und leitet die Vereinigte Ungarische Jüdische Gemeinde (EMIH), die den Orthodoxen und dem Chabad assoziiert ist. Dieser versteht sich als Alternative zum Dachverband der jüdischen Gemeinden in Mazsihisz. Nach Studienaufenthalten in Israel, Frankreich und den USA ist er seit 2004 Rabbiner von Budapest.

Jüdische Rundschau: Vielen Dank, dass du dir die Zeit genommen hast. Warst du schon mal in Deutschland?

Slomó Köves: Kurz nach dem Mauerfall. Ich war mit meiner Familie in Berlin. Da war ich zwölf Jahre alt. Dann noch ein paar Mal in Köln. Während meiner Zeit als Rabbinerstudent in den 90er Jahren in Frankreich habe ich den dortigen Rabbiner vertreten. Mein Vater arbeitete auch als Informatiker bei der Lufthansa, also war ich mit ihm ein paar Mal in Frankfurt und München.

Jüdische Rundschau: Sprichst du Deutsch?

Slomó Köves: Leider nein, sonst käme ich vielleicht öfters. Aber ich spreche stattdessen Jiddisch.

Jüdische Rundschau: Sprechen wir gleich den Elefanten im Raum an. Glaubst du, Orbán kritisiert den Juden George Soros oder den einflussreichen Investor George Soros, der zufällig Jude ist?

Slomó Köves: Ok, die Plakate gegen Soros entsprachen definitiv nicht meinem Geschmack, aber ich glaube nicht, dass es klug wäre, immer gleich von Antisemitismus zu sprechen, wenn jemand mit jemandem jüdischer Herkunft in Streit gerät.

Jüdische Rundschau: Wie hat sich die Situation der Juden in Ungarn unter Orbán entwickelt? Die deutschen Mainstream-Medien sprechen oft von einem „grassierenden Antisemitismus in Ungarn".

Slomó Köves: In den letzten 10-15 Jahren gab es in Ungarn eine riesige Welle der jüdischen Renaissance. Eröffnung neuer Synagogen, jüdische Schulen, jüdischer Tourismus. Das jüdische religiöse und kulturelle Leben in Ungarn blüht. Und dazu hat der ungarische Staat in vielerlei Hinsicht beigetragen. In Bezug auf finanzielle Unterstützung sowie die Verabschiedung von Gesetzen und Rechtspraktiken, die antisemitische Übergriffe in der Öffentlichkeit verringerten. Es gab einige Änderungen im ungarischen Zivil- und Strafgesetzbuch und sogar in der ungarischen Verfassung. Holocaustleugnung ist seit 2010 strafbar. Einige wurden seither verurteilt und all das hat seine Wirkung gezeigt.

Jüdische Rundschau: Ich habe noch nie so viel Hebräisch außerhalb Israels wie in Budapest gehört. Für mich ein Zeichen, dass sich Juden wohl und sicher zu fühlen scheinen in Budapest. Wie kommt das?

Slomó Köves: Ungarn hat heute die sicherste jüdische Gemeinde in Europa. Mit seinen 100.000 Juden auf 2 Millionen Einwohnern hat Budapest nicht nur eine der größten jüdischen Gemeinden Europas, sondern ist tatsächlich eine der jüdischsten Städte außerhalb Israels. Es gibt rund 20 aktive Synagogen in der Stadt, vier jüdische Schulen, zwei jüdische Universitäten, fünf koschere Restaurants und jede Menge jüdische Programme. Und das alles mit einem sehr hohen Sicherheitsgefühl. Laut der Studie der FRA (Europäische Agentur für Grundrechte) aus dem Jahr 2018 ist Ungarn das einzige Land, in dem das Sicherheitsgefühl in den fünf Jahren vor 2018 zugenommen hat. Und seit 2018 hat sich die Situation sogar noch verbessert. In Ungarn gibt es jährlich zwischen 30 und 50 antisemitische Übergriffe, von denen allerdings fast keine körperlichen Übergriffe sind.

Jüdische Rundschau: Sie haben einen Brief an den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz geschrieben, den wir auch exklusiv abgedruckt haben. In Ihrem Schreiben erwähnen Sie auch den von Ihnen gegründeten Verein, den Europäischen Aktions- und Schutzbund. Wie kam es dazu?

Slomó Köves: Nach 2010 kam die rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Jobbik-Partei in das ungarische Parlament. Wir hatten das Gefühl, dass wir etwas Wesentliches unternehmen mussten, um antisemitischen Hass zu bekämpfen, der durch ihren Einzug in das politische Establishment einen großen Auftrieb und Legitimierung erhielt. Deshalb haben wir 2012 die APL (Action and Protection League) gegründet. Unsere Strategie bestand darin, zunächst zu versuchen, das „Schlachtfeld" zu verstehen und dann konkrete Vorschläge und Aktionspläne zu initiieren. Wir haben eine jährliche repräsentative Studie über antisemitische Tendenzen in der ungarischen Gesellschaft ins Leben gerufen. Gleichzeitig haben wir mit einer monatlichen Überwachung antisemitischer Übergriffe auf der Grundlage der Richtlinien der OSCE begonnen und haben spezifische Gesetzgebungs-, Bildungs- und Rechtsprogramme entwickelt.

Auf die letzten zehn Jahre rückblickend sehen wir, dass unsere Strategie erfolgreich war. Deswegen haben wir 2019 begonnen, diese auf europäischer Ebene umzusetzen. Wir haben zum ersten Mal überhaupt eine umfassende Antisemitismusstudie durchgeführt und begonnen, antisemitische Übergriffe in Ländern zu beobachten, in denen dies zuvor noch nicht geschehen ist. Leider gibt es noch zu viele solcher Länder.

Wir waren es auch, die die erste umfassende Antisemitismus-Studie in 16 EU-Ländern durchgeführt haben. Mit zusätzlichen Daten des Antisemitismus-Monitoring und aus der FRA-Studie arbeiten wir an einem umfassenden Antisemitismus-Index. Die Daten findest du auf unserer Website: www.apleu.org.

Jüdische Rundschau: Woran arbeitet euer Verband in diesen Tagen sonst noch?

Slomó Köves: Ich gebe dir ein Beispiel: In Zusammenarbeit mit der ungarischen Regierung haben wir ein Programm, bei dem unsere Experten die ungarischen Schulbücher und Lehrpläne durchforsten. Vor allem in den Bereichen Geschichte und Literatur versuchen wir zu sehen, wie Juden, Judentum, Israel und der Holocaust dargestellt werden, um Verbesserungsvorschläge zu machen. In den letzten sieben Jahren haben wir fast 400 konkrete Vorschläge gemacht, von denen etwa Zwei Dritte akzeptiert und umgesetzt wurden. Jetzt arbeiten wir daran, diese Methodik auch in anderen EU-Ländern umzusetzen. Zum Beispiel in Deutschland.

Jüdische Rundschau: In Deutschland muss jede jüdische Einrichtung polizeilich bewacht werden. Wie ist es hier in Budapest?

Slomó Köves: Allein in Budapest gibt es über 20 aktive Synagogen und jüdische Schulen. Es gibt normale Sicherheitsvorkehrungen, aber bei weitem nicht solche wie in Deutschland.

Jüdische Rundschau: In deinem Schreiben erwähnst du die antisemitischen Äußerungen von Márton Gyöngyösi und Péter Márki-Zay. Was erwartest du von deinem Brief?

Slomó Köves: In gewisser Weise sehe ich eine Parallele zwischen der deutschen und der ungarischen Öffentlichkeit. Ich wollte die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit und insbesondere der jüdisch-deutschen Öffentlichkeit auf diese Parallele lenken. Während sich die verschiedenen politischen Bewegungen zur Bekämpfung des Antisemitismus bekennen, werden andere politische Ausbrüche großzügig unter den Teppich gekehrt. In Deutschland zum Beispiel: die wachsende Anti-Israel-Stimmung, die in vielen Fällen Ausdruck eines latenten Antisemitismus ist. Im Zusammenhang mit den deutsch-ungarischen Beziehungen wäre es auch wichtig, von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens konsequent zu erwarten, dass sie sich auch vom Dunst des Antisemitismus distanzieren.

Jüdische Rundschau: In Deutschland liest man über dich, dass deine Gemeinde regierungsnah ist. Was sagst du? Wen wirst du im April wählen?

Slomó Köves: Ich wähle nicht nur alle vier Jahre, sondern jeden Tag. Und zwar den Allmächtigen und eine bessere Zukunft der jüdischen Gemeinde. Ich glaube, dass für einen Rabbiner nur diese Werte entscheidend sein können. Auf der Ebene der alltäglichen und sogar politischen Werte müssen die Interessen des Judentums im Auge behalten werden.

Jüdische Rundschau: Lieber Slomó, vielen Dank für das Interview!

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

AFP

Dieser „Gratismut“ deutscher Schreibtisch-Politiker und ihrer plötzlich von Shaul zu Paul gewandelten Friedensbewegung mag bei der Weltmeisterschaft im „Haltung zeigen“ Punkte einbringen, einen entschlossenen Putin mit Finger am Atomknopf beeindruckt man damit aber nicht.

Das Erwachen aus dem linken pseudo-pazifistischen Traumland kommt leider reichlich spät. Die plötzliche Kehrtwende, die 100-Millarden-Booster-Finanzierung für die marode und vernachlässigte deutsche Bundeswehr und die lebensgefährlichen Durchhalteappelle an die Ukrainer werden die russischen Panzer leider nicht aufhalten und retten kein einziges Kinderleben.

Leider trifft die schwerste und bedrohlichste Krise der Europa seit dem Ende des 2. Weltkriegs ausgesetzt ist auf die unfähigsten Regierungen, die Deutschland aber mit Präsident Biden auch die USA seit dieser Zeit hatten.

Dabei ist gerade jetzt eine richtige und umsichtige Politik gefragt. Wirklich schnellste humanitäre Hilfe und effektive Deeskalation sind das Gebot der Stunde. Das Setzen unserer Politik auf eine militärische Option ist heute eine unverantwortliche, für die Menschen in der Ukraine suizidale politische Irrfahrt, kostet stündlich weitere unschuldige Leben und bringt die Welt gefährlich nah an eine für alle grauenvolle und vernichtende atomare Option und einen 3. Weltkrieg, aus dessen umfassenden schrecklichen Weiterungen sich niemand wird befreien können.

Auch wenn noch vieles zu sagen wäre will ich an dieser Stelle den Kommentar abbrechen.

Allen Menschen, vor allem den von schwersten Kriegsleid getroffenen Müttern und Kindern aber natürlich auch allen anderen wünschen die Jüdische Rundschau und ich ein schnelles und friedliches Ende dieses grauenvollen Krieges und eine baldmögliche Rückkehr in ein sicheres und friedvolles Leben mit ihren Familien und in ihrem Land.

Dem Staat Israel, unseren Lesern, dem jüdischen Volk und der gesamten Menschheit wünschen wir in der anstehenden Purim-Zeit vor allem Gesundheit, Frieden und Sicherheit im Kreise ihrer Lieben.

Ihr Dr. Rafael Korenzecher

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(03222) 13 24 601** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.
Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(03222) 13 24 601

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ☒ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Macron relativiert und entschuldigt muslimischen Terrorismus durch die Einordnung der Täter als schuldunfähige Opfer ihrer psychischen Erkrankung.

In einem französischen Memo an die EU heißt es: Anständige Muslime werden von unserer „Blasphemie" getriggert und dazu gebracht, Anschläge zu verüben. Macrons Anti-Terror-Kampf ist eine Finte. In Wirklichkeit versucht er den islamischen Terrorismus durch eine neue Definition zu rechtfertigen. (JR)

Von Daniel Greenfield

Es gab in den letzten fünf Jahren in Europa oder Amerika kaum einen muslimischen Terroranschlag, der von einem einzelnen Täter verübt wurde, den die Behörden und die Medien nicht als Geisteskrankheit darzustellen versucht hätten.

Sowohl Ahmad Al Aliwi Alissa, der syrische muslimische Massenmörder, der in einem Supermarkt in Boulder um sich schoss, als auch Malik Faisal Akram, der eine texanische Synagoge als Geisel nahm, um die Freilassung von „Lady Al-Qaida" zu erreichen, bekamen für ihre Angriffe Geisteskrankheit attestiert.

Aber Frankreich ist weiterhin weltweit führend darin, muslimischen Terrorismus als Geisteskrankheit zu beschönigen.

Als Sarah Halimi, eine 65-jährige jüdische Kindergartenleiterin, von ihrem muslimischen Nachbarn ermordet wurde, während er „Allahu Akbar" schrie, erteilten ihm die Behörden einen Freipass, weil sein Kiffen angeblich eine „psychotische" Episode ausgelöst hatte.

Der Halimi-Mord hatte starke Ähnlichkeit mit der Ermordung eines jüdischen DJs durch einen Muslim, bei dem der Seelenklempner-Experte darauf bestanden hatte, dass es „kein antisemitischer Akt, sondern ein Akt des Deliriums" gewesen sei.

Als Mohamed Lahouaiej-Bouhlel, ein Terrorist des Islamischen Staates, mit einem Lastwagen in eine Feier zum Tag der Bastille hineinfuhr, so viele Menschen wie möglich überfuhr und sich einen Schusswechsel mit der Polizei lieferte, bis er getötet wurde, bestanden seine Familie und die Medien darauf, dass er psychisch krank sei. „Der nette Angreifer Mohamed Lahouaiej Bouhlel war kein Dschihadist", dröhnte eine Schlagzeile von NBC News, obwohl Bouhlel ISIS-Material gesammelt hatte und die islamische Terrorgruppe die Verantwortung für den Angriff übernahm.

„Dies ist absolut kein Terrorakt", beharrte ein französischer Staatsanwalt, nachdem ein anderer muslimischer Mann in Dijon in eine Menschenmenge hineingefahren war, während er „Allahu Akbar" schrie und verkündete, dass er dies für die „Kinder Palästinas" getan habe. Der Staatsanwalt behauptete außerdem, er habe keine religiösen Motive.

Das waren keine Zufallsentscheide. Vielmehr haben die französischen Behörden versucht, den islamischen Terrorismus generell als psychologisches Problem neu einzustufen, ähnlich wie die Obama-Regierung die Terrorismusbekämpfung in den Vereinigten Staaten absichtlich neu ausgerichtet und zerstört hat.

Den islamischen Terrorismus zu leugnen, ist die wahre Täuschung.

Der frühere französische Innenminister Gerard Collomb behauptete, ein Drittel der Terroristen habe „psychologische Probleme". Diese Weltanschauung spiegelt sich in der französischen FSPRT-Masterliste islamischer Dschihadisten wider, die als Schlüsseldatenbank für die Bekämpfung des inländischen Terrorismus in Frankreich dient.

Jetzt versucht die Macron-Regierung, Europas Anti-Terror-Kampf auf die gleiche Weise neu zu framen.

Ein aktuelles Memo Frankreichs an den Rat der Europäischen Union argumentiert, dass sich die „dschihadistische Bedrohung" entwickelt, um „unabhängig von terroristischen Organisationen" zu werden, und dass die Täter nur „eine schwache oder nicht vorhandene Verbindung zur radikalen Bewegung" hätten und unter „psychischer Instabilität oder sogar psychischen Störungen" leiden würden.

Darüber hinaus beschuldigt das französische Memo die Opfer des islamistischen Terrorismus, indem es argumentiert, dass die Terroristen durch die „äußerst heikle Natur des Begriffs Blasphemie" getriggert werden, was dazu führen kann, dass Muslime, die sich „außerhalb des Einflussbereichs der Dschihadisten" befinden, Anschläge verüben."

Mit wenigen Absätzen gelingt es dem französischen Memo an die Europäische Union, zuerst die gesamte Vorstellung zu verwerfen, dass Al-Qaida, der „Islamische Staat" und andere islamistische Terrorgruppen relevant sind, dann die Existenz des islamischen Terrorismus insgesamt, und es auf eine Frage von geisteskranken Nicht-Terroristen zu reduzieren, getriggert durch „Blasphemie", deren brutale Angriffe in Wirklichkeit die Schuld ihrer nichtmuslimischen Opfer sind.

Als Beispiel führt das Memo die brutale Enthauptung von Samuel Paty, einem Französischlehrer, durch einen muslimischen Flüchtling auf, der wütend über dessen Verwendung von Mohammed-Karikaturen als Lehrmittel war.

Präsident Emmanuel Macron bezeichnete den schrecklichen Mord damals als „einen typischen islamistischen Terroranschlag".

„Sie werden nicht gewinnen", erklärte er.

Ludovic MARIN / POOL / AFP

Von der Hamburger Zelle im Zentrum der Anschläge vom 11. September bis zum jüngsten Angriff in Texas bleibt Europa ein Sprungbrett für Angriffe auf Amerika.

> Die „Medikalisierung" des Terrorismus ist bequem, weil sie eine externe Bedrohung in ein internes soziales Problem verwandelt – und genau das tun die Europäer bereits seit Generationen mit dem islamistischen Terrorismus.

Doch das EU-Memo deutet darauf hin, dass Macron wie schon frühere französische Präsidenten mit der Öffentlichkeit gespielt hatte und nicht die Absicht hat, den islamistischen Terrorismus zu bekämpfen, sondern versucht, ihn neu zu definieren.

Frankreich hat derzeit den Vorsitz im Rat der Europäischen Union inne, was ihm noch mehr Autorität als sonst verleiht, und das Memo schließt mit der Bitte an die Mitgliedstaaten, einer „alle sechs Monate durchzuführenden EU-Bedrohungsanalyse im Bereich der Terrorismusbekämpfung" zuzustimmen.

Dies läuft auf den Fall Halimi hinaus, der im Großen und Ganzen in ganz Europa angewendet werden soll.

Die Neuklassifizierung des muslimischen Terrorismus als Geisteskrankheit ist ein langjähriges Projekt der Terrorismusleugner. Besonders beliebt ist sie in Frankreich, das aufgrund seines laizistischen Säkularismus noch unfähiger und unwilliger als die meisten anderen ist, sich mit den theologischen Beweggründen des islamischen Terrors auseinanderzusetzen.

Die „Medikalisierung" des Terrorismus ist bequem, weil sie eine externe Bedrohung in ein internes soziales Problem verwandelt – und genau das tun die Europäer bereits seit Generationen mit dem islamistischen Terrorismus. Muslimische Terroristen können paranoid, wahnhaft und instabil erscheinen, doch die psychiatrischen Standards einer europäischen städtischen Mittelklasse-Bevölkerung des 21. Jahrhunderts sind besonders schlecht geeignet, um einzuschätzen, was für eine Kultur völlig außerhalb dieser Weltanschauung normal ist.

Ob bei muslimischen Terroristen tatsächlich psychische Krankheiten diagnostiziert werden können, ist für die Natur der Sache ebenso relevant wie die Zahl der schizophrenen SS- oder NK-WD-Killer. Totalitäre Bewegungen, seien es die Kamikaze des kaiserlichen Japans oder die Selbstmordattentäter der Hamas, greifen oft auf psychisch instabile Mörder zurück, die eher bereit sind, für ihre Sache zu sterben.

Doch zu sagen, dass der islamistische Terrorismus das Produkt einer Geisteskrankheit ist, ist auf seine Weise genauso illusorisch, wie den Ersten Weltkrieg auf eine Ätiologie der möglichen Geisteskrankheiten zu reduzieren, die bei Hitler oder Stalin diagnostiziert werden könnten. Dass Geisteskranke teilnehmen oder gar totalitäre Bewegungen leiten, bedeutet nicht, dass das Problem eine Geisteskrankheit ist oder dass es durch die Einnahme von ein paar Pillen pro Tag gelöst werden kann.

Der Versuch der Macron-Regierung, den Schwerpunkt von einem Religionskrieg auf psychiatrische Diagnosen zu verlagern, ist hier die wahre Täuschung. Islamische Terroristen freizulassen, wie es die französische Regierung getan hat, während sie darauf bestehen, dass sie zu Therapiesitzungen gehen, ist eine Weigerung, sich mit der eigentlichen Ursache auseinanderzusetzen.

Der Terroranschlag auf die texanische Synagoge hat uns gezeigt, dass das Versäumnis Europas, seine islamistische Terrorbedrohung zu überwachen, nicht nur ein Problem für Europäer ist. Von der Hamburger Zelle im Zentrum der Anschläge vom 11. September bis zum jüngsten Angriff in Texas bleibt Europa ein Sprungbrett für Angriffe auf Amerika.

Und wenn es Frankreich gelingt, der Europäischen Union seine medikalisierte Vorstellung von Terrorismus aufzudrängen, wird es umso schwieriger, sie davon abzuhalten, die amerikanische Terrorismusbekämpfung weiter zu korrumpieren.

„In unserem Kampf gegen den islamistischen Terrorismus werden wir niemals aufgeben", versprach Präsident Macron. Das EU-Memo sieht aus wie eine Vichy-Übung, eine Ausrede für die Kapitulation zu finden.

Daniel Greenfield, Shillman Journalism Fellow am Freedom Center, ist ein investigativer Journalist und Autor, der sich auf die radikale Linke und den islamischen Terrorismus konzentriert.

Dieser Artikel wurde zuerst vom FrontPage Magazine veröffentlicht.

Hollywood-Schauspielerin Whoopi Goldberg relativiert Holocaust: „Es war kein Rassismus!"

Whoopi Goldbergs Äußerungen über den Holocaust zeigen die zunehmend gefährliche Seite der „woken" Antirassismus-Bewegung. Der Holocaust habe mit „Rasse nichts zu tun" gehabt, da die weißen Nazis, weiße Juden attackiert hätten, so Goldberg. Diese Causa ist bezeichnend für den Versuch der Vertreter der „Critical Race Theory", das Menschheitsverbrechen an den Juden zu relativieren.(JR)

Von Paul Möllers

Zu Jahresbeginn sorgte Whoopi Goldberg für Schlagzeilen. Eine öffentliche Einladung von Yad Vashem an die Schauspielerin, sich in der Gedenkstätte über den Holocaust zu informieren, gehörte dazu. Was war passiert?

In einer populären TV-Show hatte Goldberg sich über den Holocaust geäußert, der habe „mit Rasse nichts zu tun" gehabt, die Nazis seien mehrheitlich „Weiße" gewesen und hätten ebenfalls „Weiße" attackiert. Der Versuch einer Entschuldigung misslang, sie sprach nun davon, dass sich „Weiße" „gegenseitig bekämpft" hätten. Handelte es sich um ein Bildungsproblem, wie nach dem ersten Aufschrei auch Vertreter jüdischer Organisationen folgerten? Nun, in ihren Äußerungen scheinen Versatzstücke aus dem heutigen antirassistischen Diskurs auf. Vertreter von „Critical Race Theory" (CRT) und „Critical Whiteness" schrieben im Zusammenhang mit der Schoah ebenfalls von „white on white crime". Auch die Fixierung auf Hautfarbe gehört zum Diskurs – wenn auch der Begriff „race" als soziales Konstrukt verstanden wird: Machtposition und „Privilegien" entscheiden über die Zugehörigkeit und darüber, wer als „marginalisiert", als Opfer zählt, und wessen Vorurteile, wessen Haltung nicht als rassistisch gelten. Die Frage „Können Schwarze rassistisch sein?" wird von öffentlich-rechtlichen Medien und politischer Bildung meist „woke" verneint, Angehörige von Minderheiten verfügten ja nicht über Macht, hätten keine „Normen bildende Sonderrolle" wie „weiße Menschen" (aus dem Lexikon der Amadeu-Antonio-Stiftung/ „Belltower News"). Konsequenz dieses Denkens ist, dass Juden trotz der Geschichte ihrer Verfolgung, die bis in die Jetztzeit reicht, als „weiß", als „privilegiert" eingeordnet werden können.

Verheerender Nebeneffekt: Gewalt an Juden wird heruntergespielt

„CRT" und „Critical Whiteness" können auch Minderheiten gefährden, wenn Gewalt gegen sie, gegen Juden, heruntergespielt wird, als Einzelfall, anders als etwa der „strukturelle Rassismus der Dominanzgesellschaft". Goldbergs angeführtes Beispiel verdeutlicht diese fatale Schieflage bei der Definition von Rassismus und Antisemitismus: Ein Jude sei „weiß" und müsse auf der Straße keine Angst haben vor Anhängern des Ku-Klux-Klans, anders als sie als Schwarze. Auch die zunehmende Zahl antisemitischer Vorfälle in den USA wird ausgeblendet, zu diesen zählt körperliche Gewalt, unter den Tätern auch Angehörige von Minderheiten. Unter Bezug auf „weiße Privilegien" und postkoloniale Theorie wird Israel außerdem öfter als „rassistischer Kolonialstaat" delegitimiert, der „Palästinenser", „People of Color", systematisch entrechte. Diese Haltung erklärt auch die einseitige Berichterstattung mancher Medien.

Erinnerungskultur in der „diversen Gesellschaft" – Relativierung droht

Betroffen ist auch der Umgang mit Erinnerung, oft wird der Holocaust in eine Reihe mit weiteren Genoziden und mit Kolonialverbrechen gestellt, das Spezifische an Holocaust und Antisemitismus verwischt, Antisemitismus unter Rassismus, unter „rassistische Opfererfahrung" subsumiert. Vielzitierte Migrations- und Rassismusforscher plädieren für „rassismuskritische" und „multidirektionale Erinnerung", vgl. Mark Terkessidis oder Michael Rothberg. Eine „Coalition for Pluralistic Public Discourse" (CPPD) fordert „plurales Erinnern". Kurator Max Czollek ist kreativ bei der eigenen Biografie und auch bei der Vermarktung seines Buches, aus dem er z.B. in einer Moschee der Milli Görüs vorliest. Titel des Buches: „Desintegriert euch!". Zum „Netzwerk von 50 diskursbestimmenden Intellektuellen" CPPD gehören außerdem „Aktivisten" wie Ferda Ataman und Kübra Gümüsay, die sich als Fan der „Gaza Flotilla" und Akteurin mit Bezug zum islamistischen Milieu eigentlich disqualifizieren müsste. Czollek hat übrigens am „Zentrum für Antisemitismusforschung" promoviert.

WIKIPEDIA

Whoopi Goldberg

Problematisches Framing von „Critical Race Theory"

Öffentlich-rechtliche Medien berichten oft einseitig, unterschlagen meist auch die lebendige Debatte, die amerikanische Intellektuelle, auch schwarze, über „CRT" führen. Man hat ohnehin den Eindruck, manche USA-Korrespondenten verdanken ihre Kenntnisse dem Konsum von vornehmlich CNN: „Black Lives Matter" feiern sie begeistert - nur Trump und die Republikaner hetzten schließlich gegen „die schwarze Protestbewegung". Im „Kulturkampf der Republikaner und der religiösen Rechten" gehe es gegen „CRT" und „für Patriotismus" - um bloß das Thema Sklaverei aus den Unterrichtsplänen zu entfernen.

Auch in der politischen Bildung und in Medien wird von „Beteiligungspädagogin" Marina Weisband bis zu „Mediendiversitätsinstituten" geframet.

Weisband äußerte sich im Deutschlandfunk über Whoopi Goldberg so: „Für mich war das eine völlig glaubhafte Entschuldigung". „Sie könne auch verstehen, woher die Aussagen Goldbergs kämen, und zwar daher, dass Juden in den USA häufig keinen Alltagsrassismus erfahren würden." Das Grünen-Mitglied weist im Zusammenhang mit Antisemitismus und Rechtsextremismus auf „den rechten Flügel der Union". Und spräche man den Rassismus auch der Nazis offen an, ermöglichte das „Allianzen gegen die Ideologie der ‚weißen Vorherrschaft' und deren Anhänger." Muslimischer Antisemitismus sei zwar ein „ernsthaftes Problem", sie warnt aber Journalisten, nicht „zur Stimmungsmache gegen Geflüchtete in unserem Land beizutragen". „Antisemitisch eingestellte" muslimische Jugendliche seien, so glaubt sie, „im Gegensatz zu Verschwörungstheoretikern gut zu erreichen". Sie haben „kein emotionales Bedürfnis, Juden zu hassen". Wenn Menschen sich unsicher fühlten, würde Antisemitismus zunehmen, neben den Juden würden auch Muslime leiden. Und je mehr die muslimische Minderheit leide, desto stärker werde deren Antisemitismus wachsen. Analysen einer „Beteiligungspädagogin", deren Projekt gefördert wird von der Bundeszentrale für politische Bildung. Kaum überraschend, dass sie auch Ferda Ataman in sozialen Medien teilt.

Weisband und Co-Autor Eliyah Havemann äußern sich gern öffentlich – auch mit Vorwürfen wie „Tokenism". Den Begriff „Token" benutzt Havemann, um Schwarze, die ihm zu Antirassismus und „Black Lives Matter" widersprechen, abzuwerten und ihnen zu unterstellen, sich den Weißen anzudienen. Irritierend ist auch die Unterstützung des Ehepaars Havemann von ausgerechnet einer Politikerin wie Sawsan Chebli.

Amadeu-Antonio-Stiftung nun auch engagiert gegen „antireligiöse Hetze"

Die Amadeu-Antonio-Stiftung beteiligt sich ebenfalls am Framing von Themen wie „CRT", „das Schreckgespenst der Republikaner", und auch Islamismus. Dabei spielt das "Media Diversity Institute" (MDI) eine Rolle, Ziel u.a. eine „verantwortliche Berichterstattung" zum Thema Diversität.

Das MDI-Projekt „Get the Trolls out" wird unterstützt vom Europarat und dessen „No Hate Speech Movement" - die deutsche Sektion des letzteren betreuen Ferda Atamans „Neue Deutsche Medienmacher", auf Veranstaltungen waren „Israelkritiker" wie Nemi El-Hassan eingeladen.

Bei „Get the Trolls out", beteiligt ist die AAS, geht es gegen „antireligiöse Hetze", man regt das Melden von „Hate speech" an. Zorro Maplestone schreibt für Al Jazeera und „Belltower News"/AAS, z.B. über „Islamogauchisme" (auch „Islamoleftism"), eine „Strohmann-Rhetorik, die Frankreichs Kulturkriege nährt", „rechte Oppositionsparteien" seien beteiligt. Unter „Islamophobie" findet man Texte von ENAR oder dem „European Forum for Muslim Women", beide sollen Bezüge zu Strukturen der Muslimbruderschaft haben. Entsprechend das Framing von staatlicher Neutralität als „Kopftuchverbot", es geht um „Gender Islamophobia" und „colonial ideology", Islamismus wird mit Anführungszeichen versehen. Das eigene Ansinnen, für die „Hijabis", verbrämt man als „a more inclusive secularism".

Die Studentin Erika Balzer schreibt als Expertin für „antireligiöse Hetze" für „Get the Trolls out"/„Belltower News" verharmlosende Texte über muslimischen Antisemitismus oder über Projekte mit Beteiligung von Farid Hafez wie „I-Report", die Meldestelle für „antimuslimischen Rassismus". Hafez hat mutmaßlich Verbindung zur Muslimbruderschaft, die ermittelnden österreichischen Behörden beschuldigte er, Muslimen eine „Kristallnacht" bereitet zu haben. Das „Media Diversity Institute" versorgt Balzer mit Informationen, z.B „dass es in England in den vergangenen Monaten keinen antisemitischen Vorfall gegeben hat, in Polen dagegen gibt es sie oft", so Balzer im evang. Sonntagsblatt. In Großbritannien verzeichnete man allerdings eine Zunahme an antisemitischen Vorfällen, 2,255 im Jahr 2021, darunter körperliche Angriffe (s. CST). „Fake news" finden sich auch in AAS-Broschüren: Kyle Rittenhouse sei ein „rechtsextremer Mörder", sein Freispruch Zeichen für „Ungleichheit & White Supremacy" in den USA. Zum Thema „Racial profiling" kommentiert ausgerechnet jemand, der für "Fair International" tätig ist, FI gehört zur Milli Görüs.

"Wir alle müssen Antirassisten sein!"

Was nach „race scholar" vom US-amerikanischen Rassismusforscher Ibram X. Kendi klingt, forderte vor Reem Alabali-Radovan schon Bundespräsident Steinmeier: „Wir müssen Antirassisten sein." Die neue Beauftragte für Antirassismus nennt die üblichen Schlagwörter wie „struktureller Rassismus", sie will Rechtsextremismus bekämpfen, „Hanau war kein Einzelfall", und „eine klare, nachhaltige Politik befördern, damit Staat und Zivilgesellschaft alles dafür tun können, um Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit den Nährboden zu entziehen" - Islamismus lässt sie jedoch unerwähnt.

Für die Bundesverwaltung sieht sie „eine Diversity-Strategie" vor, „die Vielfalt unserer Gesellschaft" soll sich „auch in den Bundesministerien und Bundesbehörden" widerspiegeln. Wird es Quoten geben? Damit würde sie den Zielen der „Aktivisten" entsprechen, die im Koalitionsvertrag, auf den sie sich ausdrücklich bezieht, genannt werden. Wie wird der „Nationale Aktionsplan gegen Rassismus" also aussehen, „ressortübergreifend koordiniert" oder „zentral aus dem Bundeskanzleramt heraus"?

Joe Biden entlässt islamischen Terroristen und Verantwortlichen am Mord an jüdischen Kindern in Kenia aus Guantanamo

Nach einem gezielten Terroranschlag auf israelische Touristen in Mombasa mussten viele jüdische Kinder an Chanukka 2002 teilweise in Särgen zurück in ihr Heimatland gebracht werden. US-Präsident Joe Biden hat nun den Drahtzieher dieser entsetzlichen Morde Mohammed Abdul Malik Bajabu aus Guantanamo entlassen. Es ist bekannt, dass mehr als 200 freigelassene Häftlinge wieder Terroristen geworden sind. (JR)

Von Daniel Greenfield

Sylvie LANTEAUME / AFP

Die Biden-Administration möchte das Terror-Gefangenenlager Guantanamo lieber früher als später schließen

Nun hat US-Präsident Biden beschlossen, Mohammed Abdul Malik Bajabu, einen islamischen Terroristen, der „an der Planung und Ausführung dieser Terroranschläge beteiligt war", aus Guantanamo Bay zu entlassen.

2002 war ein schreckliches Jahr für Israel. 457 Israelis wurden von Terroristen ermordet, in einem der schlimmsten Jahre des islamischen Völkermords an der einheimischen jüdischen Bevölkerung des Landes. Als der Herbst kam, suchten die Familien in dem terrorisierten Land nach einem Jahr voller Selbstmordattentate, Schießereien und brutaler Gräueltaten Abstand zu gewinnen. Familien, viele aus der Arbeiterklasse, sparten und knauserten, um sich eine Chanukka-Reise an einen sicheren Ort außerhalb des Landes leisten zu können. Am Vorabend von Chanukka war eine Gruppe israelischer Touristen gerade im Paradise Hotel in Mombasa angekommen, während eine andere Gruppe zurück nach Israel flog.

Die islamistischen Terroristen hatten ihren Angriff genau abgestimmt: Zwei Raketen wurden abgefeuert und zielten auf das israelische Flugzeug mit 271 Menschen an Bord, Passagiere und Besatzung. Das Flugzeug zitterte, aber nur wenige der Passagiere bemerkten, dass etwas nicht in Ordnung war. Die Rakete beschädigte das Heck des Flugzeugs, aber das Flugzeug konnte weiterfliegen und landete sicher mit allen Passagieren in Tel Aviv. Der israelische Kapitän dachte, dass ein Vogel das Flugzeug getroffen hatte.

Der Terroranschlag auf das Paradise Hotel war jedoch erfolgreicher. Ein mit einer Sprengladung versehener Geländewagen durchbrach eine Absperrung, um zum Hotel vorzudringen. Einer der Terroristen, der eine Bombenweste trug, rannte heraus und rief „Allahu Akbar" und sprengte sich in die Luft. Der Fahrer rammte das Fahrzeug in das Hotel, während der verbleibende Terrorist die Bombe im Inneren zündete und so den Eingangsbereich mit Granatsplittern füllte. Es gibt Videoaufnahmen, die einen letzten Moment vor dem Angriff zeigen, in dem ein Angestellter des Paradise Hotels den Israelis sagt: „Willkommen in Afrika".

Vor zwei Jahrzehnten sah die damals 15-jährige Ayelet das Blutbad aus erster Hand. „Alles brannte. Ich dachte, meine Schwestern wären im Feuer", sagte sie Reportern. Als ich Ayelet am Freitag kontaktierte, war sie schockiert, als sie erfuhr, dass Bajabu freigelassen werden würde.

„Gott sei Dank sind meine Familie und ich wohlbehalten aus Mombasa zurückgekehrt, aber ich bin sicher, dass diejenigen, die ihre geliebten Kinder, Eltern oder Partner verloren haben, nicht verstehen können, wie ein solcher Mensch frei herumlaufen kann", sagte sie. „Ich möchte, dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird", fügte sie hinzu.

Und wieder die Frage nach der Hautfarbe

Nur wenige in Amerika oder Israel verstehen die manische Besessenheit, mit der die Regierungen Obama und Biden die Freilassung einiger der schlimmsten islamischen Terroristen der Welt verfolgt haben. Einige Verfechter von Freilassungen haben sogar versucht, ihren Kreuzzug mit ungerechtfertigten Anschuldigungen des Rassismus zu rechtfertigen. Lee Wolosky, Obamas Fürsprecher für die Freilassung von Guantanamo-Terroristen, argumentierte kürzlich: „Wenn diese Gefangenen weiß und nicht braun oder schwarz gewesen wären, gäbe es dann eine realistische Chance, dass die Vereinigten Staaten sie ohne Anklage jahrzehntelang inhaftieren würden?"

Dabei waren die Opfer der Terroristen, für deren Freilassung Obama und Biden so hart gearbeitet haben, „braun oder schwarz", Afrikaner und Juden aus dem Nahen Osten, oft arm oder aus der Arbeiterklasse.

> „Letztes Jahr wurde bekannt, dass 229 ehemalige Guantanamo-Häftlinge zum Terrorismus zurückgekehrt waren. Und dennoch beschwerte sich Biden letzten Monat, dass das Gesetz über die Verteidigungsausgaben ihn daran hinderte, das Gefängnis Guantanamo zu schließen."

Albert de Havila, der Reiseleiter und jüdische Einwanderer aus Marokko, hatte mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Die Reise war seine Chance, die Dinge zu ändern. Er wurde in der Lobby getötet. Seine Tochter, die später nach Amerika zog, wurde nicht verletzt. Im oberen Stockwerk hatte sich die Familie Anter, die ursprünglich ebenfalls aus der muslimischen Welt stammte, gerade eingerichtet. Rahamim Anter, der in einer Seilfabrik arbeitete, hatte sorgfältig Geld gespart, um seine drei Kinder nach einem Jahr des mörderischen islamischen Terrorismus an einen sicheren Ort zu bringen und Chanukka zu feiern. Eine Woche zuvor hatte die Familie den zwölften Geburtstag von Noy Anter gefeiert. Die Reise war eine Überraschung der Eltern für Noy, seinen 14-jährigen Bruder Dvir und seine achtjährige Schwester. Die Mutter der Familie, Ora Anter, wollte sich unten etwas zu trinken holen. Die beiden Jungen schlossen sich ihr an. Noy hatte sich darauf gefreut, zum ersten Mal das kleine Land, in dem er sein ganzes Leben verbracht hatte, zu verlassen. Es war seine letzte Reise.

Der islamistische Terroranschlag tötete Noy und seinen Bruder Dvir, der als intelligenter und schüchterner Junge beschrieben wird, und ließ ihre Mutter Ora an ein Beatmungsgerät angeschlossen zurück.

„Plötzlich gab es eine Explosion. Ich sprang auf und sah durch das Fenster Feuer. Ich rannte nach draußen und suchte überall nach ihnen und versuchte mit aller Kraft, sie zu retten", erinnert sich Rahamim. Mercy Neema Mwagambo, die Rezeptionistin des Hotels, kümmerte sich gerade um die Gäste, als die Bombe hochging. Mit Verbrennungen bedeckt, kroch sie zum Swimmingpool und sprang hinein. Die Israelis flogen sie und ihre Mutter zusammen mit anderen verletzten Mitarbeitern in ein Jerusalemer Krankenhaus. Andere Hotelangestellte, die sich näher an der Detonation befanden, hatten nicht so viel Glück. Zehn von ihnen wurden getötet. „Es war eine riesige Explosion. Ich sah viele Verletzte, die mit Blut bedeckt waren", sagte eine Frau.

Sieben Jahre später, wenige Tage nach dem letzten Jahrestag des 11. Septembers, wurde Saleh Ali Saleh Nabhan, der Chef von Al-Qaida in Somalia und der vom FBI am dritthäufigsten gesuchten Terroristen, im Rahmen der „Operation Celestial Balance" ausgeschaltet.

Nachdem Hubschrauber den Konvoi von Saleh Nabhan beschossen hatten, ging das Seal Team Six hinein und bestätigte, dass Nabhan tot war. Der somalische Al-Qaida-Führer war mit einigen der frühesten Operationen der Terrorgruppe gegen Amerika, den Bombenanschlägen auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania sowie dem Anschlag auf das Paradise Hotel, in Verbindung gebracht worden. Die Operation wurde später als Vorbereitung für die Ergreifung Bin Ladens angesehen. Die Kenianer hatten bereits einige Jahre zuvor Mohammed Abdul Malik Bajabu gefangen genommen und an die USA ausgeliefert. Von

dort wurde er nach Guantanamo weitergeschickt.

Ein Terrorist, der Gandhi verehrt

Laut Bajabus Anwalt ist er ein friedliebender Mann, der „Mohandas Gandhi und Dr. Martin Luther King zitieren kann wie Teenager Taylor Swift“. Es stellt sich also die Frage, welches Hotel voller Juden Martin Luther King bombardiert hat.

In einem Bericht über die Terrorgefahr heisst es, Bajabu habe „zugegeben, dass er an der Planung und Durchführung der Terroranschläge in Mombasa beteiligt war, zu denen auch der Bombenanschlag auf das israelische Kikambala Paradise Hotel und ein Raketenangriff auf ein israelisches Verkehrsflugzeug gehörten“. Der friedliebende Bajabu, der nicht aufhören kann, Gandhi zu zitieren, war mutmaßlich auch „an einem Anschlag auf das kenianische Anti-Terrorismus-Hauptquartier in Nairobi und den Mombasa-Marathon beteiligt, mit der Absicht, Amerikaner und Israelis zu töten“. Andere Terroristen sagten, dass sie „zukünftige Operationen im Haus des Gefangenen besprachen, einschließlich möglicher Anschläge auf die Botschaften der USA und Israels“. Zwar wurden in Bajabus Haus keine Kopien von Gandhis oder Martin Luther King Reden gefunden, doch wurde festgestellt, dass er „Raketen, Flugabwehrraketen, Sprengstoff und Minen in seinem Haus lagerte“.

Nach gescheiterten Verhandlungen während der Obama-Regierung über die Auslieferung von Bajabu an die Israelis, um ihn für das Chanukka-Massaker vor Gericht zu stellen, lässt die Regierung Biden ihn nun frei. Bajabus Anwalt behauptet, der Terrorist habe eine „große und liebevolle Familie“ in Somalia. Nach dem Angriff rief Rahamim Anter seinen Bruder in Israel an und weinte: „Ich habe keine Kinder. Noy und Dvir sind tot.“

Die linke Rechtshilfegruppen wie Human Rights Watch, die den Terroristen geholfen haben, feiern die Freilassung von Bajabu. In Kenia oder Israel gibt es keine Feierlichkeiten.

Der Terroranschlag auf das Paradise Hotel hat in beiden Ländern tiefe Narben hinterlassen. Dreizehn Menschen, die meisten von ihnen Kenianer, wurden bei dem Anschlag auf das Paradise Hotel getötet. Viele andere, darunter auch eine Reihe israelischer Jugendlicher und Kinder, wurden verletzt. Einige leben bis heute mit dem Trauma.

„Ich denke, solche Leute sollten hinter Gittern bleiben, nicht nur für ihre Taten, sondern auch für ihre Absichten“, sagte Ayelet. „Ich denke, es wird nicht lange dauern, bis er wieder so etwas tun wird, sobald er die Gelegenheit dazu hat.

Letztes Jahr wurde bekannt, dass 229 ehemalige Guantanamo-Häftlinge zum Terrorismus zurückgekehrt waren. Und dennoch beschwerte sich Biden letzten Monat, dass das Gesetz über die Verteidigungsausgaben ihn daran hinderte, das Gefängnis Guantanamo zu schließen.

Bajabu ist einer von fünf islamischen Terroristen, die von Biden aus Guatanamo Bay befreit wurden. Die radikalisierte Regierung scheint entschlossen, so viele Feinde wie möglich freizulassen, damit diese erneut töten. „Die heutige Entscheidung ist eine wunderbare Nachricht“, erklärte der Anwalt des Terroristen und erklärte, sein Mandant „sehne sich danach, wieder mit seiner Familie vereint zu werden“. Dieses Privileg wird den Familien seiner Opfer für immer vorenthalten.

Biden, der selbst einen Sohn verloren hat, zeigt kein Mitgefühl für den durch die von ihm geschützten Terroristen verursachten Verluste und das Leid, sei es bei der Palästinensischen Autonomiebehörde, in der Hamas oder in Guantanamo Bay. Rahamim Anter sagte, er sei mit seiner Familie in den Urlaub gefahren, „um fernab der Intifada Ruhe zu finden und mit den Kindern auf Safari zu gehen, aber ich kam mit ihren kleinen Leichen zurück, um sie zu begraben“.

Als Biden vor der israelfeindlichen Lobbygruppe J Street sprach, schloss er mit einem Gedicht von Seamus Heaney: „Die Geschichte sagt: Hoffe nicht, Auf dieser Seite des Grabes, Aber dann, einmal im Leben, Die ersehnte Flutwelle, Der Gerechtigkeit kann sich erheben“. Welche Gerechtigkeit auch immer den islamischen Terroristen von Guantanamo und ihren Opfern widerfährt, deren Särge an einem Chanukka-Fest vor zwei Jahrzehnten in vier Flugzeugen mitgeführt wurden, sie wird nicht auf dieser Seite des Grabes zu finden sein. Zumindest nicht, wenn es nach Biden und seiner terrorismusfreundlichen Regierung geht.

Nach dem Anschlag schwor der israelische Verteidigungsminister, dass die „Kindermörder“ ihre gerechte Strafe erhalten würden. „Unsere Hand wird sie ergreifen.“

Biden, sein radikales Regime und die vielen Anwälte, die sich für die Terroristen eingesetzt haben, hofften, Bajabu zu helfen, aber sie haben möglicherweise stattdessen dafür gesorgt, dass er „diesseits des Grabes“ vor Gericht steht.

Al-Jazeera und die Muslimbrüder

Seit vielen Jahren fördert der Sender Al-Jazeera die Interessen der mit der Scharia sympathisierenden Muslimbruderschaft und der Hamas. Katar, das den Al-Jazeera -Sender betreibt, ist der Hauptgeldgeber der Muslimbruderschaft. Viele arabische Länder haben den Sender bereits verboten. Nur in Europa und bezeichnenderweise auch in Israel wird die Terror-Hetze des Senders bislang geduldet. (JR)

Von Edy Cohen/Israel Heute

Das Hauptquartier von Al Jazeera in Doha/Katar

In den letzten Jahren hat die Muslimbruderschaft bei den Wahlen in Tunis und Marokko Niederlagen erlitten. Die Stärke der Bewegung in der arabischen Welt beginnt zu schwinden, sodass die Unterstützung aus Katar wichtiger denn je ist. Viele Länder haben begonnen, Sanktionen zu verhängen, die die Ausstrahlung des Senders erschweren.

Im Sudan haben die Behörden in den letzten Wochen die Einstellung der Ausstrahlung eines der beiden Al-Jazeera-Kanäle angeordnet, die live aus dem Sudan senden. Die Sendungen aus Katar werden im Sudan weiterhin ausgestrahlt, aber die Behörden werfen beunruhigende Fragen über den Betrieb des Senders auf und werden ihn voraussichtlich schließen.

In Tunesien ordnete der Präsident an, den Betrieb des Senders im Juli 2021 einzustellen, und in Ägypten wurde der Betrieb des Senders bereits 2011 für fünf Jahre eingestellt. Mehrere Journalisten, die für den Sender arbeiteten, wurden für Jahre inhaftiert.

In Saudi-Arabien, Marokko und den Vereinigten Arabischen Emiraten ist Al-Jazeera überhaupt nicht tätig, und die dortigen Bürger haben keinen Zugang zu den Sendungen.

Al-Jazeera, ein Sender, der die Leidenschaften schürt und die Massen erregt, sendet jedoch weiterhin ohne jegliche Einschränkungen aus Israel. Die Journalisten des Senders berichten in Krisenzeiten und verbreiten ihre israelfeindliche Agenda selbst bei heiklen Ereignissen wie Unruhen auf dem Tempelberg, in der Gegend von Shimon HaTzadiq (dem Viertel Sheikh Jarrah) und in Krankenhäusern, wenn Terroristen während ihres Hungerstreiks dorthin gebracht werden.

Die Reporter des Senders eilen an die Schauplätze der Krise, um die Menge mit Falschmeldungen aufzuwiegeln und anzustacheln, und das alles während ihrer Live-Übertragungen. Ihre Berichterstattung ist einseitig und beruht auf bösartiger Propaganda. Während der Operation „Wächter der Mauern“ sendete der Sender regelmäßig direkt aus dem Gazastreifen, auch über die Bombardierung. Es sei darauf hingewiesen, dass Al-Jazeera nicht nur auf Arabisch, sondern auch auf Englisch sendet und dort ebenso seine einseitige Propaganda verbreitet.

Hat das Recht auf freie Meinungsäußerung im Staat Israel jedes Maß verloren?

Es sei darauf hingewiesen, dass die englischsprachigen Sendungen von Al-Jazeera relativ moderat und an das westliche Publikum angepasst sind. Auf Englisch sympathisiert der Sender zum Beispiel mit dem Holocaust an den Juden, während er ihn auf Arabisch leugnet. Katar spielt dieses doppelte Spiel schon lange.

In der Vergangenheit hat Israel mehr als einmal die Möglichkeit erörtert, den Betrieb des Senders im Land zu unterbinden, jedoch ohne Erfolg. Die israelische Demokratie muss sich selbst schützen.

Nachdem die Muslimbruderschaft die Macht in den arabischen Ländern verloren hat, versucht sie, die palästinensische Sache zu unterstützen, um wieder an die Macht zu kommen. Al-Jazeera gibt allen, die Israel angreifen, eine Plattform. Der Sender schürt den Antisemitismus unter der Jugend in den arabischen Ländern. Der Sender hat in den letzten Jahren auch aufgehört, israelische Kommentatoren einzuladen, wie es früher der Fall war. Ich persönlich wurde aufgrund des Drucks der Hamas und der „palästinensischen“ Gruppierungen seit Jahren nicht mehr eingeladen.

Warum schießen wir uns selbst in den Fuß? Die arabischen Regierungen haben die Gefahr erkannt, die von dem Sender ausgeht, und haben sich bemüht, ihn in ihren Ländern zum Schweigen zu bringen.

Israel muss nun das Gleiche tun.

Wie die „Palästinensische“ Autonomiebehörde versucht, ihre Terrorprämien zu verschleiern

Die israelische NGO „Palestinian Media Watch“ schätzt, dass die „Palästinensische“ Autonomiebehörde im Jahr 2021 nicht weniger als 228,5 Mio. Euro für „Terrrorprämien“ ausgegeben hat. Die „Bezahlung-für-Tötung“-Politik der Terrorförderer finanziert sich vor allem auch mit Geldern der Europäischen Union. (JR)

Von Itamar Marcus/ Redaktion Audiatur

PA-Präsident Mahmoud Abbas bei der Versammlung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde in Ramallah

Im Jahr 2021 setzte die PA trotz des internationalen Drucks und trotz ihrer angeblichen finanziellen Schwierigkeiten ihre „Bezahlung-für-Tötung“-Politik fort, wobei sie sich besonders geschickt darum bemühte, diese Terror-Belohnungszahlungen zu verbergen. Nach Angaben des Leiters der von der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) finanzierten Kommission der „Palästinensischen“ Befreiungsorganisation für Gefangenenangelegenheiten, zahlte die PA im Jahr 2021 jeden Monat rund 50 Millionen Schekel (13,5 Mio. Euro) an terroristische Gefangene und freigelassene Terroristen. Diese Zahlungen erfolgten zusätzlich zu den Zahlungen der PA an die verwundeten Terroristen und die Familien der toten Terroristen (sogenannte „Märtyrer“), die nach Schätzungen von PMW über 20 Millionen Schekel (5,43 Mio. Euro) pro Monat betragen.

Die Bemühungen der PA, die Zahlungen der Terrorprämien zu vertuschen, erfolgten hauptsächlich auf drei Arten: Umstrukturierung der Zahlungen der PA an die freigelassenen Terroristen, Einrichtung eines neuen Zahlungssystems zur Bezahlung der Terroristen und Verfälschung ihrer veröffentlichten Finanzunterlagen, um die Terrorbelohnungen zu verbergen.

Umstrukturierung der Zahlungen der PA an die freigelassenen Terroristen

Das Gesetz über Gefangene und freigelassene Gefangene aus dem Jahr 2004 und die zur Umsetzung des Gesetzes erlassenen Verordnungen garantieren sowohl gefangenen als auch freigelassenen Terroristen ein monatliches Gehalt von der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde. Nachdem die PA festgestellt hatte, dass die Zahlung von Gehältern an freigelassene Terroristen von den Geberländern besonders scharf verurteilt wurde, beschloss sie, die freigelassenen Terroristen in die Ministerien der Autonomiebehörde einzugliedern und so vorzugeben, dass es sich bei den Zahlungen um legitime Gehaltsausgaben handelte.

Im Rahmen dieses Programms zahlte die PA die Gehälter an 7.500 freigelassene Terroristen aus, integrierte mehrere Tausend in die Ministerien der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde und Tausende andere wurden in den Ruhestand geschickt. Hunderte freigelassene Terroristen wurden sogar in Positionen im Sicherheitsapparat der Autonomiebehörde eingesetzt. Palestinian Media Watch (PMW) konnte nachweisen, dass die Löhne und Gehälter nicht an die neuen Jobs der Terroristen gekoppelt waren, sondern an die Zeit, die ein Terrorist im Gefängnis verbracht hatte. Den Terroristen, die von der PA „pensioniert“ wurden, wurden 100 % ihres „Rentengehalts“ garantiert.

Einrichtung eines neuen Zahlungssystems für die Bezahlung der Terroristen

Im März 2020 warnte Palestinian Media Watch die in den von der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde kontrollierten Gebieten tätigen Banken, dass das israelische Anti-Terror-Gesetz Zahlungen der Autonomiebehörde an Terroristen verbietet und dass die Banken, wenn sie weiterhin Dienstleistungen für die PA und die Terroristen erbringen, möglicherweise sowohl straf- als auch zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können. Als unmittelbare Folge schlossen die Banken die Konten von 35.000 Terroristen, was zu Unruhen und einem Abbruch der Zahlungen führte.

Im Jahr 2021 musste die „Palästinensische“ Autonomiebehörde sowohl Zeit als auch Geld investieren, um einen Weg zu finden, ihre Terroristen zu belohnen, ohne das inländische Bankensystem zu nutzen. Zunächst beschloss sie, die Zahlungen über die Postämter der Autonomiebehörde abzuwickeln, musste diese Idee jedoch überdenken, als sich die Terroristen und ihre Familien darüber beschwerten, dass sie sich durch das Warten in der Schlange für Barzahlungen wie „Bettler“ fühlten. Um den Mechanismus zur Auszahlung der Terrorprämien zu verbessern, beschloss die PA, den Terroristen und ihren Familien spezielle Geldautomatenkarten auszuhändigen, die an speziell reservierten Automaten verwendet werden können.

> „Nachdem die PA festgestellt hatte, dass die Zahlung von Gehältern an freigelassene Terroristen von den Geberländern besonders scharf verurteilt wurde, beschloss sie, die freigelassenen Terroristen in die Ministerien der Autonomiebehörde einzugliedern und so vorzugeben, dass es sich bei den Zahlungen um legitime Gehaltsausgaben handelte.“

Fälschung von öffentlich zugänglichen Finanzberichten, um die Terrorprämien zu verschleiern

Obwohl die Zahlungen von Terrorprämien eindeutig zu den größten Ausgaben der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde gehören (schätzungsweise über 841 Mio. Schekel / 228 Mio. Euro), hat die PA auch im Jahr 2021, ähnlich wie im Jahr 2020, dafür gesorgt, dass in ihren monatlichen Haushaltsberichten kein expliziter Hinweis auf diese Zahlungen enthalten war.

Nachdem PMW nachgewiesen hat, dass die Terrorbelohnungen der Autonomiebehörde im Jahr 2020 vor allem durch die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Überweisungen an die „PLO-Institutionen“ gezahlt wurden, ist das Bild im Jahr 2021 komplizierter. Obwohl die PA 2021 weiterhin Hunderte von Millionen Schekel an die „PLO-Institutionen“ überwies, decken diese Summen nicht alle Terrorbelohnungen für die freigelassenen Terroristen ab, da viele der freigelassenen Terroristen in fiktive PA-Positionen integriert wurden. Vielmehr ist ein großer Teil der Terrorgelder nun in die regulären Gehälter und Lohnkosten der PA-Ministerien, in denen die Terroristen untergebracht waren, und in die PA-Rentenzahlungen eingeflossen und wird daher von PMW und unseren Berichten an die israelischen Behörden und die Geberländer nicht mehr ausgewiesen. Wie in den Vorjahren wurden die Zahlungen der PA an verwundete Terroristen und die Familien getöteter Terroristen auch im Jahr 2021 in der Ausgabenkategorie des Sozialministeriums der PA versteckt.

Eindeutige Unterstützung für Terroristen

Die außergewöhnlichen Bemühungen der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, ihre Terror-Belohnungen zu verbergen, sind Ausdruck von zwei Realitäten. Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde wiederholt ständig die Zusage des Vorsitzenden Mahmoud Abbas, dass selbst wenn der Autonomiebehörde nur ein einziger Cent bleibt, dieser an die Terroristen ausgezahlt wird. Diese Zusage ist kein leerer Slogan, sondern vermittelt vielmehr eine grundlegende Wahrheit über die Prioritäten der PA.

Obwohl die „Palästinensische“ Autonomiebehörde und ihre Führung von ganzem Herzen an die „Bezahlung für Tötung“ glauben und alles in ihrer Macht Stehende tun, um diese Politik umzusetzen, sind sie sich dennoch bewusst, dass diese Politik von einigen Geberländern verurteilt wird und daher so weit wie möglich verheimlicht werden muss. Für die Palästinensische Autonomiebehörde muss das Bemühen, die Zahlungen zu verbergen, aufrechterhalten werden, selbst wenn dies bedeutet, die internationale Gemeinschaft absichtlich zu täuschen.

Die Polizei zwischen den politischen Stühlen

Der Doppelmord von Kusel rückt wieder ins Bewusstsein, dass die Verbrechensbekämpfung und damit auch der Einsatz der Polizei eigentlich ein völlig unpolitisches Feld sein muss. Allerdings sollte es uns zu bedenken geben, ob die Dämonisierung der Polizei besonders von linker und grüner Seite für die stetig zunehmende Brutalität gegenüber der Polizei mitverantwortlich ist. (JR)

Von Roger Letsch

Es war ein Schrei, der aus einer längst vergangen geglaubten Zeit herüberwehte. Zunächst hielt man noch den Atem an, als die Nachricht von den beiden in Kusel kaltblütig erschossenen Polizisten eintraf, doch jeder mit einem Twitteraccount und 100 Followern wartete ungeduldig auf die zunächst unbekannten Details, forschte nach der Motivlage und stellte Vermutungen an zu Nationalität, Religion und politischer Schlagseite. Man munitionierte sich mit Argumenten auf, die einen für hartes Durchgreifen der Justiz und politische Konsequenzen, die anderen für Relativierung und die unbeantwortbare Frage, was zuerst da gewesen sei, die Polizeigewalt oder die Gewalt gegen die Polizei. Der Schrei war dann einer der Enttäuschung. Kein Islamist, kein Radikaler Extremist. Auch die Murmeln saßen im Kopf der Täter nicht lockerer als beim Durchschnitt. Es handelte sich einfach um ein Verbrechen und den Versuch, es zu vertuschen. Es mal nicht wie heute üblich mit politisch aufgeladenen oder ideologisch motivierten Straftaten zu tun zu bekommen, überraschte sowohl die Polizei wie auch die mediale Öffentlichkeit. Die Überraschung war so gründlich wie das Verbrechen ungeeignet, daraus politisches Kapital zu schlagen. Die Bestürzung war echt und die Berichterstattung über die Morde so sachlich, wie wir es seit vielen Jahren nicht erlebt haben. Die Erkenntnis, dass es neben all den ideologischen Über- und Untertreibungen noch so etwas wie „gewöhnliche Verbrechen“ gibt, für deren Bekämpfung die moderne Polizei einst entwickelt wurde, wird hoffentlich Bestand haben.

Unter dem ideologischen Radar

Fast dankbar nimmt die Presse dann die sich anschließende Jagd der Polizei auf jene auf, die den Mord an den beiden Polizisten zum Anlass nahmen, das Netz mit ihren kruden Gewaltfantasien gegenüber der Polizei zu fluten und zur Nachahmung des Mordes aufriefen. Hier endlich konnte man die eingeübten Vokabeln und Narrative wieder Gassi führen und von Ermittlungen wegen „Hate Speech“ sprechen und wie der Tagesspiegel am 7.2.2022 von „fast 400 Hasskommentaren“ berichten, die nach dem Mord an den zwei Polizisten bei einem Verdächtigen gefunden wurden. Doch die Ermittlungen galten gar nicht der Gefühlslage des Trittbrettfahrers, sondern seinem dedizierten Mordaufruf, den er noch dazu mit Geldbelohnungen umkränzte. Nicht die moralische Verkommenheit wird folglich Inhalt der Anklage sein, sondern der im Strafgesetzbuch klar beschriebene Sachverhalt des Mordaufrufs. Das öffentliche und vor allem das veröffentlichte Entsetzen gilt heute jedoch oft – besonders, wenn es auf Dauer gestellt werden soll – nicht der strafbaren Handlung, als der unerwünschten Haltung, was die Polizei immer häufiger in Konflikte zwischen ihrem Selbstverständnis, ihrem Auftrag und der medialen Projektion dessen bringt, was manche gern von der Polizei erledigen lassen würden oder wobei sie nicht im Weg stehen soll.

Der Doppelmord von Kusel rückt wieder ins Bewusstsein, dass die Verbrechensbekämpfung und damit auch der Einsatz der Polizei eigentlich ein völlig unpolitisches Feld sein muss.

Bei den Protesten anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg – wenn man nicht schon von Aufständen sprechen möchte – klangen die Einordnungen linker Medien weit weniger verständnisvoll als etwa bei der Auflösung oder Verhinderung von Demonstrationen sogenannter Querdenker. Während in Hamburg der Gebrauch von Stahlkugeln und Gehwegplatten als Wurfgeschosse gegen die Polizei gewissermaßen zur Brauchtumspflege gehören, stellen die auf Schildern hochgehaltenen Meinungen der „Querdenker“ ein Gesundheitsrisiko für die Menschheit dar und die Festnahmen könnten nach Einschätzung mancher Kommentatoren ruhig noch etwas härter durchgeführt werden. Nicht die Legitimität, sondern Sympathie und Antipathie für eine Sache entscheiden, wie ein Polizeieinsatz gesellschaftlich bewertet wird.

Doch gibt es rechtlich einen Unterschied zwischen einer Demo für die Mietpreisbremse und einem Protest gegen die Impfpflicht? Oder zwischen einer BLM-Veranstaltung in Vancouver und einem Truckerprotest in Ottawa? Rechtlich ist die Frage leicht zu beantworten: es gibt keinen. In der medialen Darstellung sieht das schon anders aus.

Haut die Bullen doch nicht platt wie Stullen?

Das in linken Kreisen und besonders an dessen gewaltbereiten Rändern zu beobachtende Ressentiment gegen die Polizei beruht meiner Meinung nach jedoch auf einem Missverständnis. Es stammt aus einer Zeit, in der linke Utopien sich in offener Konfrontation mit dem Staat befanden. Davon kann heute vielerorts nicht mehr die Rede sein, weil zumindest weite Teile der vormaligen Utopien Eingang in die praktische Politik gefunden haben. Wenn also etwa in den USA seit 2020 der Ruf der Black Lives Matter Bewegung nach Abschaffung der Polizei (Defund the Police) laut wird, so geht es weniger darum, die Polizei abzuschaffen, als selbst Polizei zu werden oder doch zumindest bestimmen zu können, was als Straftat im Sinne von BLM zu gelten hat und was nicht. Die Gerichte bleiben dabei außen vor, zumindest so lange, bis auch sie auf Linie gedreht sind. Als im Juli 2020 in riesigen gelben Lettern in New York die Worte „Black Lives Matter“ auf die Straße gemalt wurden, verstieß dies klar gegen das Gesetz, welches jede Art von auf Straßen gemalte politische Botschaft generell untersagt. Die Polizei hätte also die Straßenmaler verhaften und die Entfernung der Farbe veranlassen müssen. Doch stattdessen ließ Bürgermeister Di Blasio die Straßenmalerei rund um die Uhr von einem Dutzend NYPD-Polizisten vor „Vandalismus“ bewachen. Eingeklemmt zwischen Gesetz und Befehl entschied sich die New Yorker Polizei für die Weisungen der Politik und wurde so – zumindest für den Moment – zur politischen Polizei. Oder, um es etwas zugespitzt und mit den Worten Dietrich Bonhoeffers zu sagen: „Der Mann der Pflicht wird schließlich auch dem Teufel gegenüber seine Pflicht erfüllen müssen.“ Keine gute Entwicklung, wie ich anmerken möchte, denn sie sorgt dafür, dass sich die Polizei in ihrer Zusammensetzung verändert, weil sie Menschen anzieht, denen diese Richtung behagt und jene vertreibt, die darauf bestehen, dass Gesetze und nicht Politiker den Rahmen der Polizeiarbeit definieren.

Ahmad GHARABLI / AFP

Israelische Polizei gewährleistet das Demonstrationsrecht arabischer Protestler

Wenn zwei das gleiche tun

Wie unterschiedlich die mediale Reflexion von Polizeiarbeit ausfällt, kann man regelmäßig beobachten, wenn es um aktuelle Demonstrationen in Form von Straßenblockaden in Israel, Deutschland und Kanada geht. In Deutschland kleben sich die Aktivisten von „Essen Retten“ immer wieder auf die Fahrbahn der A100, im Jerusalemer Viertel „Sheikh Jarrah“ legten „palästinensische“ Aktivisten ihre Gebetsteppiche (unter großer Anteilnahme der internationalen Presse) auf die Straße und in Ottawa weigern sich seit drei Wochen die Truckfahrer, ihre Fahrzeuge zu bewegen. Die Rechtslage ist eindeutig, in allen drei Fällen. Da kollidiert das Recht auf Demonstrationsfreiheit mit dem Straßenverkehrsrecht, alle drei Demonstrationen werden letztlich von der Polizei beendet. Jedoch fallen die medialen Reaktionen auf den Polizeieinsatz höchst unterschiedlich aus. In der Betrachtung deutscher Medien handelt die israelische Polizei stets unverhältnismäßig, während es in Kanada die Trucker sind, denen man mit allerlei Tricks den Schwarzen Peter zuschiebt. Doch entscheidend ist, wie es nach der Auflösung einer Demonstration und nach einer Verhaftung weiter geht. Wie intakt sind die rechtsstaatlichen Verfahren, in welche die Polizeiarbeit eingebettet ist? Schaut man sich die Flut von Prozessen an, die in Israel den beendeten Demonstrationen folgen, scheint der Rechtsstaat in Israel noch weitgehend intakt zu sein. Die deutschen Aktivisten haben hingegen nichts zu befürchten und wie aufgebracht die gestoppten Autofahrer auch sein mögen, schlägt sich doch sogar die Politik auf die Seite der Klebekinder. Rechtliche Konsequenzen gibt es nicht. In Kanada hebelt Ministerpräsident Trudeau durch den ausgerufenen Notstand die Gerichte gleich ganz aus und legitimiert jede Polizeigewalt auf dem Verordnungsweg.

Was ist legitim, was ist populär, was ist gerecht? Diese Fragen sind nicht leicht zu beantworten, weil sie auf moralischen Kategorien beruhen. Ist etwa eine Demonstration gegen staatliche Coronamaßnahmen weniger legitim, wenn sie in Köln statt in Minsk stattfindet? Wer ist im Besitz des wertenden Maßstabs? Die Polizei steckt gerade in den sogenannten westlichen Demokratien immer wieder zwischen Baum und Borke, weil die Politik, getrieben von verfestigten Ideologien und den Medien, immer häufiger in Versuchung gerät, demokratische Prozesse abzukürzen oder zu umgehen und die Polizei als Werkzeug der Durchsetzung politischer Tagesziele benutzt. Jede Polizei ist eben nur so gut, wie die Politik, die sie steuert. Schlechte Politik ist die Ursache für schlechte Polizeiarbeit, erzeugt Misstrauen in der Bevölkerung, was zu noch schlechterer Polizeiarbeit und höheren sozialen Kosten bei der Rechtsdurchsetzung führt. Ein Teufelskreis, der direkt in die Despotie führen kann. Im Gedenken an die beiden in Kusel ermordeten Polizisten sollte sich auch die Politik daran erinnern, wie wichtig die Polizei für das Gemeinwesen ist und der Versuchung widerstehen, deren Reputation für politisch fragwürdige Tagesgeschäfte aufs Spiel zu setzen.

Über den Autor:
Roger Letsch ist Texter, Fotograf und Webdesigner. Er betreibt den politischen Blog unbesorgt.de

Der ehemalige Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen im Visier der Meinungspolizei

Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist durch seine klaren Aussagen zu Migration und der Bedrohung durch den islamischen Terror gerade in den eigenen politischen Reihen in Ungnade gefallen. Die besonders von links kommenden Versuche ihn mundtot zu machen, gehen perfider- und ungerechterweise sogar so weit, ihm Antisemitismus vorzuwerfen. Die Jüdische Rundschau hat ihn zu den Vorwürfen befragt. (JR)

Von Michal Kornblum

Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Dr. Hans-Georg Maaßen

Dr. Hans-Georg Maaßen ist Jurist und war von 2012 bis 2018 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er kandidierte bei der Bundestagswahl 2021 für einen Wahlkreis in Thüringen alsDirektkandidat der CDU, unterlag jedoch seinem Kontrahenten aus der SPD. Nachdem Herr Dr. Maaßen ein Video des Mediziners und Mikrobiologen Prof. Bhakdi, der sich kritisch gegenüber den Coronaimpfungen ausgesprochen hat, in sozialen Medien teilte, wurden u.a. von der schleswig-holsteinischen Bildungsministerin Karin Prien (CDU) Forderungen zum Parteiausschluss Maaßens laut. Daraufhin hat auch der Präsident des Zentralrats der Juden Dr. Josef Schuster eine Distanzierung der CDU von Dr. Maaßen gefordert und ihm Antisemitismus vorgeworfen.

Michal Kornblum: Herr Dr. Maaßen, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland warf Ihnen kürzlich laut einem Artikel der Jüdischen Allgemeinen vom 10. Januar 2022 nicht nur Antisemitismus, sondern auch Volksverhetzung vor. Was sagen Sie zu den Vorwürfen des Zentralrats?

Ist jemand ein Antisemit, der wiederholt seine israelischen Kollegen und Freunde bis an die Grenze des Möglichen im Kampf gegen Terrorismus und gegen Feinde Israels unterstützte und dem mehrfach für seinen Einsatz für die Sicherheit Israels gedankt wurde? Ist jemand ein Antisemit, der sich für die Sicherheit der Juden in Deutschland einsetzte, der rechtsextremen, wie islamischen Antisemitismus bekämpfte? Ich könnte noch einiges hinzufügen. Der Vorwurf des Präsidenten des Zentralrats der Juden gegen mich ist so abwegig, dass ich darüber hätte lachen müssen. Aber es war mir nicht zum Lachen. Das, was er sagte, empfand ich nicht nur als ungerecht und ungeheuerlich, sondern menschlich als zutiefst niederträchtig. In Deutschland als Antisemit bezeichnet zu werden, ist die härteste Art einer sozialen Ächtung und Ausgrenzung. Der Betreffende wird auf die gleiche Stufe gestellt wie Goebbels, Julius Streicher oder die Antisemiten von der Hamas. Kein vernünftiger Mensch in Deutschland ist bereit, mit Antisemiten Umgang zu pflegen. Dies geschieht bei wirklichen Antisemiten zurecht. Wir wollen nämlich keinen Antisemitismus in unserer Gesellschaft, und wir wollen nicht, dass antisemitisches Denken anschlussfähig wird. Wenn aber Menschen ohne Grund aus politischen Motiven als Antisemiten etikettiert werden, dann ist dies zutiefst niederträchtig. Vor allem dann noch, wenn dies mit der moralischen Autorität des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden geschieht. Ich habe mich leider daran gewöhnen müssen, von meinen politischen Feinden angegriffen und diffamiert zu werden. Schlimmer und verletzender ist es, wenn man von denen angegriffen wird, denen man immer freundschaftlich gegenüberstand. Das ist charakterlich bösartig.

Michal Kornblum: Es ging bei den Vorwürfen konkret um ein kritisches Video von Prof. Bhakdi zum Thema Coronaimpfungen. In einem Video hat Prof. Bhakdi den Umgang Israels mit dem Coronavirus kritisiert. Es gab daraufhin den Vorwurf der Holocaustrelativierung und Volksverhetzung; die Ermittlungen wurden von der Staatsanwaltschaft Kiel zunächst eingestellt, später jedoch von höherer Instanz wieder aufgenommen - bislang ohne Ergebnis. Es erscheint mir merkwürdig, dass Sie als Jurist Videos von Personen verbreiten würden, die angeblich strafwürdige Aussagen treffen. Wie ist Ihre Einschätzung zu den betreffenden Inhalten?

Schauen Sie einmal: Ich hatte ein Video von Professor Bhakdi auf dem kleinen Kurznachrichtendienst GETTR retweetet. In dem Video hatte er sich zu Nebenwirkungen von mRNA-Impfstoffen geäußert. Professor Bhakdi war bis zu seiner Kritik an Regierung und Medien wegen der Corona-Maßnahmen einer der anerkanntesten Mikrobiologen Deutschlands, der zahlreiche Ärzte ausgebildet hatte. Als er sich kritisch zur Corona-Politik äußerte, wurde er von heute auf morgen zur Unperson. In dem Video hatte er sich mit beachtenswerten Argumenten kritisch zur Vergabe des mRNA-Impfstoffes an Kinder geäußert und auf die Gefahren für ihre Gesundheit hingewiesen. Mit diesen Warnungen steht er nicht allein. Ich bin der Überzeugung, wir brauchen eine vorurteilsfreie Diskussion über die mRNA-Impfstoffe, über ihren Nutzen, aber auch ihre Gefahren. Für mich ist es völlig inakzeptabel, dass jemand diffamiert und diskreditiert wird, wenn er sich kritisch zum politisch-medialen Mainstream äußert. Dies ist heutzutage in Deutschland leider gang und gäbe. Ich hatte ihn wegen seiner medizinischen Expertise und nicht deshalb retweetet, weil er sich früher einmal antisemitisch geäußert haben soll, was mir auch nicht bekannt war. Wenn ich eine Äußerung eines Arztes retweete, billige ich damit doch nicht alles, was er sagt, und schon gar nicht frühere Aussagen. Der Vorwurf, dass ich durch den Retweet eine antisemitische Aussage gebilligt hätte, ist so absurd und widersinnig, wie wenn man dem Besucher einer Wagner-Opernaufführung unterstellt, durch den Opernbesuch Antisemit geworden zu sein, oder dem Fahrgast vorwirft, durch den Einstieg in das Taxi sich frühere antisemitische Aussagen seines Taxifahrers zu eigen gemacht zu haben.

> „Ich wurde als AfD-nah diffamiert, weil ich der Auffassung war, dass es keine Beweise für Hetzjagden in Chemnitz gab. Ich wurde als Rechtsextremist diffamiert, weil ich die Migrationspolitik der alten Bundesregierung kritisierte und ich wurde als Verschwörungstheoretiker verunglimpft, weil ich eine Corona-Politik forderte, die verhältnismäßig ist."

Michal Kornblum: Ich erinnere mich noch gut an den Jugendkongress der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden 2015, bei dem ich das erste Mal einen Vortrag zur inneren Sicherheit und insbesondere zur Lage der Juden in Deutschland von Ihnen gehört habe. Ihr Vortrag war damals einer der meistbesuchten - selbst in der letzten Reihe war alles besetzt und auch seitens der jüdischen Verbände wurden Sie als Verbündeter der deutschen Juden betrachtet. Wie können Sie sich die Kehrtwende beispielsweise des Zentralrats dahingehend erklären?

Ich kann mich auch noch sehr gut an den Jugendkongress erinnern, und es hatte mir große Freude gemacht, mit den vielen jungen Menschen zu diskutieren. Ich sehe mich weiterhin als Verbündeter der Juden in Deutschland und Israels,

und der niederträchtige Umgang des Zentralrats mit mir hat in keiner Weise mein freundschaftliches Verhältnis zu den Juden und zu Israel verändert. Ich kann mir nicht erklären, warum sich der Zentralrat mir gegenüber so verhält, und ich will auch nicht spekulieren. Mit mir hat kein Vertreter des Zentralrats über die Vorwürfe gesprochen und auch nicht Gelegenheit gegeben, dazu Stellung zu nehmen. Ich bin gerne zu einem Gespräch bereit.

Michal Kornblum: Stellungnahmen des Zentralrats der Juden werden häufig als „jüdische Meinung" wahrgenommen. Selbstverständlich haben Juden wie auch alle anderen Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedliche Meinungen zu bestimmten Themen, gerade auch, weil die positive Streitkultur ein wichtiger Teil jüdischer Tradition ist. Deswegen fühle ich mich als Jüdin durch öffentliche Positionierungen des Zentralrats, gerade zu politischen Themen, häufig bevormundet und instrumentalisiert. Wie nehmen Sie den Stellenwert der Aussagen des Zentralrats in der nichtjüdischen Bevölkerung wahr? Verliert der Zentralrat aus Ihrer externen Perspektive seine eigentliche Bedeutung als Interessensvertretung der Juden und unabhängige, kritische Institution zu Gunsten wachsender Politisierung und Regierungsnähe?

Der Zentralrat wird in erster Linie als Interessenvertretung der Juden in Deutschland wahrgenommen. Dabei geht es gewiss auch um die politische Vertretung der jüdischen Interessen. Ich verstehe, dass eine Interessenvertretung die Nähe zur Politik und zur Regierung sucht, um dadurch die Interessen wirksamer durchsetzen zu können. Allerdings birgt dies die Gefahr, dass man durch den ständigen Umgang mit den Mächtigen und den Medien den Bezug zur Basis verliert. Man fühlt sich als Teil der so genannten politisch-medialen Blase. Und man verliert aus den Augen, dass man die Interessen der Basis gegenüber der Politik und nicht die Interessen der Politik gegenüber der Basis vertreten soll.

Aber der Zentralrat wird von der deutschen Gesellschaft nicht nur als jüdische Interessenvertretung wahrgenommen. Man nimmt ihn auch als Vertretung der Überlebenden der Shoah und als Vertretung einer Religionsgemeinschaft wahr. Damit genießt der Zentralrat ein hohes Maß an moralischer Autorität in Deutschland. Damit hat die Aussage eines Vertreters des Zentralrates, ob etwas als antisemitisch oder rechtsextrem zu beurteilen ist, eine ganz andere Qualität, als wenn irgendeine andere Einrichtung in Deutschland sich so äußert.

Michal Kornblum: Ich habe manchmal den Eindruck, dass der Antisemitismusvorwurf in Deutschland ein politisches und gesellschaftliches Mittel ist, um bestimmte politische Gegner zu diskreditieren und die Seriosität einer Person in Frage zu stellen. So erging es auch Ihnen als Luisa Neubauer Sie einige Monate vor der Wahl in einer Talkshow des Antisemitismus bezichtigte. Obwohl Frau Neubauer dafür keine stichhaltigen Beweise anführte, schwebt seitdem dieser vage Antisemitismusvorwurf wie ein Damoklesschwert über Ihnen. Denken Sie, dass dies einen wesentlichen Einfluss auf den Ausgang der Bundestagswahl in Ihrem damaligen Wahlkreis hatte?

Man kann einen politischen Gegner vernichten, ohne ihn zu töten oder wegzusperren. Das war früher eine Spezialität von Stasi und KGB. Sie zerstörten den Ruf der politischen Gegner. Durch die Medien, im Übrigen auch durch die westlichen Medien, verbreiteten sie Unwahrheiten über sie, diffamierten und diskreditierten sie, bis diese ihre Arbeit oder Ämter verloren, Freunde und Angehörige sich von ihnen zurückzogen und sie komplett ausgegrenzt und isoliert waren. Diese Opfer hatten dadurch keine Möglichkeiten mehr, Anhänger und Unterstützer zu finden und ihre politischen Positionen in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen. Durch die Diskreditierung von Personen ersparte man sich jede Sachdiskussion, denn wenn so jemand etwas sagt, dann brauchte man darüber nicht zu reden. Manchmal kamen die Opfer mit der Ausgrenzung und Isolation nicht zurecht, radikalisierten sich, wurden krank oder begingen Selbstmord. Die Stasi nannte diese Technik „Zersetzung". Was wir heute von Seiten der Linken in Medien und Politik – im Übrigen auch in meiner Partei – erleben, ist die Anwendung dieser Zersetzungs-Technik. Menschen werden diffamiert und diskreditiert, sobald sie sich kritisch äußern. Früher hochangesehene Wissenschaftler und Nobelpreisträger werden als Verschwörungstheoretiker, Schwurbler und Rechtspopulisten diffamiert, wenn sie sich beispielsweise kritisch zur Migrationspolitik, zur Energiewende, zur Corona-Politik oder zu den mRNA-Impfstoffen äußern. Ich wurde als AfD-nah diffamiert, weil ich der Auffassung war, dass es keine Beweise für Hetzjagden in Chemnitz gab. Ich wurde als Rechtsextremist diffamiert, weil ich die Migrationspolitik der alten Bundesregierung kritisierte und ich wurde als Verschwörungstheoretiker verunglimpft, weil ich eine Corona-Politik forderte, die verhältnismäßig ist. Sie sehen, es gibt Politiker und Medien, die unter keinen Umständen wollen, dass ihre Politik in Frage gestellt wird, und sie wenden die Zersetzungstechnik gegen die Personen an, die die Möglichkeit haben, mit ihrer Kritik öffentlich wahrgenommen zu werden. Jetzt zu Ihrer Frage: Der Vorwurf, Antisemit zu sein, ist einer der schwersten, den man in Deutschland gegen jemanden erheben kann. Und er wird leider auch politisch eingesetzt, um politische Gegner zu diskreditieren.

Ich glaube schon, dass meine politischen Gegner und ihre Unterstützer in den Medien mit ihrer Diffamierungskampagne gegen mich erfolgreich waren. Viele ältere Wähler vertrauen immer noch den klassischen Medien und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Das sind die Menschen, die die Veränderungen in der Berichterstattung noch nicht wahrnehmen und die glauben, die Tagesschau heute wäre nicht anders als die vor 30 Jahren. Dadurch, dass ich in den Massenmedien unwidersprochen als Rechtsradikaler und Antisemit diffamiert wurde und man mir keinerlei Möglichkeit einräumte, mich zu verteidigen, hatten Menschen, die mich nicht kannten, Vorbehalte gegen mich. Nach jeder meiner Wahlkampfveranstaltungen kamen Menschen auf mich zu, die mir sagten, sie hatten aufgrund der Medienberichte ein negatives Bild von mir, aber sie seien froh, mich persönlich kennengelernt zu haben, denn ich sei völlig anders, nämlich ein ehrlicher und aufrichtiger Kämpfer für eine vernünftige Politik.

Michal Kornblum: Sie waren Deutschlands höchster Verfassungsschützer und werden nun mit dem Antisemitismusvorwurf konfrontiert. Wie definieren Sie Antisemitismus und was ist für Sie ein Antisemit?

Für mich ist Antisemitismus jede Form von Judenhass oder Judenfeindlichkeit. Antisemit ist jemand, der eine solche Einstellung vertritt. Judenhass und Judenfeindlichkeit können sich unter anderem ausdrücken in der Abwertung, Verächtlichmachung, Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung von Juden, aber auch in der Rechtfertigung oder Verharmlosung des Holocaust. Auch das Infragestellen des Existenzrechts Israels sehe ich als Judenfeindlichkeit und damit als antisemitisch.

Michal Kornblum: Antisemitismus ist leider in Deutschland – paradoxerweise trotz immer mehr Antisemitismusbeauftragten, Kampagnen und auch immer mehr Geldern, die in den Kampf gegen Antisemitismus fließen – ein stetig zunehmendes und erstarkendes Problem. Wo sehen Sie die Ursachen dafür und was kann und muss aus Ihrer Sicht getan werden, um die Sicherheit für uns Juden zu verbessern? Welche Fehler werden Ihrer Meinung nach zurzeit vielleicht auch im Kampf gegen Judenhass begangen?

Ich teile Ihre Einschätzung, dass der Antisemitismus in den letzten Jahren trotz verschiedener politischer Maßnahmen zugenommen hat. Ich denke, dass es sich teilweise um beschwichtigende Symbolpolitik handelte, die keine relevanten Auswirkungen hatte. Die Probleme werden aus meiner Sicht nicht wirklich angepackt, sondern man redet darüber, initiiert „Projekte" oder installiert neue Beauftragte. Und ein Teil dieses Problems sind auch einige unserer Politiker. Das sind diejenigen, die am liebsten auf der Seite der muslimischen Antisemiten oder der palästinensischen und iranischen Extremisten marschieren würden und denen nichts an den deutschen Juden und Israel liegt. Bei den einen ist es Gleichgültigkeit gegenüber den Juden, bei anderen Abneigung, die allerdings hinter Lippenbekenntnissen versteckt wird. Es ist diese linke Verlogenheit, die zutiefst irritierend ist. Nicht an den Worten, sondern an ihren Taten müsst ihr Eure Politiker messen. Leider glauben immer noch zu viele Menschen lieber ihren Worten als ihren Taten.

Michal Kornblum: Eine kürzlich veröffentlichte Spiegel Recherche wirft Ihnen vor, während Ihrer Zeit als Präsident des Verfassungsschutzes „Gefahren von Rechtsaußen gerne ignoriert" zu haben. Dabei soll es sich konkret z.B. um den Thüringer AfD Chef Björn Höcke gehandelt haben. Was entgegnen Sie dieser Recherche?

Die Behauptung des Spiegel ist falsch und ehrenrührig. Richtig ist, dass während meiner Zeit als Präsident des Verfassungsschutzes die Bekämpfung des gewaltbereiten Rechtsextremismus eine hohe Priorität hatte. Gegen den Willen des Ministeriums hatte ich eine große Zahl von Stellen und Haushaltsmitteln zur Bekämpfung des Rechtsextremismus beim Bundestag eingeworben. Die Abteilung Rechtsextremismus wurde von mir neu aufgebaut und breit aufgestellt. Das „Gemeinsame Abwehrzentrum Rechtsextremismus" wurde unter meiner Leitung geschaffen. Wir hatten große Erfolge bei der Bekämpfung des gewaltorientierten Rechtsextremismus zum Beispiel mit der Aufklärung und Festnahme von Mitgliedern der rechtsterroristischen Gruppe „Old School Society", den Verboten von „Weiße Wölfe Terrorcrew" und „Altermedia". Richtig ist aber auch, dass unsere Politiker aufgrund des NSU-Debakels entschieden, dass sich der Verfassungsschutz vor allem mit gewaltorientiertem Extremismus und Terrorismus beschäftigen sollte. Die Beobachtung von Parteien und nichtgewaltorientierte Bestrebungen musste deshalb aus Priorisierungsgründen zurückgestellt werden. Deshalb wurde auch die Beobachtung der Partei Die Linke eingestellt. Diese Neuausrichtung des BfV und damit die Abkehr von der Beobachtung von Parteien und anderen nichtgewaltorientierten Organisationen war von allen Parteien begrüßt worden. Das Anliegen war auch, dass der Verfassungsschutz zu einem „normalen" europäischen Inlandsdienst wird, denn in fast keinem anderen europäischen Staat wird der Inlandsgeheimdienst von einer Regierung damit beauftragt, Parteien und andere nichtgewaltorientierte Organisationen zu beobachten. Die Parteien sollten in einem demokratischen Diskurs miteinander ringen und der Geheimdienst sollte sich nicht einmischen.

Michal Kornblum: Es gab in den letzten Wochen, Forderungen einiger Ihrer Parteikollegen nach einem Parteiausschlussverfahren gegen Sie. Auch während Ihres Wahlkampfs wurde innerhalb der CDU Ihre Kandidatur sehr öffentlich diskutiert – sogar bis zur indirekten Wahlempfehlung gegen Sie. Teilen Sie meine Meinung, dass solche öffentlich ausgetragenen Sticheleien am Ende mehr der CDU als Ganzes schaden als Ihnen als Person? Wie ist der aktuelle Stand in Bezug auf den Parteiausschluss?

Sicherlich schadete es der CDU sehr. SPD, Grüne und die ihnen nahestehenden Medien hatten die CDU vor sich hergetrieben. Sie diffamierten und dämonisierten mich. Der Spiegel nannte mich den „Mephisto". Die CDU ließ sich davon in die Enge treiben, in dem immer wieder gefordert wurde, sich von mir zu distanzieren. Fatalerweise ließ sich die CDU in der Hoffnung, positive Schlagzeilen zu erhalten, auf das schmutzige Spiel ein, und stieß damit sehr vielen Wählern vor den Kopf. Immer wieder hörte ich im Wahlkampf, man würde mich gerne wählen, aber auf keinen Fall diese CDU. Das war bitter. Es war töricht als einzelne CDU-Politiker ein Parteiausschlussverfahren gegen mich ins Spiel brachten. Es schadete dem Ansehen der CDU und nutzte den linken Parteien, die sich über die Selbstzerfleischung der CDU amüsierten. Christian Hirte, der Thüringer Landesvorsitzende der CDU, sagte mir jüngst, dass die Partei nicht an ein Ausschlussverfahren gegen mich denkt. Damit ist für mich das Thema erledigt.

Michal Kornblum: Unter Juden in Deutschland sorgt die Metapher der „gepackten Koffer" häufig für viel Diskussionsstoff. Während ein Teil der Überzeugung ist, die Koffer seien ausgepackt und Juden seien in Deutschland heimisch und sicher, sieht ein anderer Teil die Notwendigkeit, die Koffer zu packen und über Auswanderung nachzudenken, da sie keine Zukunft mehr für Juden hier sehen. Wie ist Ihre Prognose – auch unter dem Aspekt der neuen Bundesregierung – für die Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland?

Ich kenne die Diskussion auf Grund meiner Gespräche mit jüdischen Freunden. Die Situation in Deutschland ist besonders, aber ich höre auch von Freunden in Frankreich, dass sie darüber nachdenken, in Tel Aviv zumindest einen Zweitwohnsitz zu begründen. Was soll ich zur Sicherheitslage für Juden in Deutschland sagen? Ich möchte nicht, dass Juden Deutschland verlassen, weil sie hier keine Zukunft sehen und sich nicht mehr sicher fühlen. Es ist auch ihr Land und sie gehören zu Deutschland. Und wir alle tragen dafür Verantwortung, dass die Sicherheit auch für die deutschen Juden gewährleistet ist. Aber ich bin manchmal fassungslos, mit welcher Gleichgültigkeit oder Abneigung deutsche Politiker den Sorgen der Juden in Deutschland begegnen. Als Geheimdienstler habe ich gelernt, in Szenarien zu denken. Und das wahrscheinlichste Szenario ist, dass es so weiter geht wie bisher. Und dann mache ich mir wirklich Sorgen um die Stabilität unseres Land und um die Sicherheit. Ich würde trotzdem die Koffer nicht packen, aber ich würde zusehen, dass ich für den Fall des Falles schon einmal einen Koffer woanders habe.

„Holocaust-Erziehung“ für Juden im ZDF

Die links- und grünlastige Sendung „aspekte“ will die Singularität der Judenverfolgung durch die Nazis relativieren und Schluss machen mit dem „Schoa-Privileg“: Ein neuer „Katechismus deutscher Erinnerungskultur“, bestehend aus linker Schoa-Relativierung, Hass auf Israel und auf die Juden weltweit, soll neuer deutscher Glaubenskodex werden. (JR)

Von Simone Schermann

JANEK SKARZYNSKI / AFP

Das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz

Am 28. Januar 2022, ein Tag nachdem die Holocaustüberlebende Inge Auerbacher die Erinnerung der Betroffenheitsschauspieler im deutschen Bundestag über die Vernichtung des jüdischen Volkes auffrischte, strahlte das ZDF einen Beitrag über die Zukunft von Erinnerungskultur aus. Kaum getrocknet waren die Krokodilstränen, da fand in der Sendung „aspekte“ eine obszöne „Holocaust-Erziehung“ statt. Nur 24 Stunden nach dem „heiligen Holocaustgedenktag“ für die Befreiung von Auschwitz - jenem deutschen Symbol der industriellen Höllen- und Mordmonstrosität - konnte man das gebührenfinanzierte ZDF und die Gedenkfunktionäre beim Endkampf gegen Israel und die Juden beobachten.

In einer schaurigen Lehrstunde, wurde eine Linie vom Bericht einer Urenkelin über die Verbrechen ihres SS-Nazi-Urgroßvaters zu Israels Staatsgründung und der „israelischen Besatzung“ gezogen. Die Schoa zu verharmlosen, ihre Singularität zu einer „Sogenannten“ zu degradieren, Juden mit Nazis und der SS gleichzusetzten und damit ein Täter-Narrativ zu implementieren, sind die Ziele des ZDF und der Ergriffenheitsmafia.

Die Sendung anzusehen ist eine Qual, denn die Bigotterie der Macher ist überaus mies. Aber ich bin es meinem Volk schuldig nicht zu schweigen. Ich bin es meiner ermordeten Familie schuldig, allen voran meinem Vater, der das Lager in Transnistrien physisch zwar überlebte, aber emotional nie davon losgekommen ist. Der aspekte-Beitrag steht sinnbildlich für die Mitschuld der westlichen Medien am Anschwellen des Antisemitismus gegen die Juden weltweit und am Hass auf Israel. Die Sendung ist eine moderne Verschwörungstheorie, die sich bei einem Wilhelm Marr oder Eugen Dühring bedient haben könnte und bei der die geschichtsblinde Gedenkszene als Helfershelfer fungiert.

„Wie man als Deutscher über Auschwitz hinwegkommen kann, weiß ich nicht,“ schreibt Lea Fleischmann 1980 in ihrem Buch „Dies ist nicht mein Land - Eine Jüdin verlässt die Bundesrepublik“.

In einem Nachwort gibt Henryk Broder die einzig richtige Antwort: „Man kann. Es ist noch nicht einmal schwierig. Man muss nur auf denselben Motor eine neue Karosserie setzten.“ Lea Fleischmann lebte Tür an Tür mit uns; auch ihre Eltern vermochten es nicht, über die unaussprechlichen Grausamkeiten zu reden, die sie erlebt hatten.

Das ZDF hat die Schoa jetzt „zu-Ende-bewältigt“ und die nächste schon im Visier. Die Deutschen sind „an Auschwitz“ oder „mit“ zu besseren Menschen geworden. Ein Glücksfall sozusagen. Kommt nach der endbewältigten Schoa dann endlich die „Lösung der Israelfrage“ im ZDF?

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen folgt ja seinem Bildungsauftrag, der beim Lieblingsthema Holocaust brilliert, da der ein „Erziehungskonzept“ per se ist. Deutsche wollen auf Teufel komm raus etwas aus „ihrem“ Holocaust „lernen.“ Für mich hatte dieser Ansatz immer etwas Suspektes und Demütigendes. Was soll man aus der Schoa lernen? Das man die Juden nicht ausrotten soll! Was sollen Juden aus der Schoa lernen? Oder war Auschwitz doch eine Erziehungsanstalt? Das ZDF inszenierte eine gezielte Täter-Opfer-Umkehr, bei der die Juden – als die „alten Opfer“ - durch die „Palästinenser“ ersetzt werden sollen. Die bisher brav staatstragenden Gedenkjuden haben ausgedient: laut ZDF sind sie jetzt Täter.

„Kein Genozid wie jeder andere - wie wollen wir uns an den Holocaust erinnern?“ titelte die aspekte-Sendung vom 28. Januar 2022.

„Welche Zukunft ist für die Erinnerungskultur wünschenswert?“ Damit wird die Forderung nach einer Fundamentalreform der „Erinnerungskultur der Deutschen,“ nach ultimativer Deutungshoheit „ihres“ Erinnerns laut.

Lange Zeit waren die bestialisch Ermordeten meines Volkes eine „stabile Währung“ im Erinnerungszirkus. Nun konstatieren linke „Wissenschaftler“ und das ZDF die „Überrepräsentiertheit“ und Beliebigkeit der Judenvernichtung. Die Botschaft ist unbarmherzig: genug mit dem Schoa-Privileg – doch ein Genozid wie alle anderen!

Obszöne Verdrehung der Geschichte

Der Beitrag beginnt mit Maria Holzgrewe, die dem Zuschauer mit der Geschichte ihres Nazi-Urgroßvaters einen Einstieg liefert, der nichts für schwache Nerven ist. Wilhelm Dreimann, SS-Unterscharführer und SS-Rapportführer im KZ Neuengamme, mitbeteiligt an unmenschlichen Verbrechen, war ein grausamer Sadist. Sein „Spitzname“: „Henker von Neuengamme.“ An jüdischen Kindern wurden Experimente mit Tuberkulosebakterien durchgeführt. Um die Spuren der grausamen Menschenversuche zu verwischen, wurden die 20 jüdischen Kinder in der Nacht vom 20. auf den 21. April 1945, im Keller einer Hamburger Schule, bestialisch ermordet und an Heizungsrohren erhängt; teilweise hängten sich ihre Henker an die Kinder.

Dann setzt mit dem bizarren Auftritt des australischen Historikers Dirk Moses eine rücksichtslose und obszöne Verdrehung ein, der die Beispiellosigkeit des Holocaust negiert. Die Prämisse der historischen Einzigartigkeit der Schoa, so Moses, habe fatale Folgen für die Einwanderungsgesellschaft. Und Schwups ist die Katze aus dem Sack! Er wirft Deutschland vor, aus der Erinnerungskultur eine „Religion“ eben einen „deutschen Katechismus“ gemacht zu haben. Die Singularität des Holocaust sei Teil dieses „dogmatischen Katechismus, da man den Holocaust mit anderen Genoziden nicht vergleichen dürfe.“ „Eine Religion des Unvergleichlichen“, unter der die Muslime sehr zu leiden hätten, da „in der Art wie wir in Deutschland der Schoa Gedenken zu einer Blockade geworden ist.“

Interessant, dass Herr Moses die ihm zu exklusive Fokussierung auf die NS-Verbrechen nicht aufbricht, indem er den Fokus auf Vernichtungsphantasien von Hamas, Hisbollah oder des Irans legt, um deren Blockaden zu lockern. Dazu eignen würde sich auch der Grand Seigneur der Holocaustleugner Mahmud Abbas. Seine Endlösungsphantasien sind wie geschaffen für die „Nie-Wieder-Rufer“ der Gedenkszene. Abbas sprach im Interview mit einer ägyptischen Zeitung klare Worte: „In einer finalen Resolution (!) würden wir keinen Israeli, weder Zivilist noch Soldat, in unserem Land sehen.“

Der aspekte-Moderator stellt bei Minute 21 dem Historiker Stefen Klävers, im Haus der Wannseekonferenz, die alles entscheidende Frage der gesamten ZDF-Sendung: nach der „sogenannten Singularität“ des Holocaust. Klävers sieht diese Singularität bestätigt, da ein „beispielloses Verbrechen stattgefunden“ habe, in dessen Vordergrund die Intention stand, eine „Bevölkerungsgruppe aus der Welt zu entfernen und ihr die Lebensberechtigung zu entziehen, aufgrund der Verschwörungsideologie des Antisemitismus.“ Die Funktionäre der Wannseekonferenz, die Erfinder der Endlösung der Judenfrage, seien „von einem fanatischen Judenhass“ und einem „Erlösungsantisemitismus“ angetrieben gewesen.

„Palästinenser“ leiden unter dem Holocaust-Katechismus

„Die Kritiker überzeuge diese Erklärung der historischen Beispiellosigkeit aber nicht,“ so die lässige Feststellung des ZDF. Die Kamera schwenkt zurück zu Dirk Moses, der von „autoritären Hohepriestern der deutschen Vergangenheitsbewältigung“ phantasiert. „Die exklusive Beschäftigung mit ihren NS-Verbrechen hindere die Deutschen daran, sich mit ihren kolonialen Schandtaten auseinanderzusetzen. Vor allem den palästinensisch-stämmigen jungen Deutschen würden die "Hohepriester“ des Holocaust-Katechismus ihre Sichtweise aufzwingen, wodurch die Leidenserfahrung von deren Großeltern im Zuge der israelischen Staatsgrün-

dung nicht anerkannt wird.“ Die Schoa drangsaliert demnach die „immer diverser werdende Gesellschaft“ und gemeint sind die Muslime im Allgemeinen. Spätestens jetzt weiß man bei der Sendung, wohin die Reise geht, da der Palästinenser, Sammy Khadib, Dirk Moses im Anschluss selbstverständlich zustimmt.

„Bei der Gründung des Staates Israel, der den Juden der Welt eine sichere Heimstatt gewähren sollte, wurden zugleich 700.000 Palästinenser vertrieben“, so aspekte. Die „Nakba“, diese Flucht und Vertreibung, würde in der deutschen Erinnerungskultur tabuisiert, so Khadib.

Die Palästinenser leiden also unter den 6 Millionen ermordeten Juden und unter den lebenden Juden obendrein. Als Täter verleumdet, verglichen mit SS-Nazigroßvätern, mit Experimentierenden an Kindern, mit Schöpfern von Massengräbern, Todeslagern, Gaskammern und Verbrennungsöfen. Die industrielle Vernichtungsmaschinerie der Nazis, in all ihren Ausprägungen, mit der Endlösung der Judenfrage, mit dem Ziel, ein Volk weltweit ausrotten zu wollen, wird vom ZDF gleichgesetzt mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt und dem Mythos „Nakba.“ Die historische Tatsache, dass wenige Stunden nach der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 eine arabische Allianz, bestehend aus Ägypten, Jordanien, Syrien, dem Libanon, Saudi-Arabien und dem Irak dem jüdischen Staat den Krieg erklärten, ihn angriffen, um ihn mit militärischen Mitteln zu beseitigen, wird verschwiegen. Im Zuge dessen verließen mehrere Hunderttausend Araber das Land – infolge von Kriegshandlungen, vielfach aber auf Geheiß der arabischen Staaten, die freie Bahn für ihren Angriff haben wollten und eine triumphale Eroberung Israels ankündigten. Die Gründung Israels ist mitnichten eine Katastrophe vergleichbar mit dem Holocaust, gleichwohl erweist sich der Mythos als zählebig, während es der arabische Antisemitismus ist, der heute auf die Vernichtung des jüdischen Staates zielt, was im ZDF vollständig tabuisiert wird.

Lange glaubte ich, die toten Juden hätten immer die größte Aufmerksamkeit und die schönsten Partys bekommen. Jetzt weiß ich es besser. Die Ermordeten bescherten den Deutschen die größten und schönsten Partys. Mit jeder einzelnen „Gedenkfeier“ wusch sich eine Regierung rein, es war ein Selbstreinigungsprozess der Regierenden und ihrer vielen Helfershelfer.

Missbrauch der Ermordeten

Deutschland hat sich auf Kosten der 6 Millionen reingewaschen, aufpoliert und blankgewienert. Die Ermordeten waren die Politur, mit der Deutschland in der Welt sein Ansehen aufgewertet hat. Politisch durchgeknetet, ausgepresst und abgezockt hat man sie als ewige Zwangsarbeiter für das Mantra des „Kampfs gegen Rechts“ ausgenutzt. Jetzt drängen „Opfer“ mit stärkeren Ellenbogen an ihren Platz. Schon länger stellen die Stolperstein-Führer ängstlich die Frage, was aus „ihrem“ Gedenken wird, wenn die Zeitzeugen nicht mehr da sind. Die Rollen im Gedenktheater sind immer wohl verteilt gewesen und die Erinnerungsbranche dürstet es nun nach etwas Neuem.

Die „deutsche Erinnerungskultur“ lässt ihre Masken fallen und frönt hemmungslos nach Herzenslust ihrem israelbezogenen Antisemitismus. Über die Jahrzehnte hat die Gedenkmafia ein „Wohlfühljudentum der toten Juden“ um sich gerafft. Die Instrumentalisierung der Ermordeten durch Stolpersteinverleger, Hobbyjudaisten, Betroffenheitsmimen, Israelkritiker und Holocausterzieher hat keine Geschmacklosigkeit ausgelassen. Die Pöstchenjäger gingen mit einem wohligen Gefühl des Gruselns nach Hause, etwas sensationell Gutes getan zu haben – natürlich für tote Juden.

Diese Funktionäre des psychopathologischen Gedenkimperiums, das alljährlich erbarmungslos zurückschlägt, indem es die Ermordeten immer wieder missbraucht, sind in den warmen Schoß ihrer Großväter zurückgekehrt, aus dem auch die Himmlers, Eichmanns und Göbbels entstammen.

Endlich können sie sich von ihrer Vergangenheit reinwaschen, indem sie der Schoa einerseits die Singularität aberkennen, um die Taten ihrer Großeltern zu verharmlosen und sie zu rehabilitieren, und indem sie die Antisemiten von heute, die Muslime, gleich mit freisprechen. Eine vulgäre und kollektive Wiedergutwerdungssause unter Freunden. Die nun moralisch „Erlösten“, die mit ihrem obsessiv-ritualisierten und rückwärtsgewandten „Erinnern“ zwischen Wiederholungsphobie und Erlösungswahn oszillieren, erklären nun die Opfer und ihre Nachkommen zu Schuldigen und Tätern. In der „Israelkritik“ finden die „Erlösten“ ihre ultimative Entlastung und demonstrieren ihre moralische Überlegenheit, denn sie haben ja „aus der Geschichte gelernt.“ Deshalb können die Gedenkfanatiker die lebenden Juden und Israel mit solcher Inbrunst anfeinden. Ihr Hassobjekt ist dasselbe geblieben: die Juden in Israel und in der ganzen Welt. Die obsessive Dauerbeschäftigung mit der Vergangenheit ist für die Juden leider nach hinten losgegangen.

Framing linker Ideologie

Mit der aspekte-Sendung, zu Ehren des Holocaustgedenktages, hat Israel- und Judenhass in Deutschland eine neue Dimension erreicht und ist zusammen mit Holocaust-Relativierung und schlichter Lüge zum eigentlichen Kern der deutschen Erinnerungskultur geworden. Selten konnte man das Framing des steuern- und gebührenfinanzierten, linksgrün-muslimischen, judenhassenden Biotops so gut bei der Arbeit beobachten. Deutsches Staatsfernsehen gegen Israel und gegen die Juden; so will das ZDF die Beißhemmung lockern. Mit der Forderung den „Katechismus“ zu beenden, wird eine „erinnerungspolitische Wende“ gefordert: die Staatsräson Deutschlands soll fallen. Dabei wird die Überdrüssigkeit der Deutschen an ihrem anerzogenen Schuldkomplex einkalkuliert, den sie in nichts Positives umwandeln konnten, in die Existenz eines jüdischen Staates zum Beispiel. Der aufgestaute Druck soll sich entladen, indem man gemeinsame Sache mit den Islamofaschisten macht. Suggeriert wird, dass Deutsche und Muslime gemeinsam unter den 6 Millionen leiden, unter den lebendigen Juden sowieso.

DOMINIQUE FAGET / AFP

Bildungsauftrag oder Erziehungsauftrag beim ZDF?

> Die exklusive Beschäftigung mit ihren NS-Verbrechen hindere die Deutschen daran, sich mit ihren kolonialen Schandtaten auseinanderzusetzen. Vor allem den palästinensischstämmigen jungen Deutschen würden die „Hohepriester“ des Holocaust-Katechismus ihre Sichtweise aufzwingen, wodurch die Leidenserfahrung von deren Großeltern im Zuge der israelischen Staatsgründung nicht anerkannt wird.

Die Achse von Hitlers Berlin zum Mufti von Jerusalem erfährt ihre Renaissance

Der den klerikal-faschistischen Mullahs zugetane Bundespräsident, wie auch die sich durch den Nahen Osten stotternd-stöckelnde Außenministerin haben sie wie Phönix aus der Asche geholt. An der Seite des Mahmud Abbas soll die „Nakba“ zur „deutschen Erinnerungskultur“ werden. Gemeinsam kann man dem Projekt der „Endlösung“ wieder neuen Schwung geben. Die Doktorarbeit des Holocaustleugners Abbas bestreitet die Vernichtung von sechs Millionen Juden, er war mutmaßlich ein Financier des Münchner Massakers an der israelischen Olympiamannschaft und gibt den Juden selbst die Schuld am Antisemitismus. Allein wegen seiner fachkundigen Expertisen sollte Frau Baerbock ihn einbürgern und als deutschen Fachmann für Judenfragen in ihr Team holen.

Ein Land, indem man keine Mühen scheute, zu bestimmen wer Jude ist, hatte in der Vergangenheit Mühe damit festzulegen was Antisemitismus ist. Beim Holocaust ist man nun weiter und setzt die „Nakba“ mit ihm gleich. Das ZDF hatte in der Vergangenheit keine Berührungsängste, klassische Antisemiten und Israelhasser anzustellen. Solange der Judenhass einem muslimischen Hintergrund entspringt und keinem Biodeutschen, sind Hass und Hetze für das ZDF mit dem alljährlichen Gedenktheater vereinbar. Niemand hetzt so schön gegen Israel wie die ÖR und benutzt für seine antiisraelische Propaganda so gerne die Banalisierung des Holocaust. Erinnerungs -UN- kultur, die wir schon immer mit Schaudern beobachteten, wird nun zum Einfallstor. Die gut bezahlte Gedenkeventsszene und der Erinnerungsweltmeister Deutschland sahen nie echte Solidarität mit Israel als einzig mögliche „Lehre“ aus der Schoa.

Die Erinnerungsschickeria hat eine zahlenmäßig potentere „Opfer“- Wählerschaft entdeckt, die alljährlich durch Zuzug oder Geburtenrate wächst. Gemeinsam mit den Muslimen wird jetzt „Deutsche-Holocaust-Politik“ zur Erziehung der Juden gemacht. Während Europa durch den Islam und seine Islamofaschisten schleichend zur judenfreien Zone wird, will ein „moderner“ Antisemitismus, der sich selbst als progressiv versteht auch Israel judenfrei sehen. Der holländisch-jüdische Schriftsteller Leon de Winter sagte in einem Spiegel-Interview, dass der Islamismus nach dem linken Faschismus der Sowjets und dem rechten Faschismus der Nazis der Faschismus des 21. Jahrhunderts ist. Das ist die neue Karosserie: Marke linksgrün-antisemitischem und islamofaschistischem Eigenbau!

Was wird jetzt aus den regierungstreuen Funktionärsjuden? Werden diese Diener des politischen Systems mitmachen, wenn sie ihren exklusiven Opferstatus verlieren und Medien, Politik und Gedenkprofis den „Pokal der besten Opfer aller Zeiten“ an die Muslime vergeben? Heute bestimmen die Nachfahren der Juden-Henker wer ein „guter Jude“ ist und tun das, was sie am besten können: Sie selektieren Juden und Israelis vom Rest der Welt.

Der neue deutsche Katechismus, der Schoa-Ersatz, ist die Nakba-Story, ein Gemeinschaftsprojekt von Antisemiten. Das neu-deutsche Geschichts-Disneyland, das die Juden lehren soll, „nie wieder“ einen Holocaust an den „Palästinensern“ zu verüben, einem „Volk“, dass es niemals gab.

Am Israel Chai

Antisemitismusskandal bei der Deutsche Welle

Der tiefverwurzelte Judenhass der arabischen Redaktion der DW spiegelt offensichtlich die Mehrheitsmeinung der arabischen Welt wider und lässt tief blicken: Ein Redaktionsmitglied hat den Holocaust ein „künstliches Produkt" genannt, eine Mitarbeiterin nennt Israel ein „Krebsgeschwür", das herausgeschnitten werden müsse. Ein Verhaltenskodex im Arbeitsvertrag soll künftig derartige antisemitische Entgleisungen verhindern. An der über Jahre tendenziösen Haltung des Senders gegenüber Israel wird sich aber wohl nichts ändern. (JR)

Von Miriam Sofin

ABBAS MOMANI / AFP

Deutsche Welle

Nach Antisemitismus-Vorwürfen gegen mehrere Mitarbeiter der Deutschen Welle (DW) hat diese Anfang Februar verkündet, sich von fünf Mitarbeitern zu trennen und Judenhass sowie Israelfeindlichkeit zukünftig stärker zu bekämpfen. Dem war eine vom Sender angestoßene und mehrere Wochen andauernde externe Untersuchung gegen einige Mitarbeiter der arabischen Redaktion und freischaffende Mitarbeiter der Deutschen Welle im Ausland vorangegangen.

Der Auslandsrundfunk Deutsche Welle der Bundesrepublik Deutschland ist in Dutzenden Staaten aktiv und hat den gesetzlichen Auftrag, deutsche und europäische Sichtweisen im internationalen Diskurs zu vertreten. Finanziert wird der Sender aus Steuergeldern des Bundes und das nicht zu knapp. Rund 390 Millionen Euro zahlen die deutschen Bürger jährlich für einen Sender, den viele von ihnen vermutlich nicht einmal kennen dürften…

Eine Recherche der Süddeutsche Zeitung (SZ) hatte Ende November letzten Jahres ergeben, dass sich einheimische Mitarbeiter von Korrespondentenbüros wiederholt auf privaten Accounts in sozialen Medien und in Textbeiträgen für andere Medien heftig antisemitisch geäußert hatten. Ein arabisches Redaktionsmitglied nannte den Holocaust beispielsweise ein "künstliches Produkt". Eine andere ebenfalls arabische Mitarbeiterin bezeichnete Israel wiederholt als "Krebsgeschwür", welches entfernt werden müsse. Und als wären solche Mitarbeiter nicht schon schlimm und rufschädigend genug, arbeitete die Deutsche Welle auch noch über Jahre hinweg mit dem libanesischen Sender Al Jadeed TV zusammen. Dies ist ein Fernsehsender, der regelmäßig Selbstmordanschläge und Terror gegen Juden glorifiziert und Israel dämonisiert. Die Zusammenarbeit wurde mittlerweile immerhin beendet.

Während eines Pressegesprächs sagte der DW-Intendant Peter Limbourg Anfang Februar, die Deutsche Welle habe eine neue interne Antisemitismus-Definition festgelegt und sie für alle Mitarbeiter verpflichtend gemacht. Diese schließe die Anerkennung des Existenzrechts Israels und die Ablehnung von Leugnung und Verharmlosung des Holocausts mit ein.

Späte Schadensbegrenzung

Neben den fünf Trennungsverfahren gegen Mitarbeiter gehe die Deutsche Welle außerdem elf weiteren Verdachtsfällen des Antisemitismus nach, so Limbourg während der Pressekonferenz. Neben acht Verdachtsfällen, die sich aus der externen Prüfung ergeben hätten, seien drei weitere Fälle im Zuge eigener DW-Untersuchungen in den vergangenen Wochen entdeckt worden. Eine dieser drei Personen sei mittlerweile nicht mehr bei der Deutschen Welle beschäftigt.

Zu Beginn seiner Ausführungen betonte Limbourg: "Es tut mir und der Geschäftsleitung aufrichtig leid, dass wir in dieser Situation sind. Allein der Verdacht, dass es in einer deutschen steuerfinanzierten Einrichtung Antisemitismus gibt, muss für Juden in diesem Land und weltweit unerträglich sein." Darüber hinaus gab er Fehler und Versäumnisse zu.

So habe es etwa einen Fall gegeben, in dem man einräumen müsse, dass man dem Vorwurf einer antisemitischen Äußerung hätte konsequenter nachgehen sollen. Man hätte in dem Fall, der dem Sender bekannt geworden war, eigentlich eine sofortige Trennung einleiten müssen, dies aber versäumt.

Ex-Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und jetzige Antisemitismus-Beauftrage Nordrhein-Westfalens und der deutsch-israelische Psychologe Ahmad Mansour stellten die Ergebnisse ihrer externen Prüfung vor. Beide betonten, dass es sich bei den antisemitischen Ausfällen lediglich um ein punktuelles Fehlverhalten gehandelt habe. Ein struktureller Antisemitismus sei in der Arabisch-Redaktion der Deutschen Welle nicht festgestellt worden.

Mansour erläuterte zu den Ergebnissen der Prüfung, dass die Suspendierung von fünf Mitarbeitern gerechtfertigt gewesen sei. Es gebe zudem acht weitere Fälle mit teilweise schwerwiegenden antisemitischen Äußerungen, die man an die Deutsche Welle weitergeleitet habe, damit man sich damit auseinandersetze. Mansour machte zugleich klar, dass es auch in der Berichterstattung rund um Israel einzelne inhaltliche Fehler gegeben habe. Es sei aber auch hier kein struktureller Antisemitismus zu erkennen.

Mansour ging auch auf die Arabisch-Redaktion als Ganzes ein. Man habe den Eindruck gewonnen, dass diese "zutiefst gespalten" sei. Ein Neuanfang und eine Umstrukturierung seien notwendig. Man habe die große Sorge - wenn das nicht passiere - dass in einigen Monaten etwas Neues geschehen könnte, was erneut rufschädigend für die Deutsche Welle sein könnte. Es müsse daher noch viel getan werden, um die Spaltung in der Redaktion mit über 200 Mitarbeitern zu beseitigen. Im Prüfbericht ist von einer "Atmosphäre des Misstrauens" zu lesen.

Überfällige Aufarbeitung

Intendant Limbourg teilte außerdem mit, der Leiter der arabischen Redaktion habe in der vergangenen Woche angeboten, seine Führungsposition abzugeben. Das Angebot habe man angenommen. Man danke ihm für seine Arbeit.

Die Prüfung startete laut Leutheusser-Schnarrenberger am 17. Dezember 2021 mit insgesamt 32 Gesprächen mit Mitarbeitern und ging bis Ende Januar 2022. Auch seien stichprobenartig Distributionspartner der Deutschen Welle - also Partnersender in der Region der Arabisch-Redaktion - überprüft worden. Sie betonte, dass die Deutsche Welle sich weiterhin intensiv damit beschäftigen müsse. In Presseberichten war vor Wochen auch kritisch über DW-Partner berichtet worden. Der öffentlich-rechtliche Auslandssender hatte daraufhin seine Kooperation mit dem jordanischen Sender Roya TV ausgesetzt, welcher regelmäßig in seiner Berichterstattung Terroristen und Judenmörder als Märtyrer feiert.

In dem Prüfungsbericht steht dazu: "Wir empfehlen, in den Dialog zu treten und eine Zusammenarbeit nur unter der Bedingung neu einzugehen, wenn die antisemitischen Karikaturen gelöscht werden und für die Berichterstattung vertraglich versichert wird, dass künftig keine antisemitischen Inhalte mehr vermittelt werden." Der Prüfungsbericht ging auch auf weitere Partnersender ein. Die Empfehlungen waren unterschiedlich und reichten bis zu einer kompletten Beendigung der Zusammenarbeit.

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, erklärte zu den Ergebnissen der Prüfung bei der Deutschen Welle: "Der Sender sollte jetzt rasch die Empfehlungen der Gutachter umsetzen. In einem Vierteljahr sollte die Deutsche Welle einen ersten Bericht vorlegen, der über die getroffenen Maßnahmen Auskunft gibt."

Die Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth, erklärte: "Ich möchte an dieser Stelle meinen Respekt für die Arbeit der Journalistinnen und Journalisten zum Ausdruck bringen, die diese Missstände aufgedeckt haben." Roth, die auch Mitglied im Aufsichtsgremium Rundfunkrat des Auslandssenders ist, betonte, sie habe darauf hingewiesen, dass es eine zentrale Aufgabe von Intendanz und Geschäftsleitung der Deutschen Welle sei, im Lichte des vorgestellten Berichts den Aufsichtsgremien geeignete, auch strukturelle Maßnahmen für Vertrieb, Programm, Akademie und Personalmanagement vorzuschlagen.

Dass sich ausgerechnet Claudia Roth als Kämpferin gegen Antisemitismus inszeniert, hinterlässt einen bitteren Beigeschmack in Angesicht der Tatsache, dass sich die Grüne

als Bundestagsvizepräsidentin nur wenige Tage nach dem antisemitischen Attentat von Halle mit dem iranischen Parlamentssprecher Ali Laridschani getroffen hatte, der für seine Vernichtungsdrohungen gegen Israel bekannt ist und die Leugnung des Holocaust verteidigt. Roths freundschaftliches Verhältnis mit den iranischen Terror-Mullahs ist nicht neu. Ebenso unvergesslich ist ihr Auftritt im Iran inklusive freiwillig zur Schau getragenem Kopftuch, während die Bürgerinnen des Landes gegen ihre Zwangsverschleierung kämpfen und diesen Kampf mit jahrzehntelangen Haftstrafen bezahlen. Ich zumindest stelle mir eine aufrichtige Kämpferin für die Sicherheit der Juden irgendwie anders vor...

Degussa
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

Degussa fördert eine unabhängige jüdische Presse in Deutschland!

Augsburg Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg Hannover Köln München Nürnberg Pforzheim Stuttgart
Zürich Genf Madrid London

Bamberg: Bestellung des ersten kommunalen Antisemitismusbeauftragten

Im Interview mit der Jüdischen Rundschau spricht der Historiker Patrick Nitzsche auch über den linken Judenhass und die Aufgaben eines engagierten und der jüdischen Anliegen verpflichteten Antisemitismusbeauftragten. (JR)

Der erste Antisemitismusbeauftragte der Stadt Bamberg, Patrick Nitzsche, mit dem Vorsitzenden der IKG Bamberg Arieh Martin Rudolph (links).

Von Jaffa Lyn

Als „Hauptwanzenträger" bezeichnete der damalige Oberbürgermeister Luitpold Weegmann in der Bamberger Stadtratssitzung vom 6. Juli 1950 die 39 Juden, die sich nach Auflösung des DP-Lagers 1949 noch in einem Block der Ulanenkaserne befanden. Diese seien wie Vieh "in einem großen, noch nicht verwendeten Stallgebäude unterzubringen".

Nach Kriegsende waren Juden aus den KZs oder aus ihren Verstecken vor allem aus osteuropäischen Ländern nach Bamberg gekommen und warteten darauf, nach Israel oder in die USA zu emigrieren. Mit seiner Entscheidung folgte der Oberbürgermeister der vom "Bamberger Flüchtlingsausschuss" zuvor vorgelesenen Stellungnahme, die sich gegen eine gemeinsame Unterbringung von deutschen Flüchtlingen mit Juden wehrte: "Den Heimatvertriebenen kann nicht zugemutet werden (…), mit Elementen unter einem Dach zu wohnen, die zu einem hohen Prozentsatz kriminell sind, keiner geregelten Arbeit nachgehen und denen weder an einer sittlichen Einordnung noch an einer Respektierung der staatlichen Autorität liege."

Knapp 72 Jahre nach Weegmanns Äußerungen wird im Bamberger Stadtrat am 26. Januar 2022 das Amt eines Antisemitismusbeauftragten geschaffen. Deutschlandweit ist er der erste, der für eine Kommune zuständig ist. Die Initiative für die Beantragung dieser Stelle ging maßgeblich von den Grünen und ihrem Bürgermeister Jonas Glüsenkamp aus. Laut ihm waren die Beweggründe hierfür, dass "Antisemitismus nicht nur ein Thema der Rückschau auf die Vergangenheit" sei, „sondern die Stadtgesellschaft in ihrem Zusammenleben heute" betreffe: „Wir wollen auch durch die Bestellung eines Antisemitismusbeauftragten unsere Verantwortung für das Geschehene ins Heute übersetzen."

> Bei den Gedenk- und Erinnerungsakten in Bezug auf die Shoah erhärtet sich jedoch bei mir der Eindruck, dass die im Hier und Heute lebenden Juden allenfalls als Alibi-Zeugen genutzt werden, man sich aber ansonsten nicht großartig in der Öffentlichkeit für sie interessiert.

Insgesamt zog sich der Ausschreibungs- und Bewerbungsprozess über ein Dreivierteljahr hin, zumal die eingegangenen Bewerbungen im Gros kurios waren, nicht im Geringsten etwas mit Juden oder Judentum zu tun hatten oder sogar tiefen Einblick in einen ausgeprägten Narzissmus beim Bewerber gewährten.

Von der Stadtverwaltung wurde eine Auswahlkommission eingesetzt, die sich unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters aus jeweils einem Vertreter der zwei jüdischen Gemeinden sowie der Vorsitzenden des Migrantenbeirats der Stadt Bamberg konstituierte. Vorläufig und sozusagen als Bewährungsphase ist sein Amt ehrenamtlich auf zwei Jahre befristet. Bereits im Stadtrat wurden Stimmen laut, die Stelle danach in ein Anstellungsverhältnis in Vollzeit aufsteigen zu lassen. Martin Arieh Rudolph, der 1. Vorsitzende der IKG Bamberg K.d.ö.R., betont: "Es ist gut, wenn die Aufforderung nicht alleine von den jüdischen Gemeinden ausgeht, sondern wenn es Konsens der Bevölkerung im Dialog ist, überparteiliche Verantwortung in Stadt und Umland zu übernehmen und es in Person des Antisemitismusbeauftragten eine treibende Kraft hierfür gibt. Ich bin überzeugt, dass die Bestellung des ersten kommunalen Antisemitismusbeauftragten in anderen Städten Schule machen wird."

Aus dem Kreis sämtlicher Bewerber wurde Patrick H.-J. Nitzsche (Historiker an der Universität, 29) als einziger Kandidat einstimmig von der Kommission favorisiert. Anders als die eher enttäuschende Konkurrenz nahm er vor seiner eigentlichen Bewerbung frühzeitigen Kontakt zu den jüdischen Gemeinden auf und ließ dort darüber befinden, ob sie ihn akzeptierten und einer guten Zusammenarbeit mit ihm zuversichtlich ihr Vertrauen aussprächen. Schließlich brauchen die Juden kein ihnen vorgesetztes Feigenblatt, das ihnen am Ende auch noch die Deutungshoheit entreißt oder bevormundend festlegt, was gut und was schlecht für sie sei. Diesen Eindruck erweckt Nitzsche bis heute nicht, im Gegenteil trägt er seit Längerem aktiv zur Lösung sozialer Probleme innerhalb der Gemeinde und nach außen bei.

Was veranlasst einen Historiker dazu, sich um ein schlecht bezahltes Ehrenamt als Antisemitismusbeauftragter zu bewerben?

Patrick Nitzsche: Zunächst einmal finde ich die Situation in Deutschland skandalös. Wir haben seit Jahren einen exponentiell wachsenden Antisemitismus. Es kann nicht sein, dass manche Antisemitismusbeauftragten wie Michael Blume sich selbst (und zwar wohl nicht ganz zu Unrecht) mit Antisemitismusvorwürfen konfrontiert sehen. Auch erstaunt mich immer wieder, dass diese Posten nicht selten von Leuten besetzt werden, die nie in ihrem Leben mit Judentum zu tun hatten. Das hat einen Beigeschmack von Postenschacherei. Antisemitismusbeauftragte müssen erstens den Mut haben, Regierungen zu widersprechen, und sollten zweitens vom Fach sein. Ich selbst habe mitunter zu Luthers Antisemitismus und der Vertreibung der arabischen Juden geforscht. Als Historiker ist mir außerdem ein Mehrwert aus dem historischen Wissen für die Gegenwart und Zukunft essenziell. Bei den wichtigen und weiterhin richtigen Gedenk- und Erinnerungsakten in Bezug auf die Shoah erhärtet sich jedoch bei mir der Eindruck, dass die im Hier und Heute lebenden Juden allenfalls als Alibi-Zeugen genutzt werden, man sich aber ansonsten nicht großartig in der Öffentlichkeit für sie interessiert. Dabei war und ist Antisemitismus allgegenwärtig, auch bei uns in Bamberg.

Diese Antwort impliziert konkrete Vorfälle. Was können Sie dazu sagen?

Patrick Nitzsche: Es gibt natürlich den nur latenten, aber nicht weniger boshaften Antisemitismus, der sich in allen sozialen Gruppen wiederfinden lässt. Diesen Winter erst war ich auf dem freien Wohnungsmarkt zum Beispiel auf der Suche für ein erst kürzlich aus der Ukraine nach Bamberg gekommenes jüdisches Ehepaar. Als im Telefonat klar wurde, dass ich für "Juden" anfrage, hieß es voller Überzeugung, die Juden hätten doch so viel Geld, besäßen die besten Stadthäuser und Villen in Bamberg. Auf den Verweis, dass die damaligen jüdischen Besitzer ermordet, verfolgt oder vertrieben wurden und die heute hier lebenden Juden meistens am Stadtrand in Sozialwohnungen leben müssten, wurde genauso unverblümt entgegnet: "Das ist doch endlich ausgleichende Gerechtigkeit". Das ist purer Judenhass, für den ich mich in unserer Gesellschaft schäme, und gleichzeitig motiviert es mich umso mehr, diesem den Kampf anzusagen. Vor drei Jahren ereignete sich aber in aller Öffentlichkeit hier in Bamberg auch ein Attentat gegen eine jüdische Frau, welches den bayernweit härtesten Vorfall seit Jahrzehnten darstellt. In diesem Zusammenhang erfolgten zudem mehrere anonyme Drohungen auch gegenüber dem hiesigen Gemeindevorsitzenden der IKG Bamberg K.d.ö.R.

Wie wurde darauf von offizieller Seite reagiert?

Patrick Nitzsche: Direkt nach dem lebensgefährlichen Anschlag wurde knapp über den Vorfall in den Medien berichtet. Aus Gründen des Opferschutzes und der laufenden Ermittlungen (Hausdurchsuchungen, Vernehmungen, etc.) wurde die weitere Pressearbeit bewusst eingestellt. Der Staatsschutz hat sich für das Opfer beherzt und massiv eingesetzt und tut dies weiterhin.

In Corona-Zeiten kursieren diverse Verschwörungstheorien, Plakate und Bilder von Menschen, die Juden die Schuld für alles zuschreiben wollen. Auch in Bamberg?

Patrick Nitzsche: Nicht zu knapp. Viele Menschen sind kritisch gegenüber den Maßnahmen der Regierung, einige tragen den Magen David (=Davidstern, Anm. d. Red.) mit der Inschrift "ungeimpft" auf der Brust, was als Relativierung der Shoah gedeutet wird. Auch von "Mischpoke" und "Den Rothschilds" ist die Rede. Zudem nehmen Mitglieder der nationalsozialistischen Kleinpartei "III. Weg" auf Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen teil. In den letzten zwei Jahren tauchten auch verschiedene Plakate auf, die das Existenzrecht Israels delegitimieren, Israel dämonisieren, zum Boykott aufrufen oder eine jüdische Weltverschwörung unterstellen – mitunter in grauenhaftem Deutsch: "Die Parteien im ganze Welt gehören Inen (den Juden). Sionismus das wegen es gibt überall Krieg" (sic!). Häufig liegen auch Bezüge zum Islam oder zur linken Szene nahe.

Es ist inzwischen hinreichend bekannt, dass die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) fragwürdig ist und insbesondere stark abweicht von den Erfahrungen der Juden in Deutschland. Wie kommt diese Diskrepanz zustande?

Patrick Nitzsche: Es stimmt absolut, dass der zweifelsohne vorhandene muslimische Antisemitismus in der PKS völlig unterrepräsentiert ist. Das liegt daran, dass jeder antisemitische Fall, wo ein verfassungsfeindliches Symbol vorkommt, automatisch der Kategorie „PMK (politisch motivierte Kriminalität) rechts" zugeordnet wird, auch wenn der Täter muslimischer Herkunft ist. Dabei vergisst man, dass es auch Muslime gibt, die Hitler und die Nazis gut finden und Hakenkreuze verwenden. Es ist gut und richtig, rechten Antisemitismus zu bekämpfen, aber der Fokus kann nicht ausschließlich auf ihm liegen. Denn andernfalls fallen viele Aspekte unter den Tisch, etwa der Israelbezug, der weniger für rechten als vielmehr für linken und muslimischen Antisemitismus kennzeichnend ist.

> Jeder antisemitische Fall, wo ein verfassungsfeindliches Symbol vorkommt, wird automatisch der Kategorie „rechts" zugeordnet, auch wenn der Täter muslimischer Herkunft ist. Dabei vergisst man, dass es auch Muslime gibt, die Hitler und die Nazis gut finden und Hakenkreuze verwenden.

Als einzelner Antisemitismusbeauftragter in einer Stadt kann man dem keinen Riegel vorschieben. Dem Antisemitismus wäre aber doch bereits entgegenzuwirken, wenn die öffentlich-rechtlichen Medien (ARD, ZDF, DW…) keine einseitige Berichterstattung über Eretz Israel leisteten. Ein Beispiel vom 21.11.2021 vom ZDF mit der realitätsverzerrenden Schlagzeile: "Israel: ein Palästinenser erschossen".

Patrick Nitzsche: Dieses und weitere Beispiele sind mir bekannt. So wird schnell aus dem Täter, der das Feuer auf Zivilisten am Tempelberg eröffnete und dabei einen Israeli tötete und mehrere weitere schwer verletzte, in einer Täter-Opfer-Umkehrung der zu Unrecht Erschossene gemacht. Ich finde es sehr gut, dass es viele Proteste gerade von jüdischer Seite gibt, die eine gerechte und sachliche Darstellung in den Öffentlich-Rechtlichen einfordern und sich zur Wehr setzen, was ich stark befürworte. Israel zu brandmarken, hat konkrete Auswirkungen auf jüdisches Leben in Deutschland.

Beim Lesen der Lokalpresse gewinnt man den Eindruck, dass jüdisches Leben in Bamberg überhaupt nicht existent ist, während allerhand über christliche und muslimische Feiertage und Bräuche geschrieben wird. Selbst ein 9. November, beklagte sich ein Lokaljournalist nach persönlicher Anfrage, brauche nicht jedes Jahr im Fränkischen Tag erscheinen, denn "das ist ja eh immer das Gleiche".

Patrick Nitzsche: Die Medien, zumal die am meisten gelesene Bamberger Tageszeitung, haben maßgeblich Einfluss darauf, durch Aufklärung über jüdisches Leben heute und jüdische Traditionen die Unkenntnis und Vorurteile in der nichtjüdischen Bevölkerung abzubauen und so Antisemitismus präventiv zu bekämpfen. Es muss gelingen, in der Lokalpresse und den Leitmedien diese Pflicht auch in die Tat umzusetzen und es hätte eine sehr gute und bedeutsame Signalwirkung für das jüdische Leben in Bamberg. Selbstverständlich sehe ich darin auch eine meiner Aufgaben und werde mich selbst an Beiträgen beteiligen, wo es geht.

In der Ampel-Regierung wurde Claudia Roth zur Staatsministerin für Kultur und Medien ernannt. Es verwundert, dass sie zusammen mit Jürgen Trittin und anderen Grünen dem Antrag gegen die BDS-Kampagne 2019 nicht zustimmte. Gerade in Deutschland erinnert doch BDS an die Zeit zwischen 1933 und 1945, nur dass nun nicht mehr "die Juden", sondern Eretz Israel vernichtet werden soll?

Patrick Nitzsche: Nicht nur für mich handelt es sich bei dieser in sich widersprüchlichen politischen Entwicklung um ein Sinnbild dafür, dass auch hohe deutsche Amtsträger sich nicht bedingungslos zu Israel bekennen oder zumindest bekennen wollen. Dabei ist es brandgefährlich, wenn dies aus dem Grund geschieht, dass man die andere Seite nicht beleidigen oder als vermeintlichen Partner verlieren möchte. Fest steht doch, dass die Hamas von der EU als terroristische Organisation eingestuft wurde und den Konflikt mit Israel auf dem Rücken der eigenen Zivilbevölkerung austrägt. BDS finanziert und unterstützt nachweislich die Verhinderung eines Friedens- und Annäherungsprozesses, vertritt weltweit antisemitische Forderungen und schürt darüber hinaus Gewalt und Antisemitismus auch hierzulande. Sobald es zu Auseinandersetzungen im Nahen Osten kommt, werden die hier lebenden Juden automatisch zur Rechtfertigung gezwungen und damit zur Zielscheibe für Anfeindungen und Verfolgung. Deshalb betone ich das schon vorhin Gesagte: "Israel zu brandmarken, hat konkrete Auswirkungen auf jüdisches Leben in Deutschland".

Die Behauptung, dass keine Kritik an Israel zulässig sei, ist eine Mär. Sobald Israelkritik aber auf Delegitimierung und/oder Dämonisierung abzielt bzw. Doppelstandards angewandt werden, handelt es sich um nichts Anderes als lupenreinen Antisemitismus. Werden Sie mutig als Antisemitismusbeauftragter einer mittelgroßen fränkischen Stadt solche Dinge beim Namen nennen, wenn etwa die UNRWA Schulprojekte und -bücher mit deutschen Steuergeldern finanziert, die genuinen Israel- und Judenhass propagieren? Oder wenn Amnesty International die wahnwitzige Behauptung aufstellt, Israel sei ein Apartheidregime?

Patrick Nitzsche: Den Nahen Osten zu befrieden, das schaffe ich sicher nicht. Da sind Generationen vor mir gescheitert. Die Auswirkungen des Konflikts betreffen meine Arbeit in Bamberg aber nicht nur mittelbar, sondern ganz unmittelbar. Derart von der UNRWA finanzierte Informations- und Bildungsquellen werden sehr gläubig verinnerlicht und weitergegeben, was den Hass auf Juden wegen des Israelbezugs auch bei uns spürbar macht und zementiert. Ich werde aber kein Blatt vor den Mund nehmen, das Thema zu benennen, über Hintergründe aufzuklären und diese auch aufzudecken. Gleiches gilt für den aufhetzenden Bericht von Amnesty International, da werde ich die Ortsgruppen direkt mit Gesprächen konfrontieren.

Zurück nach Deutschland. Bis heute hält ein großer medialer Aufschrei über die Mitgliedschaft von Juden in der AfD an, mit dem Vorwurf: "Haben die Juden denn nichts aus der Shoah gelernt?" Dies impliziert nichts Anderes, als handele es sich bei der gnadenlosen Judenvernichtung um ein Erziehungsprogramm oder ein Lehrstück. Bisher war es gute demokratische Sitte, dass Bürger dieses Landes einer jeden Partei beitreten können. Wie sehen Sie das?

Patrick Nitzsche: Viele haben bis vor einem Jahr auch gefragt, wie man denn heute noch die SPD oder die Union wählen oder gar Mitglied werden könne. Die Frage, ob Juden nichts gelernt hätten aus der Shoah, halte ich für höchst unverschämt. Dieser Tenor ist bekannt. Grundsätzlich sind Juden wie alle anderen Bürger frei in der Wahl oder Mitgliedschaft bei einer Partei. Sie sind letztlich nur ihrem individuellen Gewissen verpflichtet. Niemand muss diese Entscheidung dann toll finden, doch auch daran sieht man schon wieder Doppelstandards.

Wie eingangs erwähnt, sind Sie in der IKG Bamberg K.d.ö.R. schon länger engagiert und kennen viele Mitglieder, die meisten aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Was wollen Sie speziell für diese Menschen tun?

Patrick Nitzsche: Ihre Familien wurden mehrfach Opfer von Verfolgung und Vernichtung durch Deutsche, durch NS-Kollaborateure, aber auch unter dem Stalinismus. Ihre Gegenwart und Zukunft ist meist durch Altersarmut und ein Leben in Sozialwohnungen gekennzeichnet. Zusammen mit der Gemeinde und anderen Unterstützern aus dem akademischen und politischen Umfeld setzen wir genau hier mit Projekten an, um ausgehend von ihrer besonderen Geschichte den Juden ein Gesicht zu geben und jüdisches Leben zu fördern.

Woran wollen Sie sich einmal als 1. Antisemitismusbeauftragter einer deutschen Stadt messen lassen?

Patrick Nitzsche: Daran, ob es mich hier irgendwann nicht mehr braucht und Antisemitismusbeauftragte allgemein entbehrlich werden. Das ist mein Wunsch.

Während der letzten Fragen heulte auf meinem iPhone die „Red Alert"-App auf: Raketenbeschuss auf Obergaliläa. Simultan spricht die SZ von einem israelischen Abgeordneten als "Zündler von Scheich Dscharrah". Kein Kommentar…

Die Diktatur der Minderheiten

Eine entschlossene, linksideologisierte und dogmatische Minderheit hat es in Deutschland ebenso wie die sich zurzeit noch in der Minderheit befindliche muslimische Bevölkerung geschafft, die ihr keinesfalls zugeneigten ignoranten Mehrheit ihre Regeln aufzuzwingen. Der wahnwitzige Genderismus und die fanatische Klima-Religion schieben der Gesellschaft ihre Agenda unter. Auch dem Islam ist es gelungen, nach und nach die Mehrheitsbevölkerung, in nicht wenigen regionalen Bereichen, seinem Diktat zu unterwerfen. (JR)

Von Paul Nellen

PHILIPPE HUGUEN / AFP

Immer mehr Geschäfte bieten Halal-Produkte an

Freie Gesellschaften werden stets durch Extremisten aller Couleur bedroht, seien es nun rechte, linke oder religiöse Fanatiker. Der Punkt aber ist: Sie werden jeweils danach, wie die eigene Nase gepudert ist, unterschiedlich bewertet und behandelt, und selten kommt es vor, dass ein Extremismus gemeinsam richtungsübergreifend verurteilt wird.

Linke tun sich schwer, Linksextremismus zu brandmarken oder zu bekämpfen –das Umgekehrte gilt für Rechts gegenüber dem Rechtsextremismus. Beim politischen, frauen- und menschenrechtsfeindlichen Islam wird's dagegen kurios. Da kämpfen sich Linke an Rechten ab, die gegen den Islam und seine Feindschaftserklärung gegen alles Nicht-Islamische gerne mit den Worten argumentieren:

„Der Koran und die auf ihm fußende muselmanische Gesetzgebung reduzieren Geographie und Ethnographie der verschiedenen Völker auf die einfache und bequeme Zweiteilung in Gläubige und Ungläubige. Der Ungläubige ist „harby", d.h. der Feind. Der Islam ächtet die Nation der Ungläubigen und schafft einen Zustand permanenter Feindschaft zwischen Muselmanen und Ungläubigen."

Wobei diesen Linken allerdings entgeht, dass das Zitat von Karl Marx stammt. Wie man sieht, hat auch Marx anscheinend schon einen Hang zur Islamophobie und zur Pauschalisierung gehabt. Nur macht es einen Unterschied, ob ich mit Marx sage: „der Islam", oder ob ich sage: „die Muslime".

Der Islam und die Islamisten

Doch ebenso unbestreitbar ist, dass sich in den kanonischen Schriften des Islam vieles wiederfindet, mit dem sich die Islamisten gerne und im Einklang mit den Grundsätzen der Religion munitionieren. Um es drastisch zu formulieren: Der christlich-militante Extremist handelt nicht im Einklang mit dem Neuen Testament und ganz gewiss nicht mit der friedvollen Botschaft von Jesus.

Der Islamist und Jihadist aber sehr wohl im Einklang mit der Botschaft und den überlieferten Taten des Propheten Mohammed. Nur die historisch-kritische Exegese kann den Islam aus dieser Falle befreien; diese theologische Herangehensweise ist im Islam aber höchst umstritten und weitgehend verpönt. Umso mehr muss man die säkulare Haltung vieler Muslimas und Muslime unterstützen, z.B. die Gründung des Hamburger Landesverbandes „Verein Säkularer Islam e.V." im Januar 2020.

Die Tatsache allein, dass viele, vielleicht sogar die meisten der hier lebenden muslimischen Menschen nicht fanatisch orthodox sind, ist allerdings genauso wenig ein Grund, sich bequem zurückzulehnen, wie die Feststellung, dass nicht alle Deutschen rechtsradikal oder Rassisten seien. Denn auch nicht alle Deutschen waren vor 1933 Nazis – diese waren sogar bei Wahlen bis zuletzt eine Minderheit. Und dennoch…

Die Lehre, die daraus zu ziehen ist, hat der amerikanisch-libanesische Finanzguru und Philosoph Nassim Nicholas Taleb („The Black Swan") in einem sehr lesenswerten Aufsatz unter dem Titel zusammengefasst: The Most Intolerant Wins: The Dictatorship of the Small Minority.

Talibs zentrale Botschaft: Es genügt, wenn eine unnachgiebige Minderheit – eine bestimmte Art von unnachgiebigen Minderheiten –ein winzig kleines Niveau erreicht, sagen wir drei oder vier Prozent der Gesamtbevölkerung, damit sich die gesamte Bevölkerung deren Präferenzen unterwerfen muss.

Auch die Nazis waren eine Minderheit

Das hatte auch den bekannten Wuppertaler Kunstprofessor Bazon Brock schon vor Jahren zu einem Ausruf auf seinem privaten Internet-Blog inspiriert: „Die Gutmenschen unter uns heulen: ‚Aber diese militanten Islamisten sind doch bloß eine Minderheit, die Mehrheit ist doch ausgesprochen freundlich gesonnen und kennt den Quraan überhaupt nicht richtig.' Ja, mein Freund, und die Nazis waren auch bloß eine Minderheit, die ihre eigenen Kampfschriften nicht las und dann eine Mehrheit herumdiktierte."

Dass und wie es kleine, aber entschlossene ideologische oder religiöse Minderheiten ohne viel Aufwand schaffen, der völlig anders gepolten ignoranten Mehrheit nach einiger Zeit ihre Regeln aufzuzwingen, wird immer noch zu wenig durchschaut. Taleb unternimmt diesen Versuch. Er ist überzeugt: Minorities, not majorities, run the world, Minderheiten, nicht Mehrheiten geben in der Welt den Ton an.

Vordergründig klingt das wie eine verschwörungstheoretische Blaupause. Die Verwechslung liegt in der Tat nahe. Taleb ist aber kein Verschwörungstheoretiker, der die angebliche Allmacht der Illuminaten, der Juden, der CIA oder der Bilderberger theoretisch unterfüttert. Er analysiert abstrakt Machtübernahmeprozesse und Machterhaltungsbedingungen, die sich historisch „bewährt" haben und geht dabei bis weit in die Römerzeit zurück. Ontologisch ist für ihn nicht die Herrschaft einer oder mehrerer bestimmter Gruppen, sondern sind nur die Verfahren, welche die Herrschaft überall zu ihrer Gewinnung voraussetzen.

Talebs zentraler Begriff ist überraschenderweise die „Minderheit" –immer und überall, so die geschichtliche Erfahrung, sind es Minderheiten, die Herrschaft konditionalisieren, und es sind Mehrheiten, die, ob sie wollen oder nicht, sich mit geradezu mechanischer Präzision zwangsläufig und, wie sie selber glauben, freiwillig den von einer Minderheit diktierten Dynamiken unterwerfen. Meist im Glauben, dass sie selbst, die Mehrheit, dabei das Heft in der Hand behalten würde –und nicht die Minderheit, gerade, weil es ja „doch bloß eine Minderheit" ist.

Das Leben ist eine Kantine

Taleb warnt, ähnlich wie Brock, in seinem Artikel den Westen, dass eine entschlossene Minderheit im Schutz der hierzulande vorherrschenden Toleranzethik imstande ist, in relativ kurzer Zeit die Regeln für alle zu bestimmen. So kann eine sich im starr-religiösen Korsett befindende Minderheit die augenscheinlich „flexible" nicht- oder andersreligiöse Mehrheit davon überzeugen, dass es doch eigentlich ganz „unfair" wäre, wenn die religiös gebundene und daher zu keiner Verhaltensalternative befähigte Minderheit das praktisch nicht einlösbare Opfer bringen sollte, sich den lockereren Gewohnheiten der Mehrheit anzupassen.

Die Mehrheit dagegen brauche selbst wiederum auf nichts zu verzichten, wenn sie die strengen Regeln der Minderheit gelten ließe und, im besten Falle, am Ende vielleicht sogar übernähme, auch wenn ihr dies zunächst schwerfällt oder nicht hinnehmbar zu sein scheint. Die Mehrheit bekäme, so heißt es dann, zu ihren zahlreichen, tendenziell unbegrenzten Wahlmöglichkeiten einfach nur eine weitere hinzu, während der Minderheit, die ihr einzig erlaubte Alternative überhaupt erst geboten würde. Und damit sei am Ende allen gedient und es herrsche Friede und Eintracht.

In der Theorie klingt das zunächst verlockend. Allerdings wissen wir etwa aus dem Kantinenwesen, dass es sehr rasch eine Kostenfrage wird, ob man gleichzeitig nach islamischen Regeln „Halal"-Gekochtes und Nicht-Halal-Speisen anbietet, damit Muslime sich in einer nichtmuslimischen Umgebung nicht ausgeschlossen fühlen.

Wird ein zweispurig vorbereitetes, um „Halal"-Gerichte erweitertes Angebot irgendwann aber von den Kosten her zu teuer, entscheiden sich Küchenchefs im Zweifelsfall dann doch für ein ausschließliches „Halal"-Angebot, das zu essen den Nicht-Muslimen ja nicht verboten ist und ihnen keine unzumutbaren Opfer auferlegt –„halal", also islamisch „rein" zu essen, kann ja auch lecker sein, und vor allem, es verletzt bei Nicht-Muslimen keine religiösen oder sonstigen Vorschriften.

Sich der islamischen Vorschrift unterzuordnen, garantiert daher Muslimen und Nicht-Muslimen am Ende, dass alle auf schmackhafte Weise satt werden, ohne dass dabei jemand ein schlechtes Gewissen haben müsste.

Toleranz führt zum Verschwinden der Toleranz

So kommt es, dass letztlich immer der Intoleranteste die Regeln bestimmt, gerade dann, wenn er sich in der Minderheit befindet –etwas, was die Toleranten ursprünglich niemals für denkbar gehalten hätten. Toleranz, so die Schlussfolgerung, gibt der Intoleranz erst den Entfaltungsraum, um ihr schließlich komplett die Herrschaft überlassen zu müssen.

Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz, wusste schon der Philosoph Karl Popper. Oder mit den Worten von Henryk Broder: Toleranz hilft nur den Rücksichtslosen.

Wer ihnen auch nur den kleinen Finger gibt, hat schon verloren. Dafür sorgt früher oder später die „Diktatur der kleinen Minderheit".

Gerade auch jener, die diese „Diktatur" jeden Tag unter Verweis auf die „Religionsfreiheit" ausübt. Jede Schule und jedes Kindertagesheim in Deutschland können inzwischen davon ein, zwei, viele Lieder singen. Nachzulesen etwa in Büchern wie Ingrid König: „Schule vor dem Kollaps", Ingrid Freimuth: „Lehrer über dem Limit" oder Ahmad Mansour: „Klartext zur Integration".

Umweltterror in Israel: Einladung an Abgeordnete der Grünen

Müllberge oder Reifen anzuzünden, wenn der Wind in Richtung israelischer Siedlungen weht, ist zum beliebten Werkzeug des arabischen Umweltterrors geworden. Der deutsch-israelische Schriftsteller Chaim Noll lädt deutsche Grünen-Abgeordnete auf seine Terrasse ein, um Zeuge dieser bislang von keinem Öko-Aktivisten gerügten Luftverschmutzung zu werden. (JR)

Von Chaim Noll

Manchmal sehe ich sie von meiner Dachterrasse: schwarze Rauchsäulen in der judäischen Wüste, ein paar Kilometer nördlich von meinem Haus. Dann weiß ich, dass sie dort wieder Berge von Autoreifen verbrennen oder ein paar Wracks abfackeln oder die Müllkippen, die sie zufällig immer auf der Seite ihres Dorfes aufhäufen, wo die nächste jüdische Siedlung liegt. Dann denke ich an die Müllberge in bestimmten Gegenden von Paris und anderswo in Europa. Eine neue Art Terror.

Wir haben ihn lange ignoriert. Wie man ihn auch in Europa ignoriert. In der Zeichensprache der Verursacher ist es einer der stärksten Ausdrücke ihrer Missachtung, darüber steht vielleicht noch das Werfen mit Schuhen oder Vergewaltigung. Der Müll ist zugleich Ausdruck ihrer Misere: Die ständig einen eigenen Staat fordernde „Palästinensische" Autonomie-Behörde unter Führung ihres „Präsidenten" Abbas hat es in mehreren Jahrzehnten üppiger Versorgung mit internationalen Hilfsgeldern nicht geschafft, eine funktionierende Müllabfuhr zu organisieren, geschweige denn Müllentsorgung oder -aufbereitung. Wie in alter Zeit wird, was man aus dem Weg haben möchte, ins nächste Tal gekippt, die Abwässer werden in den nächsten vorbeifließenden Bach geleitet, möglichst so, dass es den Ausblick aus einer nahegelegenen jüdischen Stadt oder Siedlung gründlich verdirbt. Und dass, wenn man bei günstigem Wind Großverbrennungen veranstaltet, der schwarze, beißende Qualm in deren Richtung zieht oder der Gestank aus den verseuchten Gewässern.

Fortschrittliche Menschen wissen es schon lange: Palästina brennt. Es brennt vor Leidenschaft in seinem Freiheitskampf, es brennt vor gekränkter Ehre, es brennt, um Zeichen gegen die Besatzung zu setzen. Soweit die bekannten Assoziationen. Um die alltäglichen Brände, die spontane Müllentsorgung, die katastrophale Umweltverschmutzung hat sich bisher außer den vollgequalmten jüdischen Nachbarn niemand gekümmert. Ihre Klagen, ihre Foto-Dokumentationen und Abwasser-Messungen fanden kaum Beachtung, denn es handelt sich bei den Betroffenen um die derzeit meist verachteten Juden der Welt: die sogenannten „Siedler".

Daher überrascht es, wenn ausgerechnet J Street, eine als Siedler-feindlich bekannte, sich selbst als „linksliberal" bezeichnende jüdische Lobby-Organisation, deren Mitglieder und Sponsoren zumeist in den USA leben, plötzlich Interesse an diesem Missstand zeigt. Die Organisation hat, wie israelische Medien berichten, gleich zehn von ihr bei den letzten Wahlen finanziell unterstützte demokratische Kongress-Abgeordnete dazu bewegen können, in die sogenannte „Westbank" zu reisen und sich dort mit Vertretern israelischer Siedler-Organisationen zu treffen. Die Abgeordneten sind selbstverständlich alle „links" und stehen den israelischen Siedlungen ablehnend gegenüber. Sie erwiesen sich aber bei diesem Besuch als ernsthaft interessiert und sehr umgänglich. Ein Siedler lud sie sogar zum Kaffee in sein Haus ein und zeigte ihnen von der Terrasse die Monster-Müllkippe am Dorfrand der benachbarten arabischen Ortschaft. Wie meist brannten dort auch an diesem Tag einige Müllhaufen oder aufgehäufte Autoreifen und gaben der Luft über der jüdischen Siedlung den bekannten würzigen, einzigartigen Geruch.

Ich vermute, J Street hat den Abgeordneten begreiflich machen können, dass die Luft nicht in den Siedlungen stehen bleibt, sondern mit Wind und Wetter in Bewegung ist, was bedeutet, dass die giftigen Partikel und Gase dieser Brände auch beliebte Touristen-Orte der amerikanischen Linken wie Tel Aviv oder Jerusalem verpesten. Dass Luft keine Grenzen kennt, auch nicht die von den Friedensaktivisten sorgsam gehütete „Demarkationslinie" zwischen der

MAHMUD HAMS / AFP

Arabische Kinder brennen Müll in Gaza ab

„Westbank" und „proper Israel". Dass die seit Jahren ignorierte Vergiftung und Verschmutzung des Elements, das wir alle zum Atmen brauchen, allgemein und übergreifend ist. Oder, noch beunruhigender, dass auch die „Palästinenser" unter der ungesunden Luft leiden müssen.

„Der internationale Ansatz, automatisch Sympathie und Nachsicht mit den Arabern zu zeigen", erklärte der zum Kaffee besuchte Siedler seinen Gästen, „ermutigt nur zu weiterer Vergiftung dieser wertvollen Gebiete im Mittleren Osten. Statt Israel ständig daran zu hindern, diese Landschaften zu entwickeln, solltet ihr uns dabei helfen. Denn jedermann muss auf diesen verräucherten Straßen fahren, ganz gleich, ob er Jude ist oder Araber." Ein einfacher Gedanke. Die überraschende Offenheit der um das Wohl der „Palästinenser" besorgten Kongress-Abgeordneten, diesen Gedanken zu berücksichtigen, hat mich auf den Einfall gebracht, es auch einmal mit ihren deutschen Kollegen zu versuchen.

Ich wohne am Rand der „Westbank", etwa fünfhundert Meter vom berühmten „Zaun" entfernt, gerade noch „auf der richtigen Seite", doch der Gestank der Brände oder des mit Abwässern verseuchten Wadi Hebron ist bei günstigem Wind gut wahrnehmbar und die in den Himmel qualmenden Müllhaufen in der Wüste bieten von meiner Terrasse ein eindrucksvolles Bild. Ich spreche hiermit eine Einladung aus, gerichtet an umweltbewusste deutsche Politiker, vor allem an Abgeordnete der regierenden Grünen: Besuchen Sie mich auf eine Tasse Tee oder Kaffee in meinem Haus in der judäischen Wüste und sehen Sie selbst, wie Palästina brennt.

Meine Einladung kommt von Herzen und ist ganz ernst gemeint. Sie sorgen sich weltweit um die Sauberkeit der Luft, Sie können nicht schlafen, wenn sie an das Schicksal der unterdrückten „Palästinenser" denken, Sie fühlen sich aber auch für Israels Sicherheit verantwortlich – Sie sind daher genau die Richtigen, darauf Einfluss zu nehmen, was mit Ihren großzügig gespendeten Hilfsgeldern geschieht. Ob sich davon nicht vielleicht doch eine palästinensische Müllabfuhr bezahlen lässt.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit. Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!

Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.

Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Zunehmende linke Ideologisierung gefährdet den Fortbestand der jüdischen Identität des Staates Israel

Die demographische Entwicklung spricht für eine stabile jüdische Bevölkerungsmehrheit in Israel. Doch eine jüdische Mehrheit allein scheint heute keinesfalls mehr auszureichen, um den Fortbestand des jüdischen Staates Israel zu gewährleisten. Die selbstzerstörerischen Agitationen der linken Antizionisten gefährden nicht nur die jüdische Kultur, sondern auch das Existenzrecht Israels. Es ist an der Zeit und dringend geboten, den jüdischen Konsens über den Zionismus in Schulen, Medien und der Politik Israels wiederherzustellen. (JR)

Von Caroline Glick/Israel Hayom

SEBASTIAN SCHEINER / POOL / AFP

Wie lange wird Israel seine jüdische Identität halten können?

Nachdem ihr Anspruch, das Friedenslager zu sein, nach hundert Selbstmordattentaten in eine Million Stücke auseinandergebrochen war, erfand sich Israels Linke als zionistisches Lager neu. Ihr Plan, Judäa und Samaria zu verlassen und Jerusalem zu teilen, blieb unverändert bestehen. Doch das wurde nicht als Friedensplan umgelabelt, sondern als Mittel zum Schutz der jüdischen Identität Israels angesichts der tödlichen Bedrohung durch den palästinensischen Schoß.

Innerhalb von ein, zwei Jahren oder ein, zwei Jahrzehnten, so warnte die Linke, würden die Juden ihre zahlenmäßige Mehrheit gegenüber den Arabern verlieren, wenn Israel seine Kontrolle über seine strategische Tiefe, seine vereinte Hauptstadt und sein historisches Kernland behalten würde. Und an diesem Punkt stünde Israel vor der Wahl, ein nichtjüdischer oder ein nichtdemokratischer Staat zu werden. Aus diesem Grund ist jeder, der fordert, israelisches Recht auf das Gesamte oder auf Teile von Judäa und Samaria anzuwenden und Jerusalem als ungeteilte Stadt zu erhalten, ein Antizionist, ein Faschist oder beides.

Glücklicherweise entpuppte sich die demografische Zeitbombe ebenso als Blindgänger, wie sich der Friedensprozess als Bombe erwies. Wie die Ende 2021 vom zentralen Amt für Statistik veröffentlichten Bevölkerungsdaten zeigen, ist Israels jüdische Mehrheit massiv und wachsend.

In Israel leben 6,98 Millionen Juden. Sie machen 73,9 % der israelischen Bürger aus. Mit Nichtjuden, die soziologisch mit der jüdischen Mehrheit verbunden sind (russische Einwanderer, die nach jüdischem Recht keine Juden sind, und andere Minderheitengruppen), sind 80 % der israelischen Bürger Juden.

Jüdische israelische Frauen haben im Durchschnitt mehr Kinder als muslimische israelische Frauen und muslimische palästinensische Frauen in Judäa und Samaria. Die Aliyah-Raten nach Israel bleiben hoch und übertreffen die Auswanderungsraten bei weitem. Diese Daten zeigen, dass Israels jüdische Mehrheit nicht nur stabil ist, sondern wächst. Wie der Demograf und ehemalige Botschafter Yoram Ettinger durch wiederholte Analysen palästinensischer Geburts-, Todes- und Auswanderungsdaten im letzten Jahrzehnt bewiesen hat, würde die jüdische Mehrheit natürlich reduziert, wenn die palästinensischen Araber in Judäa und Samaria in die Bevölkerungszahl Israels aufgenommen werden. Aber sie wäre nicht gefährdet. Unter diesem Szenario würden Juden 63 % der israelischen Bürger ausmachen. Weit davon entfernt, eine Bedrohung für Israels jüdische Identität zu sein, ist die Demographie ein Schutz für Israels jüdischen Charakter.

Die unheilige Koalition der Antizionisten

Leider ist die Demographie nicht die einzige Variable, die bestimmt, ob Israel der jüdische Staat bleiben wird oder nicht. Es stellt sich heraus, dass die Araber den Juden nicht zahlenmäßig überlegen sein müssen, um den zionistischen Traum zu zerstören. Alles, was sie brauchen, ist, eine Minderheit israelischer Juden zu finden, die mit ihnen kooperieren. Ausgestattet mit einer ausreichenden Zahl von Juden auf ihrer Seite kann die arabische Minderheit Israels, die nur 20% der Bevölkerung ausmacht, die Existenz des jüdischen Nationalstaates effektiv beenden.

Und das bringt uns zur jüngsten Verschiebung der Linken. Das Scheitern von Oslo und das Scheitern des Rückzugs aus Gaza, der mit demografischer Demagogie begründet wurde, ließ die israelische Linke am Tropf weiterleben. 2014 bezeichneten sich nur 12 % der Israelis als Linke. Bis 2018 taten dies nur 8 % der Israelis.

In der Verzweiflung darüber, niemals eine Wahlmehrheit zu gewinnen, begannen Israels ideologische Linke Anfang der frühen 2000er Jahre damit, den Zionismus aufzugeben und sich den israelischen Arabern, der internationalen Linken und der EU als zentrale Akteure in ihrem politischen Krieg gegen Israel und sein Existenzrecht anzudienen. Linke Professoren schlossen sich den Kampagnen zum Boykott ihrer Universitäten an. Linke Anwälte führten Rechtsstreitigkeiten und Propagandakriege, die von europäischen Regierungen und antiisraelischen Stiftungen in Amerika finanziert wurden. Diese „Lawfare-Aktivisten“ arbeiteten Hand in Hand mit postzionistischen Richtern des Obersten Gerichtshofs und Regierungsanwälten und schränkten Israels Fähigkeit ein, seine Gesetze unter arabischen Bürgern durchzusetzen und erfolgreiche Anti-Terror-Kampagnen gegen das Hamas-Terrorregime in Gaza zu führen.

Israelische Linke führten vom Ausland finanzierte Kämpfe an, um Israel daran zu hindern, seine Einwanderungsgesetze gegen illegale Ausländer aus Afrika durchzusetzen.

Sie führten rechtliche und politische Kämpfe gegen jüdische Volksbräuche. Ihr Kampf gegen das Verbot des Verkaufs von Hamez [gesäuerte Lebensmittel] während Pessach; für das nicht-orthodoxe Gebet an der Klagemauer; und ihre Kampagnen zum Verbot getrennter öffentlicher Veranstaltungen für Männer und Frauen in Religionsgemeinschaften sind nur einige Beispiele für den umfassenden Krieg der postzionistischen Linken gegen den jüdischen Charakter des Staates Israel.

Auch die politischen Parteien der Linken, die scheinbar auf die hinteren Bänke der Opposition verdammt waren, passten sich den neuen Realitäten an, indem sie den Zionismus aufgaben. Die Führer der linksextremen Meretz-Partei erkannten, dass ihre jüdische Wählerschaft wahrscheinlich nicht wachsen würde, und wenn sie in der Knesset bleiben wollten, mussten sie ihre Wahlkampfkampagnen auf arabische Israelis ausrichten. Die Labour-Partei folgte diesem Beispiel prompt.

Sicherlich waren die linken Parteien nicht die einzigen jüdischen Parteien, die um die arabischen Stimmen buhlten. Auch der Likud-Führer Benjamin Netanjahu und der Shas-Führer Arye Deri bemühten sich seit langem um arabische Israelis. Aber es gab einen deutlichen Unterschied zwischen den Kampagnen von Likud und Shas Arab und den Bemühungen von Labour und Meretz. Likud und Shas haben versucht, Araber in das jüdische Gemeinwesen zu bringen, indem sie sich für ihre wirtschaftlichen und kommunalen Interessen einsetzen. Dabei suchten Likud und Shas die Unterstützung von Arabern, die sich in den jüdisch-israelischen Mainstream integrieren wollten.

Verkauf der der jüdischen Identität

Im Kontrast dazu hofierten Meretz und Labour die arabischen Wähler, indem sie die von den antizionistischen arabischen Parteien vertretenen antizionistischen Positionen übernahmen. So kam es, dass Meretz den Zionismus von seiner Parteiplattform löschte. Sie übernahm den Slogan „Stolz auf unser Land sein“. Der Slogan, der der israelischen Nationalhymne „Hatikvah“ entnommen ist, enthält eine offensichtliche Auslassung. Die Zeile in „Hatikvah“ lautet „eine stolze Nation in unserem Land sein“.

Was Labour betrifft, so wurde das zionistische Banner von David Ben-Gurion, Golda Meir und Yitzhak Rabin durch das Banner des radikalen Feminismus ersetzt. Die Plattform von Gewerkschaftschefin Meirav Michaeli löscht den Zionismus nicht aus. Sie definiert Zionismus einfach als Rückzug aus Judäa und Sama-

ria und Teilung Jerusalems (um natürlich die jüdische Mehrheit zu erhalten). Aber Michaelis wirklicher Schwerpunkt war der radikale Feminismus. Michaelis Entscheidung, den arabischen Nationalisten Ibtisam Mara'ana auf ihre Knesset-Plattform zu bringen, war ein Grundpfeiler ihrer neuen Labour-Partei. Mara'ana hat eine lange Tradition darin, die Staatsgründung Israels (die Araber bezeichnen dies als „Nakba“, arabisch: Katastrophe) mit dem Holocaust zu vergleichen. Aber auf der anderen Seite hat sie Michaelis ärgerliche Bemühungen begrüßt, die hebräische Sprache zu feminisieren, indem sie feminine Formen von Substantiven und Verben anstelle von männlichen verwendet und sich den Grundregeln der Grammatik im Dienste einer analphabetischen feministischen Agenda widersetzt.

Das bringt uns zur gemäßigteren Linken. Ihr Übergang zum Postzionismus verlief langsamer und wurde weitaus weniger publik gemacht. 2011 war die gemäßigte Linke noch sehr dem Zionismus verpflichtet. Als Reaktion auf die Radikalisierung der extremen Linken, einschließlich der juristischen Brüderlichkeit, legte der Kadima-Knessetabgeordnete Avi Dichter in diesem Jahr einen Gesetzesentwurf für das Grundgesetz – Israel: Der Nationalstaat des jüdischen Volkes – vor. Damals unterstützte Dichters Chefin, die Kadima-Führerin Tzipi Livni, seine Bemühungen, die Primärgesetzgebung zum Schutz des jüdischen Charakters Israels einzusetzen.

Dichter reichte den Gesetzesentwurf 2017 erneut als Likud-Knessetabgeordneter ein. Zu diesem Zeitpunkt war Livni als Co-Vorsitzende der Labour-Partei eine der glühendsten Gegnerinnen des Gesetzesentwurfs.

Die Erosion des zionistischen Engagements der gemäßigten Linken kam während des Wahlwirbels 2019-2021 auf Hochtouren, als Israel vier ergebnislose Wahlen in rascher Folge abhielt. Zu Beginn des Prozesses war die neue Mitte-Links-Partei "Blau und Weiß", angeführt von drei ehemaligen IDF-Generalstabschefs – Benny Gantz, Gaby Ashkenazi und Moshe Ya'alon – und Yesh Atid-Führer Yair Lapid, fest im zionistischen Lager. Die vier Führer lehnten alle die Bildung einer Regierung ab, die sich auf die Unterstützung der virulent antizionistischen und weitgehend proterroristischen Gemeinsamen Arabischen Liste stützte. Dieser Konsens begann nach der zweiten Wahl zu bröckeln. Lapid und seine Partei Yesh Atid unterstützten als erste die Bildung einer Regierung mit arabischen Parlamentariern, die Israels Auflösung als jüdischer Staat anstreben. Nach der dritten Wahl stimmten Gantz, Ya'alon und Ashkenazi zu. Doch die Linke allein war nicht groß genug, um selbst mit den Arabern eine Mehrheit von 61 Sitzen zu bilden.

Linke und opportunistische Rechte lassen sich steuern

Die Aussicht, dass eine arabische Minderheitsfraktion die Kontrolle über die Knesset und die Regierung erlangt, wurde nach den vierten Wahlen im vergangenen März zu einer hervorstechenden Möglichkeit. Damals beschlossen die karrieristischen, rechtsgerichteten Anti-Netanjahu-Parteien – Gideon Sa'ars New Hope und Naftali Bennetts und Ayelet Shakeds Yamina – dass sie im Austausch für Führungspositionen eine von Ra'am – die aus der mit der Muslimbruderschaft verbündeten Islamischen Bewegung stammt – abhängige Koalitionsregierung bilden würden.

Zunächst war nicht klar, wer wen schluckte. Ra'am-Vorsitzender Mansour Abbas ist zu einem Experten darin geworden, leere Erklärungen abzugeben (seine letzte stellte die unbestrittene Tatsache fest, dass „Israel ein jüdischer Staat ist“), die Musik in den Ohren der Israelis sind, während er seine islamistische, entschieden antijüdische Agenda vorantreibt. Schon früh bestand die Hoffnung, dass Abbas' Bereitschaft, sich einer Regierungskoalition anzuschließen, aus einer Abkehr vom Antizionismus zugunsten eines integrationistischen Impulses herrührte. Vielleicht wäre das der Fall gewesen, wenn er sich einer von Netanjahu geführten rechtsgerichteten Koalition angeschlossen hätte. Aber in der Tat wurde seit den Anfängen der gegenwärtigen, opportunistischen, rechtsgerichteten, linksdominierten Regierung deutlich, dass es Abbas war, der die linken und opportunistischen rechten Parteien geschluckt hatte. Sie richteten sich auf ihn aus, nicht umgekehrt.

Das Versäumnis der Regierung, das geänderte Staatsbürgerschaftsgesetz zu verabschieden, das die arabische Masseneinwanderung blockiert; die Verabschiedung des sogenannten „Elektrizitätsgesetzes“, das Tausende von illegalen Beduinenhäusern und -städten, die auf gestohlenem Staatsland im Negev gebaut wurden, effektiv legalisierte; die Absage der Regierung am Mittwoch zum Pflanzen von Bäumen im Negev angesichts der von Ra'am unterstützten arabisch-nationalistischen Unruhen; die wiederholte Ablehnung von Gesetzesentwürfen durch die Regierung, die die Stromversorgung neuer jüdischer Gemeinden in Judäa und Samaria vorschreiben – dies sind nur einige der Regierungshandlungen, die bezeugen, dass die derzeitige Regierung den Zionismus als Staatsräson aufgegeben und durch ein postzionistisches Ethos ersetzt hat.

Die Lehre aus all dem ist offensichtlich. Eine jüdische Mehrheit zu haben ist keine Garantie dafür, dass Israel ein jüdischer Staat bleibt. Wir müssen den jüdischen Konsens über den Zionismus in unseren Schulen, Medien und unserer Politik wiederherstellen. Postzionistische Politiker müssen entlarvt werden. Und Opportunisten, die ihren Ambitionen Vorrang vor der Sicherung des jüdischen Staates einräumen, müssen aus dem Amt gedrängt und durch Männer und Frauen ersetzt werden, die sich seit jeher der zionistischen Vision des jüdischen Volkes verschrieben haben.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Historischer Besuch des israelischen Präsidenten Jitzchak Herzog in den Vereinten Arabischen Emiraten

Während die deutschen Politiker inhaltslos und scheinheilig, auf Kosten Israels, von einem Frieden im Nahen Osten schwadronieren, aber weiterhin nichts anderes als eine heuchlerische Appeasement Politik mit dem Iran und anderen Israelfeinden betreiben, schreibt der jüdische Staat Geschichte. Zum ersten Mal besuchte ein israelischer Staatspräsident die Emirate am Golf. Im Rahmen des Abraham-Abkommens wurden bereits 120 weitere Verträge mit der arabischen Seite unterzeichnet und ein gemeinsamer Forschungsfonds von 100 Millionen US-Dollar eingerichtet. (JR)

Als im Sommer 2020 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) verkündet wurde, waren die Reaktionen überwiegend skeptisch. Geblendet von Hass auf Donald Trump und Vorurteilen gegenüber Israel, nannten selbst die gemäßigtsten unter den Kritikern das Abraham-Abkommen einen zweifelhaften Vertrag mit ungeklärten Aussichten. Es ist mehr als ein Jahr vergangen, seitdem Trump das Weiße Haus verlassen hat, und mehr als acht Monate seit Netanjahu nicht mehr im Amt des israelischen Premierministers, und die Beziehungen zwischen dem jüdischen Staat und den VAE entwickeln sich auf allen Ebenen weiterhin rapide – politisch, wirtschaftlich und auf der gesellschaftlichen Ebene. Mehrere israelische Minister haben bereits die VAE besucht, der Premierminister Naftali Bennett besuchte das Land im Dezember 2021. Und am 31. Januar 2022 fand auf Einladung des de facto-Herrschers des Landes, Kronprinzen der VAE und Emir von Abu Dhabi, Sheikh Mohammed bin Zayed bin Sultan Al Nahyan, ein in der Tat historischer – da der erste in der Geschichte der beiden Staaten – Staatsbesuch des Präsidenten des Staates Israel Jitzchak Herzog, in den VAE statt.

Mit den symbolischen Gesten wurde schon vor dem eigentlichen Besuch begonnen. Auf dem Weg in die VAE überquerte das Präsidentenflugzeug den Luftraum von Saudi-Arabien, mit dem Israel noch keine diplomatischen Beziehungen, aber enge militärische und technologische Kontakte unterhält. Während er über die saudische Wüste flog, betrat der Präsident das Cockpit und sagte, er sei „sehr beeindruckt“ von der Möglichkeit, über den saudischen Himmel zu fliegen, berichtete der Pressedienst.

Der israelische Präsident und seine Frau Michal wurden am Flughafen der Hauptstadt vom Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate abgeholt und kamen nach einem Gespräch mit dem Minister im Präsidentenpalast an, wo sie sich mit dem Kronprinzen der VAE, zusammen mit dem stellvertretenden Premierminister, Industrieminister und Berater des Emirs in besonderen Angelegenheiten getroffen haben. Als Auftakt zum Treffen gab es eine Begrüßung mit staatlichen Ehrungen: Die Hymnen beider Länder wurden abgespielt und ein Feuerwerk entfacht. Dem offiziellen Treffen folgte eine als spontan inszenierte Einladung des Kronprinzen an den Präsident Herzog zu einem weiteren - privaten – Gespräch in seinem Palast. "Unsere Beziehungen entwickeln sich auf Hochtouren", erklärte Mohammed bin Zayed. „Ich überbringe den Völkern der gesamten Region eine Botschaft des Friedens“, erwiderte Jitzchak Herzog.

Die Aussage über die Entwicklung der Beziehungen sind keine leeren Worte. "Seit der Unterzeichnung des Abkommens über die Normalisierung der Beziehungen ist nicht viel Zeit vergangen, und heute hat unser Handelsumsatzvolumen bereits eine Milliarde US-Dollar überschritten. Über 120 Abkommen wurden unterzeichnet, ein gemeinsamer Forschungsfonds von 100 Millionen US-Dollar wurde eingerichtet", sagte Herzog auf der Expo 2020 in Dubai. Er fügte hinzu: „250.000 israelische Bürger haben die VAE bereits besucht. Wir freuen uns auch darauf, nach der Normalisierung der Situation mit Covid-19 die Bürger der VAE in unserem Land zu begrüßen.“

Sheikh bin Zayed betonte während des Treffens, für die VAE sei einer der Beweggründe für den Beitritt zum Abraham-Abkommen die Notwendigkeit, sich vor der potenziellen iranischen Bedrohung zu schützen. Der Kronprinz sagte: „Ihre Position verkörpert unsere gemeinsame Vision von der Notwendigkeit, die Quellen der Instabilität in der Region, die Bedrohungen für den Frieden zu beseitigen und ihnen auf internationaler Ebene entschieden entgegenzutreten.“ Er fügte hinzu, dass die friedlichen „Abraham-Abkommen“ einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte darstellen, der den Glauben der VAE an Frieden verkörpert und neue Perspektiven für den Aufbau bilateraler Partnerschaften eröffnet, insbesondere in den Bereichen Technologie, Innovation, Gesundheit, Energie und anderen Bereichen. Seiner Meinung nach können die beiden Länder der gesamten Region „ein praktisches Modell liefern, das die Ergebnisse der Friedenspolitik verkörpert; es ermöglicht, die verfügbaren Ressourcen zu nutzen und die Kraft des menschlichen Geistes freizusetzen, um eine bessere Zukunft für alle zu schaffen."

Im Rahmen dieses Besuchs trafen sich der israelische Präsident und die First Lady mit Vertretern der jüdischen Gemeinde der VAE, die etwa 500 aktive Mitglieder zählt. Im Gespräch mit ihnen sagte Jitzchak Herzog: „Ich möchte denen Tribut zollen, die das Abraham-Abkommen zustande gebracht haben. Ich möchte Sheikh Mohammed bin Zayed und seiner Regierung meine tiefe Dankbarkeit aussprechen… Und ebenfalls möchte ich natürlich Bahrain und seinem König, dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump und seiner Regierung sowie dem ehemaligen israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und seiner Regierung danken. Sie alle haben diesen Friedensvertrag Wirklichkeit werden lassen… Wir arbeiten mit vielen anderen zusammen, um diese Realität nachhaltig für die Zukunft zu gestalten, und wir hoffen, dass sich mehr Länder dem Frieden mit Israel anschließen werden.“

Bei dem Treffen sagte Eli Abadi, Oberrabbiner des jüdischen Rates der Vereinigten Arabischen Emirate, wie seltsam es für ihn sei, das Oberhaupt des jüdischen Staates hier zu sehen, und welch eine Freude es sei. Laut dem im Libanon geborenen amerikanischen Rabbiner, der nach der Unterzeichnung des Abraham-Abkommens nach Dubai kam, um das jüdische Leben zu stärken, „leben Juden sehr gut in den VAE, sie fühlen sich absolut geschützt, sie sind willkommen.“

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

Richard Grenell: „Trump wird wieder kandidieren!“

Trumps ehemaliger Botschafter in Berlin Richard Grenell kennt die republikanische Partei wie nur wenige. In einem Interview mit ihm ging es um die Frage: Wie beurteilt er die aktuelle politische Situation in den USA und Deutschland? Es wurde eine Lektion in Optimismus und Zuversicht in ein baldiges Ende der gegenseitig überhandnehmenden Entamerikanisierungs-Tendenzen der USA. (JR)

Von Orit Arfa

Während meines Video-Interviews mit Richard Grenell scherzte ich, dass Berlin nicht mehr dasselbe ist, seit er im Februar 2020 das Land verließ, um amtierender Direktor des Nationalen Nachrichtendienstes (DNI) zu werden, während er immer noch aus der Ferne als amerikanischer Botschafter in Deutschland diente. Es war, als ob ein Licht in der deutschen Hauptstadt erloschen und die Welt seither noch dunkler geworden wäre.

Im März fingen die Lockdowns an, die das Leben und die Wirtschaft störten und zerstörten. Als wäre das nicht genug, brachen überall in den Vereinigten Staaten gewalttätige Black-Lives-Matter-Unruhen aus, bei denen überall Geschäfte geplündert wurden, auch in der Nähe des Hauses meiner Familie in Los Angeles. Der Wahnsinn erreichte seinen Höhepunkt in der Wahlnacht 2020, als die Auszählung der Stimmen plötzlich um 2 Uhr nachts gestoppt wurde und die Welt etwa einen Monat darauf wartete, dass ein unpopulärer, unbeholfener, seniler Mann zum Führer einer freien Welt erklärt wurde, die immer unfreier wurde.

Zwei Jahre später taumelt die Welt immer noch durch eine Pandemie, ahnungsloser und unfreier denn je. Ich habe „Ric“, wie er gerne genannt wird, interviewt, nicht nur, um ein deutsches Publikum über seine Aktivitäten zu informieren, sondern auch um mich von seinem Optimismus anstecken zu lassen.

„Ich habe gerade an Heiligabend mit Präsident Trump gesprochen. Ich bin nun noch zuversichtlicher, dass 2022 ein großartiges Jahr für Amerika sein wird“, hatte er am 24. Dezember getwittert.

„Wir wissen, dass die Demokraten COVID ausgenutzt haben“

Orit Arfa: Wie kommt es denn, dass du so optimistisch bist?

Richard Grenell: „Ich glaube, dass Donald Trump wieder kandidieren wird. Noch ist er gesund und Umfragewerte zeigen, dass er sehr beliebt ist, dass die Menschen seine Politik wirklich vermissen und erkennen, dass ein Nicht-Politiker, der kein Blatt vor den Mund nimmt, wahrscheinlich das ist, was wir brauchen.“

Zu diesem Zweck hat Trump Grenell zum Co-Vorsitzenden des politischen Aktionskomitees „Make America Great Again, Again!“ ernannt, um Spenden für Trumps mögliche Kandidatur 2024 zu sammeln und diese zu unterstützen. Grenell wird auf Trumps Kundgebungen sprechen, Fundraising-Veranstaltungen und Dinner organisieren und sich regelmäßig mit seinem Chef beraten.

Heute ist Grenell einer von Trumps engsten Vertrauten. Politico berichtet, dass er auf der Liste der potenziellen Kandidaten für die Vizepräsidentschaft steht, was bedeutet, dass Grenell der ultimative „Lehrling“ des ehemaligen Reality-Show-Stars sein könnte. Aber wenn Trump ihn nach Talent, Leidenschaft und Erfahrung einstellen will, sollte er ihn lieber zum „Außenminister Grenell“ ernennen, falls Trump gewinnen sollte.

Orit Arfa: War der Optimismus, dass Trump 2020 gewinnen würde, nicht fehl am Platz?

Richard Grenell: „Ich habe 90 Tage am Stück auf der Wahlkampftour im Jahr 2020 verbracht und bei fast jedem Halt riesige Menschenmengen für Trump gesehen, buchstäblich 50.000 Menschen, verglichen mit Joe Bidens 13 Menschen im Kreis. Und es war in der Wahlnacht unglaublich schwer zu glauben, und es ist immer noch unglaublich schwer zu glauben, dass Donald Trump 74 Millionen Stimmen erhielt und nicht zum Sieger erklärt wurde.

Wir wissen, dass die Demokraten COVID ausgenutzt haben. Sie schickten Stimmzettel an Wähler, ohne dass die Leute wussten, dass ihr Stimmzettel überhaupt per Post kommt. In Kalifornien ist es jetzt sogar möglich, den Stimmzettel von zu Hause aus auszudrucken.

Gerade für Leser in Deutschland muss betont werden, dass es in den USA eine Regel gibt, die besagt, dass man für die Stimmabgabe keinen Ausweis verlangen darf (einige Staaten verlangen mittlerweile Ausweise oder ähnliche Identitätsnachweise beim Wählen im Wahllokal, manche dieser Forderungen wurden gerichtlich gekippt, Anm. d. Red.). Stellen Sie sich also vor, dass massenhaft Stimmzettel mit der Post verschickt werden – ohne dass hierfür ein Identitätsnachweis notwendig ist. Wir haben außerdem bewiesen, dass illegale Bürger gewählt haben, dass Tote gewählt haben, und die Antwort der Demokraten ist: ‚Ach, das passiert bei jeder Wahl, und es passierte nicht häufig genug, um das Wahlergebnis zu ändern.‘“

Ich kann dazu nur sagen: Wir wissen nicht, ob das stimmt. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, dass es bei dieser Wahl nicht genug Betrug gab, um die Wahl zu kippen, weil die Demokraten und ihre Verbündeten in den Medien sich weigerten, die Behauptungen gründlich zu untersuchen. Und ich bin sehr besorgt über die unverantwortliche Art und Weise, wie sie die Stimmzettel verschickt haben, sich nicht die Mühe zu machten, die Unterschriften richtig zu prüfen und keine Ausweise verlangten. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich dieser Leichtsinn wiederholt.“

„Kein gutes Geschäft für Deutschland“

Orit Arfa: Was wird getan, um sicherzustellen, dass sich das nicht wiederholt?

Richard Grenell: „Die Integrität der Wähler ist eine große Sache. Sie ist ein wichtiges Thema für den RNC [Republican National Convention] und das Trump-Team. Wir sind alle darauf konzentriert.“

Nach der Wahl 2020 gründete Grenell die gemeinnützige Organisation „Fix California“, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Wählerverzeichnisse zu bereinigen und mehr Konservative zu befähigen, sich in Amerikas größtem Bundesstaat zu engagieren. Er sagte, er sei besorgt, dass Millionen von Menschen, die nicht wahlberechtigt sind, Stimmzettel erhalten.

Einst ein bekanntes Gesicht bei Fox News, ist er jetzt ein leitender Angestellter und regelmäßiger Kommentator bei dessen konservativem Konkurrenten, Newsmax.

Orit Arfa: Fox ist in Deutschland nicht leicht zugänglich, also habe ich während und nach der Wahl Newsmax eingeschaltet, das sogar als App auf meinem Smart TV verfügbar war.

Botschafter Richard Grenell (rechts), Raphael Korenzecher (zweiter von links), Herausgeber der Zeitungen Jüdisches Panorama und Jüdische Rundschau, und der israelischen Journalistin Orit Arfa

Richard Grenell: „Einer der Hauptgründe, warum ich zu Newsmax gegangen bin, ist folgender: Ich habe eine Reihe von erwachsenen Neffen und Nichten, die kein Kabelabonnement haben. Von all meinen Neffen und Nichten – sie sind alle unter 30 – zahlt keiner von ihnen fürs Kabelfernsehen. Stattdessen bezahlen alle für das Internet und können so alles sehen, was gestreamt wird. Sie können auf newsmax.com gehen und ihr gesamtes Programm umsonst empfangen. Das ist heute üblich bei Leuten unter 30 Jahren. Für Fox muss man ein Kabelabo abschließen. Und so wechseln junge Leute lieber zu Newsmax.“

Die Villa in Dahlem, in der Grenell sowohl berühmte Halloween-Partys als auch seriöse Abendessen für die Elite und „normale“ Amerikaner und Deutsche ausrichtete, steht nun leer. Das Bestätigungsverfahren für Grenells Nachfolgerin, Dr. Amy Gutmann, Präsidentin der renommierten University of Pennsylvania (Penn), ist noch nicht abgeschlossen. Im Dezember wurde sie bei einer Anhörung im Kongress zu Spenden in Höhe von 86 Millionen Dollar aus chinesischen Quellen, die sie seit 2014 erhielt, befragt. Ein Großteil davon soll in das von ihr mitbegründete Biden Center for Diplomacy and Global Engagement geflossen sein. Sie wurde auch darüber befragt, dass sie Biden 2017 für 900.000 Dollar als Professor angestellt hatte, obwohl er offenbar keine Vorlesungen gehalten hatte.

Gutmann, die Tochter eines deutschen Juden, der in den 1930er Jahren geflohen war, sagte, sie verfolge nicht jede einzelne Spende, achte aber darauf, dass es keine „schändlichen“ Gegenleistungen gebe. In der Tat spiegeln die „harten Positionen“, die sie gegenüber Russland und China vertrat, auch Grenells Positionen wider, was zeigt, dass Grenells Mission in Berlin – die oft als konfrontativ bezeichnet wurde – in Wirklichkeit dem amerikanischen Konsens entsprach. Doch Biden, so Grenell, sei mehr an einem europäischen Konsens interessiert, wie sein Einlenken bei der russischen Gaspipeline Nord Stream 2 zeige, die den Weg für die russische Aggression gegen die Ukraine geebnet habe.

Orit Arfa: Sprechen wir über Nord Stream 2.

Richard Grenell: „Es ist niemandem entgangen, dass Bundeskanzlerin Merkel, sobald Trump sein Amt niedergelegt hatte, Joe Biden anflehte, die Sanktionen gegen Nord Stream 2 aufzuheben. Und sie hat diesen Deal bekommen. Biden hat es für sie getan. Aber das ist kein gutes Geschäft für Europa. Berlin ist schließlich nicht das einzige Mitglied der EU. Und ich würde behaupten, dass es auf lange Sicht kein gutes Geschäft für Deutschland ist. Deutschland hat sich selbst in diese Lage gebracht, indem es aus der Kernenergie ausgestiegen ist und sich verpflichtet hat, aus der Kohle auszusteigen, was, wie wir wissen, nie geschehen wird. Und so hat sich Deutschland selbst in diese panische Situation gebracht, in der es dringend russisches Gas braucht.

Das amerikanische Volk, einschließlich der Demokraten, ist sehr verwirrt und verärgert darüber, dass Deutschland Mitglied der NATO ist und dennoch seine NATO-Verpflichtungen nicht erfüllt, während es sich bei Russland einschleimt. Und ich denke, die neue Regierung in Deutschland muss verstehen, dass ihre Probleme mit dem amerikanischen Volk nicht gelöst sind, nur weil Joe Biden ihnen eine Pipeline gegeben hat... sie werden schlimmer. Das amerikanische Volk ist ernstlich verärgert über Deutschlands heuchlerisches Verhalten.“

„Keine gute Einstellung für ein NATO-Mitglied“

Orit Arfa: Was ist mit dem Iran und den Verhandlungen zur Wiederbelebung des JCPOA (Joint Comprehensive Plan of Action, Gemeinsamer umfassender Aktionsplan)? Du hast auf die Deutschen bei den Iran-Sanktionen und dem Verbot der Hisbollah richtig Druck ausgeübt.

Richard Grenell: „Ein großer strategischer Fehler der Regierung Biden ist es, den Europäern die Führung zu überlassen, denn seien wir ehrlich: Europa schätzt die Bedrohung durch den Iran nicht so ein wie die Amerikaner und Israelis. Es gab Deutsche, die mir gesagt haben: ‚Wenn der Iran Atomwaffen bekommt, müssen wir uns keine Sorgen machen. Die werden Deutschland nie bombardieren.‘ Nun, das ist keine gute Einstellung für ein NATO-Mitglied und einen wichtigen Verbündeten der westlichen Allianz.

Sieh dir nur an, was Anfang Januar passiert ist, als der iranische Außenminister

Israel bedrohte und sagte, dass es kein Mitglied der internationalen Gemeinschaft sein sollte; sie sagen, dass es keine zionistische Nation geben sollte. Ich glaube, Deutschland hat die Pflicht, diese Sprache ernst zu nehmen ... aufgrund seiner besonderen Geschichte muss es sich diese Drohungen zu Herzen nehmen. Wenn dieser radikale Außenminister so spricht, sollten die Deutschen die ersten sein, die sagen: ‚Wir werden nicht mit euch verhandeln, wenn ihr Menschen grundlegende Menschenrechte verweigert und anderen somit droht.' Die Iraner sehen, dass die Deutschen ihren Radikalismus ignorieren.

Aber stattdessen ist Joe Bidens Politik wieder einmal der Konsens: Sollen doch die Europäer ihre Ideen umsetzen und Amerika wird folgen. Die Amerikaner sehen das als gefährlich an."

Orit Arfa: Wenn du jetzt als Botschafter nach Deutschland kämest, mit einer neuen Regierung, in der COVID-Ära, wie würden sich deine Prioritäten oder Aufgaben ändern? Was würde auf deiner Liste ganz oben stehen?

Brendan Smialowski / AFP

Der ehemalige US-Botschafter in Deutschland Richard Grenell mit dem damaligen Vizepräsidenten Mike Pence und Ex-Präsident Donald Trump

Richard Grenell: „Zunächst einmal würden wir die Tatsache feiern, dass der Außenminister nicht mehr Heiko Maas heißt, der meiner Meinung nach in vielerlei Hinsicht überfordert war."

Orit Arfa: Man sagt aber auch das Gleiche über Annalena Baerbock.

Richard Grenell: „Naja, die Außenpolitik der Grünen ist aber besser als die Außenpolitik der Sozialdemokraten. Die Grünen verhalten sich besser gegenüber dem Iran. Die Grünen sind besser in Bezug auf Russland. Die Grünen sind besser in den transatlantischen Beziehungen aufgestellt als die Sozialdemokraten. Das ist einfach die Realität. Es ist mir egal, welches politische Etikett man dem Ganzen gibt. Mir geht es um die Politik, die gemacht wird.

Ich möchte dir ein Beispiel dafür geben, wie vorsichtig wir mit den Etiketten sein müssen, die wir Menschen anheften. Olaf Scholz ist ein Sozialdemokrat. Aber es war eigentlich recht einfach, mit ihm zu arbeiten. Er hat zugehört. Mir hat nie gefallen, dass er der größte Befürworter von Huawei war, aber er war offen und ehrlich in Bezug auf das, was er tun konnte. Heiko Maas war immer unsicher, was seine Positionen anging, und schien mit seinem Ruf und der Medienberichterstattung beschäftigt zu sein.

Darauf können sich meinetwegen Hollywood-Schauspieler konzentrieren – aber nicht Personen, die die Außenpolitik der größten europäischen Volkswirtschaft leiten. Olaf war nicht so.

Aber ich befürchte immer noch, dass Olaf die ernsthafte Bedrohung durch das kommunistische China nicht versteht. Was Olaf Scholz verstehen muss, ist, dass die Geheimdienste der Vereinigten Staaten im April 2020 einstimmig zu dem Schluss kamen, dass COVID-19 seinen Ursprung in Wuhan hat und dass die Kommunistische Partei Chinas seine Herkunft vertuscht hat. All die Lockdowns, all die Erfahrungen, die wir damit machen, dass wir nicht reisen können, dass unsere Wirtschaft leidet, sind auf die Geheimhaltung der Kommunistischen Partei Chinas und ihre Vertuschung von COVID-19 zurückzuführen. Es ist nicht akzeptabel zu sagen: ‚Wir verkaufen eine Menge Autos in China, und deshalb schauen wir einfach weg, was sie unseren Leuten angetan haben.' Die Kinder sind nicht in der Schule. Die Geschäfte der Menschen sind zusammengebrochen. Und es ist erbärmlich, wenn irgendein Regierungschef sagt: ‚Trotzdem werden wir weiterhin Produkte an sie verkaufen.'"

Orit Arfa: Vermisst du Deutschland überhaupt?

Richard Grenell: „Natürlich! Ich vermisse die Menschen. Ich habe so viele tolle Leute kennengelernt. Ich glaube, dass die Deutschen den Amerikanern sehr ähnlich sind. Sie arbeiten von Natur aus hart, und man muss sie nicht darum bitten, es zu tun. Sie haben eine angeborene starke Arbeitsmoral. Sie müssen auch nicht gelobt werden. Ich denke, diese Arbeitsmoral ist den Amerikanern sehr ähnlich.

Ich denke auch, dass es eine große Ähnlichkeit zwischen Deutschland und Amerika gibt, da die Eliten, die Regierungstypen, die Medien und diejenigen, die in den Hauptstädten von Washington D.C. und Berlin leben, wirklich nicht wissen, was die Menschen wollen. Die Eliten haben den Kontakt verloren. Die Proteste und Kundgebungen in Deutschland und Amerika, bei denen mehr persönliche Freiheiten gefordert wurden, waren beeindruckend. Ich denke auch, dass Bidens Zustimmungsrate, die niedrigste in der Geschichte Amerikas, und der Verlust für die CDU ein Weckruf für die Mächtigen ist. Wir sehen eindeutig eine Bevölkerung, die meint, dass die Politiker sie nicht gut vertreten haben."

Nach dem Video-Interview war ich optimistischer, weil ich wusste, dass klarsichtige, furchtlose Menschen wie „Ric" sich nicht unterkriegen lassen und im Kampf für die Freiheit vorankommen. Vielleicht wird das Jahr 2022 wirklich einen Wendepunkt markieren. Wie Ric erwähnte, erkennen die Menschen, dass die Regierungen das Virus nicht aufhalten können. Ihre wankelmütige Corona-Politik wird infrage gestellt wie nie zuvor. Aber in Deutschland, wo die Diskussion über eine allgemeine Impfpflicht dominiert, herrscht unter den Freiheitsliebenden immer noch Depression.

Orit Arfa: „Unsere Leute" in Deutschland sind sehr deprimiert.

Richard Grenell: „Die Leute müssen aufhören, deprimiert zu sein, sie müssen anfangen, zurückzuschlagen."

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau"
oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Deutsche Kreuzritter im Heiligen Land

Der ARD-Korrespondent Benjamin Hammer und der als EU-Gesandter auftretende Kühn von Burgsdorff verstehen ihre Aktivitäten in Israel und den „Palästinensergebieten" offensichtlich als Auftrag, bei jeder Gelegenheit Partei gegen den jüdischen Staat zu ergreifen. (JR)

Von Stefan Frank

Sven Kuhn von Burgsdorff, „EU Ambassador to the Palestinian Territories", ein falscher Botschafter in einem nicht existierenden Staat

In der öffentlich-rechtlichen, gebührenfinanzierten Onlinezeitung tagesschau.de erschien im Januar ein Beitrag („Diplomat in aller Öffentlichkeit"), in dem ARD-Korrespondent Benjamin Hammer den von der EU entsandten Anti-Israel-Aktivisten Sven Kühn von Burgsdorff über den grünen Klee lobte – gerade weil dieser eben keine Diplomatie betreibe, sondern vor Ort ist, um PR-Coups gegen Israel zu landen:

„Der Diplomat aus Deutschland setzt auf die Kraft der Bilder. Er sprang schon mit einem Fallschirm und einer palästinensischen Flagge aus einem Flugzeug und sagte, die Palästinenser sollten ihren Traum eines freien und unabhängigen Staates nicht aufgeben."

„Bilderträchtige Auftritte und klare Worte", nennt Hammer das entzückt. Da haben sich offenbar die zwei Richtigen gefunden – zwei, die ihre herausgehobene Position in der Öffentlichkeit als deutsche bzw. EU-Gesandte in Israel als Auftrag verstehen, Partei gegen ihre Gastgeber zu ergreifen.

Sven Kühn von Burgsdorffs Berufsbezeichnung lautet: „Leiter der EU-Delegation im Westjordanland und Gazastreifen, UNRWA." Benjamin Hammer ist Korrespondent im ARD-Hörfunkstudio in Tel Aviv. Beide leben in Israel, beide erhalten ihr Gehalt von der Allgemeinheit (von den Steuer- beziehungsweise GEZ-Zahlern) und beide arbeiten unermüdlich gegen ihr Gastland, den einzigen jüdischen Staat der Welt, indem sie regelmäßig feindselige Propaganda verbreiten.

Nicht das erste Mal

Im Oktober 2021 hatte Benjamin Hammer aus Anlass des zehnten Jahrestags der Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit aus der Geiselhaft der Hamas in einem auf tagesschau.de veröffentlichten Beitrag auf eine ganz eigene Weise an den Fall erinnert.

Begriffe wie „Geisel", „Geiselnehmer", „Geiselnahme", „Geiselhaft", „Kidnapper", „Entführung" oder „Entführer" vermied Hammer penibel. In Hammers Darstellung wurden alle Spuren eines Verbrechens verwischt, aus der Geisel Gilad Shalit wurde, so die Überschrift: „Gilad Shalit – ein wertvoller Gefangener."

„Wertvoll" ist immer etwas Gutes, Hochgeschätztes und darum eine Lieblingsvokabel der Reklame („Fruchtzwerge von Gervais – so wertvoll wie ein kleines Steak"). Dem Leid der verzweifelten Angehörigen, die über Jahre von der Hamas im Unklaren darüber gelassen wurden, ob Gilad überhaupt noch lebt, widmete Hammer keinen Gedanken.

Die Terroristen der Hamas und der PFLP, die Shalit entführten, bezeichnete er als „militante Palästinenser". Und dass sie bei der Entführung Shalits die Soldaten Hanan Barak und Pavel Slutzker töteten, blendete er völlig aus; die Getöteten kamen bei ihm nicht vor.

Terroristen verharmlosen

Im Mai 2021, anlässlich der Gewalt in mehrheitlich arabischen Städten Israels wie Jaffa, Lod und Akko, schrieb Hammer auf tagesschau.de: „In Jaffa wurde ein arabischer Junge durch einen Brandsatz schwer verletzt." Hammer nannte, weil es zu der Botschaft seines Textes von den „Extremisten auf beiden Seiten" passte, die Tat in einem Atemzug mit dem Brandanschlag auf eine Synagoge in Lod.

Dass es drei Araber waren, die in Jaffa den Brandsatz geworfen hatten, der den arabischen Jungen schwer verletzte (und die dabei von einer Überwachungskamera gefilmt und anschließend festgenommen wurden), verschwieg Hammer, obwohl dies zum Zeitpunkt der Veröffentlichung schon zwei Tage lang bekannt war.

Dass er bereit ist, Terroristen zu verharmlosen und Terrorunterstützer schönzufärben, zeigte Hammer auch nach dem Tod des PLO-Funktionärs Saeb Erekat. Erekat war ein Verfechter der Terrorrenten, also der Politik, die Mörder von Juden beziehungsweise ihre Familien finanziell zu belohnen, wenn sie wegen ihrer Morde ins Gefängnis kommen.

In einem Gastbeitrag für die israelische Tageszeitung Haaretz bezeichnete Erekat die Terroristen im Mai 2019 irreführend als „politische Gefangene" und die Terrorrenten als „Wohlfahrtssystem". Die PFLP-Terroristin Khalida Jarrar, die kurz zuvor aus israelischer Haft entlassen worden war, nannte er in demselben Beitrag seine „Kollegin".

Und an den PFLP-Chef Ahmad Sa'adat , der in Israel wegen der Ermordung des israelischen Tourismusministers Rehavam Se'evi im Jahr 2001 inhaftiert ist, schrieb er in einem Brief an den „lieben Bruder":

„Unser Geliebter, die Dunkelheit des Gefängnisses wird zu einem Ende kommen. Wir glauben, dass wir uns bald treffen werden und den Sieg und die Befreiung und die Freiheit feiern, für alle Häftlinge."

2002 hatte Erekat gegenüber dem amerikanischen Nachrichtensender CNN die folgenreiche Lüge in die Welt gesetzt, die israelische Armee habe im Flüchtlingslager Dschenin ein „Massaker an 500 Palästinensern" verübt. Damit trug er wesentlich dazu bei, weitere Palästinenser dazu zu motivieren, Mordanschläge auf Juden zu verüben.

Nichtsdestoweniger zeichnete Benjamin Hammer für die Tagesschau das Bild eines Friedensstifters: „Erekat war ein Vertreter jener Generation von Palästinensern, die Hoffnung machten", schrieb er, und „von zwei Staaten sprachen, die Seite an Seite nebeneinander existieren". Ein antiisraelischer Hetzer soll Erekat nicht gewesen sein, wenn er auch „in den letzten Jahren manchmal sehr energisch" geworden sei und „beinahe Wutausbrüche" gehabt habe.

Es gibt keinen „EU-Botschafter" in Ramallah

Bei Sven Kühn von Burgsdorff ist schon das Amt, das er zu bekleiden meint, eine Anmaßung und völkerrechtswidrig: Laut dem Oslo-II-Abkommen darf die PLO beziehungsweise Palästinensische Autonomiebehörde keine „Botschaften, Konsulate oder andere Arten von ausländischen Missionen und Posten" betreiben und auch nicht solche „im Westjordanland oder im Gazastreifen" einrichten oder „diplomatisches und konsularisches Personal" akkreditieren.

Das Oslo-II-Abkommen ist von der EU anerkanntes Völkerrecht, was die EU und Kühn von Burgsdorff tun, ist illegal. Denn auch, wenn die EU selbst ihn nicht als Botschafter bezeichnet – die Palästinensische Autonomiebehörde nennt ihn so, um den Eindruck zu erwecken, es gebe einen Staat Palästina, der diplomatische Beziehungen zur EU unterhalte.

Da ist es nicht überraschend, dass Kühn von Burgsdorffs vorrangiges Ziel ein weiterer Bruch des Völkerrechts ist. Auch die Corona-Pandemie hält ihn nicht davon ab, immer wieder mit einem großen Konvoi von Politikern und Journalisten durch die Area C der Westbank zu reisen – deren Verwaltung laut den Osloer Abkommen allein Israel obliegt – und dort vor versammelten Kameraleuten und Fotografen darüber zu klagen, dass Israel irgendein Gebäude, das die Palästinensische Autonomiebehörde ohne Baugenehmigung mit EU-Mitteln dort errichtet hat, abzureißen beabsichtige.

Israel schlecht aussehen lassen

Während Israel und die PLO sich im Oslo-II-Abkommen darauf geeinigt hatten, über den Status von Jerusalem zu verhandeln – Verhandlungen, denen sich PLO-Chef Mahmud Abbas ebenso verweigert wie sein Vorgänger Jassir Arafat –, oktroyiert Kühn von Burgsdorff den Israelis:

„Für uns ist Ostjerusalem Teil des besetzten palästinensischen Territoriums und der Status Jerusalems als zukünftige Hauptstadt der beiden Staaten sollte immer respektiert und geschützt werden."

So begeistert er ist, wenn die Palästinensische Autonomiebehörde illegale Bauten in Area C errichtet, so sehr hasst er es, wenn in Jerusalem Wohnungen für jüdische Familien gebaut werden. Dann fährt er in seinem schwarzen VW Touareg-Geländewagen vor, um dagegen zu protestieren – Fotografen und Kameraleute sind natürlich wieder dabei.

Immer geht es ihm darum, Israel schlecht aussehen zu lassen und die Botschaft zu senden, dass allein die EU entscheide, wer bauen darf: Illegale Bauten der Palästinensischen Autonomiebehörde in Area C sind gut; rechtmäßig errichtete Wohnungen für Juden in Jerusalem sind böse.

Terror kein Hinderungsgrund

Den Vogel abgeschossen hat Kühn von Burgsdorff, als er im März 2020 einen Brief an 135 von der EU bezahlte arabisch-palästinensische Organisationen schrieb, in dem er diese beruhigte, dass eine etwaige Unterstützung von Terrororganisationen für die EU kein Grund sei, ihnen den Zugang zu den Geldtöpfen der EU zu verwehren.

Zwar könnten „Entitäten und Gruppen“, die auf der EU-Anti-Terror-Liste stehen, „nicht von Aktivitäten profitieren, die von der EU finanziert sind“, das gelte aber nicht für „natürliche Personen“, die zu Terrorgruppen gehören, sie unterstützen oder mit ihnen sympathisieren; einzige Voraussetzung, so Kühn von Burgsdorff: Die betreffende Person dürfe nicht mit ihrem „exakten Namen und Familiennamen“ auf der Liste stehen.

Kühn von Burgsdorff betätigte sich also als Finanzberater von Organisationen mit Verbindungen zu Terroristen – denn Organisationen, die solche Verbindungen nicht pflegen, hätten eines solchen Ratschlags ja nicht bedurft. Was er tat, war nicht nur eine Billigung von Terrorismus, sondern geradezu eine Anleitung für Terroristen, eine Gesetzeslücke zu nutzen, um ungeachtet der Anti-Terror-Liste an EU-Gelder zu kommen.

„Palästinensische Identität und Präsenz erhöhen“

„Wir sind alarmiert, dass ein hochrangiger EU-Diplomat geäußert hat, dass palästinensische NGOs, die mit Gruppen verbunden sind, die von der EU als Terrororganisationen eingestuft werden, weiterhin EU-Gelder erhalten könnten“, schrieb eine Gruppe von EU-Parlamentariern in einem Brief an den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell.

Die Abgeordneten zitierten aus Kühn von Burgsdorffs Schreiben und begründeten, warum es ihrer Meinung nach in krassem Widerspruch zu geltendem EU-Recht und den Werten der EU steht. Die Äußerung werfe „ernsthafte Fragen auf, was die Einhaltung dieser kritischen Werte und Bestimmungen betrifft, die das Verhalten unserer Vertreter im Ausland regeln“.

Zudem widerspreche sie auch der Politik der EU-Kommission, EU-Nachbarschaftskommissar Olivér Várhelyi nämlich hatte kurz zuvor in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage an die EU-Kommission betont, dass „Personen, die als mit terroristischen Organisationen oder Aktivitäten verbunden gelten“, „keine Zahlungen“ von der EU erhalten könnten.

Der Brief enthielt eine weitere Kampfansage an Israel und geltendes internationales Recht, die mit den EU-Schwarzbauten umgesetzt wird: Kühn von Burgsdorff nannte es als das strategische Ziel der EU, „überall auf palästinensischem Territorium die palästinensische Identität und Präsenz zu erhöhen, insbesondere in Ostjerusalem und Area C“ [Hervorhebung des Verfassers]. Die Jerusalemer Altstadt, die das Jüdische Viertel und die Westmauer des Tempels beherbergt, ist für Kühn von Burgsdorff also „palästinensisches Territorium“ und es ist das Ziel der Europäischen Union, im Herzen der israelischen Hauptstadt die „palästinensische Identität und Präsenz zu erhöhen“.

Propaganda und nicht Diplomatie

In seinem auf tagesschau.de veröffentlichten Porträt beschreibt Hammer mit dankenswerter Offenheit, dass Kühn von Burgsdorffs Fähigkeit nicht die Diplomatie ist, sondern die Propaganda – was Hammer aber ganz ausgezeichnet findet:

„Obwohl das Umfeld für den Diplomaten so sensibel ist, setzt der auf klare Worte. Manche sagen: Klarer, als das bei vielen anderen Diplomaten in der Region der Fall ist. So spricht er häufig von Unrecht, das durch die israelische Besatzung entstehe.

›Beeindruckend‹ sei der Mann aus Deutschland, sagt ein hochrangiger Vertreter der Palästinenser. Der EU-Botschafter besuchte vor Kurzem eine palästinensische Familie in Ost-Jerusalem, die von einer Zwangsräumung durch Israel bedroht ist. Fotos zeigen, wie von Burgsdorff die Hand einer älteren Frau hält. ‚Der kümmert sich‘ – das ist die Botschaft an die Palästinenser.“

AHMAD GHARABLI / AFP

Der „EU-Botschafter“ zu Besuch in Ost-Jerusalem

Der „Diplomat aus Deutschland“, so Hammer weiter, setze auf die „Kraft der Bilder“:

„Er sprang schon mit einem Fallschirm und einer palästinensischen Flagge aus einem Flugzeug und sagte, die Palästinenser sollten ihren Traum eines freien und unabhängigen Staates nicht aufgeben. Von Burgsdorff, das kann man durchaus so sagen, zeigt sich gerne vor Kameras. Er fuhr auch schon mit freiem Oberkörper im Kajak vor der Küste des Gazastreifens. (…)

Der Diplomat will im Internet – abseits von Politik und klassischer Diplomatie – die öffentliche Meinung beeinflussen.“

Das alles hat nichts mit Diplomatie zu tun, aber sehr viel mit Agitation und Propaganda. Etwas vornehmer könnte man Kühn von Burgsdorff auch als Lobbyisten, PR-Agenten oder Influencer bezeichnen. Er verfolgt politische Ziele, die sich erklärtermaßen gegen Israel richten und versucht, sie mit den Mitteln der Massenbeeinflussung zu erreichen.

„Völkerrecht ist für die EU der absolute Leitfaden“

ARD-Korrespondent Benjamin Hammer hat daran nichts auszusetzen, sondern himmelt ihn entgegen den Tatsachen als „EU-Botschafter“ an, ganz im Geist der PLO, die das auch so sieht. Schon der erste Satz in Hammers Beitrag lässt tief blicken:

„Der Nahost-Konflikt führt Diplomaten immer wieder die Grenzen ihrer Möglichkeiten vor Augen.“

Das klingt, als wäre es Aufgabe eines deutschen Diplomaten, in Israel Politik zu machen und den „Nahost-Konflikt“ zu lösen. Diesen beschreibt Hammer als einen, bei dem „sich die Konfliktparteien so unversöhnlich gegenüberstehen“.

In Wahrheit ist es nur eine Konfliktpartei, die unversöhnlich ist; die jeden auch noch so entgegenkommenden Friedensplan – oder auch nur Verhandlungen darüber – ablehnt; die stattdessen dazu aufruft, „Blut für Al-Quds“ zu vergießen, die das Kriegshandwerk in ihrem Wappen führt, Kinder zum „Märtyrertum“ erzieht, die Mörder von Müttern und Babys als „Helden“ feiert und die Tötung von Juden zur religiösen Pflicht erhoben hat.

Das Amt eines Botschafters – wenn Hammer den EU-Vertreter denn schon so nennen will – ist ein zeremonielles. Er überbringt, wie der Titel sagt, Botschaften seiner Regierung und unterliegt deren Weisungen. Er ist eine Art Briefträger. Hammer aber wünscht sich einen Aktivisten mit eigenen politischen „Möglichkeiten“, und Kühn von Burgsdorff sieht das genauso. Er will strategische Pläne der EU gegen israelischen Widerstand durchsetzen und tarnt seine Aktivität als Einsatz für „Völkerrecht“.

„Völkerrecht ist für die EU der absolute Leitfaden“, zitiert ihn Hammer. Und weiter:

„Es gibt wahrscheinlich keinen Rechtsrahmen, der der EU so wichtig ist wie das Völkerrecht. Wir sind ja entstanden letztlich, weil wir keinen Krieg mehr haben wollten. Das EU-Projekt ist ein Friedensprojekt. Umso mehr haben wir auch die Verpflichtung, uns daran zu halten.“

Das sagt der Mann, der das Völkerrecht mit Füßen tritt: mit seiner „Botschafter“-Scharade, seiner öffentlichen Unterstützung für die illegale Bautätigkeit der Palästinensischen Autonomiebehörde in der West Bank und seinen erklärten Plänen zur Schaffung eines arabisch-palästinensischen Staates nach den alleinigen Vorstellungen und Maßgaben der EU.

Moderne Kreuzritter

Hammer wohnt unweit von Jaffa, wo vor Jahrhunderten die europäischen Kreuzritter an Land gingen; Kühn von Burgsdorff treibt sein Unwesen in und um Jerusalem herum, der Stadt, auf die es die Kreuzritter abgesehen hatten. Wie ihre Vorgänger haben Hammer und Kühn von Burgsdorff ein starkes Sendungsbewusstsein. Sie treten als Kolonialherren auf, wollen das Land Israel ihren eigenen Vorstellungen unterwerfen, weil sie davon überzeugt sind, es besser zu wissen: Sie bringen das Gute.

In seiner Huldigung des Ritters Kühn von Burgsdorff verzichtet Benjamin Hammer nicht auf die Anrufung der Geschichte:

„Und dann ist da noch die Schwere der Geschichte, sind da die Gräueltaten von Nazi-Deutschland, die Verantwortung für die Opfer des Holocaust und ihre Nachfahren.“

Im Hinblick auf den Staat Israel und aus dem Mund eines deutschen Regierungsvertreters oder eines seiner Journalisten war der Hinweis auf diese angeblich so schwere Last selten etwas anderes als die verblümte Drohung, man würde mit den Israelis ja noch kürzeren Prozess machen, wäre der Schwertarm nicht durch vergangene Ereignisse gelähmt und durch die Rücksichten, die man deshalb notgedrungen auf die Juden nehmen müsse.

Auch er kenne und berücksichitge die „Ursachen für diplomatische Zurückhaltung“, behauptet Kühn von Burgsdorff. Der Mann, der wie ein Generalgouverneur auftritt, ist also seiner eigenen Selbstwahrnehmung nach noch „diplomatisch zurückhaltend“. Man mag sich nicht vorstellen, was ihm erst einfiele, wenn er meinte, völlig ungehemmt sein zu können.

Benjamin Hammer und Sven Kühn von Burgsdorff sind symptomatisch für einen ganzen Gewerbezweig. Ob im EU-Komplex, in vermeintlichen Menschenrechtsorganisationen, kirchlichen Verbänden, Parteistiftungen, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder der Deutschen Welle: Die Anti-Israel-Industrie hat überall dort Ableger, wo sie große Breitenwirkung hat, und vorzugsweise dort, wo Propaganda auch noch staatlich alimentiert wird und sich in den Mantel einer großen Institution kleiden kann.

Eine gute Nachricht enthält Hammers Beitrag: „In anderthalb Jahren wird von Burgsdorff Jerusalem verlassen, in Richtung Rente.“ Dann ist ein Friedenshindernis ja schon mal aus dem Weg geräumt. Leider wird kein Mangel herrschen an Israelhassern, die den schwarzen VW Touareg werden übernehmen wollen, der seinen Besitzer zum König von Jerusalem macht.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Über den Autor:

Stefan Frank, geboren 1976, ist unabhängiger Publizist und schreibt u.a. für Die Achse des Guten, Audiatur online und MENA Watch. Buchveröffentlichungen: Die Weltvernichtungsmaschine. Vom Kreditboom zur Wirtschaftskrise (2009); Kreditinferno. Ewige Schuldenkrise und monetäres Chaos (2012).

Zeitenwende: Arabisches Tauwetter in den Beziehungen zu Israel

Im Nahen Osten hat eine vielversprechende Revolution der Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Ländern begonnen. Die Unterzeichnung des Abraham-Abkommens im September 2020 ermöglicht es vielen Arabern, offen ihre Sympathien für Israel zu bekunden, ohne Angst vor der Reaktion ihrer Landsleute haben zu müssen. Es öffnet ihnen auch die Tür, den jüdischen Staat zu besuchen. (JR)

Ein Plakat vor der Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate in Tel Aviv, das an die Unterzeichnung des Abraham-Abkommens erinnert

Beispiellose freundschaftliche Beziehungen zwischen Israel, Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Marokko haben nicht nur den „kalten Frieden" mit Jordanien und Ägypten zum Schmelzen gebracht, sondern scheinen auch die Normalisierung der Beziehungen zu anderen muslimischen Ländern, darunter Libyen, Saudi-Arabien und Indonesien, näher zu bringen. (Ein interessantes Beispiel: Die führende englischsprachige saudische Zeitung Arab News hat zum ersten Mal den amerikanischen Rabbiner Mark Schneier als Kolumnisten eingeladen, der zweimal pro Woche verschiedene Themen behandeln wird: interreligiöser Dialog, Beziehungen zu Israel, kulturelle Fragen der jüdischen und muslimischen Welt und v. m.) Der Irak ist auch an der Reihe: Im vergangenen September war die Stadt Erbil im irakischen Kurdengebiet Gastgeber einer Konferenz, an der mehr als 300 prominente Iraker teilnahmen, die die irakische Regierung dazu aufriefen, dem Abraham-Abkommen beizutreten. Ihrer Meinung nach wird ein Frieden mit Israel die Region stabilisieren. Sie betonten, dass Israel ein integraler Bestandteil des Nahen Ostens sei und der Frieden mit dem jüdischen Staat viele Konflikte in diesem Teil des Planeten beenden werde.

Die Abraham-Abkommen führten unter Teilen der arabischen Bevölkerung im Nahen Osten auch zu dem, was man „arabischen Zionismus" nennen könnte. Natürlich gab es auch früher solche Araber, die offen pro-israelisch eingestellt waren. Aber jetzt, nach der Unterzeichnung der Abkommen, brauchen die Bewohner einiger arabischer Länder dies nicht mehr zu verheimlichen.

In der britischen Zeitung The Jewish Chronicle wurde dem neuen Phänomen der „arabischen Zionisten" eine eigene Publikation gewidmet. Ein anderes Video zeigt einen arabischen Gelehrten im langen weißen traditionellen Gewand beim Besuch von Yad Vashem, er ist zu Tränen gerührt: "Gemeinsam – Muslime, Juden und Christen – versprechen wir Ihnen: Das wird nie wieder passieren."

Die Unterzeichnung des Abraham-Abkommens im September 2020 ermöglichte es vielen Arabern, offen ihre Sympathien für Israel zu bekunden, ohne Angst vor der Reaktion ihrer Landsleute zu haben, und öffnete ihnen gleichzeitig die Tür, den jüdischen Staat zu besuchen.

Loai Al-Scharif, ein 39-jähriger selbsternannter Zionist aus Abu Dhabi, hat 180.000 Follower auf Twitter und mehr als 80.000 auf Instagram. Geboren in Jeddah in Saudi-Arabien, studierte er Programmieren in den USA und 2010 verbrachte er einige Zeit bei einer jüdischen Familie in Paris, um Französisch zu lernen. „Das war die Zeit, die meine Einstellung zum jüdischen Volk verändert hat, denn damals habe ich die Juden besser kennengelernt", sagt Al-Scharif. So begann seine Mission, biblische Geschichte, Archäologie und die Geschichte des Nahen Ostens zu erforschen, was ihn dazu brachte, die Legitimität des Staates Israel einzusehen. Er verweist auf jüdische Texte und stellt fest, dass „Juden keine Kolonisatoren oder Eroberer im Land Israel sind: Wenn sie es wären, dann waren David, Salomo und Jesaja auch Kolonisatoren, und das hätte den Islam getötet."

Auch Fatima Al-Harbi, 30, aus Bahrain ist online sehr aktiv, schreibt Autor Jonathan Sakerdotti. Fatima studierte in Australien, wo sie verschiedene Kulturen und Menschen kennenlernte. Sie arbeitete sieben Jahre im Bildungsministerium von Bahrain und machte anschließend ihren Master in Personalmanagement. Al-Harbi nennt die historischen Abraham-Abkommen „etwas Unmögliches und dennoch Geschehenes". Sie teilte ihre Begeisterung auf Twitter und Instagram und erhielt bald von Online-Freunden eine Einladung nach Israel. „Wer möchte nicht etwas Neues kennenlernen? Das ist terra incognita für uns in der arabischen Welt." Als Fatima zwei Monate später in Israel ankam, war sie die erste private Touristin aus Bahrain. „Ehrlich gesagt, hatte ich ein bisschen Angst", sagt sie. „Familie und Freunde sagten: ‚Oh Gott, gehst du ernsthaft nach Israel?'; sie hörten ja nur Negatives in den Medien."

Al-Scharif, im Gegensatz zu ihr, war noch nie in Israel, bezeichnet sich aber als stolzen Zionisten. 2018, zwei Jahre vor dem Abkommen, begann er pro-israelische Inhalte auf seinen Socialmedia-Accounts zu veröffentlichen und stellte fest, dass sie nicht gut aufgenommen wurden. Aber sobald die Abkommen unterzeichnet wurden, erhielt er zahlreiche weitere Follower im Internet. „Baruch Hashem, so viele Leute kamen an Bord", bemerkte er.

Als Fatima im Oktober 2020 von ihrem ersten Israelbesuch nach Bahrain zurückkehrte, wurde sie als „das Mädchen, das nach Israel ging" berühmt, sah sich aber auch mit Morddrohungen konfrontiert. Im Oktober 2021 war das kein Hindernis mehr, erneut den jüdischen Staat zu besuchen. Im Laufe des Jahres hat sich die Stimmung geändert und die Reaktionen waren durchwegs positiv. «Man fragte mich: 'Wie können wir Israel sehen?»

Reisen wie die von Fatima wurden größtenteils von neu gegründeten NGOs organisiert, die sich für die Förderung zivilgesellschaftlicher Beziehungen zwischen Israel und seinen Partnern im Abraham-Abkommen einsetzen. Die von der NGO Scharaka organisierte Reise half Fatima dabei, ihre Vorurteile gegenüber Israelis zu überwinden: „Sobald ich dort gelandet war, sah ich, wie freundlich die Menschen waren. Muslime, Juden waren noch glücklicher als wir, dass wir gekommen sind. Wir trugen unsere traditionelle Kleidung und waren auf den Straßen Israels leicht zu erkennen. Fremde Menschen fragten: ‚Sind Sie aus Bahrain oder Dubai?' Sie sagten immer wieder: ‚Willkommen in Israel!' Bewegt erinnert sie sich auch an den Besuch in Yad Vashem: „In einem arabischen Land wissen wir nur sehr wenig über den Holocaust. Ich lese gerne und weiß etwas mehr als die meisten Menschen in Bahrain. Man spricht nicht darüber, das wird nicht unterrichtet." Als ihre Reisegruppe zum ersten Mal von der Schoah hörte, waren Menschen sehr ergriffen. „Meine Freunde haben während der Führung wirklich geweint. Danach habe ich sofort meine Erfahrungen und Eindrücke mit meinen Followern auf Instagram und Twitter geteilt. Ich wollte, dass sie wissen, was ich an diesem Tag gelernt habe."

Online-Inhalte, die von Arabern geteilt werden, die mit Israel sympathisieren, sind oft eher kulturhistorischer als politischer Natur. Al-Scharif begann mit einer biblischen Geschichte und versuchte, sein Publikum über Hebräisch und die Anwesenheit von Juden in der Region aufzuklären.

Die arabische Unterstützung für Israel hängt oft von der Loyalität gegenüber der „palästinensischen Sache" ab. Aber auch das änderte sich mit der Unterzeichnung des Abraham-Abkommens.

Mit Blick auf die Zukunft sind sowohl Loai Al-Scharif als auch Fatima Al-Harbi optimistisch. Loai ist zuversichtlich, dass sein Heimatland Saudi-Arabien irgendwann auch die Beziehungen zu Israel normalisieren wird: „Das ist der wahre Weg. Mehr Frieden, weniger Spannungen, keine Kriege mehr." Dan Feferman, Gründer des VAE-Israel Wirtschaftsrates, sagte: „Den Menschen in der Golfregion wurde fast ihr ganzes Leben lang beigebracht, dass die Israelis die Besatzer, die Bösen sind. Aber wir treffen uns mit Menschen im Ausland, und wir scheinen normale, nette Leute zu sein. Sie hören von Technologien, Nobelpreisen, Wissenschaftlern, und das alte Zeug ergibt keinen Sinn mehr. Jetzt haben sie dafür staatliche Unterstützung."

Die positive Einstellung in der arabischen Welt gegenüber Israel ist an sich nicht neu, neu ist nur die offene Manifestation dieses Trends. „Ich habe viele Jahre lang an geheimen und weniger geheimen Treffen von Israelis mit Europäern und Arabern teilgenommen", erinnert sich der britische Nahost-Kommentator Tom Gross. „Der gute Wille, das Interesse war immer da. Ich habe unter den Linken in London und Paris viel mehr Feindseligkeit gegenüber Israel erlebt als unter den Menschen, die in arabischen Ländern leben." Bisher sind das jedoch einzelne Stimmen. Aber andere folgen. Auch nach dem Führungswechsel in den USA und Israel sind die Beziehungen stark geblieben, und eine neue Welle der Freundlichkeit gegenüber Israel breitet sich über das Internet im Nahen Osten aus, wie ein pro-zionistischer Golfstrom, stellt der Autor von The Jewish Chronicle fest.

Aus dem Russischen von
Irina Korotkina

David Friedmans Buch „Sledgehammer“: Wie die Trump-Diplomatie dem Nahen Osten den Frieden ein deutliches Stück näher gebracht hat.

Der ehemalige US-Botschafter in Israel David Friedman beschreibt in seinem Buch „Sledgehammer“ den Weg zum Abschluss der Abraham-Abkommen und gewährt dem Leser einen Blick hinter die Kulissen der von Deutschland und der EU massiv angefeindeten pro-israelischen Trump-Politik. Für große politische Durchbrüche braucht die Diplomatie eben manchmal einen „Vorschlaghammer“. (JR)

Von Orit Arfa

Deutsche Juden, die Israel lieben, wissen bereits seit dem Wirken von Botschafter Richard Grenell, dass Donald Trump sich darauf verstand, eigenwillige und offen pro-israelische Botschafter auszusuchen.

Während linke Medien Grenell weithin kritisierten, würdigte ihn diese Zeitung als unbeugsamen Verteidiger Israels. Er setzte die deutsche Regierung unter Druck, endlich die Hisbollah zu verbieten — und hatte Erfolg damit. Er trug solidarisch und stolz eine Kippa, nachdem der Antisemitismusbeauftragte Felix Klein Juden davor gewarnt hatte, dies in der Öffentlichkeit zu tun. Und er sorgte dafür, dass deutschen Unternehmen klar ist, dass sie einen hohen Preis zahlen müssen — sowohl moralisch als auch finanziell — wenn sie amerikanische Sanktionen umgehen und Geschäfte mit den judenhassenden Mullahs machen. Manchmal hieß es, seine Diplomatie sei „konfrontativ“, auch in Bezug auf seine Kritik an Nord Stream 2. Aber es war genau diese robuste Diplomatie, deren Ergebnisse am Ende auch Deutschland gute Dienste leisteten. Wäre Grenell heute noch in Berlin, hätte die Ukraine-Krise wahrscheinlich verhindert werden können.

Jeder, der Grenells Führungsstil kennt, wird bei der Lektüre von „Sledgehammer“, den Memoiren von David Friedman, ähnliche Führungsqualitäten in Trumps Mann in Jerusalem wiedererkennen. Beide Diplomaten waren treue Verfechter von Trumps America-First-Agenda und beide zeigten, dass ein Eintreten für Israel unmittelbar in Einklang mit dieser Politik stand — ebenso wie ihre persönlichen und religiösen Überzeugungen, in Grenells Fall die eines evangelikalen Christen und im Fall von Friedman die eines modernen orthodoxen Juden. In seinen Memoiren erklärt Friedman, wie wichtig das biblische Erbe, das sich im Land Israel ereignete, für die Prinzipien ist, die der Gründung der Vereinigten Staaten zugrunde liegen.

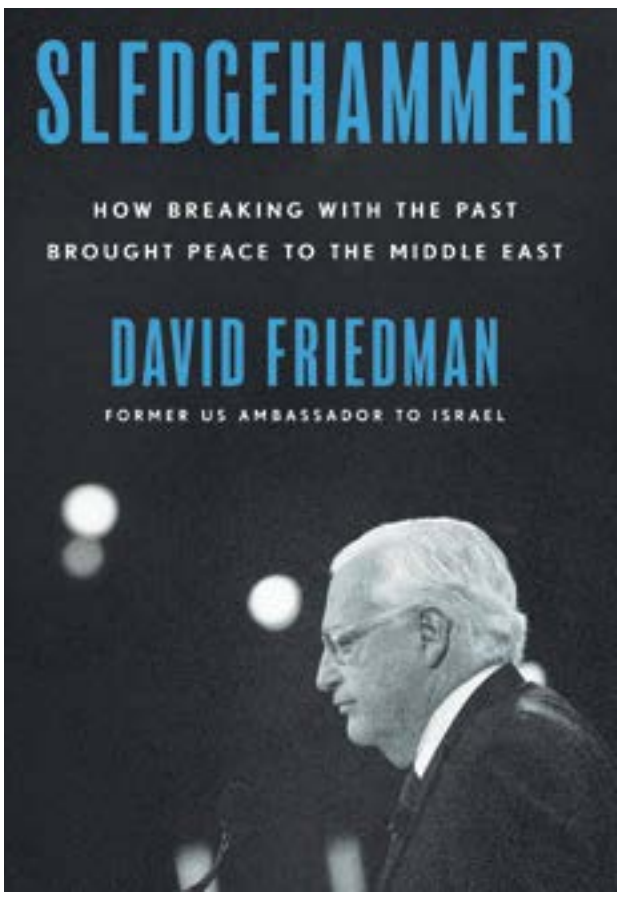
„Israel ist unsere letztgültige Geschichte“, schreibt er, „und wenn, was Gott verhüten möge, diese Geschichte für ungültig erklärt wird, dann ist unser nationales Fundament nichts als Sand.“

Beide Diplomaten gaben bereits bei ihrer Vereidigung zu erkennen, dass sie sich wenig aus Konventionen machen. Grenell leistete seinen Eid auf einer riesigen Familienbibel, während sein Partner Matt Lashey neben ihm stand (woraufhin ein Blogger witzelte, dass Vizepräsident Mike Pence im Begriff war, ein schwules Paar abzuschieben). Friedman trug eine Kippa, hatte seine Ehefrau Tammy an seiner Seite und legte auf seiner Familienbibel eine „eidesstattliche Erklärung“ ab, weil Vereidigungen im Judentum nur in besonderen Fällen erlaubt sind.

Beide Diplomaten trafen sich mit Popstars, als sie mit ihrer Arbeit loslegten. Nach dem Konzert von Britney Spears in Berlin hingen die Tänzer des Popstars in Grenells Dahlemer Villa ab. Friedman war Backstage bei der Band „Aerosmith“. Es sind aber nicht die Treffen mit den Stars oder die extravaganten Partys am 4. Juli deretwegen das Erbe dieser Botschafter in Erinnerung bleiben wird (bei Grenell waren diese Partys ungeniert pro-amerikanisch und bei Friedman ungeniert koscher). Sie kamen nicht zum Feiern in diese Welthauptstädte.

„Sledgehammer“ (Vorschlaghammer) spielt symbolisch auf die Mittel an, die nötig waren, um die abgestandenen Ansichten des außenpolitischen Establishments über den Mittleren Osten zu durchbrechen und verbindet religiöse Gelehrsamkeit, fesselnde Anekdoten und Insiderwissen, um politisches Handeln zu veranschaulichen, das den America-First-Gedanken und eine pro-israelische Weltanschauung umsetzte. Friedman war so pro-israelisch, dass ein Beamter des Außenministeriums ihm sogar riet, es solle „nicht so jüdisch“ sein.

Manchmal schien Friedman ein besserer Vertreter Israels zu sein als führende israelische Politiker. Zum Beispiel als er Premierminister „Bibi“ Netanyahu nahelegte, er solle Trump eine Montage mit Aussagen von „Palästinenserführer“ Mahmoud Abbas zeigen, in denen dieser den Terror verherrlicht, damit sichergestellt ist, dass Trump nicht auf sein Theater des „netten, friedliebenden Kerls“ hereinfällt. Es funktionierte. Friedman erklärte, es sei im Interesse Amerikas, dafür zu sorgen, dass Trump keine Entscheidungen träfe, die auf falschen Annahmen beruhten. In einem anderen Fall überzeugte Friedman Bibi mit Trumps Einverständnis, dass er falsch läge, wenn, er aus Respekt gegenüber den Vereinigten Staaten, den anti-israelischen Kongressabgeordneten Rashida Tlaib und Ilhan Omar gestatten würde, Israel zu betreten, um voreingenommen eine Rundreise zu machen.



Menschliches und politisches Geschick

Im Kapitel „Donald und ich“ erzählt Friedman, wie er Trump als Insolvenzanwalt kennenlernte. Seine persönliche Achtung für Trump nahm noch zu, als Trump 2005 in seiner Limousine bei stürmischem Wetter zu Friedman reiste, um ihm einen Schiwa-Besuch abzustatten (seine Anteilnahme auszusprechen), nach dem Tod seines Vaters, eines sehr pro-israelischen konservativen (Masorti) Rabbis in New York. Sie kamen sich durch die gemeinsame Liebe zu ihren Vätern näher. Später war Trump wiederum von Friedmans Fähigkeiten beeindruckt, einen „Deal“ über die Bühne zu bringen, als er in einem Telefonat von nur zehn Minuten die gegnerische Seite so geschickt lenkte, dass er einen Fall abschloss, der Trump 23 Millionen Dollar einbrachte.

In einem Zusammenspiel aus göttlicher Vorsehung und menschlichem Handeln bemühte sich Friedman um den Posten des Botschafters in Israel und war erfolgreich.

Mit einer feinsinnigen Mischung aus Demut und Stolz gibt Friedman zu erkennen, dass er erheblich für Trumps pro-israelische Wende verantwortlich war. Durch seine Ernennung zum Berater im Wahlkampfteam von Trump in Sachen Israel zusammen mit Jason Greenblatt hatte er bereits eine gute Ausgangsposition, um zu diesem Wandel in der Republikanischen Politik beizutragen. Sie entfernten den Verweis auf die Zweistaatenlösung aus dem Parteiprogramm und fügten die Anerkennung Jerusalems hinzu. Friedman hatte die Idee, im amerikanischen Konsulat in Jerusalem die amerikanische Botschaft einzurichten, um den Umzug aus Tel Aviv zu beschleunigen. Er überzeugte den Präsidenten, dass es im Interesse Amerikas sei, das 1995 verabschiedete Gesetz des US-Kongresses zur Verlegung der Botschaft umzusetzen. Dies würde zeigen, dass Amerika Versprechen einlöst, sich nicht von Terrorismus einschüchtern lässt und seinen Verbündeten beisteht. Die Vorhersagen von massiven Gewaltausbrüchen als Folge des Umzugs bewahrheiteten sich nicht.

Trumps erster Außenminister, Rex Tillerson, teilte das alte Denken im Auswärtigen Amt, aber Trump gab letztendlich Friedman nach, dem er vertraute. Aber erst als Mike Pompeo Tillerson ersetzte, waren die optimalen Voraussetzungen geschaffen für eine amerikanische Politik, die die Träume des treuen pro-israelischen Lagers in Erfüllung gehen ließ, zum Beispiel die Anerkennung der israelischen Souveränität über die Golan Höhen und die Anerkennung israelischer „Siedlungen“.

Friedman und sein Stab verbanden Realpolitik mit Prinzipien und schufen so die Bedingungen für das Abraham-Abkommen. Er erklärt, dass der im Januar 2020 bekannt gemachte Plan „Peace Through Prosperity“ größtenteils ein strategisches Mittel war, um Bewegung und politisches Kapital zu erzeugen. Israel wurde die Souveränität über die Zone C ermöglicht (Gebiete in Judäa und Samaria, die von Israel kontrolliert werden), ein Schritt, dessen mögliche Umsetzung vom deutschen Bundestag im Juli 2020 verurteilt wurde. Die Sorgen gegenüber solch einem Schritt veranlassten die Vereinigten Arabischen Emirate, mit Israel Frieden zu schließen, wenn Israel die Pläne aussetzen würde. Bahrain, der Sudan, der Kosovo und Marokko folgten diesem Beispiel.

Trumps Männer in Berlin und Jerusalem zeigen, wie Trumps Ansatz von „America First“ eine geopolitische Landschaft verändern kann – und zwar zum Besseren. Friedmans Nachfolger, Tom Nides, gibt selbst zu, dass ihm vermutlich nicht gelingen werde, was Friedman und Trump während einer zweiten Amtszeit wohl hätten erreichen können: Einen Frieden mit Saudi-Arabien, Indonesien und vielleicht sogar Pakistan und dem Libanon.

In einem Interview mit der Times of Israel sagte Nides, ein Teil seiner Aufgabe, Israel als jüdischen und demokratischen Staat zu stützen, bestünde für ihn darin, die Zweistaatenlösung zu unterstützen. Seine Herangehensweise ist: „Tue das Richtige, sei kein Mistkerl und versuche ein netter Kerl zu sein.“

Um unnötige Spannungen zu vermeiden, besucht er keine jüdischen „Siedlungen“ (anders als Friedman und Pompeo, die mit ihren Besuchen in diesen Gemeinden Präzedenzfälle schufen).

„Ich möchte, dass die Leute nach ein paar Jahren sagen, hey, ich weiß nicht, ob er viel erreicht hat, aber er hat auf jeden Fall das Richtige getan“, so Nides. „Das ist alles, worauf es mir wirklich ankommt.“

In Führungskreisen waren Friedman und Grenell nicht als „netten Kerle“ bekannt. Sie waren Mistkerle, die Vorschlaghämmer schwangen und ihren Einfluss in den Hauptstädten geltend machten. Sie scherten sich nicht darum, ob die New York Times in Artikeln gegen sie austeilte, wenn sie Amerika so beschützen und Frieden stiften konnten. Hoffen wir für Amerika, Deutschland und Israel, dass Grenells Nachfolgerin, Amy Gutmann, nicht zu nett sein wird.

Friedman kam nicht, um lediglich das Richtige tun zu wollen. Er kam und tat es. Dazu gehörte letzten Endes auch Frieden im Mittleren Osten.

Helen Mirren als Golda Meir: „Jewfacing“ oder eine glänzende Besetzung?

Anlässlich der Vergabe der Rolle der Golda Meir an die nichtjüdische Oscar-Preisträgerin Mirren, entbrannte eine Diskussion darüber, wie weit die sogenannte politische Korrektheit in der Kunst gehen darf. (JR)

Von Nataliya Indikova

In London und Israel laufen derzeit die Dreharbeiten zum biografischen Politdrama Golda (2022) auf Hochtouren. Die legendäre ehemalige israelische Außenministerin und Ministerpräsidentin Golda Meir wird von der international renommierten englisch-russischen Schauspielerin Helen Mirren verkörpert.

Handelt es sich hierbei um eine würdige Besetzung, oder hätte eine Jüdin die Rolle übernehmen sollen? Der Fall wird aktuell medial heiß diskutiert.

Mirrens jüdische Schauspielkollegin – ebenso wie Mirren eine von der britischen Krone gekürte Dame – Mauren Lippmann ist nicht begeistert. Die ehemals politisch äußerst inkorrekte, der Obszönität nicht abgeneigte jüdische Komikerin Sarah Silverman, bezeichnet die Besetzung der Rolle mit Mirren als „Jewfacing“.

Hierbei handelt es sich um eine provokante Anspielung auf eine veraltete amerikanische Praktik namens „Blackfacing“. Dieses beschreibt das Schwärzen des Gesichts bei hellhäutigen Schauspielern, um Afro-Amerikaner zu spielen. Der implizite Rassismus, der dieser Praxis innewohnt, ist heutzutage kaum zu leugnen.

Doch ist in diesem Fall Antisemitismus im Spiel, oder geht es eigentlich um etwas völlig anderes? „Blackfacing“ wurde in vergangenen Zeiten im Rahmen von Theateraufführungen praktiziert, um vermeintliche Stereotype schwarzer Menschen in grotesker und herablassender Manier abzubilden. Die Prothesen im Film „Golda“ werden dagegen eingesetzt, um Mirren dem Politstar möglichst ähnlich zu machen. Das ist eine gängige Praxis beim Film und wäre genauso bei einer Besetzung der Rolle mit einer jüdischen Schauspielerin gelaufen.

Golda Meir und Helen Mirren.

Zum dem sei anzumerken, dass der israelische Regisseur Guy Nattiv darauf bestand, Helen Mirren die Hauptrolle zu übertragen. Die beliebte Schauspielerin, die bereits einige jüdische Figuren auf der Leinwand verkörperte, war sich zunächst unsicher, nahm die Herausforderung allerdings an. „Ich hoffe es, der Rolle gerecht zu werden!“ so die 76-jährige Mirren.

Wer von den großen jüdischen Stars in dieser Alterskohorte hätte Golda Meir sonst spielen sollen? Mauren Lippmann selbst? Können wir uns Barbra Streisand, Bette Milder oder gar Roseanne Barr in der Rolle der Ministerpräsidentin vorstellen?

Die blass-rothaarige Königin von England aus dem 16.Jahrhundert Anne Boleyn zum Beispiel, wird von der dunkelhäutigen britisch-jamaikanischen Schauspielerin Jodie Turner Smith verkörpert. Doch der Film ist eher ein „psychologischer Thriller als ein historisch akkurates Drama,“ so das Smithsonian Magazin. Es macht nämlich durchaus einen Unterschied, ob ein Film den Anspruch hat, historisch akkurat zu sein, oder sich eher als freies Kunstwerk sieht, welcher lose auf einer Geschichte basiert.

„Golda“ legt den Fokus auf eine schwierige Zeit der Entscheidungen während des Yom Kippur Krieges von 1973. Da es sich um eine Filmbiografie handelt, ist davon auszugehen, dass der Film sich weniger Exzentrik erlauben möchte, sondern nach Authentizität strebt.

Wie wird „Golda“ vom Publikum aufgenommen werden? Wird es ein sehenswerter Film?

Durchaus vorstellbar, denn Helen Mirren ist nicht völlig fachfremd. Sie hat Israel mehrmals besucht – das erste Mal als junge Frau hat sie 1967 auf einer Kibbuz Farm Trauben gepflückt, 2016 kam sie, um die Preisverleihung zum Genesis-Preis zu moderieren. Sie sprach sich offen gegen die BDS Bewegung aus und sieht sich als Freundin des jüdischen Volkes.

„Ich glaube an Israel...Ich denke, es ist ein sehr außergewöhnliches Land voller sehr, sehr außergewöhnlicher Menschen“ so Mirren. Sie scheint sich der Wichtigkeit des Themas bewusst zu sein und ist branchenintern als hervorragende Schauspielerin geschätzt. Das allein sollte ausreichen für einen gelungenen Film.

Chilly Gonzales – ein exzentrisches Genie unserer Zeit

Der kanadische jüdische Piano-Virtuose erfindet die klassische Musik neu

Von Nataliya Indikova

Ein gemütlicher Saal auf dem Montreux Jazz Festivals im Jahr 2017. Ein stattlicher Mann sitzt am Flügel und bespaßt mit einer kurzen komödiantischen Einlage aus Englisch und Französisch das Publikum. Für einen Moment ist es ganz still. Plötzlich, voller Elan und Hingabe bespielt Chilly Gonzales gekonnt die Tasten seines Flügels – und nimmt sich selbst und das Publikum auf einen komplexen, zauberhaften Spaziergang durch die Welt seiner eigenen komponierten Melodien. Das Publikum ist wie in Trance, keiner bewegt sich; später wird fröhlich geklatscht und gegrölt. Der Auftritt ist mit über 412.000 Aufrufen wohl eines der beliebtesten und bekanntesten Musikstücke des Künstlers. Doch bei Weitem nicht das einzige Stück, dass Begeisterung auslöst.

Der Enthusiasmus für das musische Schaffen ist bei Chilly Gonzales, der mit bürgerlichen Namen Jason Beck heißt, nicht zu übersehen, sondern so stark, dass der Musiker schon in den frühen 2000-er Jahren verkündet, ein Genie zu sein. Arroganz ist es wohl kaum, die ihn dazu verleitet; schon eher seine humorvolle und spielvolle Art, die sich auch in seinen Rap-Texten widerspiegelt. In der Tat kann sich das Oevre des Wahl-Köllners sehen lassen: Zwanzig Alben, ein Eintrag in das Guinness Book of Records für das bis dato längste Solo-Konzert mit über 200 verschiedenen Songs auf 27 Stunden 3 Minuten und 44 Sekunden in Paris, ein Buch über die Irische Sängerin Enya und Zusammenarbeit mit Weltstars wie Daft Punk, Drake, Jarvis Cocker und Feist, um nur einige seiner wichtigsten Errungenschaften zu nennen.

Eine schillernde Biografie, die durch Liebe zur Musik, Selbstexpression, Meisterhaftigkeit und eine Prise Leichtigkeit und Albernheit geprägt ist.

2018 gründet Gonzales „The Gonzervatory“, eine Musikschule auf Zeit, die jungen Talenten die Chance gibt, ihr Können im Rahmen eines Performance Workshops in Paris und Köln zur Schau zu stellen. Pünktlich zu Weihnachten 2020 veröffentlichte Gonzales sein Album „A Very Chilly Christmas“ – seine eigene, lustvolle, eklektische Interpretation der Weihnachtsklassiker von „O Tannenbaum“ (mit Wurzeln im 16. Jahrhundert) bis zu Mariah Careys’ allseits beliebten Radio Hit von 1994 „All I want For Christmas Is You.“ Im Sommer 2021 erscheint die kraftvolle Single „Music is back“ und animiert mit Zeilen wie „Music is back and I am jacked with this battery pack strapped to my back and that ass just has to be slapped.“

Europa als Wiege seiner jüdischen Wurzeln

Während Chilly Gonzales seinen Traum von musikalischer Erfüllung in Europa lebt, war das Leben für die Familie Beck auf diesem Kontinent nicht immer einfach. Sein Großvater sah sich gezwungen, seine Heimat Ungarn in den 1940ern zu verlassen, um seine jüdische Familie vor dem Tod

Bei Chilly Gonzales hört man die Musik nicht einfach nur, man fühlt sie auch.

durch die Nationalsozialisten zu retten. In Kanada hat sich der Vater von Gonzales als erfolgreicher Bauunternehmer etabliert, während Chilly und sein Bruder, der nicht minder begabte Filmkomponist Christophe Beck, Klavierunterricht vom Opa selbst erhielten. Die Familie lebt nicht besonders religiös - der 49-jährige Gonzales hatte bis heute keine Bar Mitzwa - dennoch sind jüdische Figuren in seinem Leben mehr als präsent. Groucho Marx und Woody Allen flattern auf den Bildschirm in der Kindheit und Jugend. Später schreibt er den Song „Making A Jew Cry“, welcher beim Label Warner Brothers auf wenig Verständnis stößt.

Das Eintauchen in die Welt der klassischen, europäischen Komponisten erlebte Gonzales sowohl als Pflicht, aber auch etwas, wozu er eine natürliche, außerordentliche Begabung hatte. Obwohl Europa zeitweise kein sicherer Ort für die Familie war, war es dennoch ein Raum der Sehnsucht, geschichtsträchtig und zukunftweisend zugleich.

Dass Chilly Gonzales bereits seit den 1990er Jahren in Europa lebt ist daher kein Zufall. Nach dem Studium vom Klassischen Piano an der McGill Universität in Montreal, versucht er sein Glück in der Musikszene von Toronto, wo er trotz zwei Alben - Thriller und Wolfstein – mit seiner Indie Band „Son“ keine Befriedigung findet. Es zieht ihn zuerst nach Paris, anschließend nach Berlin und Köln, wo er nach und nach zur der schillernden Kunstfigur heranwächst, die er heute ist.

Tatsächlich entsteht die Persona Chilly Gonzales in Berlin 1999, in einer Stadt, die auch nach fast einer Dekade nach dem Mauerfall zum Experimentieren einlädt. Die Hauptstadt bietet Raum für Introspektion – anfangs weiß Gonzales weder was andere Musiker tun noch was sie sagen. So kann der Musiker zu sich, seinen eigenen musikalischen Vorstellungen und Stil finden: „Ich habe all meine Neugierde auf mich selbst gelenkt und plötzlich hatte ich was zu sagen und mir wurde zugehört. Das war eine großartige Offenbarung!“

Ab März 2022 tourt Chilly Gonzales durch Deutschland, Österreich und der Schweiz und leitet seine Performance Workshops in The Gonzervatory zu den Themen Musikalischer Humanismus, Psychologie des Publikums und was es heißt, heutzutage ein performender Musiker zu sein.

120 Jahre AltNeuLand

Im Vorfeld der noch im gleichen Jahrhundert nach dem 2. Weltkrieg vollzogenen Staatsgründung Israels erschien 1902 Theodor Herzls utopischer Roman „AltNeuLand“ als letztes Werk vor seinem Tod. Es ist der Entwurf einer perfekten jüdischen Nation, die den Weg aus Assimilation und Ghetto in eine gerechte Zukunft zeigen sollte (Teil II) (JR)

Von Simone Schermannn

Fortsetzung von Teil I aus der Januarausgabe: Der detaillierte Bericht von der Wahlkampagne schildert den Wettbewerb zwischen der Liberalen Partei und der rassistischen Ideologie der Partei des jüdischen Dr. Geyers. Letzterer entpuppt sich für den Leser als eine Mischung zweier Zeitgenossen Herzls, die beide seine Widersacher waren: Dem Wiener Rabbiner Moritz Güdemann, der den Zionismus für seine Schäfchen strikt ablehnte und dem antisemitischen Wiener Bürgermeister Karl Lueger.

Die wahre Utopie bestand damals wie heute darin, die deutschsprachigen Diaspora-Juden aus ihrem selbst gewählten Ghetto, also aus den Fesseln der Assimilation und der grenzenlosen staatstragenden Hörigkeit zu befreien, wofür sie der freiwilligen Aufgabe ihrer jüdischen Identität und vor allem ihres jüdisches Stolzes zustimmten, ohne wirklich bei den Herrschenden Akzeptanz zu finden.

AltNeuLand ist einer der bemerkenswertesten Romane des 20. Jahrhunderts, wegen seiner beispiellosen außerliterarischen Wirkung.

Herzl sah es als seine Verpflichtung an, sein literarisches Schaffen in den Dienst der zionistischen Bewegung zu stellen, sodass sein utopisch anmutender Entwurf eines perfekten Judenstaates eigentlich auf die Wiederherstellung der jüdischen Ehre in einem jüdisch-nationalen Staat abzielte, der sogar alle Mitglieder von den modernen ökonomischen und sozialen Maßnahmen profitieren lassen wollte.

Herzl sah den Roman, den er für sein Meisterwerk hielt, als Überzeugungsschrift an und als dieser engagierte Autor zählt er zu den erfolgreichsten und wirkungsmächtigsten Schriftstellern überhaupt. „Der Judenstaat“ und „AltNeuLand“ begründeten, wie kaum andere Bücher, zuerst einen Traum, um dann eine Hoffnung und schließlich einen Mythos entstehen zu lassen, auf dem viel von der damaligen und der heutigen Wirklichkeit beruht.

Natürlich weißt die Gesellschaft von AltNeuland Mängel auf und ist nicht vollkommen, was Herzl mit der Figur Geyers verdeutlicht, einem jüdischen Rassisten, den er daher fulminant scheitern lässt. Der Rassenhass aus Europa sollte im Land der Juden keine Chance haben. Eine liberale und egalitäre jüdische Gesellschaft, die keine Unterschiede hinsichtlich Religion und ethnsicher Herkunft kennt war Herzls Traum. Diesen fundamentalen Unterschied zwischen Wien (Europa) und seiner Vision hervorzuheben galt der Roman.

Das Scheitern Wiens war Zions Sieg, denn Wien war der gescheiterte Weg der europäischen, angepassten Nathan-Juden, Zion und der Zionismus aber bedeutete die endgültige Befreiung der Juden aus dem selbst gewählten Ghetto; aber auch für die Araber sollte es befreiend wirken.

Diesen Pluralismus und Multikulturalismus betont Herzl im Zusammenhang mit seiner Seder-Feier am Vorabend von Pessach in Tiberias, an der alle Protagonisten der Geschichte teilnehmen: Die Littwaks, beide Reisende, der befreundete Araber Reschid Bey und Christen verschiedener Konfessionen. Tiberias, am See Genezareth gelegen, wird als internationales Touristenzentrum beschrieben, wo auch stattliche Moscheen, Kirchen und prachtvolle Synagogen dargestellt werden.

Theodor Herzl (vor 1900)

Der schmale Grat zwischen säkularen Werten und religiöser Tradition

Zur Liturgie der Feier gehört die Erzählung vom Auszug aus Ägypten, aber alle Teilnehmer am Fest erzählen auch ihre persönlichen Geschichten. So ist die Seder-Feier modern und verbindet traditionelle Riten mit Geschichten vom neuen Exodus. Herzl begibt sich hier auf einen schmalen Grat zwischen säkularen Werten und religiöser Tradition, auf den ihm wohl weder orthodoxe Juden noch Atheisten gefolgt wären. Aber sein Ziel war die Schaffung eines neuen jüdischen Gemeinwesens, in dem Alt und Neu miteinander verwoben werden könnten – AltNeuLand. Den Höhepunkt erreicht die Szenerie als Friedrich Löwenberg Heinrich Heines Gedicht Prinzessin Sabbat an einem Freitagabend in Jerusalem hört.

Der einst entwurzelte Friedrich, der aus tiefster Verzweiflung den Beschluss fasste, seine extreme Heimatlosigkeit dadurch zu komplettieren, dass er der Welt gänzlich den Rücken kehrte, wird nun Mitglied der jüdischen Gemeinschaft. Ehedem desillusioniert und des Lebens überdrüssig erhielt er in der utopischen Tour durch ein futuristisches Palästina eine zweite Chance; weg von der gescheiterten Emanzipation des Jahres 1902 hin zu einem empathischen Bekenntnis zu einem jüdischen Gemeinwesen in der Utopie des Jahres 1923. Eine Entdeckungsreise mit Happy End, eine Abenteurerreise, mit der europäischen Assimilation als Auslaufmodell, die Friedrich beim Anker lichten vollends hinter sich gelassen hat.

Israel übertrifft die Utopie

Das praktisch aus dem Nichts aufgebaute heutige Israel, hätte Theodor Herzl sicher enthusiastisch begeistert, in all seiner Unvollkommenheit, seiner prachtvollen Mischung aus Orient und Moderne, in seiner ethnischen und religiösen Vielfältigkeit – also seiner Menschlichkeit.

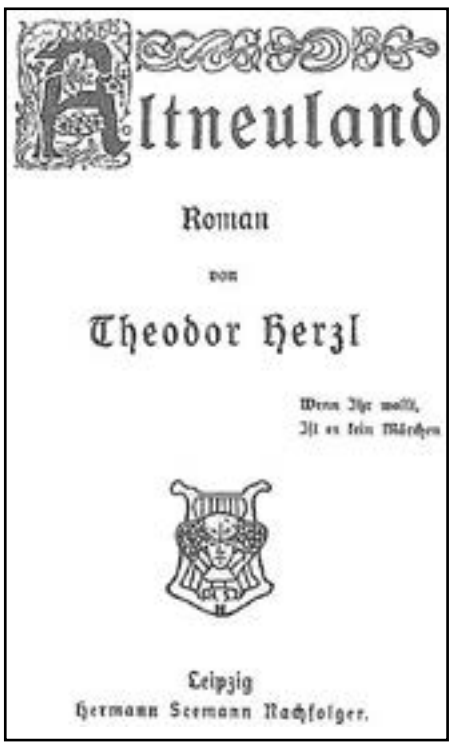
Israels innovative Technologien, Israel als Start-Up-Nation, hätte den Bewunderer der Weltausstellung von 1900 sicher beeindruckt, auch wenn keine elektrifizierten Palmen zum Einsatz kamen und stattdessen die Erfindungen des USB-Stick bis hin zur Cherry-Tomate erfolgten. Sein Roman beschrieb neue Bewässerungsmethoden, die auf den Golanhöhen eingesetzt würden. Israel ist sogar noch innovativer und lässt mit Entsalzungsanlagen Meerwasser zu Trinkwasser werden und ist Hightech-Standort in den Bereichen Medizintechnik, autonomes Fahren oder Cybersicherheit.

Wie in Herzls Roman angedeutet, müssen alle Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft ihre Lebenszeit zwischen dem achtzehnten und zwanzigsten Lebensjahr dem Gemeinwohl widmen. Junge Männer und Frauen müssen in Israels Realität zur Armee. Anders als es Herzl gedachte hatte, gilt dieser Dienst dem Überlebenskampf des Staates Israel.

Herzl wäre heute sicher ein Technik-Freak, denn er war von Wissenschaft und Futurismus begeistert. Mit großer Wahrscheinlichkeit wäre er von iPhones ebenso fasziniert wie er es zu Lebzeiten von Luftschiffen und den Attraktionen der Pariser Weltausstellung gewesen war, von der er als Korrespondent berichtete. AltNeuLand ist ein Ort der Technisierung. Industrielle Landwirtschaft und elektrische Eisenbahnen waren bereits europäische Erfindungen, die lediglich im AltNeuLand des Jahres 1923 praktische und alltägliche Dinge geworden sind, wodurch sich AltNeuLand von den meisten utopischen Romanen unterscheidet.

So überwindet Herzl mit unterschiedlichen Mitteln die Utopie und zeigt auch an unserem Romanhelden den Weg aus dem Neuen Ghetto nach AltNeuLand. Aus dem rastlosen, heimatlosen Ahashver aus dem Wiener Salon wird eine neue Gesellschaft geformt.

Herzl entwirft einen utopischen Raum – eine utopische Moderne, die weder kapitalistisch noch sozialistisch organisiert ist. Ein Raum der weitgehend säkular und hochtechnisiert ist. Nicht nur hier verbindet Herzl darin Altes mit Neuem, Wissenschaft mit Glauben, Gleichberechtigung mit Solidarität, Juden und Araber, die ihr „gemeinsames Vaterland“ erblühen lassen. So betont Herzl Mal um Mal, dass nichts in seinem Roman wirklich neu war und es alle Elemente und Komponenten der neuen Gesellschaft schon


Altneuland

Roman

von

Theodor Herzl

Wenn Ihr wollt,
Ist es kein Märchen

Leipzig
Hermann Seemann Nachfolger.

gab. AltNeuLand ist ein realistischer, praktikabler Plan, der im irdischen Jerusalem Verwirklichung finden sollte; vor allem für die jüdische Nation.

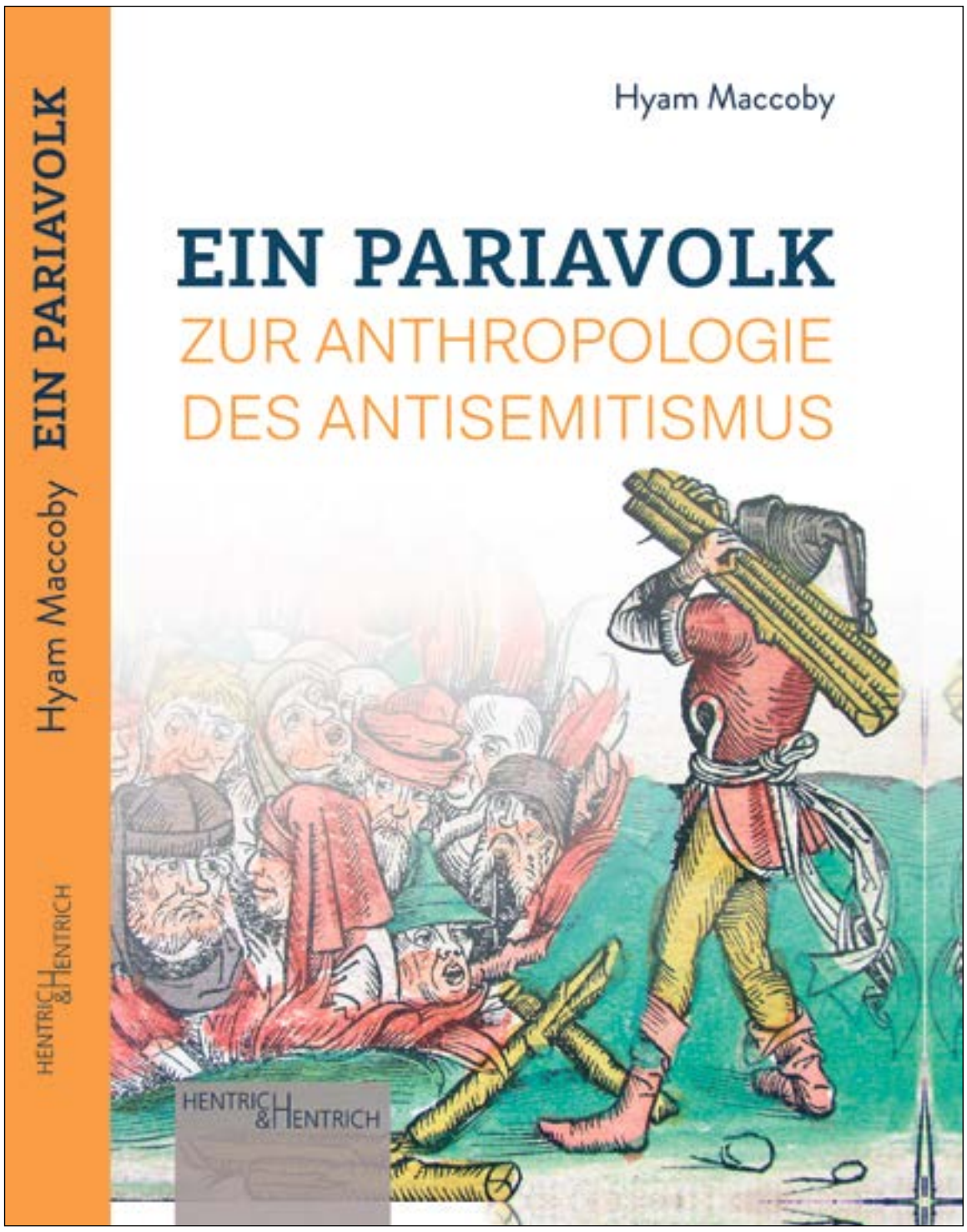
Herzl ist mit seinem AltNeuLand -Projekt, dass aus dem Wiener Juristen, dem Dramatiker und Bühnenautor, ebenso wie aus dem Journalisten und Feuilletonisten, aber auch aus dem Vorsitzenden des Zionistenkongresses entsprungen war – also im literarischen und politischen Sinn – ein Realist gewesen.

Nirgends wird die Verbindung von Realismus und Phantastischem so deutlich wie in AltNeuLand, Herzls großem Lebensroman, den er im Oktober 1899 begann und den er im April 1902 vollendete. Am Israel Chai!

Der Holocaust war kein Mysterium

Ist der Holocaust auch ein Ergebnis der christlichen Lehre? Darüber stritten und streiten Historiker und Theologen. Allerdings ist das Drehbuch der „Endlösung" im Christentum nicht zuletzt auch mit der katholischen Inquisition und dem Auftreten des judenfeindlichen Reformisten Luther vorhanden. Der britische Judaist und Althistoriker Hyam Maccoby ging der Frage nach, wie viel Christentum im Holocaust steckte. (JR)

Von Hyam Maccoby (1924-2004)



Das Neue Testament stellte die Juden als verfluchtes Volk hin, dem eine außergewöhnliche Bestrafung zugedacht war. Die Zerstörung des Tempels (70 n.u.Z.) galt als Erfüllung dieses Fluches, und das spätere Exil der Juden (das in Wirklichkeit nicht vor der arabischen Eroberung im 7. Jahrhundert begann) wurde vordatiert und als weitere Erfüllung des Fluches betrachtet. Es war allerdings nicht das Neue Testament selbst, das die Juden zu einem Pariavolk machte, obwohl es die Bühne bereitete und alle Bedingungen für diese Entwicklung festschrieb. Die Juden wurden zum Pariavolk als Folge des Triumphs des Christentums im Römischen Reich nach dem Regierungsantritt Konstantins, der sie zum ersten Mal zu einem Volk von Untertanen in einem christlichen Reich machte. Auch dann dauerte es noch lange, bis sie zur Paria-Gruppe in einer christlichen Gesellschaft wurden. Das 11. Jahrhundert kann als Wendepunkt bestimmt werden, als die Juden allmählich von der breiten Masse dämonisiert wurden. Sie wurden zur geächteten Gruppe, ausgeschlossen vom gesellschaftlichen Umgang, von der Mischehe und von jedem ehrbaren Beruf.

Das Mittelalter dauerte am längsten für die Juden im zaristischen Russland, wo sie unter mittelalterlichen Bedingungen bis ins 19. Jahrhundert lebten. Die Kontinuität zwischen dem mittelalterlichen Paria-Status und dem modernen Antisemitismus kann man hier ganz deutlich sehen, wo die Abfassung der gefälschten „Protokolle der Weisen von Zion", die Stütze und Bibel des modernen Antisemitismus, stattfand. Aber der größte Ausbruch von Antisemitismus fand nicht in Russland statt, sondern in Deutschland, wo die Kontinuität nicht ganz so stark ins Auge fällt und deshalb von allen geleugnet wurde, die den Antisemitismus von seinen christlichen Vorläufern loslösen möchten. In Deutschland wurden die Juden nicht in Ghettos zusammengepfercht, sondern waren in den höchsten Berufen vertreten: als Richter, Professoren, Naturwissenschaftler, Ärzte, Schriftsteller, Kritiker, Politiker. Sie erfreuten sich ihrer Freiheit und rühmten sich ihres deutschen Patriotismus. Aber hier wurden sie zusammengetrieben, in Lager im Osten geschickt und umgebracht. Unter Umständen, die an mittelalterliche Bilder von der Hölle erinnern.

Die deutsche Spielart des christlichen Judenhasses

Den Deutschen dafür allein die Schuld zu geben, bedeutet, der Verantwortung anderer Christen auszuweichen. Es ist wahr, dass Deutschland die Schande der schlimmsten Verfolgung von allen trägt, und dies ist eine Fortsetzung der besonders boshaften Färbung der deutschen Judenverfolgung im Mittelalter. In Deutschland war es, wo die ersten Massaker im Zusammenhang mit den Kreuzzügen stattfanden. In Deutschland hatten die Passionsspiele eine besonders sadistische Schärfe und die Darstellungen von Juden in Kunst und Karikatur eine brutale, obszöne Note. Trotzdem ist dies nur der deutsche Anstrich einer universellen christlichen Kampagne des Hasses. Die Maßnahmen der Nazis, die die demokratischen Bürgerrechte der Juden beschnitten, wiederholten in jeder Hinsicht die mittelalterlichen Verfügungen. Außerdem war die aktuelle Propaganda, mit der die Juden verleumdet wurden, einschließlich der Ritualmordlegende, direkt der mittelalterlichen Literatur und Luthers antisemitischen Schmähschriften entnommen. Angesichts dieser Kontinuität muss man wohl sagen, dass es um den Holocaust kein Geheimnis gab. Wenn ein Volk durch die Jahrhunderte ständiger Verleumdung und Dämonisierung ausgesetzt war, sodass ein allgemeiner Abscheu so tief eingeimpft wurde, um wie ein Instinkt zu funktionieren, kann es nicht überraschen, dass irgendwann eine Bewegung aufkommt, deren Ziel die Auslöschung dieses angeblichen Schädlings und Feindes der Menschheit ist. Wenn eine Nation eine demütigende Niederlage in einem großen Krieg erlitten hat und auch unter wirtschaftlicher Not leidet, ist es überhaupt nicht überraschend, dass ein Sündenbock in einer unbewaffneten Minderheitengruppe gefunden wird, die in den Köpfen der Menschen immer noch einen Paria-Status einnimmt.

> „Der Holocaust ist die schwerste Krise, der sich das Christentum jemals stellen musste, weitaus größer zum Beispiel als die Reformation. Die christliche Antwort auf den Holocaust wird über die Zukunft des Christentums – und ob es eine Zukunft hat – entscheiden."

Abkehr von der traditionellen christlichen Strategie?

Bezüglich der „Endlösung" der Nazis muss eine Sache angesprochen werden, die anscheinend im Widerspruch zur Kontinuität des christlichen Mittelalters steht. Ich habe mehrfach die Tatsache hervorgehoben, dass die Juden ein notwendiges Element in der christlichen Religionsökonomie des Mittelalters waren und dass dies den Schutz der Juden vor dem Schicksal der Albigenser und anderer Ketzer erklärt, die vollständig ausgelöscht wurden. Bernhard von Clairvaux ist das führende Beispiel des christlichen Anliegens, die Juden vor der Vernichtung zu bewahren; wichtig war hier nicht nur das „Zeugnis", das die Juden trugen, sondern auch der Glaube, dass die Wiederkunft Christi nicht ohne ihre Bekehrung stattfinden könne.

Hitlers Entscheidung, die Juden vollkommen zu vernichten, könnte also als Abkehr von der traditionellen christlichen Strategie gegenüber den Juden verstanden werden. In Wirklichkeit ist es jedoch keine vollständige Abkehr, denn das Drehbuch der „Endlösung" war auch im Christentum vorhanden. Es findet sich in den endzeitlichen Bewegungen, die von Zeit zu Zeit aufkamen und die um die Idee vom „Antichristen" kreisten, vor allem gestützt auf 2 Thessalonicher 2,3-12. Diese Lehre wurde zuerst von den Kirchenvätern ausgelegt. Die paulinische Passage wurde meist dahingehend gedeutet, dass zur Endzeit ein jüdischer Antichrist auftreten würde, der von den Juden als Messias betrachtet und eine mächtige jüdische Armee gegen die Streitkräfte des Christentums unter der Führung von Christus selbst anführen würde. Man glaubte auch, dieser Kampf würde zur völligen Vernichtung der Juden, Männer, Frauen und Kinder, durch

die christlichen Streitkräfte führen. Also hatte Hitler in einem Strang der christlichen Tradition doch ein Vorbild für seine Vorstellung von der „Endlösung“. Tatsächlich war die endzeitliche Tradition besonders stark in Deutschland, wo Hitlers tönender Ausdruck vom „Tausendjährigen Reich“ einen endzeitlichen Widerhall hatte, der letztlich aus dem Neuen Testament (Offb 20,4-6) kam.

Mehrere Faktoren zusammen haben verhindert, dass die Offensichtlichkeit der Vorläufer des Holocausts allgemein akzeptiert wurde. Die meisten jüdischen Publizisten und Forscher haben sich gescheut, den Holocaust christlichen Lehren und gesellschaftlichen Regelungen zuzuschreiben. Bernard Levin zum Beispiel schreibt in Abständen über den Holocaust in The Times und seine Botschaft ist immer die gleiche: Der Holocaust ist ein unergründliches Geheimnis. Auf einer höheren Ebene haben jüdische Denker wie Elie Wiesel und Emil Fackenheim ebenfalls ein Geheimnis aus dem Holocaust gemacht, indem sie seine Ursache irgendeinem dunklen Element des Bösen im Universum zuordnen. Einige christliche Theologen haben in ihrem Eifer nach einer christlich-jüdischen Annäherung die Leiden der Juden im Holocaust als Echo der Kreuzigung gesehen, und einige Aussagen Elie Wiesels scheinen diese Deutung zu stützen. In diesem Geist versuchte eine Gruppe von Karmeliterinnen, einen Konvent auf dem Gelände von Auschwitz zu errichten und war erstaunt, auf jüdischen Widerstand zu stoßen, da ihnen niemand erklärt hatte, dass dieser aus der jüdischen Überzeugung kommt, der Holocaust sei ein Ergebnis der christlichen Lehre und nicht etwa ein Beweis für deren Wahrheit.

Die Unterdrückung der Juden war kein „Missverständnis“

Der Holocaust ist wahrhaftig ein Teil der Geschichte des Christentums, aber nicht in dem Sinn, den jene Christen beabsichtigten, die den Holocaust für die christliche Theologie vereinnahmen wollen. Der Holocaust ist die schwerste Krise, der sich das Christentum jemals stellen musste, weitaus größer zum Beispiel als die Reformation. Die christliche Antwort auf den Holocaust wird über die Zukunft des Christentums – und ob es eine Zukunft hat – entscheiden. Die römisch-katholische Kirche hat seit dem II. Vatikanischen Konzil mutige Anstrengungen unternommen, ihre Lehre und Liturgie zu reformieren, aber leider ohne Verantwortung für die Vergangenheit zu übernehmen. Die ganze Unterdrückung der Juden im Mittelalter sei einem „verbreiteten Missverständnis“ geschuldet gewesen. Man darf in diesem Fall fragen, warum so viele herausragende christliche Kirchenmänner, von denen einige als Heilige kanonisiert wurden, die Unterdrückung förderten. Man muss auch darauf hinweisen, dass eine Religion nach ihren moralischen Auswirkungen zu beurteilen ist. Wie Jesus selbst sagte: „An ihren Früchten also werdet ihr sie erkennen“ (Mt 7,20). Wenn eine Religion, nachdem sie die Menschen über Jahrhunderte beharrlich belehrt hat, den Holocaust als ihr Endergebnis stehen hat, ist es aber zu einfach, die Sache auf die ungebildeten Massen zu schieben.

Der christliche Antisemitismus ist nicht die einzige Ausprägung des Antisemitismus, die es gibt, aber es ist diejenige, die den Holocaust hervorgebracht hat. Keine der anderen Arten (griechisch, römisch, gnostisch, muslimisch) drückte die Juden auf den Paria-Status hinab oder stattete sie mit dem gleichen Stigma, der gleichen Abscheu aus, wodurch sie Ausbrüchen allgemeiner oder obrigkeitlicher Gewalt ausgesetzt wurden. Das Niveau der christlichen antisemitischen Propaganda, ihre Bestätigung in sakralen Texten und die Länge der Zeit, über die sie verbreitet wurde, sind ohne Parallele. Angesichts dieser Geschichte ist es grotesk, Erstaunen über das Geschehen zu bekunden. Nur eine resolute Entscheidung, Geschichte zu ignorieren, kann der Grund für solches Erstaunen sein, und leider begünstigen neue Trends die „Theorie“ der Verdrängung der Geschichte.

Hat jede Generation ihren eigenen Antisemitismus?

Erklärungen des Antisemitismus gibt es zuhauf, aber sie bleiben in der Schwebe zwischen zwei Polen. Einerseits kann Antisemitismus als einmaliges und geheimnisvolles Phänomen betrachtet werden, für das keine rationale Erklärung vorgelegt werden kann. In dieser Ansicht können sämtliche Versuche, Ursachen entweder in gegenwärtigen oder in historischen Faktoren zu finden, bestenfalls nur unvollständige Erklärungen ergeben; insbesondere bleibt die Beständigkeit des Antisemitismus in allen Arten von unterschiedlichen historischen und geografischen Umständen unerklärlich. Diese Sicht des Antisemitismus als Geheimnis kann von Nicht-Gläubigen wie Bernard Levin vertreten werden, wird aber häufiger als Unterstützung einer religiösen Position vertreten, manchmal einer christlichen, aber manchmal auch einer jüdischen. Am anderen Extrem steht die Ansicht, dass Antisemitismus vollständig aus unmittelbaren Ursachen heraus zu erklären ist. Nach dieser Ansicht habe jede Generation ihren eigenen Antisemitismus, und es sei falsch zu versuchen, alle diese Antisemitismen zu einer zusammenhängenden historischen Kette zu verbinden; tatsächlich gebe es nicht so etwas wie Antisemitismus als historisches Phänomen, das die Jahrhunderte überspannt. Also hätten Ereignisse im Mittelalter keinerlei Bedeutung für antisemitische Äußerungen im 20. Jahrhundert. Antisemitismus sei im Grunde eine Form von Fremdenhass, eine Reaktion auf „den Anderen“ oder auf diejenigen, die nicht als zugehörig betrachtet werden. Da die Juden in irgendeiner Weise länger als alle anderen Fremde in der Gesellschaft geblieben seien, seien sie mehr Spielarten von Fremdenhass begegnet als andere, aber diese Spielarten müssten jeweils für sich behandelt und dürften nicht auf eine unzulässig metaphysische Art verknüpft werden. Das Studium des Antisemitismus bestehe aus der separaten Untersuchung von generationsmäßigen Antisemitismen, die jeweils in Bezug zu den soziologischen Zeitumständen analysiert würden.

Diese Theorie ist nicht falsch, aber mehr auch nicht; gewiss ist ein Bestandteil des Antisemitismus Fremdenhass oder Reaktion auf das Fremdartige. Aber das als die vollständige Antwort auf das Problem vorzutragen ist oberflächlich, weil es nicht erklärt, warum der Jude in der christlichen Gesellschaft immer ein Fremder bleibt, mag er sich noch so sehr um Assimilation bemühen, sogar so weit, dass er Christ wird. Mein eigener Standpunkt verwirft beide oben genannte Standpunkte. Antisemitismus ist nicht einmalig oder geheimnisvoll, denn er enthält Elemente, die sich alle anderswo finden, wenn auch nicht in Kombination.

Während ich die Ähnlichkeit des Antisemitismus mit vielen anderen gesellschaftlichen Äußerungen in anderen Kulturen einräume, verwerfe ich das andere Extrem, den Antisemitismus mit lokalen soziologischen Faktoren zu erklären, unterschiedlich in verschiedenen Gesellschaften, so dass die Einheit des Antisemitismus als historisches Phänomen zerstört wird. Dies ist eine oberflächliche Herangehensweise, die den historischen Sachverhalt zerstückelt und verfehlt, den Antisemitismus als ein viele Jahrhunderte umfassendes Phänomen zu betrachten. Eine solche Herangehensweise bietet keine Hoffnung auf irgendeine grundlegende Lösung des Problems des Antisemitismus, weil es das Problem als eine Hydra zurücklässt, deren Köpfe man nach und nach abhacken kann, der aber ständig neue Köpfe nachwachsen. Während ich zustimme, dass es mehrere Arten von Antisemitismus gibt, bestehe ich darauf, dass der christliche Antisemitismus der bei weitem wichtigste in seinen historischen Folgen samt dem Holocaust ist. Während der islamische Antisemitismus keineswegs unbedeutend ist und in jüngerer Zeit wegen der Staatsgründung Israels noch wichtiger geworden ist, hat er keinen Holocaust auf dem Gewissen.

> „Das Niveau der christlichen antisemitischen Propaganda, ihre Bestätigung in sakralen Texten und die Länge der Zeit, über die sie verbreitet wurde, sind ohne Parallele.“

Ein neues Feindbild

Die historischen Umstände, unter denen die Spaltung zwischen Judentum und Christentum stattfand, sind wichtig, um zu erklären, wie das Christentum dazu kam, die Juden zu dämonisieren. Das Bedürfnis des Heidenchristentums, von Paulus zu einer unpolitischen jenseitigen Religion der Erlösung bekehrt, bestand darin, seine Bande zum Judentum zu zerschneiden und sich den Römern als unverbunden mit jüdischem Nationalismus und Unabhängigkeitsstreben darzustellen. Folglich wurde die Rolle des Feindes (immer noch vom jüdischen „Christentum“ an den Römern festgemacht) auf die Juden übertragen, aber in einer ins Unermessliche gesteigerten Form, da der Feind nicht mehr politisch war, sondern kosmisch, und Satan in seiner Gegnerschaft gegen den göttlichen Erlösungsplan half. Noch unheimlicher war der Schwindel, durch den gerade die Anstrengungen der Juden und Satans, die Erlösung zu verhindern, dazu dienten, diese herbeizuführen. Die Gesamtwirkung der Verschmelzung von auf Opferung beruhender Erlösungsreligion und politischer Selbstentschuldigung war, die Juden in ein verfluchtes Volk zu verwandeln, durch ihre ganze Geschichte der Rolle des archetypischen Verräters geweiht. Dieses Gebräu war auch nützlich für den Usurpationsmythos, da es erklärt, warum das Judentum durch das Christentum als das wahre Israel ersetzt werden musste. Somit war die Bühne bereitet für die Zeit, da die Juden Europas schutzlos dem triumphierenden Christentum ausgeliefert sein würden, welches sie in eine Kaste von Sklaven verwandeln, ihnen entehrende Aufgaben aufbürden und sie schließlich soweit dämonisieren würde, dass Massaker auf Massaker unvermeidlich wurde und im Holocaust gipfelte.

Dieser Artikel ist ein gekürzter Auszug aus dem Buch „Ein Pariavolk“, Hentrich&Hentrich, 2019, herausgegeben von Peter Gorenflos

Ein Pariavolk: Zur Anthropologie des Antisemitismus : Gorenflos, Peter, Maccoby, Hyam, Müller, Wolfdietrich: Amazon.de: Books

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

„Kein Jude mit zitternden Knien“ – Vor 30 Jahren starb Menachem Begin

Dreizehn Ministerpräsidenten haben die Regierung des Staates Israel in den fast 74 Jahren seines Bestehens geführt aber nur einer der dreizehn, Menachem Begin, wurde mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. In seiner Amtszeit wurde der israelisch-ägyptische Friedensvertrag am 26. März 1979 unterschrieben. (JR)

Begin während der Verhandlungen mit Carter und Sadat in Camp David (von links nach rechts)

Von Juri KRAMER

1982 kam der israelische Premierminister Menachem Begin zu einem Besuch in die Vereinigten Staaten. Es folgte eine Reihe offizieller Treffen, unter anderem mit dem Kongressabgeordneten Joe Biden. In einem sehr scharfen Gespräch drohte der demokratische Senator dem Premierminister: Wenn Sie nicht auf uns hören, werden wir die Hilfen kürzen. Der ehemalige Anführer der jüdischen paramilitärischen Untergrundorganisation Irgun antwortete: „Drohen Sie uns nicht, Ihre Hilfe einzustellen. Es wird nicht funktionieren. Ich bin kein Jude mit zitternden Knien. Ich bin ein stolzer Jude mit einer Zivilisationsgeschichte von 3.700 Jahren. Niemand kam uns zu Hilfe, als wir in Gaskammern und Öfen starben. Niemand kam uns zu Hilfe, als wir versuchten, unser Land zu gründen. Wir haben dafür bezahlt. Wir haben dafür gekämpft. Dafür sind wir gestorben. Wir werden unseren Grundsätzen treu bleiben. Wir werden sie beschützen. Und wenn es sein muss, werden wir wieder für sie sterben, mit oder ohne Ihre Hilfe.“

Der einzige unter dreizehn

Dreizehn Ministerpräsidenten haben die Regierung des Staates Israel in den fast 74 Jahren seines Bestehens geführt, fünf von ihnen wurden zweimal gewählt. Sie alle waren auf die eine oder andere Weise herausragende Politiker ihrer Zeit, aber nur einer der dreizehn, Menachem Begin, wurde mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Er war der sechste Premierminister Israels, über den der erste Premierminister, der legendäre David Ben Gurion, in der Öffentlichkeit sehr deutlich und kritisch sprach, ihn aber immer mit Respekt behandelte, weil sein politischer Gegner in Momenten ernsthafter Wendepunkte für das Land bereit war, seine persönlichen Ambitionen zugunsten eines gemeinsamen Ziels zu opfern. Schon in jungen Jahren, mit einem starken Charakter und Führungsqualitäten ausgestattet, widmete er sein Leben dem Dienst an Israel, leitete in verschiedenen Jahren die Untergrundorganisationen Beitar und Irgun. Die Briten nannten ihn „Terrorist Nr. 1“, die israelische Linke übertraf die Briten und nannte ihn einen „Faschisten“, und seine Mitstreiter, diejenigen, die den Weg Schulter an Schulter mit ihm gingen, schätzten ihren Kameraden für Wahrhaftigkeit, Fairness, Ehre und Würde.

An der Spitze von Beitar

Menachem Begin, der zukünftige sechste Premierminister Israels und Friedensnobelpreisträger, wurde am 16. August 1913 in die Familie des Sekretärs der jüdischen Gemeinde der Stadt Brest-Litowsk (heute Brest in Weißrussland) Wolf Begin (Biegun) und seiner Frau Hassia Kossovski hinein geboren. 1913, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, als ein Neugeborenes mit seinem ersten Schrei die Ankunft in dieser von Widersprüchen zerrissenen Welt ankündigte, lebten etwa 40.000 Juden in der Stadt. Sie handelten, heilten, bauten und beteten inbrünstig in Synagogen, die es in Brest ebenso wie jüdische Schulen und Geschäfte in Hülle und Fülle gab. Aber kein Gebet rettete die Juden vom Antisemitismus, der die meisten Anwohner ansteckte, seien sie Weißrussen, Ukrainer, Polen oder Russen. Es gab auch Pogrome, besonders die Kosaken waren dabei eifrig.

Der Sekretär der jüdischen Gemeinde war überzeugt, dass früher oder später alle Juden nach Eretz-Israel zurückkehren würden, und er brachte diesen Glauben seinem Sohn bei. Mit 16 schloss sich Menachem Hashomer Hatzair an - der weltweiten zionistischen Jugendorganisation, die linke Positionen vertrat. Hingerissen von den Ideen von Wladimir Zeev Jabotinsky (Zionist und Schriftsteller, der Gründer des sog. revisionistischen Zionismus; er befürwortete die jüdische Armee und die Schaffung eines jüdischen Staates an beiden Ufern des Jordan - Y.K.), wurde er Mitglied der Jugendorganisation Beitar.

Der junge Mann war von der Rechtswissenschaft begeistert; mit 18 trat er in die juristische Fakultät der Universität Warschau ein, die er erfolgreich mit einem Master in Rechtswissenschaften abschloss. Die meiste Zeit widmete er nach wie vor Beitar. Menachems organisatorische Fähigkeiten wurden von Jabotinsky bemerkt, der ihn für die Leitung der Niederlassung Brest vorschlug. Während der Studienjahre wurde Begin zum Mitglied der Leitung der polnischen Zweigstelle gewählt, nach seinem Abschluss wurde er zum Leiter der Organisation in der Tschechoslowakei ernannt und später, zurück in Polen, leitete er die örtliche Beitar mit etwa 100.000 Mitgliedern - eine verantwortungsvolle Aufgabe.

Begin organisierte die Zellen der Militärorganisation ETSEL (Irgun); half polnischen Juden bei der Ausreise nach Palästina; organisierte Protestkundgebungen vor der britischen Botschaft (da die Briten keine Konflikte mit den Arabern wollten, die sich der Rückkehr der Juden nach Palästina widersetzten, begrenzten sie jüdische Einwanderung). Für diese Kundgebungen landete er für sechs Wochen im Gefängnis.

„Agent des britischen Imperialismus“

Als sich die Deutschen im September 1939 Warschau näherten, verstand Begin, dass der Fall der Hauptstadt eine Sache weniger Tage war, und wenn die Juden noch mit den Polen trotz deren Antisemitismus auskommen konnten, galt das für die Nazis nicht. Er beschloss, nach Vilnius zu fliehen. Bereits im September 1940 jedoch, wenige Monate nachdem Litauen seine Unabhängigkeit verloren hatte, erhielt er eine Einladung, im Stadtrat von Vilnius zu erscheinen. Dieser Einladung folgte er nicht, wohl wissend, dass, wenn man ihn verhaften will, erfolgt dies auch; damit behielt er Recht.

Während der Ermittlungen leugnete er nicht, dass er eine politische Persönlich-

keit, ein Zionist sei und die Organisation Beitar leite, die offen und legal in Polen agierte. Begin nannte keines der Mitglieder der Organisation, verheimlichte jedoch ihren Zweck nicht: Beitar betrachtete die Erschaffung eines unabhängigen jüdischen Staates auf beiden Seiten des Jordan als ihre wichtigste politische Aufgabe.

Deshalb engagierte er sich für die Erziehung der Jugend im Geiste der nationalen Identität – die Aktivisten mussten die hebräische Sprache lernen, jüdische Kultur kennen, in der Lage sein, ihre Ideen zu verteidigen und für die Rückgabe von Eretz Israel an das jüdische Volk zu kämpfen.

Dies reichte aus, um die festgenommene Person als „Agent des britischen Imperialismus" zu beschuldigen. Am 1. April 1941 fiel das Urteil: acht Jahre Lager. Man brachte ihn in den Norden Russlands, in die Republik Komi: Der Bau der Eisenbahnstrecke Petschora-Workuta erforderte immer mehr Gefangene... Doch das Leben ist unberechenbar: Plötzlich griff die große Politik in das Schicksal des verurteilten Begin ein. Am 30. Juli 1941 unterzeichneten der Botschafter der UdSSR in Großbritannien, Iwan Maiski, und der Premierminister der polnischen Exilregierung, Sikorsky, in London in Anwesenheit von Premierminister Churchill und des britischen Außenministers Eden ein Abkommen über die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Regierung der UdSSR und der Polnischen Republik im Exil; beigefügt wurde ein Protokoll über die Amnestie für polnische Staatsbürger. Unter den Freigelassenen war auch Begin.

An der Spitze der Irgun

Seit 1922 stand Palästina, zerrissen von ethnischen Widersprüchen, unter der Kontrolle Großbritanniens. Das Mandat wurde vom Völkerbund erteilt. In den 1930er Jahren eskalierte die Situation, als europäische Juden nach Palästina strömten, um der Nazi-Plage zu entkommen. Während in den Jahren 1924 bis 1929 82.000 Juden ankamen, waren es zehn Jahre später 250.000, was zu einem Aufstand der Araber führte. Der Aufstand brach 1936 aus und ebbte 1939 ab. Danach veröffentlichte Großbritannien einen Bericht des Kolonialministers Malcolm MacDonald an das britische Parlament über die Politik der Regierung bezüglich des britischen Mandats in Palästina – das sogenannte Weißbuch: es war eine Reaktion auf arabische Forderungen nach einem kompletten Verbot der jüdischen Einwanderung und des jüdischen Landerwerbs. Die Briten haben die endgültige Quote für die jüdische Einwanderung festgelegt – 75.000 Menschen in den nächsten fünf Jahren. Ein weiterer Zustrom von Einwanderern sollte nur mit Zustimmung der Araber erfolgen. Wenn sich die Beziehungen zwischen Juden und Arabern innerhalb von zehn Jahren normalisieren, kann Palästina seine Unabhängigkeit erlangen.

1942 in Palästina angekommen, stürzte sich Begin geradezu ins politische Leben. Von allen damals aktiven jüdischen Organisationen zog ihn die paramilitärische Organisation Irgun Zwej Leumi (Nationale Militärorganisation – ETZEL) an, an deren Gründung Jabotinsky beteiligt war. Anders als der Rest bestand die Irgun auf die Notwendigkeit eines harten und gleichwertigen bewaffneten Kampfes als Antwort an die Araber und die britischen Behörden. Vor der Veröffentlichung des Weißbuchs verteidigten Mitglieder der Organisation jüdische Siedlungen vor arabischen Angriffen. Danach kämpften sie mit Waffen in der Hand gegen das britische Mandat. Gut ausgebildete Kämpfer sprengten das Hauptquartier der Verwaltung, griffen Polizeistationen an, beschlagnahmten Waffen und Munition.

Der bewaffnete Kampf der Irgun wurde von Begin angeführt. Am 1. Februar 1944 verkündete er, ab jetzt gelte die britische Armee als Besatzung und damit als kriminell. Am 22. Juli 1946 sprengten Untergrundkämpfer das King-David-Hotel in Jerusalem, in dem sich das Hauptquartier der britischen Verwaltung befand. Daraufhin versprach die britische Regierung jedem, der Begin auslieferte, 10.000 Pfund (damals eine riesige Summe). Er wurde jedoch nicht verraten, und am 4. Mai 1947 griff die Irgun als Reaktion auf die Hinrichtung ihrer Mitstreiter das britische Gefängnis in Akko an und ließ alle Gefangenen frei. Dann unternahm die Irgun eine Reihe von Versuchen, mit winzigen Sprengkörpern, die geschickt in Postpakete eingebaut waren, nicht nur General Evelyn Barker, den Befehlshaber der britischen Truppen in Palästina, sondern auch den britischen Premierminister Anthony Eden zu eliminieren. Am 17. September 1948 wurde der UN-Vermittler für die Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts, der schwedische Diplomat Graf Folke Bernadotte, der am Vorabend vorschlug, Jerusalem unter Kontrolle des internationalen Rechts zu stellen, aus nächster Nähe erschossen. Die provisorische Regierung reagierte, indem sie am 23. September das Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedete. Es war ein Ultimatum, gerichtet an die Irgun. Die einzig richtige Entscheidung war, die Auflösung der Organisation anzukündigen.

Menachem Begin 1948

Vom Abgeordneten zum Premierminister

Die Irgun wurde aufgelöst, aber nach dem 14. Mai 1948, als der neue unabhängige Staat Israel auf der Weltkarte erschien, verwandelte sie sich in die politische Bewegung Herut (Freiheit). Begins Ziel war, die Untergrundorganisation Irgun in eine legale parlamentarische Partei zu verwandeln. Es ist gelungen, als Herut bei den ersten Wahlen in die Knesset 14 Mandate erhielt.

Begin saß mehr als ein Vierteljahrhundert im Parlament; er lieferte sich scharfe Scharmützel mit Ben Gurion (insbesondere war er strikt dagegen, deutsche Reparationszahlungen anzunehmen), stritt sich mit anderen Politikern und verteidigte stets seine Ansichten bezüglich der Gegenwart und der Zukunft Israels. Und als es notwendig war, alle nationalen Kräfte, Parteien und Bewegungen zu vereinen, warf er alle politischen Differenzen beiseite und trat am Vorabend des Sechstagekrieges 1967 als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung ein. Zehn Jahre später, 1977, wird er das Amt des Ministerpräsidenten erhalten, nachdem er einige Jahre zuvor den rechtsgerichteten Likud-Block führt, der die Wahlen gewinnen und ihn an die Macht bringen wird. Er wird das Land sechs Jahre lang führen. Zum ersten Mal in der israelischen Geschichte wird eine rechte Regierung gebildet. Zweimal wird Begin gleichzeitig mit dem Ministerpräsidentenamt das Amt des Verteidigungsministers innehaben. Er wird Wirtschaftsreformen durchführen, den Bau neuer Siedlungen in Judäa und Samaria und im Gazastreifen auf jede erdenkliche Weise unterstützen, was zu einer Verdreifachung der jüdischen Bevölkerung in diesen Gebieten führen wird - von 7.000 im Jahr 1976 auf 23.000 im Jahr 1983. Dies wird zu Diskussionen im Land führen, zum arabischen Widerstand und der Unzufriedenheit im Westen. In der Erkenntnis, dass ein Friedensvertrag mit dem Hauptfeind Israels notwendig ist, wird Begin einem Friedensabkommen mit Ägypten und der Rückgabe der Sinai-Halbinsel zustimmen.

David und Goliath

Das Alte Testament erzählt vom Kampf zwischen dem mächtigen Philisterkrieger Goliath und dem jungen David, dem zukünftigen König von Judäa und Israel. Im Glauben an den Allmächtigen, dessen Namen Goliath lästerte, besiegt David seinen Gegner - einen gepanzerter Krieger mit einem starken Kupferschild und einem schweren Speer. Danach begann die Offensive der israelischen und jüdischen Truppen, die mit der Niederlage der Philister endete. Die Geschichte ist lehrreich und ewig, solange Israels Feinde existieren.

Am 26. Mai 1967 forderte der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser die arabischen Länder auf, „die Juden ins Meer zu werfen" und Israel für immer vom Antlitz der Erde zu tilgen. Am 10. Juni verliert „Goliath" gegen „David": Die ägyptische Armee erlitt im Sechstagekrieg eine vernichtende Niederlage. Auch am 23. Oktober 1973 verlor sie im Jom-Kippur-Krieg (die Israelis stoppten ihre Truppen 100 km von Kairo entfernt, um die UN-Resolution über einen Waffenstillstand zu erfüllen). Es dauerte vier Jahre, bis das Existenzrecht Israels anerkannt und ein Friedensabkommen mit Ägypten beschlossen wurde.

Am 19. November 1977 stattete der ägyptische Präsident Anwar Sadat Jerusalem einen Besuch ab, wo er sich an die Abgeordneten der Knesset wandte und das nach dem Sechstagekrieg am 1. September 1967 in der Khartum-Konferenz verkündete „Drei-Nein"-Prinzip beendete: „Nein" zum Frieden mit Israel, „Nein" zur Anerkennung Israels, „Nein" zu Verhandlungen mit Israel. Die Verhandlungen fanden statt und endeten am 17. September 1978 auf dem Rasen des Weißen Hauses in Anwesenheit von US-Präsident Jimmy Carter. Vor Hunderten von Fernsehkameras und Tausenden von Korrespondenten großer Zeitungen und Zeitschriften aus aller Welt. Als Ergebnis kamen in Washington zwei Dokumente heraus – „Prinzipien für die Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel" und „Prinzipien für Frieden im Nahen Osten". Auch über den Status Jerusalems wurde verhandelt: Sadat bestand darauf, dass der arabische Teil Jerusalems zur Westbank gehöre und ihm die arabische Souveränität zurückgegeben werden müsse, während Begin nachdrücklich erklärte, Jerusalem werde nicht geteilt und die Hauptstadt Israels bleiben. Und doch war es ein phänomenaler Durchbruch in der Geschichte der turbulentesten Region der Welt. Im selben Jahr wurde beiden Politikern der Friedensnobelpreis für ihren Beitrag zur Ausarbeitung eines bilateralen Abkommens zur Schaffung von Frieden im Nahen Osten verliehen. Im Frühjahr 1979 wurde ebenfalls in Washington ein Friedensvertrag zwischen den beiden Staaten unterzeichnet, der den Krieg zwischen ihnen beendete und zur Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen beitrug.

Mit einer Mehrheit billigte die Knesset die Vereinbarungen von Camp David: 84 Stimmen waren dafür, 13 dagegen, es gab 17 Enthaltungen. Die meisten arabischen Länder – Irak, Syrien, Libyen usw., sowie die PLO – beschuldigten den ägyptischen Führer des Verrats. Die Presse tobte und beschuldigte Politiker, „der imperialistisch-zionistischen Verschwörung zu dienen". Am 6. Oktober 1981 endete für Sadat die Geschichte – bei einer Militärparade in Kairo anlässlich des achtjährigen Jahrestages des Krieges von 1973 wurde der ägyptische Präsident vor den Augen der Sicherheitskräfte von Islamisten getötet.

Begin trat am 15. September 1983 zurück und lebte bis zum 9. März 1992, wobei er jede politische Aktivität ablehnte.

Israel gedenkt

Am 28. März 1998 verabschiedete die Knesset das Menachem-Begin-Gedenkgesetz: Ein staatliches Zentrum für das Erbe des sechsten israelischen Premierministers und Friedensnobelpreisträgers sollte errichtet werden und als Forschungsinstitut zum Studium der Geschichte des Kampfes für die Unabhängigkeit Israels, seiner zukünftigen Sicherheit und Entwicklung dienen. Das Museum präsentiert eine Ausstellung, die den Weg dieses herausragenden Politikers widerspiegelt.

Aus dem Russischen
von Irina Korotkina

München 1970: Der vergessene antisemitische Anschlag auf ein jüdisches Altersheim

Sieben Tote forderte der Brandanschlag auf das Altenheim der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, der 1970 mutmaßlich von Terroristen der linken RAF verübt wurde. Die unschuldig Ermordeten hatten die NS-Zeit überlebt, zwei von ihnen waren in Konzentrationslagern. Bis heute ist das Attentat nicht restlos aufgeklärt. (JR)

Von Julian Marius Plutz

Der 13. Februar war für viele ein schöner Tag. Menschen hatten Geburtstag und feierten im Kreise ihrer Liebsten sich selbst und das Leben.

Für andere bedeutet dieses Datum Entsetzlichkeit und Trauer. Am 13. Februar 1970 verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf das Altenheim der israelischen Kultusgemeinde in München. Sieben Juden, allesamt Überlebende der Nazizeit, wurden getötet. Rivka Regina Becher, Meir Max Blum, Rosa Drucker, Arie Leib Leopold Gimpel, David Jakubovicz Siegfried Offenbacher und Eliakim Georg Pfau ließen vor 50 Jahren ihr Leben. 15 weitere Personen wurden verletzt.

„Wir werden vergast!“

Gegen neun Uhr am Abend, es war ein Freitag, begann das große Grauen. Eine Person war bereits mit dem Lift in das oberste Stockwerk gefahren. Mit dabei: Einen Kanister voller Benzin. Stockwerk für Stockwerk lief der Attentäter nach unten und verteilte den Brennstoff in dem hölzernen Treppenhaus. Das Feuer breitete sich in Windeseile aus und binnen kürzester Zeit stand das Gebäude in Flammen. Die sieben Opfer hatten keine Chance.

„Wir werden vergast!“, rief eine eingeschlossene Person aus dem Fenster des Seniorenheims der Stadt, neben der wenge Kilometer entfernt und 25 Jahre zuvor das Konzentrationslager Dachau befreit wurde. Am 13. Februar 1970 wurde jedoch gar nichts befreit. Das Böse, das man naiverweise glaubte, 1945 besiegt zu haben, hatte die bayrische Hauptstadt wieder fest im Griff.

Siegfried Offenbacher war gehörlos und konnte die Schreie seiner Mitbewohner nicht hören. Max Blum war zum Zeitpunkt 71 Jahre alt und schon recht gebrechlich. Als er merkte, dass er von den Flammen eingesperrt war und zu verbrennen drohte, sprang er aus dem vierten Stock in den Hof. Zwar waren Rettungskräfte bereits vor Ort, doch ihre Hilfe kam zu spät.

Handelte es sich um Linken Terror?

Die Reaktionen auf die Gräueltat waren einhellig und deutlich. Für den Historiker Wolfgang Kraushaar sind insbesondere die Worte des damaligen Innenminister Hans-Dietrich Genscher im Gedächtnis geblieben:

„Das deutsche Volk wird niemals mehr zulassen, dass auf seinem Gebiet Gewalt und Terror regieren. Es wird niemals mehr zulassen, dass bestimmte Gruppen von Menschen außerhalb der Gemeinschaft gestellt werden. Sie alle, die Sie heute hier sind, sind Zeugen dieses Versprechens.“

Ein Versprechen, zumindest den letzten Teil des Satzes, das der FDP-Politiker zwei Jahre später, beim Olympia-Attentat auf israelische Athleten, nicht mehr einhalten konnte.

Die Täter, sie wurden nie gefasst. Heinz Galinski, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, vermutete linken Terrorismus dahinter. So schrieb er, dass sich „die drohende Zuspitzung“ bereits im Vorjahr in Charlottenburg angekündigt hätte. Während einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der Reichspogromnacht versuchten die sogenannten „Tupamaros“ eine Bombe in das Gemeindehaus in der Charlottenburger Fasanenstraße zu zünden.

Die „Tupamaros“ war eine kommunistische Guerilla Gruppe rund um den Terroristen Dieter Kunzelmann. Ziel der Gruppe war es den „bewaffneten Kampf“ gegen den „US-Imperialismus“ und „Zionismus“ zu führen. Besonders im Fokus: Den vermeintlichen Schutz des sogenannten palästinensischen Volkes. Offenkundig sollten diesbezüglich auch Juden in Deutschland zur Rechenschaft gezogen werden.

Ergebnislose Ermittlungen

Indem der Anschlag in Berlin scheiterte, sah Galinski eine Art Kompensation der vereitelten Tat. Seiner Einschätzung nach schien im zweiten Anlauf den Attentätern das offenbar „gelungen“ zu sein. Beweise für diese These gibt es bis heute nicht, was auch an den stümperhaften Ermittlungen der Polizei gelegen haben dürfte.

So wurde der Benzinkanister bereits vor Jahrzehnten vernichtet. Ebenso verschwanden aus der Asservatenkammer wichtige Beweisstücke. 2012 nahm die Münchner Staatsanwaltschaft die Ermittlungen des kalten Falles wieder auf. Ergebnis: Ergebnislos. Somit bleibt dieses heimtückische und antisemitische Attentat unaufgeklärt. Dafür sollte man sich schämen.

Anschlagswelle in Deutschland

Auch für den Historiker Olaf Kistenmacher spricht vieles für einen linksradikalen Hintergrund, womöglich sogar mit Verknüpfungen zur RAF. So soll ein Mittäter eines anderen Anschlages dem Magazin „Focus“ mitgeteilt haben, dass er die Täter kenne, die den Anschlag auf das Altenheim begangen haben. Noch dazu distanzierte sich der Sozialistische Deutsche Studentenbund kurz danach von der Tat. Es sei „nicht der richtige Weg, um den Zionismus anzugreifen“, hieß es vom SDS. Weshalb sollte man sich von etwas distanzieren, wenn man nichts damit zu tun hat?

Antisemitismus gehört zur DNA vieler linksextremer Kräfte, was historisch und ideologisch längst belegt ist. Nur angekommen ist diese Tatsache bei vielen Salonlinken bis heute nicht.

Der Anschlag reiht sich ein in eine massive Terrorwelle im Februar 1970, Drei Tage zuvor, am 10.02.1970, wurde ebenfalls in München der 32-jährige Arie Katzenstein getötet, als palästinensische Terroristen versuchten, eine El-AI-Maschine zu entführen. Und am 21. Februar desselben Jahres wurde ein Swiss-Air-Flugzeug gekapert und zum Absturz gebracht. Keiner der 47 Passagiere überlebte.

Vor 530 Jahren: Die Vertreibung der Juden aus Spanien durch die christliche Reconquista

Mit dem Alhambra-Edikt des katholischen Königspaares Isabella und Ferdinand waren die spanischen Juden unter Androhung der Todesstrafe gezwungen, zum Christentum zu konvertieren oder ihr Land zu verlassen. 1492 markierte somit das Ende der jüdischen Blütezeit in Europa bis zur Neuzeit. (JR)

Von Michail LOBOVIKOV

Vor 530 Jahren, am 3. Nisan 5252 (31. März 1492), unterzeichnete das spanische Königspaar Isabella und Ferdinand einen Erlass über die Vertreibung der Juden aus Spanien. So endete die Reconquista Spaniens – die Rückeroberung Iberiens von den Muslimen - durch die christlichen Könige und die Vereinigung Spaniens zu einem einheitlichen Königreich. Bemerkenswerterweise wurde die Reconquista zum größten Teil mit dem Geld von Don Isaak ben Juda Abarbanel finanziert, einem Philosophen, Torah-Gelehrten, dem ehemaligen Finanzminister des Königreichs. Die tausendjährige Geschichte der Judenverfolgung auf der Iberischen Halbinsel wurde durch das Exil beendet.

Sie begann mit der Eroberung dieses Teils des Römischen Reiches durch die Westgoten und der Judenverfolgung im frühen Mittelalter – es waren Pogrome, Raubüberfälle und Zwangsbekehrungen zum Christentum. Die muslimische Übernahme von Iberia brachte zunächst eine Atempause – und sogar einige Jahrhunderte des goldenen Zeitalters des iberischen Judentums. Die Juden wurden zum „Volk des Buches“ erklärt und hatten zwar den Status einer ungläubigen Minderheit, genossen jedoch eine lange Zeit eine relativ privilegierte Stellung. Die Situation änderte sich mit dem Erfolg der Reconquista – der Befreiung durch die Armeen der nördlichen christlichen Königreiche; insbesondere zu Beginn des 12. Jahrhunderts. Angesichts der Niederlagen durch vorrückende Christen riefen die muslimischen Herrscher Spaniens die Berberdynastie der Almohaden, die Ungläubigen gegenüber unnachgiebig war, zur Hilfe. Sie dehnten ihre Macht auf das muslimische Iberien aus und begannen, die Juden zu verfolgen, wobei sie ihnen drei Möglichkeiten gaben: Exil, Übertritt zum Islam oder Tod. Viele Juden flohen, einige konvertierten zum Islam. Und nach der Niederlage der Berber und dem Fall der letzten Festung - Granada – glaubten sie sich unter Christen in Sicherheit.

Mehr als 100.000 Juden verließen Spanien nach dem Granada-Dekret

Dies war allerdings verfrüht. Nach dem Erfolg der Reconquista stellten die Christen den Juden ebenfalls die Bedingungen: Taufe oder Tod. Etwa die Hälfte der spanischen Juden – mehr als 100.000 – konvertierten zum Christentum. Aber selbst diese neuen Christen, genannt Marranos, weckten kein Vertrauen bei christlichen Monarchen und der Kirche. Viele heirateten verdächtigerweise nur untereinander und zogen es vor, sich nicht mit den "ursprünglichen" Christen zu mischen und waren außerdem erfolgreicher im Handel, was noch mehr Schwierigkeiten mit ihrer Umgebung verursachte.

Die Inquisition begann ihr Werk, entzündete ihre Feuer, jedoch musste das Problem aus Sicht der Christen aus der Welt geschaffen werden.

So wurde das Granada-Dekret von Isabella und Ferdinand erlassen. Den verbliebenen Juden, die von Anfang an nicht zum Christentum konvertierten, wurde befohlen, entweder dies zu tun oder sie mussten, wie auch die meisten „unzuverlässigen“ Marranos, innerhalb von vier Monaten das Land - sowie ihren gesamten Besitz – zurücklassen: somit waren sie gezwungen, ihr Hab und Gut für fast nichts zu verkaufen. Ein Teil der Juden - etwa 40.000 - konvertierte zum Christentum. Aber mehr als 100.000 verließen Spanien. Die meisten gingen nach Nordafrika, nach Marokko. Aufgrund der dort herrschenden Hungersnot lehnten jedoch viele Städte die Aufnahme von Flüchtlingen ab. Einige von ihnen fielen Sklavenhändlern in die Hände, die meisten verstreuten sich über die Maghreb-Länder und bildeten die jüdischen Gemeinden in Marokko, Algerien, Libyen und Tunesien. Der andere Teil landete im Osmanischen Reich. Sultan Bayezid II. schickte ihnen sogar seine Flotte und bemerkte spöttisch: "Die christlichen Könige Spaniens sind ihren größten Reichtum - die Juden - zu meinen Gunsten losgeworden." Der Sultan brachte die Juden nach Thessaloniki und Izmir, so entstanden die Gemeinden in der Türkei, Griechenland und auf dem Balkan. Die dort geborenen Juden sind Sephardim, Nachkommen von Verbannten aus Spanien.

Ein anderer Teil, der aus Spanien Vertriebenen landete in Portugal, aber nur fünf Jahre später standen sie vor der gleichen Wahl. Die aus Portugal Geflüchteten gründeten Gemeinden in Südamerika, vor allem in Brasilien, in portugiesischen und niederländischen Kolonien.

Die Vertreibung aus Spanien war die bedeutendste und tragischste aller jüdischen Exile in Europa, die ihren Anfang bereits im 10. Jahrhundert in England nahmen, sich mit wiederholten Vertreibungen aus Frankreich fortsetzten - und so ging es weiter bis zur Flucht des europäischen Judentums nach Polen im 15. Jahrhundert. Die traurige Odyssee endete mit der Ansiedlungsgrenze in Russland, was durch die Pogrome des 19. Jahrhunderts zur zionistischen Bewegung führte. Zum Höhepunkt der Vertreibungen wurde der Holocaust...

Wir müssen unser Land Israel und unsere Tradition schätzen und schützen. Denn außerhalb seiner Grenzen hat sich in den vergangenen 530 Jahren die Lage der Juden wenig verändert.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen von nun an regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Anzeigen-Verwaltung:
Verlag Alwin Loewenthal, Berlin NW 7, Dorotheenstr. 35

Nummer 17 | Berlin, 1. III 1921 | כא׳ אדר א׳ תרפ״א | XXVI. Jahrg.

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. „Baseler Programm."

Die Demission Julius Simons angenommen

London, 22. Februar (J.C.B.) Das bisherige Mitglied der Exekutive, Julius Simon, ist endgültig aus der Leitung ausgeschieden. Der Präsident, Prof. Weizmann, hat die Demission angenommen.

Diese Meldung des J.C.B. bestätigt die in unserer letzten Nummer ausgesprochene Vermutung, daß der während Weizmanns Palästinareise hervorgetretene Gegensatz der beiden Männer zu einer Umbildung innerhalb der Exekutive unmittelbaren Anlaß geben wird.

Die Verhandlung des Völkerbundes über das Mandat wieder aufgeschoben

In einer Sitzung in Paris am 22. d. M. hat der Rat des Völkerbundes einen Antrag Balfours angenommen, daß die Behandlung der Mandate A (zu welchen auch das Palästina-Mandat gehört) bis zur nächsten Session des Völkerbundes im April aufgeschoben werden soll. Balfour sagte in der Begründung seines Antrages, daß das neue englische Kolonialministerium Churchill gerade im Begriffe sei, zum Zwecke des Studiums der Mandatsfragen nach Aegypten zu gehen, und daß es unter diesen Umständen wünschenswert sei, die Mandate A nicht jetzt in Verhandlung zu ziehen, wie ursprünglich vorgesehen war.

Aus dem englischen Unterhaus

Im englischen Unterhause antwortete Bonar Law auf eine von A. Macklin gestellte Anfrage, daß die alliierten Mächte und die britische Regierung beschlossen hätten, die Bestimmungen des Mandates, die bereits dem Völkerbund unterbreitet sind, zirkulieren zu lassen. Nach Anschauung der Regierung sei die Behandlung der Mandate ganz ähnlich der Behandlung der Staatsverträge. Sie müssen daher von der jeweiligen Regierung ausgeführt werden. Sowie im Falle eines Vertrages werde auch bei einem Mandat das Parlament das Recht haben, es anzunehmen oder zu verwerfen.

Auf eine Anfrage des Majors Entwistle erklärte Sir A. Williamson in einer schriftlichen Antwort, daß nach seiner Schätzung die monatlichen Kosten der Armee in Palästina gegenwärtig 500 000 Pfund betragen.

Faisul in London

Ein arabisches Königreich?

Paris, 23. Februar. Emir Faisul hat den Wunsch ausgesprochen, von der Londoner Konferenz angehört zu werden; in Anbetracht des Widerstandes Briands gegen Faisul dürfte an seiner Stelle der syrische General Haddad Pascha von der Konferenz gehört werden.

Paris, 23. Februar. Pertinax berichtet im „Echo de Paris", eine Persönlichkeit aus englischen Delegiertenkreisen habe sich zu dem Ansuchen Emir Faisuls, vom Obersten Rate gehört zu werden, dahin geäußert, das englische Volk wünsche nicht, fortgesetzt jährlich 30 bis 35 Millionen Sterling für die Kosten der Besetzung Mesopotamiens auszugeben, und werde daher bereit sein, die Räumung des Gebietes zwischen Euphrat und Tigris vorzubereiten. Man beabsichtige, sich auf Bassorah zurückzuziehen, wünsche aber im Lande eine politische Organisation zurückzulassen, die die Rückkehr der Anarchie verhindere. England sei daher entschlossen, ein arabisches Königreich zu gründen. In Bagdad gebe es jetzt vier Kandidaten um die Königskrone: Emir Abdullah und Emir Faisul, beide Söhne des Königs Hussein, sowie zwei arabische Scheiks. Es sei aber sehr wahrscheinlich, daß Faisul den Sieg davontragen werde.

Kämpfe zwischen arabischen Stämmen

Jerusalem, 21. Februar. (J.C.B.) Hier trafen beunruhigende Nachrichten aus Transjordanien ein, denen zufolge zwischen den arabischen Stämmen im Distrikte von Kerak schwere Kämpfe ausgebrochen seien, welchen bei den ersten Gefechten 22 Araber zum Opfer gefallen sind.

Ussischkin begleitet Weizmann nach Amerika

Wie wir „Haarez" entnehmen, hat Ussischkin, der Vorsitzende des Waad hazirim, von der Exekutive in London, vom Geschäftsführenden Ausschuß der Zionistischen Organisation Amerikas und von der Leitung des Nationalfonds (? soll wohl Keren Hajessod heißen. — A. d. R.) in London die Einladung erhalten, Amerika im Interesse der palästinensischen Aufbauarbeit zu besuchen. Nach telegraphischer Verständigung hat sich Ussischkin bereit erklärt, der Einladung Folge zu leisten. Dienstag, den 22. Februar, wird Ussischkin Jerusalem verlassen, um sich zunächst nach London zu begeben, von wo aus er mit Weizmann die Reise nach Amerika antreten wird. Seine Reise wird zwei bis drei Monate in Anspruch nehmen.

Einsteins Amerikareise

Die Meldung, daß Professor Einstein auf Einladung der Zionistischen Organisation sich nach Amerika begibt, um dort an den Beratungen für die jüdische Universität in Jerusalem mitzuwirken, hat begreiflicherweise in weiten Kreisen stärkstes Interesse erregt. Professor Einstein hat sich prinzipiell bereit erklärt, die Einladung anzunehmen, falls der Termin seiner Reise mit seinen übrigen Dispositionen übereinstimmt. Einstein, der im Frühjahr in Holland Vorträge übernommen hat, möchte bis zu diesem Zeitpunkt zurück sein. Als spätester Abreisetermin kommt für ihn der 23. März ab Rotterdam in Betracht. Der Zweck der Reise ist die Interessierung amerikanischer Kreise für die Universität in Jerusalem und für sonstige Pläne der Zionistischen Organisation in Palästina, sowie die nähere Ausgestaltung des Universitätsplanes. Dagegen hat Einstein die Einladung der amerikanischen Universitäten zu Vorträgen bereits früher abgelehnt, da er ursprünglich beabsichtigte, in der nächsten Zeit an einem internationalen Kongreß in Brüssel teilzunehmen.

Churchill fährt nach Palästina

Wie die englischen Blätter melden, wird der neue Kolonialminister Churchill anfang März eine Reise nach dem nahen Osten antreten, wobei er Palästina und Mesopotamien einen längeren Besuch abstatten wird. Kolonialminister Churchill wird mit den High Commissioners beider Länder Konferenzen über die Art der Durchführung der britischen Mandate in Palästina und Mesopotamien abhalten. Den Besprechungen wird auch Marschall Allenby zugezogen werden.

Ein Oberster „Beth-Din" in Jerusalem

Jerusalem, 15. Februar. (J.C.B.) Auf Veranlassung der Regierung findet hier vom 20. bis 25. Februar eine Konferenz von 71 Rabbinern und 35 Laien statt, um einen „Obersten Beth-Din" (jüdischer Gerichtshof) und einen aus Mitgliedern der Konferenzteilnehmer bestehenden Appellationshof zu wählen. Die legale Macht dieser Körperschaften wird von der Anpassung des jüdischen Gerichtes an die modernen Bedingungen, insbesondere in bezug auf die Frauenfrage, abhängig sein. Letztere bildet jetzt den Hauptgegenstand der öffentlichen Diskussion.

Der Maaßerbeschluß in Kanada

Der nunmehr im Wortlaut vorliegende Beschluß des 17. kanadischen Delegiertentages stellt fest, daß die im letzten Juli in London abgehaltene zionistische Weltkonferenz die Pläne für die grundlegende Arbeit in Palästina und für die Verwendung der hierzu notwendigen Mittel sorgfältig beraten, vorbereitet und als Keren Hajessod angenommen habe. In diesem großen Augenblick der jüdischen Geschichte sei Loyalität gegenüber der Leitung und Disziplin gegenüber den Entscheidungen der zionistischen Weltkonferenz für die erfolgreiche Bewältigung der großen Probleme notwendig. Die kanadische Organisation nimmt daher den Keren Hajessod-Beschluß der Londoner Konferenz ohne Einschränkung an und fordert ihre Exekutive auf, die Aufbringung von nicht weniger als einer Million Dollar in Uebereinstimmung mit dem Prinzip des althergebrachten Maaserbegriffs für das laufende Jahr in Angriff zu nehmen. Der kanadische Beschluß dürfte für den ganzen amerikanischen Kontinent entscheidend sein, da nirgends in Amerika andere Bedingungen vorliegen als in Kanada. Dr. Schmarja Levin, der zurzeit Kanada bereist, wird überall mit stürmischem Enthusiasmus empfangen.

Das Mandat

Rechtliche Betrachtungen und politische Folgerungen.

Von Dr. Moritz Bileski.

(Schluß.)

III.

Die Errichtung der nationalen Heimstätte für das jüdische Volk

Die Errichtung der nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina, die als Zielbestimmung für das Mandat besonders hervorgehoben ist, wird nicht allein durch die Möglichkeit angestrebt, daß in Palästina sich alle interessierten Kräfte nach ihrer Bedeutung voll entfalten können. Unser Recht auf die nationale Heimstätte in Palästina ist nach dem Entwurf in unserer historischen Verknüpftheit mit dem Lande begründet. Damit wird festgestellt, daß die Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina eine politische Tatsache geblieben ist; aus ihr ergeben sich Ansprüche, die im Entwurf in rechtsverbindlicher Form anerkannt sind.

Dieses Anerkenntnis äußert sich in bestimmten rechtlichen Folgerungen. Von besonderer Bedeutung ist die im Art. 4 enthaltene Einrichtung der jüdischen Vertretung, der „Jewish agency", und die Tatsache, daß die Zionistische Organisation als diese Vertretung anerkannt wird. Der politische Erfolg, den der Zionismus gehabt hat, kommt hier in stärkster Form zum Ausdruck. Er wird nicht abgeschwächt, sondern unterstrichen durch die an die Organisation gerichtete Aufforderung, die Mitarbeit aller Juden für die Errichtung der jüdisch-nationalen Heimstätte zu gewinnen. Damit wird der Zionistischen Organisation eine führende Stellung im Gesamtjudentum offiziell eingeräumt. Dieses jüdisch-politische Ereignis erhält eine ganz besondere Bedeutung von bisher unbekannter Art durch die Tatsache, daß diese jüdische Vertretung und damit die Organisation als öffentliche Körperschaft völkerrechtlich — denn die Bestimmungen des Mandats stehen unter den Garantien des Völkerrechts — anerkannt wird. Die Organisation wird damit ein Rechtssubjekt des palästinensischen Staatsrechts. Diese Rechtsqualität und ihr Aufgabenkreis werden ihr völkerrechtlich gesichert. Diese Tatsache ist nicht nur von grundlegender Bedeutung für die jüdische Politik, sondern auch von lebhaftem, allgemeinem Interesse. Das Mandat bringt nicht zum Ausdruck, daß die Organisation auch selbst unmittelbar ihre Rechte völkerrechtlich geltend machen kann. Aber offensichtlich berührt sich die Bestimmung des Art. 4 mit der — auf anderen Gebieten des Völkerrechts bereits zur Geltung gekommenen — Auffassung, daß nicht, wie man früher meinte, nur Staaten, sondern auch andere Verbände Subjekte des Völkerrechts sein können. Setzt sich diese Meinung durch, so wird damit das Monopol der Staaten im internationalen Verkehr gebrochen. Es würden auch solche Mächte anerkannt, denen die Merkmale der Staatsgewalt fehlen, deren gesellschaftlich verbindende Wirkung sich vielmehr in anderer Art äußert.

Die Entwicklung dieser Meinung, über deren allgemeine Bedeutung hier nicht weiter gesprochen werden kann, würde eine Garantie für die Stellung der Organisation und damit für die Errichtung der jüdisch-nationalen Heimstätte geben. Diese Stellung ist im Mandatsentwurf nur in allgemeiner Form beschrieben. Sie soll, als Korporation öffentlichen Rechts, der Verwaltung Palästinas Rat und Mitarbeit in den Angelegenheiten gewähren, die sich auf die Errichtung der jüdisch-nationalen Heimstätte und auf die Interessen der jüdischen Bevölkerung Palästinas beziehen. Ihre Stellung ist also nur beratend; es besteht das Bedürfnis, daß ihrer Meinung auch eine für die Verwaltung Palästinas irgendwie verpflichtende Bedeutung beigelegt wird. Das Interesse, das die Organisation wahrzunehmen hat, die Errichtung der jüdischen Heimstätte, ist, als Leitgedanke des Mandats, von der Verwaltung Palästinas zu beachten. Die Organisation wird die Möglichkeit haben, die Verwaltung in Fällen, wo das notwendig sein sollte, auf diese Verpflichtung hinzuweisen. Aber es fehlt eine Garantie. Die Organisation muß imstande sein, ihre Meinung entweder unmittelbar in der Verwaltung Palästinas zur Geltung zu bringen oder bei einer übergeordneten Instanz auf die Erfüllung der im Mandat enthaltenen Verpflichtungen zu dringen. Vorschläge in der ersten Richtung, die der Organisation einen Einfluß auf die Entscheidungen der Mandatarmacht über die Gestaltung der palästinensischen Verwaltung geben sollen, sind diskutiert worden. Diese Methode hat den Vorzug, daß sie sich an eine bestimmte Stelle richtet und verhältnismäßig leicht zu benutzen ist. Sie würde zweckmäßig ergänzt durch die zweite Möglichkeit, die vielleicht schwerfälliger ist, die aber eine internationale, über die Behörden der Mandatarmacht hinausgehende Wirkung haben würde. Als eine in diesem Sinne übergeordnete Instanz käme die ständige Kommission des

Die Freude im Judentum: Warum die Freude am Purim so besonders ist

Am jüdischen Freudenfest Purim feiern die Juden die Errettung durch Gott und die mutige jüdische Königin Esther in der babylonischen (persischen) Gefangenschaft. Das Fest steht ganz im Zeichen der Lebensfreude, man verkleidet sich und veranstaltet fröhliche Umzüge. Deshalb wird Purim auch das „jüdische Fasching" genannt.

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Nur wenn alle Gemeindemitglieder fröhlich sind, kann man auch selbst echte Freude erleben

Kann eine Religion lustig sein? Kann ein tiefgläubiger Mensch fröhlich sein? Diese Fragen scheinen ein wenig komisch. Normalerweise, wenn wir an eine Religion oder einen religiösen Menschen denken, haben wir etwas Ernstes vor Augen, und nicht etwas Freudiges.

Doch gerade im Judentum hat die Freude einen wichtigen Platz. Interessant, aber im Hebräischen gibt es sogar mehrere Ausdrücke dafür: „Sason" (Freude), „Simcha" (Glück), „Gila" (Fröhlichkeit), „Rina" (Jubel), „Ditza" (Heiterkeit), „Hedwa" (Entzücken). Das sind natürlich nicht nur Synonyme, jeder Ausdruck hat eine eigene Bedeutung und ihr Vorkommen im Tanach beeinflusst die Bedeutung des ganzen Verses.

Jedoch kann man natürlich nicht immer fröhlich sein. Es gibt Momente im Leben, wenn sogar Optimisten Sorgen, Trauer oder Wut erleben. Und es ist auch durchaus legitim, wenn es eben nur Momente sind, und nicht die größte Zeit des Lebens. Und, für viele wird es sicherlich sehr überraschend sein, sollte gerade das religiöse Leben eines Juden mit Freude gefüllt werden. „Jiwdu et Haschem beSimcha" (Dient G'tt mit Freude) fordert König David in seinen Psalmen. Das bedeutet, dass sowohl das Tora-Lernen als auch das Erfüllen von Geboten soll mit Freunde gemacht werden. Und nicht nur solche seltenen und besonderen Gebote, wie Beschneidung, Bar/Bat Mitzwa, Hochzeit, sondern auch die Gebote, die man tagtäglich zu verrichten hat, wie Gebete in der Synagoge, Tfillin-Legen, Segenssprüche usw.

Doch wenn man denkt, dass die Freude nur eine schöne Idee, ein passender Zusatz im Judentum ist, liegt falsch. Die Freude ist ein essentielles Element, ohne sie kann es manchmal sogar tragisch sein. Im Buch Dwarim im Wochenabschnitt „Ki Tawo" verspricht Mosche, dass die Juden fürchterliche Schicksalsschläge erleben werden, wenn sie sich von G'tt abwenden. Und dann (Vers 28:47) steht eine sehr merkwürdige Begründung, warum diese alle Tragödien kommen werden: „Dafür, dass du für HaSchem, deinem G'tt, mit Freude und Herzenslust bei Überfluss an allem nicht gedient hast". Das bedeutet, sogar, wenn man G'tt ja dient, aber ohne Freude, kann es schlecht enden. Zuerst scheint das zu viel Gutes zu sein. Man lernt die Tora, hält zahlreiche Gebote, wird aber dafür auch noch bestraft, weil man es ohne Freude machte?! Doch unsere Weisen geben darauf eine sehr gute Antwort: wenn man G'tt ohne Freude dient, dann wird dieser Dienst zuerst zur Routine, dann zur Last und schlussendlich hört man damit irgendwann gänzlich auf. Deshalb bringt die Freude ins religiöse Leben die Lebendigkeit und den Enthusiasmus.

Doch nicht nur beim G'ttesdienst ist Freude, Humor und Lachen wichtig. Ein Holocaust-Überlender hat mal erzählt, dass er nur dank der Freude das KZ überlebt hat. Als er nach Auschwitz geraten war, hat er schnell verstanden, dass er bald vom Leid und Grauen des Lebens dort bald verrückt werden würde. Deshalb hat er mit einem anderen Häftling abgemacht, dass sie während des Tages etwas Komisches bemerken sollen und am Abend haben sie es einander erzählt und oft darüber gelacht. Und nur Dank dieser kleinen Unterhaltungen sind sie beide am Leben geblieben.

Die Freude an den Festen

Alle jüdischen Feiertage sind einzigartig und haben ihre Besonderheiten. Langer Seder und Matza am Pessach, das Lesen der Zehn Gebote und Käsekuchen am Schawout, Laubhütte und Strauß aus vier Arten im Sukkot und viele Tanzrunden mit Tora-Rollen am Simchat Tora. Doch es gibt ein Gebot, das alle diese Feiertage verbindet, und das ist die Freude. „WeSamachta beChagecha" – freue dich an deinen Festen. Unsere Weisen erklären uns, dass an den Feiertagen man noch mehr Freude spüren soll, als sonst. Dafür haben sie sogar Tipps gegeben. Männer sollen an diesen Tagen leckere Gerichte schön serviert bekommen, Frauen sollen von ihren Ehemännern mit neuen Kleidern und Schmuck beschenkt werden und auch die Kinder sollen nicht vergessen werden: sie sollen viele Süßigkeiten zum Feiern bekommen. Und damit es auch an den Werktagen der Festtage Pessach und Sukkot (Chol haMoerd) bei guter Laune bleibt, empfehlen unsere Weisen den Männern ein wenig Wein zu trinken.

Die besondere Stellung Purims

Doch das Purim-Fest ist sogar in dieser Hinsicht viel einzigartiger, als andere Feiertage. Wenn es am Pessach oder Sukkot nur empfehlenswert ist ein wenig Wein zu trinken, ist das Trinken am Purim ein Gebot. Und nicht nur das, man muss an diesem besonderen Tag so viel Wein trinken, um den Unterschied zwischen „sei verflucht Haman" und „sei gesegnet Mordechai" nicht mehr erkennen zu können! Das ist ein sehr merkwürdiges Gebot. Denn das Berauschen im Judentum ist verboten. Wenn der Mensch betrunken ist, kann er nicht richtig Tora lernen, nicht richtig beten und keine Segenssprüche sagen. Warum soll starker Alkohol-Konsum an einem Tag plötzlich nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten sein?! Und das ist ja nicht einfach ein Brauch, das haben unsere Weisen angeordnet, sie sonst das übermäßige Trinken von Alkohol stark kritisieren! Und warum reicht es nicht, auch am Purim eine Freude zu haben, die wir auch an den anderen Feiertagen haben sollen?

> Die Juden haben damals verstanden, dass sogar im Exil G'tt mit den Juden ist und sie weiterhin liebt. G'tt will nicht, dass Sein Volk vernichtet wird, G'tt möchte, dass die Juden zu Ihm zurückkehren und ihre G'ttliche Aufgabe in dieser Welt erfüllen.

Diese spezielle Purim-Freude kann man mit einem Gleichnis verstehen. Ein Mensch wurde krank und nach einer Untersuchung haben die Ärzte festgestellt, dass diese Person an einer unheilbaren Krankheit leidet und nur noch wenige Wochen zu leben hat. Der Kranke ist zutiefst schockiert und kann kaum normal denken. Seine Arbeit, seine Pläne für den Urlaub sind kein Thema mehr, alles woran er denkt, ist, dass er bald stirbt und was er davor noch erledigen soll. Und plötzlich kommt zu ihm ein Arzt und sagt verlegen: „Wissen Sie, lieber Herr soundso, es ist uns wohl ein Fehler unterlaufen. Wir haben ihre Befunde noch mal genauer angeschaut und stellten fest, dass Sie diese unheilbare Krankheit nicht haben und somit absolut gesund sind. Also, Sie werden weiter leben. Es tut uns für die Verwechslung unheimlich leid". Man kann sich gut vorstellen, wie sich diese Person fühlen wird! Seine Freude wird einfach grenzenlos sein. Er wird noch lange Zeit außer sich sein und diese unerwartete Nachricht feiern. Das ist eine außer-

gewöhnliche und sehr starke Freude, die man sehr selten erlebt. Das heißt in Hebräisch „leipach“ – umgekehrt, absolutes Gegenteil. Es gab etwas Festes und plötzlich, innerhalb von Minuten hat sich alles grundliegend geändert. Und gerade diese plötzliche Umkehr passierte am Purim, und sogar doppelt.

Als der Bösewicht und Judenhasser Haman vom König Achaschwerosch ein Dekret über die Vernichtung aller Juden bekommen wollte, sagte er Folgendes: „Da ist ein Volk, zerstreut und abgesondert unter den Völkern in allen Provinzen deines Königreiches; und ihre Gesetze sind von denen jedes anderen Volkes verschieden, und die Gesetze des Königs tun sie nicht…“. Unsere Weisen deuten diese Worte als Anklage von Satan (Engel-Ankläger) vor G’tt: „schau dir dein Volk an, sie halten deine Gesetze nicht mehr“. Deshalb entstand die Gefahr der totalen Vernichtung des jüdischen Volkes. Und Mordechaj, der damalige Anführer des jüdischen Volkes, hat verstanden, dass es eine sehr reale Gefahr ist. Innerhalb kurzer Zeit schafften es Mordechahj und die Königin Esther die Juden zur Umkehr zu bewegen. Und dann plötzlich war auch die Gefahr für die Juden gebannt: Der Antisemit Haman, der scheinbar mächtige und unantastbare Vizekönig, hat in nur einer Nacht nicht nur seine Macht verloren, sondern wurde sogar exekutiert. Exekutiert von seinem König, der ihn nur Stunden zuvor noch so liebhatte.

Und deshalb war auch die Freude der Juden so groß. Es ist nicht nur die wunderbare und unerwartete Rettung. Es war mehr: Juden haben damals verstanden, dass sogar im Exil (nach Zerstörung des ersten Tempels) G’tt mit den Juden ist und sie weiterhin liebt. G’tt will nicht, dass Sein Volk vernichtet wird, G’tt möchte, dass die Juden zu Ihm zurückkehren und ihre G’ttliche Aufgabe in dieser Welt erfüllen. Es war diese Erkenntnis, welche die Juden so gefreut hat, denn nach der Vertreibung des jüdischen Volkes aus dem Heiligen Land, war diese einzigartige Beziehung mit G’tt für die damaligen Exilanten nicht selbstverständlich.

Ist das ein Grund diese Rettung auch heute noch zu feiern?!

Man könnte fragen, warum feiern wir diese wunderbare Rettung immer noch? Es ist schön und gut, dass die Juden damals aus der Lebensgefahr gerettet wurden und damit ihre Verbindung zu G’tt gestärkt haben. Können aber auch wir heutzutage das feiern? Es gab ja schon nach Purim schwere Verfolgungen, Tragödien und den Holocaust! Doch gerade Purim ist unser Hoffnungsmacher. So wie Juden damals vor dem Abgrund standen und doch noch gerettet wurden, so besteht die Hoffnung, dass auch in Zukunft bei allen anderen Krisen das jüdische Volk durch G’tlichen Beistand alles meistert und deshalb auch immer existieren wird.

Die Rolle des Weins

Es bleibt immer noch die Frage, warum sollen wir diesen Feiertag mit massivem Alkoholkonsum feiern?! Natürlich spielte der Wein eine bedeutende Rolle in der Purim-Geschichte, doch ist das wirklich der Grund, um übermäßig viel zu trinken? Wäre es nicht logischer eine bestimmte Anzahl von Gläsern zu trinken, wie wir es am Pessach machen (vier Gläser). Was haben also unsere Weisen, die sonst das übermäßige Alkoholkonsum stark verurteilen, mit diesem Gebot bezwecken wollen?

Der Grund dafür ist, dass es für uns sehr schwer nachzuvollziehen ist, dass alles, was uns passiert, auch von G’tt kommt. Und sogar wenn wir rein theoretisch daran glauben, praktizieren wir diesen Glauben in unserem alltäglichen Leben sehr selten. Zum Beispiel passiert uns oft, dass wir von jemandem beleidigt oder gekränkt wurden. Und wir fühlen Wut und Zorn gegen diese Person. Und manchmal suchen wir sogar nach der Möglichkeit es dem Widersacher irgendwie heimzuzahlen. Doch wenn wir tatsächlich überzeugt wären, dass alles vom Himmel kommt, wären wir auch sicher, dass nicht diese Person das Problem ist. Es gab wohl einen guten Grund, warum G’tt uns in diese Situation gebracht hat und der Widersacher einfach ein Werkzeug in G’ttes Händen ist. Also, sehr oft ist für uns der Glaube leider nur die Theorie. Und dann kommt Purim und an diesem Tag haben wir die Chance diesen Glauben tatsächlich zu verinnerlichen. Wir sollen ja einen Zustand erreichen, wo wir nicht mehr zwischen „sei verflucht Haman“ und „sei gesegnet Mordechai“ unterscheiden können. Und genau in diesem Zustand, wenn die Gegensätze in unserem Kopf nicht mehr existieren, gelangen wir zu der Erkenntnis „Haschem Hu haElokim“ (Herr ist auch G’tt). Alles, was uns passiert, sowohl das Gute als auch das nicht so Gute ist vom selbem G’tt. Und das sollen wir uns wirklich zu eigen machen und versuchen danach zu leben.

Esther und Mardochai, Stahlstich nach einem Gemälde von Aert de Gelder

Jeden Tag Alkohol?!

Wenn diese Erkenntnis, so wichtig ist und uns so viel weiter in unserer Einstellung bringen kann, warum trinken wir dann nicht jeden Tag? Warum warten wir auf Purim, um eine so essentielle Weisheit zu bekommen? Und hier muss man nochmal daran erinnern, dass alle jüdischen Feiertage fest an ihr Datum gebunden sind und nur an jenem Datum ihre Wirkung haben. Man kann Pessach nur im Frühling feiern, weil die Juden in dieser Zeit aus Ägypten befreit wurden, man kann Schawuot nur 49 Tage nach Pessach feiern, weil genau an jenem Datum die Juden die Tora am Berg Sinai bekommen haben. Und genauso kann man Jom Kippur nur am 10.Tischrej feiern, weil dem jüdischen Volk genau an diesem Tag die Sünde des Goldenen Kalbes verziehen wurde. Alle diese Ereignisse sind nicht einfach an diesem Datum vorgekommen, sie haben eine bestimmte Spur an diesen Tagen hinterlassen. Freiheit am Pessach, Sühne am Jom Kippur usw.

Das gilt natürlich auch für Purim. Die wunderbare Rettung und die Nähe zu G’tt, die damals am 14.Adar in ganz Persien erlebt wurden, haben ihre Kraft für immer „abgespeichert“. Jedes Jahr nur an diesem Tag kann man dank der Freunde und dem Wein diese Nähe zu G’tt wieder erreichen. Und deshalb gibt es am Purim auch noch andere Gebote zum Erfüllen, als nur Wein-Trinken. Beim Hören der Esther-Rolle am Abend und am Tag erleben wir die Purim-Geschichte noch mal. Wir senden Lebensmittel (Mischloach Manot) an die Nachbarn und Bekannten, um unsere Freundschaft zu stärken. Wir geben Tzedaka (Spenden) an arme Menschen, damit auch sie was zum Feiern haben. Nur wenn alle Gemeindemitglieder fröhlich sind, kann man auch selbst echte Freude erleben. Und dann gibt es die Chance am Tisch beim Wein-Trinken zu den Erkenntnissen zu kommen, die unser tagtägliches Leben schön und lebenswert machen werden.

Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud

In der Reihe des Studienprogramms „Daf Yomi“ werden auszugsweise Stellen aus dem Talmud dargelegt und zu erörtert. Die Auswahl der Stellen erfolgt dabei anhand des festgelegten Lesezyklus. Folgendes stellt eine Fortsetzung der in der Jüdischen Rundschau im Januar 2022 begonnenen jüdischen Lern-Initiative dar.

Von Patrick Casiano

BEHROUZ MEHRI / AFP

Einige der aktuellen Blätter – Beit Hillel und Beit Schammai

20. März 2022 (Yevamot 13) plus folgende Tage und Blätter: Der Abschnitt „Yevamot“ des Talmuds behandelt vor allem eherechtliche Fragen. Im Kontext einer solchen Frage erscheinen ab dem 13. Blatt mehrere Meinungsverschiedenheiten zwischen den Lehrmeinungen, oder Denkschulen, von den beiden Gelehrten Hillel und Schammai und deren jeweiligen Schülern. Die beiden Personen lehrten in etwa zeitgleich um die Zeitenwende, also in den letzten Generationen vor der Zerstörung des Tempels. Im Talmud finden sich ca. 300 Fälle von religionsgesetzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen beiden Lehrhäusern.

Der Talmud berichtet über den Respekt, der dennoch zwischen diesen beiden Gruppen herrschte. „Obwohl diese verboten und jene erlaubten, diese es für ungültig erklärten und jene für gültig, haben die Anhänger von Schammai keinen Abstand davon genommen, Frauen aus den Familien der Anhänger von Hillel zu heiraten. Und die Anhänger von Hillel haben keinen Abstand davon genommen, Frauen aus den Familien der Anhänger von Schammai zu heiraten. […] Um dich zu lehren, dass sie untereinander Liebe und Freundschaft pflegten.“ (13b und 14b).

Dies ist das uns vorgelebte Modell des Zusammenlebens verschiedener jüdischer Gruppen. Ob der Unterschied nun in der geographischen Herkunft liegt, wie Aschkenasen und Sepharden, oder in Fragen der Lebensführung und Weltansicht, wie chassidische und nicht-chassidische Ausrichtungen.

In fast allen Fällen der genannten 300 Meinungsverschiedenheiten, und auch in der vorliegenden eherechtlichen Frage, hat sich letztendlich die Position von Hillel durchgesetzt und wurde Teil des Religionsgesetzes. Im Falle des Gesetzes müssen die verschiedenen Ansichten natürlich zu Regelungen vereinheitlicht werden, die für alle verbindlich sind. In Fragen der Lebensführung und Weltansicht ist eine solche Einheitlichkeit weniger von Nöten. Im Kontext eines einheitlichen Gesetzes gibt es im Talmud an der besagten Stelle eine lange Diskussion darüber, ob die Denkschule von Schammai nur der Ansicht nach einer anderen Meinung war, aber in der Praxis der Meinung Hillels gefolgt ist, oder ob sie auch wirklich anders gehandelt hat. Denn letzteres wäre ein Problem wegen dem auf 13b erläuterten Verbot, sich bei religionsgesetzlichen Fragen in Gruppen aufzuteilen – denn schließlich gibt es ja nur eine Tora.

Es stellt sich also die Frage, wie solche Entscheidungen zwischen zwei Meinungen getroffen werden. Unter anderem bespricht der Talmud an dieser Stelle (14a) zwei Abwägungen, die wir unter die Lupe nehmen sollten. Eine besagt, dass Schammai in der hier besprochenen eherechtlichen Frage wie Hillel gehandelt hat, da dieser in diesem Punkt mehr Anhänger hatte. Es ist somit eine Frage der Mehrheit, also ein demokratisches Konzept. Daraufhin findet sich jedoch eine Erwiderung, die besagt, dass Schammai gemäß seinem eigenen Verständnis gehandelt hat. Die Begründung dafür schränkt die erste Abwägung ein: „Wir folgen der Mehrheit in Situationen, in denen beide Seiten gleichwertig sind, aber im vorliegenden Fall sind die Anhänger Schammais scharfsinniger.“ (14a). Wie die Scharfsinnigkeit zu messen ist, wird an dieser Stelle nicht gesagt. Und dafür, dass sich Schammais Meinung letzten Endes trotzdem nicht durchgesetzt hat, gibt es andere Gründe (vgl. Eruvin 13b). Aber jedenfalls ist der Gedanke eine stupide, bloß zahlenbasierte Mehrheitsentscheidung durch ein qualitatives Element anzureichern sehr anziehend.

Wenn ich mir in Deutschland meine Fische selbst fangen will, benötige ich dafür einen Angelschein, der eine Wissensprüfung beinhaltet. Aber wählen und unseren Bundestag zusammensetzen darf jeder. Was wohl komplexer und auch wichtiger ist? Es wäre wünschenswert das Wahlrecht an eine Mindestbildung zu knüpfen. Denn ansonsten kann jemand, dessen Lieblingsfußballmannschaft am Vorabend der Wahl verloren hat und der sein Leben deshalb als unzureichend empfindet, einfach aus Protest diejenige Partei wählen, die bisher in der Opposition war. Und damit ist niemanden geholfen, auch seine eigenen Interessen hat er damit nicht gefördert, dazu müsste er politische Prozesse erst einmal verstehen können.

Und die Tora zu verstehen ist um ein Vielfaches schwieriger. Jüdische Gelehrte studieren sie Jahrzehnte lang von morgens bis abends, ohne jemals einen Punkt zu erreichen, an dem sie sagen könnten, sie würden jetzt alles beherrschen. Daher wurden Fragen des jüdischen Religionsgesetzes seit jeher dadurch entschieden, dass man sich ansieht, wie sich die verschiedenen Gelehrten dazu geäußert haben und dann hat sich für gewöhnlich die Mehrheitsmeinung durchgesetzt. Es entscheidet also die Mehrheit, aber nur die Mehrheit der qualifizierten Personen.

Legitime Meinungspluralität und Unsinn

Nachdem wir entsprechend dem Inhalt der genannten Talmudstelle behandelt haben, wie im Judentum mit Meinungspluralität umgegangen wird, sollten wir noch darauf zu sprechen kommen, was eine legitime Meinungspluralität überhaupt ist und was nicht. Es ist keine Einladung alles was einem nicht passt über Bord zu werfen, zu tun was man will, und das dann als jüdisch zu bezeichnen. Wörter haben Bedeutungen. Obwohl sich Tomaten in jedem Supermarkt beim Gemüse finden, gibt es botanische Gründe, sie eher zum Obst zu zählen – aber niemand würde sie in der Elektroabteilung erwarten. Es gibt also einen Freiraum, was ich unter den Begriffen „Gemüse“ und „Obst“ subsumieren kann, aber dieser Freiraum hat Grenzen. Auch individualisierte Ausflüchte wie: „Mein Judentum …“ sind nicht zielführend, denn genauso gut könnte ich sagen: „Mein Vegetarismus erlaubt es mir, Fleisch zu essen“.

Überhaupt sind individualisierte Scheinargumente argumentativ schlecht. Man denke an ein Kind, das Hausaufgaben machen soll. Die Eltern wollen, dass es sich dabei konzentriert. Das Kind aber zieht es vor, dabei Fernsehen zu gucken, auf einem anderen Gerät Musik zu hören und während all dem am Handy noch einen Chat zu verfolgen. Nun kann das Kind mit Leichtigkeit das individualisierte Argument vortragen, dass es sich so besser konzentrieren kann. Und wie sollen die Eltern dagegen argumentieren? Immerhin kennt sich das Kind ja selbst am besten. Man kann leicht erkennen, dass solche Argumente gar nicht erst zur Debatte zugelassen werden können.

Was sind somit die legitimen Grenzen des Freiraums der jüdischen Meinungspluralität? Das wichtigste Kriterium liegt in der Akzeptanz der jüdischen Quellen wie Bibel, Talmud, herausragende rabbinische Schriften usw. als wahr und für jeden Juden verpflichtend. Das ist der althergebrachte status quo, der durch Jahrtausende der Tradition legitimiert ist, und als einigendes Band der über die Welt zerstreuten Juden fungiert hat. Aber diese funktionale Erklärung allein wird der Situation nicht ganz gerecht. Denn natürlich besteht auch ein religiöser Wahrheitsanspruch, da wir die jüdische Tradition jeweils von der vorherigen Generation übermittelt bekamen, zurückgehend bis zur göttlichen Offenbarung am Berg Sinai, an der das gesamte jüdische Volk teilgenommen hat. Und erst in den letzten 200 Jahren kamen die Gedanken der „Reformbewegung“ auf, welche Zweifel daran säte.

Folgendes Beispiel kann die Frage der Meinungspluralität veranschaulichen: Wenn wir uns zum Beispiel das Verbot ansehen, am Schabbat Feuer anzuzünden, dann können wir auch innerhalb des orthodoxen Lagers in den allerkleinsten Details Meinungsverschiedenheiten ausmachen. So zum Beispiel bei der Frage, ob die Verwendung von LED-Lampen eine geringere Stufe des Verbots darstellt als die Verwendung von normalen Glühbirnen mit einem Glühdraht. Aber „Reformer“ hingegen beachten das Verbot überhaupt nicht, und zwar nicht nur bei der Übertragung des Konzepts des Feuers auf Strom, sondern sogar bei Feuer im klassischen Sinn. Wenn ein „liberaler“ oder „progressiver“ Jude sich am Schabbat eine Zigarette anzünden will, dann macht er es halt. Weder Hillel noch Schammai hätten dem zugestimmt.

www.intellectual-services.com